



Landtag von Baden-Württemberg

39. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 4. Februar 1998 • Haus des Landtags

Beginn: 10.04 Uhr

Schluß: 21.53 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2989	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Staatshaushaltsgesetz 1998/99)	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Kiefl	2989	a) Einzelplan 02: Staatsministerium	
Glückwünsche zur Geburt eines Sohnes des Abg. Oettinger	2989	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2402	3012
Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung	2989	Anträge Drucksachen 12/2442-1 bis 12/2442-5	
Abg. Maurer SPD (zur Geschäftsordnung)	2989	Abg. Oettinger CDU	3013
Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)	2989	Abg. Maurer SPD	3017, 3039
Beschluß	2990	Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	3020, 3043
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Neuordnung der Bankenstruktur in Baden-Württemberg und Aussprache	2990	Abg. Pfister FDP/DVP	3024
Antrag Drucksache 12/2436		Abg. Dr. Schlierer REP	3028
Ministerpräsident Teufel	2990, 3005	Ministerpräsident Teufel	3031, 3042
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	2993	Beschluß	3045
Abg. Oettinger CDU	2996	b) Einzelplan 01: Landtag	
Abg. Maurer SPD	2998, 3010	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2401	3046
Abg. Pfister FDP/DVP	3001	Antrag Drucksache 12/2441	
Abg. Dr. Schlierer REP	3003	Abg. Veronika Netzhammer CDU	3046
Abg. Brechtken SPD (zur Geschäftsordnung)	3011	Abg. Birzele SPD	3047
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	3011	Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	3048
Abg. Brechtken SPD (Erklärung zur Abstimmung)	3012	Abg. Drautz FDP/DVP	3049
Beschluß	3011	Abg. Deuschle REP	3050
		Beschluß	3050

c) **Einzelplan 03: Innenministerium**

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2403	3051
Anträge Drucksachen 12/2443-1 bis 12/2443-10	
Abg. List CDU	3051
Abg. Redling SPD	3053
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	3055
Abg. Veigel FDP/DVP	3057
Abg. Käs REP	3059
Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen ..	3062
Minister Dr. Schäuble	3062
Beschluß	3069

d) **Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport**

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2404	3072
---	------

Anträge Drucksachen 12/2444-1 bis 12/2444-11

Abg. Rau CDU	3072
Abg. Zeller SPD	3076
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen	3079
Abg. Kleinmann FDP/DVP	3081
Abg. König REP	3083
Abg. Christine Rudolf SPD	3085
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3086
Ministerin Dr. Annette Schavan	3088
Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	3094
Beschluß	3093

Nächste Sitzung	3098
-----------------------	------

Anlage

Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen	3099
---	------

Protokoll

über die 39. Sitzung vom 4. Februar 1998

Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 39. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

K r a n k gemeldet ist Herr Abg. Winckler.

D i e n s t l i c h v e r h i n d e r t ist Herr Justizminister Dr. Goll. Herr Minister Dr. Döring ist heute morgen aus persönlichen Gründen verhindert.

Heute hat Herr Kollege Kiefl Geburtstag. Herr Kollege Kiefl, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gratuliere ferner Herrn Fraktionsvorsitzendem Günther Oettinger zum Nachwuchs. Herzliche Glückwünsche des ganzen Hauses und Grüße an die Mutter!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen liegt ein Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen im Ausschuß für Schule, Jugend und Sport und im Sozialausschuß (Anlage). – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, daß Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle namens meiner Fraktion den Antrag, die Beratung über die mittelfristige Finanzplanung von Freitag auf heute vorzuziehen und an die Spitze der Beratungen des heutigen Tages zu setzen.

Ich möchte das wie folgt begründen: Ich verstehe es zwar nicht, kann es aber nachvollziehen, daß die CDU heute morgen lieber über die Bankfusion als über den beklagenswerten Zustand der baden-württembergischen Staatsfinanzen sprechen möchte.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Trotzdem ist das in der Sache, lieber Kollege, nicht angemessen. Wir haben zu verzeichnen, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg mit ihrer Korrektur der mittelfristigen Finanzplanung durch den Ministerpräsidenten einen völligen Politikwechsel vorgenommen hat. Die Linie einer Konsolidierung des Staatshaushalts und einer seriösen Finanzpolitik ist aufgegeben worden; der Weg in eine zusätzliche Staatsverschuldung wird eröffnet.

Deswegen ist es dringend notwendig, daß dies diskutiert wird, bevor wir uns den Einzelberatungen dieses Haushalts zuwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt noch eines hinzu: Wie ich gehört habe, Herr Ministerpräsident, möchten Sie am Freitag an den Beratungen des Bundesrates teilnehmen. Das verstehe ich, aber wir möchten eine solche Debatte über die Grundsatzfrage, ob jetzt der Kurs der seriösen Finanzpolitik aufgegeben und der Weg in die Staatsverschuldung eröffnet wird, gern in Ihrer Anwesenheit führen. Sie sollten sich dem nicht entziehen.

Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Maurer, damit von vornherein eines klar ist: Wir scheuen die Debatte über den Doppelhaushalt 1998/99 und wir scheuen die Debatte über die mittelfristige Finanzplanung

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig!)

beide nicht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wartet doch mal ab, bis der Satz zu Ende gesprochen ist!)

Wir glauben, daß in Baden-Württemberg seriöse Zahlen vorgelegt werden, und wir bieten an, über diese heute, morgen und am Freitag zu diskutieren. Es steht Ihnen frei, bei der Beratung des Einzelplans 02, bei der zentralen Debatte zur Landespolitik, auch die mittelfristige Finanzentwicklung unseres Landes hier in den Plenarsaal zu bringen. Dies wird, wenn Sie es nicht durch Geschäftsordnungsdebatten verzögern, heute am frühen Nachmittag möglich sein.

Wir werden im gewohnten Geschäftsgang, so wie im Präsidium beraten und gemeinsam beschlossen,

(Abg. Weimer SPD: Nichts gemeinsam!)

am Ende der Fachhaushalte die mittelfristige Finanzplanung beraten. Dies wird am Freitag mittag geschehen.

(Oettinger)

Ich glaube, daß die Öffentlichkeit und auch die Presse diesem Thema wie allen anderen Tagesordnungspunkten heute, morgen und übermorgen die gleiche und die notwendige Aufmerksamkeit und unseren Argumenten dieselbe Aufmerksamkeit widmen werden.

Was Sie machen, ist ein schlichter Popanz. Ich glaube, die Bankenneuordnung ist das Aktuellste, was es derzeit in Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen war es naheliegend, daß das Präsidium auf Antrag des Herrn Ministerpräsidenten als Punkt 1 der heutigen Tagesordnung über die Bankenneuordnung beraten läßt und die Regierungserklärung im Mittelpunkt steht und daß ab heute nachmittag der Haushalt, die mittelfristige Finanzplanung und bis Freitag abend alle Detailfragen der Finanzpolitik hier zum Aufruf kommen.

Es gibt überhaupt kein Argument und keinen Anlaß, sondern allenfalls einen durchschaubaren Vorwand für Ihren Antrag. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/
DVP)

Präsident Straub: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag des Herrn Abg. Maurer abstimmen, die Beratungen über die mittelfristige Finanzplanung von Freitag auf heute vorzuziehen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Neuordnung der Bankenstruktur in Baden-Württemberg und Aussprache

Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 19. Januar dieses Jahres haben die Repräsentanten der Landesregierung von Baden-Württemberg, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie des Württembergischen und des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. In dieser gemeinsamen Erklärung bekunden wir unser Ziel, die Südwestdeutsche Landesbank, die Landeskreditbank Baden-Württemberg und die Landesgirokasse zum 1. Januar 1999 zur Landesbank Baden-Württemberg in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu verschmelzen. Wir haben mit dieser gemeinsamen Erklärung dafür das Fundament gelegt.

Ich habe diese Erklärung unter Vorbehalt der Zustimmung des Landtags unterzeichnet und unterbreite deshalb die Vereinbarung dem Hohen Hause, indem ich gleichzeitig den Entwurf der Landesregierung für ein Errichtungsgesetz im Laufe dieses Jahres ankündige.

Diese Erklärung, meine Damen und Herren, hat in der Öffentlichkeit und im Finanzsektor – auch bundesweit – eine

hervorragende Resonanz gefunden. Sie wurde auch aus den Reihen dieses Hauses überwiegend positiv kommentiert. Wir haben insgesamt eine große Zustimmung erfahren. Darüber habe ich mich sehr gefreut, und ich hoffe, daß diese Aufbruchstimmung auch unsere Arbeit in den nächsten Monaten begleiten und voranbringen wird.

Der Anfang ist gemacht. Die Bank kommt zustande. Aber es ist bis zum 1. Januar 1999 noch viel zu tun. Die Partner der Vereinbarung werden in enger Zusammenarbeit mit den Vorstandsvorsitzenden der Institute die konkrete Gestaltung der neuen Bank festlegen.

Es wurden bereits in der Vergangenheit Anläufe zur Neuordnung der Bankenstruktur in Baden-Württemberg unternommen. Sie sind aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. Doch das ist heute nicht mein Thema.

Wir haben heute allen Grund, den Blick nach vorn zu richten. Wir haben allen Grund, uns auf unsere gemeinsamen Ziele in struktur- und standortpolitischen Grundfragen zu besinnen – im Interesse der Menschen dieses Landes, im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der Arbeitsplätze.

Mit der neuen Landesbank Baden-Württemberg bringen wir den Banken- und Finanzplatz Baden-Württemberg ein gutes Stück voran.

In keinem Bereich ist die Globalisierung schon so weit vorangeschritten wie bei den internationalen Finanzmärkten. Wir haben einen globalen Geld- und Kapitalmarkt, und dieser arbeitet 24 Stunden rund um die Uhr.

Betrugen die Umsätze an den Devisenmärkten Anfang der achtziger Jahre 60 Milliarden US-Dollar pro Tag, so waren es Mitte der neunziger Jahre bereits 1 200 Milliarden US-Dollar täglich. Dies entspricht täglich etwa dem vierfachen Wert des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs.

Noch eine andere Zahl ist aufschlußreich: Ganze 2 % dieser täglichen Handelssumme sind zur Finanzierung des grenzüberschreitenden Handels von Waren und Dienstleistungen erforderlich.

(Abg. Deuschle REP: Das ist das Problem, Herr Ministerpräsident! Sehr problematisch!)

Die Liberalisierung, die weltweit umspannenden Informations- und Kommunikationsnetze und die Entwicklung neuer Finanzprodukte sind Fundament und Antrieb eines rasanten Strukturwandels der Märkte für Banken, für Versicherungsunternehmen und für Finanzdienstleistungen.

Die internationale Erschließung neuer Märkte und Geschäftsfelder erfordert eine „kritische Masse“ und eine hohe Investitionskraft.

So werden neue Allianzen geschmiedet. Im Bereich der zunehmend integrierten Finanzdienstleistungen findet auch mit Blick auf die gemeinsame europäische Währung ein deutlicher Konzentrationsprozeß statt.

Sie kennen die herausragenden Beispiele der letzten Monate in der baden-württembergischen Nachbarschaft: den derzeit laufenden Zusammenschluß der Bayerischen Vereins-

(Ministerpräsident Teufel)

bank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank zur zweitgrößten Geschäftsbank Deutschlands und die Fusion der Schweizerischen Bankgesellschaft mit dem Schweizerischen Bankverein zum größten Geldhaus Europas und zur zweitgrößten Bank der Welt.

Diese Ausgangslage besagt: Die Zeit ist reif für eine Bündelung der Kräfte, für eine große Bank in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die schiere Größe wird freilich auch im künftigen Wettbewerb der Finanzinstitute nur einer von mehreren Faktoren sein. Wir haben in Deutschland und insbesondere auch in Baden-Württemberg eine leistungsfähige dreigliedrige Struktur aus privaten Banken, aus Genossenschaftsbanken und aus öffentlich-rechtlichen Instituten – eine Struktur, die neben ihrer Leistungsfähigkeit auch eine hohe Stabilität und Krisenfestigkeit aufweist. Man kann dies – auch mit Blick auf die derzeitigen Turbulenzen in Fernost – nicht genug betonen.

Und gerade in Baden-Württemberg haben wir kundennah und flächendeckend eine außerordentlich gute Versorgung der Bürger und der mittelständischen Firmen mit Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen. Auf diese Stärke werden wir auch in Zukunft bauen.

Unsere Institute, auch die drei Banken, die wir zusammenschließen, sind leistungsfähig und ertragsstark. Ich sage dies mit Anerkennung an die Vorstände und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgirokasse, der Landeskreditbank und der Südwestdeutschen Landesbank.

Was bisher fehlt, ist ein Kreditinstitut mit weit überregionalem Gewicht und Zuschnitt, das mit seiner nationalen und internationalen Ausrichtung auch neue Wachstumsfelder erschließen kann. In diese Lücke wird die neue Landesbank Baden-Württemberg vorstoßen.

Die neue Landesbank Baden-Württemberg wird mit einer Bilanzsumme von 430 Milliarden DM im Jahr 1997 Rang 6 und nach der Ertragsstärke Rang 4 der deutschen Kreditinstitute einnehmen. Innerhalb der öffentlich-rechtlichen Banken Deutschlands wird sie nach der Bilanzsumme die zweitgrößte, nach dem Ertrag die stärkste Landesbank sein. Es handelt sich um den Zusammenschluß dreier Banken, die – jede auf ihrem Gebiet – sehr erfolgreich sind, mit einer erstklassigen Bonität weltweit.

Dieser Zusammenschluß bedeutet eben keine bloße Addition von Bilanzsummen. Die Geschäftsfelder der drei Institute ergänzen sich in optimaler Weise. Das ist auch ein wesentlicher Unterschied zu den bereits genannten Fusionen im Nachbarland Bayern und in der Schweiz, wo durch den Abbau zahlreicher Filialen erhebliche Stelleneinsparungen diskutiert und befürchtet werden.

Wir sagen: Es wird keine fusionsbedingten Kündigungen geben. Natürlich wird es – beispielsweise in der Verwaltung und in der Datenverarbeitung – Synergieeffekte geben, und diese gilt es auch auszuschöpfen. Aber das Entscheidende ist, daß mit dem Zusammenschluß auch neue Geschäftsfelder und neue Wachstumschancen gerade im Provisionsgeschäft zu erschließen sind.

Wir erwarten – ich beziehe mich hier auf die Stellungnahme der Vorstandsvorsitzenden – alles in allem nicht weniger, sondern eher mehr Arbeitsplätze in der neuen Landesbank Baden-Württemberg.

Die neue Anstalt wird drei Sitze in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim haben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein bißchen viel, oder?)

Der Sitz des Vorstandsvorsitzenden wird in Stuttgart sein.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich dachte, in Sigmaringen! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Balingen!)

Auf die personellen und steuerlichen Auswirkungen für die Sitzorte wird auf der Basis der derzeitigen Verteilung bei der Entwicklung der neuen Bank Rücksicht genommen.

Ich habe mich ausdrücklich für diese ausgewogene Lösung eingesetzt. Und ich sage klar und deutlich: Die Interessen von Stuttgart und Karlsruhe und Mannheim bleiben jeweils gewahrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist keine Notlösung, sondern ein großer Erfolg für alle drei Standorte und Bankenplätze und vor allem für den gesamten Bankenplatz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es war in einer Stellungnahme dieser Tage von einem „Schönheitsfehler“ die Rede: Die neue Landesbank sei kein privatwirtschaftliches, sondern ein öffentlich-rechtliches Institut. Das ist auch eine Stärke, wenn ich an das hohe internationale Ansehen der seitherigen Institute, ihre Bonität und ihre günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten denke.

Die südwestdeutsche Wirtschaftsgeschichte hat keine überregional große Privatbank, sondern hauptsächlich öffentlich-rechtliche Institute mit beachtlicher Größe hervorgebracht. Das mag man bedauern, aber es ist ein Faktum. Es ist zugleich die Ausgangslage, die unsere heutigen Optionen zur Bildung einer „Bärenstarken“ Bank in Baden-Württemberg bestimmt.

(Abg. Haas CDU: Bärenstark!)

Wir bekommen die optimale Lösung – wir bekommen sie endlich –, keine Teillösung, die einen Standort schwächt und andere Standorte stärkt, sondern eine Gesamtlösung für Baden-Württemberg. Das haben wir seit Jahren angetrebt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich verweise im übrigen auf die positive Resonanz, die unsere Erklärung auch im Privatbankensektor gefunden hat. Ich denke dabei nicht zuletzt an die Baden-Württembergische Bank AG. Die Baden-Württembergische Bank AG ist ein ertragsstarkes Unternehmen und eine erste Adresse für das Privatkunden- und das Firmenkundengeschäft.

(Ministerpräsident Teufel)

Die neue Landesbank Baden-Württemberg wird bestehende Kooperationen mit der BW-Bank unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und in enger Abstimmung mit den Organen der Baden-Württembergischen Bank AG fortsetzen und weiter ausbauen. Das Land hat ein vitales Interesse an dieser Kooperation. Wir wollen, daß die Bank, die den Namen unseres Landes trägt und an der wir als Land stark beteiligt sind, auch in Zukunft ein baden-württembergisches Kreditinstitut bleibt.

Was insgesamt für die Zusammenarbeit mit dem Privatbankensektor gilt, das gilt auch insbesondere für den im Land so überaus wichtigen Bereich der genossenschaftlichen Banken. Die genossenschaftlichen Institute werden von der neuen Landesbank Baden-Württemberg keine Wettbewerbsbeeinträchtigung erfahren. Im Gegenteil: Auch sie werden von der Zusammenarbeit und von einer Stärkung des Banken- und Finanzplatzes Baden-Württemberg profitieren. Ich gehe keineswegs leichtfertig über den Vorbehalt der Genossenschaftsbanken hinsichtlich der Eingliederung des Förderbereichs der Landeskreditbank als unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts hinweg.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Deshalb unterstreiche ich: Funktionstrennung, Abschottung des Förderteils und strikte Wettbewerbsneutralität müssen unbedingt gewährleistet sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vereinbarung der drei Anteilseigner alle für die Fusion notwendigen Grundsatzfragen geregelt, aber ganz bewußt nicht alle Detailfragen. Wir wollen volle Geschäftsfreiheit für die neue Bank. Das ist ein Schlüsselsatz. Sie muß sich national und international in einem scharfen Wettbewerb behaupten. Wir wollen sie deshalb nicht mit vielen Vorgaben einengen und festlegen. Wir wollen, daß diese Bank Erfolg hat.

Außerdem wollen wir für die Festlegung der Unternehmensziele den großen Sachverstand der drei Vorstände und der drei Häuser nutzen und ihre Erfahrungen berücksichtigen. Deshalb werden die weiteren Gespräche von uns in enger Abstimmung mit den drei Vorstandsvorsitzenden geführt werden, die unser volles Vertrauen haben.

Meine Damen und Herren, ich setze zur Umsetzung der Bankenfusion auf eine große Zustimmung der zuständigen Gremien und Organe: des Landtags, des Gemeinderats der Stadt Stuttgart und der Versammlungen der beiden Sparkassenverbände. Hier im Landtag werden wir uns im Zuge eines Errichtungsgesetzes noch eingehend mit diesem Thema beschäftigen.

Die neue Landesbank Baden-Württemberg wird eine national und international tätige Universalbank und zugleich Sparkassenzentralbank sein. Die Sparkassen sind somit ihre Kunden, und sie werden – im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe – von dieser starken Zentralbank nachhaltig profitieren.

In einer Zeit, in der sich der Bankenstandort Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Kontext behaupten muß, kann es nicht darum gehen, sozusagen bin-

nenorientiert eine zusätzliche Wettbewerbsfront aufzumachen. Und dies ist im modernen Bankgeschäft schon gar nicht die Zeit, in der es um den Neuaufbau ganzer Filialnetze geht.

Natürlich stehen unsere Institute – und dazu gehört auch die neue Landesbank Baden-Württemberg – in vielen Bereichen im Wettstreit um die Gunst der Kunden. Dies wird auch künftig so sein. Aber das Augenmerk der neuen Landesbank wird sich auch und gerade nach außen richten. Ihre Aufgabe wird es sein, neue Geschäftsfelder zu erschließen, die bisher von Banken mit Sitz in Baden-Württemberg nicht oder nur unzureichend wahrgenommen werden können. Wo es beispielsweise darum geht, baden-württembergische Firmen an die Börse zu begleiten oder baden-württembergische Firmen rund um den Globus bei ihren Investitions- und Exportaktivitäten zu unterstützen, werden das neue Gewicht und die umfassende Kompetenz dieser Bank besonders zum Tragen kommen. Das gilt auch für die Vermögensberatung, für das Privatkunden- und das Firmenkundengeschäft. Diese Bank wird national und international tätig sein. Aber sie wird ihre Wurzeln nirgendwo anders haben als in Baden-Württemberg. Deshalb gibt es bei dieser Fusion keine Verlierer, sondern nur Gewinner:

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es gewinnt die Wirtschaft unseres Landes. Eine starke Landesbank Baden-Württemberg wird ihren Firmenkunden auf den nationalen und internationalen Märkten zur Seite stehen.

Es gewinnt der gesamte Banken- und Finanzstandort Baden-Württemberg einschließlich der baden-württembergischen Wertpapierbörse in Stuttgart.

Und es gewinnen nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wir haben eine ausgewogene Lösung gefunden. Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim werden als Finanzplätze gestärkt.

Die neue Landesbank wird eine ausgewogene Balance zwischen Kundennähe und internationaler Ausrichtung halten.

Und sie wird einen nachhaltigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze leisten.

Der Anfang ist gemacht. Nehmen wir nun auch die nächsten Schritte zur Bankenfusion mit Mut und Augenmaß in Angriff.

Meine Damen und Herren, zum Ende dieses Jahrhunderts geht es darum, in unserem Land wettbewerbsfähige Strukturen für das 21. Jahrhundert zu finden. Der weltweite Wettbewerb nimmt zu, und es ist zunehmend auch ein Wettbewerb der Standorte. Baden-Württemberg, das Exportland Nummer eins in Deutschland und eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa, muß in diesem Wettbewerb seine Spitzenposition halten. 45 Jahre nach Gründung des Landes ist es deshalb an der Zeit, zusammenzuführen, was dieses Land noch trennt. Niemand kann in eine weite Zukunft schauen. Aber eines ist absehbar: Die Kräfte dieses Landes mit über 10 Millionen Einwohnern und einer Exportkraft und einem Bruttosozialprodukt, das höher ist

(Ministerpräsident Teufel)

als die Wertschöpfung in vielen selbständigen Ländern Europas, reichen aus, um wettbewerbsfähige Strukturen für den Beginn des neuen Jahrhunderts zu schaffen, wenn wir die Kräfte in Baden-Württemberg bündeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fusion der Energieunternehmen gerade noch rechtzeitig vor einem vollen Wettbewerb auf dem Strommarkt in Europa. Deshalb die Fusion der beiden Rundfunkanstalten und die Überwindung der Trennungslinien, wie sie die Besatzungsmächte vor 50 Jahren aufgebaut haben. Deshalb die Schaffung einer starken, national und international wettbewerbsfähigen Bank mit voller Geschäftsfreiheit. Deshalb Stuttgart 21, Mannheim 21 und eine neue Landesmesse. Deshalb die Förderung von Spitzenforschung und neuen Technologien. Deshalb – das sage ich hier ganz deutlich – auch die systematische Erfassung aller Bereiche und Institutionen, in denen wir uns durch Zersplitterung und Partikularismus selber schwächen. Überall dort sollten wir die Kräfte bündeln.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/
DVP)

Dabei bleiben wir – dies zu sagen ist mir genauso wichtig – Föderalisten nicht nur nach außen gegenüber dem Bund und gegenüber Europa, sondern auch nach innen, in unserem Land. Es ist eine Stärke Baden-Württembergs, daß wir lebendige ländliche Räume und leistungsfähige Gemeinden haben. Es ist eine Stärke Baden-Württembergs, daß wir starke Großstädte und Mittelzentren haben. Diese dezentrale Struktur wollen wir erhalten und stärken, dabei aber immer das Ganze im Auge behalten, das ganze Land und seine Kernregion und Landeshauptstadt Stuttgart.

Baden-Württemberg ist wie kein anderes Flächenland der Bundesrepublik Deutschland in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Daraus ergeben sich im Wettbewerb gewaltige Herausforderungen für unser Land – Herausforderungen, die sich durch die deutsche Einheit und die fortschreitende europäische Integration verstärkt haben und weiter zunehmen.

Darauf müssen wir aktive und offensive Antworten geben. In schwieriger Zeit stellen wir Gestaltungswillen und Gestaltungskraft unter Beweis. Wir stärken damit die Identität und den Zusammenhalt unseres Landes. Ich halte dies für ganz entscheidend.

Gerade unser Land Baden-Württemberg verfügt in einer im Zeichen von Wissenschaft und Wettbewerb stehenden Weltwirtschaft über ein hervorragendes Potential. Das „Kapital“ dieses Standorts sind seine Menschen und die Qualität unseres Bildungssystems.

(Beifall der Abg. Kurz und Göbel CDU)

Unsere politische Aufgabe heißt: zukunftsweisende Strukturen schaffen, damit dieses ungeheure Potential an Fleiß, Wissen und Kreativität sich möglichst gut entfalten kann,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Voraussetzungen schaffen, damit die Unternehmen und die Menschen unseres Landes mit den Herausforderungen der Zeit zurechtkommen und ihre Chancen voll ausschöpfen können. Genau dies wollen wir mit der Bankenfusion tun. Wir müssen Baden-Württemberg fit machen für das 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich bitte das ganze Haus um seine Unterstützung auf diesem Weg in eine gute Zukunft für unser Land und seine Bürger.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Aussprache über die Regierungserklärung. Dazu rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2436, auf.

Das Präsidium hat eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Kuhn, das Wort.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident! Wenn in diesen Tagen an den baden-württembergischen Schulen die Zeugnisse ausgegeben werden, werden manche Schüler in die Verlegenheit kommen, nach der Methode Teufel zu operieren, das heißt zu Hause erst einmal die Erfolge und dann in einem zweiten Teil die Mißerfolge und die Pleiten darzulegen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das sieht man sofort; auf einem Blatt steht alles drauf!)

Dies werden wir heute auch erleben, wenn wir am Nachmittag über die Frage diskutieren, wie es denn mit der Haushaltskonsolidierung im Land insgesamt steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Die Frage ist, wie die Gesamtbilanz in einem Zeugnis aussieht!)

Warum soll der Ministerpräsident nicht ähnlich menschlich vorgehen wie die Schülerinnen und Schüler unseres Landes?

Ich möchte zum Thema der Regierungserklärung kommen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt im Grundsatz die Fusion, wie sie jetzt angedacht und in Eckpunkten festgezurr ist, weil sie eine öffentlich-rechtliche Fusion ist und nicht die Privatisierungsfusion, die die Zweierlösung ausgemacht hätte.

Wir sind der Überzeugung, daß diese Fusion eine Stärkung des Bankenwesens in Baden-Württemberg mit sich bringen kann. Sie kann auch eine Stärkung des Drei-Säulen-Modells mit sich bringen, das davon ausgeht, daß das Angebot und der Wettbewerb für die Bürgerinnen und Bürger und den Mittelstand unseres Landes dann optimal aussehen,

(Kuhn)

wenn sowohl die privaten Banken als auch die Genossenschaftsbanken als auch der öffentlich-rechtliche Bankensektor in fairer Konkurrenz miteinander auf dem Markt ringen können.

Wir erhoffen uns mehr und bessere Bankdienstleistungen aller Art, insbesondere für den Mittelstand im Exportgeschäft. Aus diesem Grund ist diese Dreierfusion als öffentlich-rechtliche Fusion zu begrüßen.

Ralf Dahrendorf hat in seinen jüngsten Veröffentlichungen, in denen es im Zusammenhang mit der Globalisierung immer wieder um das Verhältnis zwischen Wettbewerb und Solidarität ging, gerade das öffentlich-rechtliche Bankwesen, insbesondere die Sparkassen – ich zitiere – als „Bindeglied zwischen Wettbewerb und Solidarität“ bezeichnet. Ich finde, daß wir auf dieses Verhältnis – stark im Wettbewerb und im Interesse der Gemeinden, des Mittelstands, der Kreise in unserem Land, des ganzen Landes, und auch stark in der Solidarität – und in diesem Sinn auf die neu entstehende Landesbank ein Augenmerk legen müssen.

Ich meine aber auch, daß wir uns daranmachen und überlegen müssen, ob der öffentlich-rechtliche Auftrag insbesondere der Sparkassen, aber auch der neuen Landesbank nicht präzisiert und der neuen Zeit angepaßt werden muß. Ich erhoffe mir von der neuen Landesbank und auch von den Sparkassen in der Zukunft vor allem, daß sie bei der Einrichtung von Risikokapitalfonds und bei Wagnisfinanzierungen stärker und offensiver sind,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

weil das öffentlich-rechtliche Sparkassen- und Bankensystem gerade in diesem Bereich noch immer Defizite hat. Da wünschen wir uns mehr für die Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Abg. Seimetz CDU und Pfister FDP/DVP)

Die Fusionen in der Schweiz und in Bayern – das haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident – haben den Fusionsdruck in unserem Land für alle Beteiligten erhöht. Das ist mit ein Grund dafür, warum die Fusion jetzt geklappt hat. Ich sage dies, ohne daß ich Ihr Verdienst als Ministerpräsident und auch das Verdienst von Herrn Haasis, diese Fusion zustande gebracht zu haben, damit schmälern will.

(Beifall des Abg. Haas CDU)

Ich möchte zweitens für meine Fraktion sagen: Wir sind der Überzeugung, daß die Fusion der beiden Sparkassenverbände jetzt wirklich „in einem Rutsch“ mit dieser Gründung der Landesbank vollzogen werden muß. Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, daß wir mit dem Badischen Sparkassenverband und dem Württembergischen Sparkassenverband zwei Organisationen haben. Dies führt nur zu zusätzlichen Kosten und ist wirklich nicht erforderlich. Deswegen sollte dies jetzt schnell gehen –

(Abg. Oettinger CDU: Wo er recht hat, da hat er recht!)

wenn nicht aus eigener Einsicht, dann mit Hilfe des Landtags.

Ich möchte drittens sagen, daß wir ausdrücklich die Niederlassungsfreiheit der neuen Landesbank begrüßen, weil Konkurrenz und manchmal auch schon die bloße Möglichkeit von Konkurrenz das Geschäft belebt. Das gilt auch für alle Sparkassen im Land. Ich gehe übrigens nicht davon aus, daß es viele Filialneugründungen geben wird, weil es ein offenes Geheimnis ist, daß der Bankenplatz Deutschland und auch der Bankenplatz Baden-Württemberg in gewisser Hinsicht, wie die Banker sagen, „overbanked“ sind und daß man eher Kosten dadurch reduzieren muß, daß man nachdenkt, wie viele Filialen man wo überhaupt noch braucht. Deswegen braucht man, meine ich, im Rest des Landes keine große Befürchtung zu haben.

Lassen Sie mich, Herr Ministerpräsident, etwas zur weiteren Entwicklung sagen. Ich möchte die Frage stellen – dies wird in den nächsten Wochen, bis es zu einer gesetzlichen Veränderung kommt, zu klären sein –, ob und wie lange es sinnvoll ist, daß das Land bei der neuen Landesbank wirklich einen Anteil von über 50 % haben muß. Nach der Bewertung wird es ja darauf hinauslaufen. Ich meine, daß wir sehr schnell zu einer Lösung kommen können, mit der wir tatsächlich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Landeseinfluß, dem Sparkasseneinfluß und dem Einfluß der Stadt Stuttgart haben, wie es nach meiner Auffassung das Anteilsverhältnis von 40 : 40 : 20 markieren würde.

Herr Pfister, ich denke, wir sind uns einig, daß es keinen Sinn machen würde – ich sage dies auch unter Berücksichtigung einer längeren Perspektive –, bei dieser neuen Landesbank an Privatisierung zu denken, weil wir gerade jetzt eine starke öffentlich-rechtliche Säule in das Drei-Säulenmodell der Bankenlandschaft ziehen wollen und wahrscheinlich auch gezogen haben. Man könnte also nach meiner Auffassung schnell einen Anteil von 10 bis 15 % – Genaueres wird die Bewertung erweisen – aus der neuen Landesbank an das Sparkassenlager abzutreten versuchen.

Ich möchte jetzt zu zwei Punkten dieser Fusion kommen, die schwieriger sind. Der erste – da haben Sie meines Erachtens über die Probleme hinweggeredet – ist das Problemfeld des Förderbereichs der neuen Landesbank, des alten Förderbereichs der L-Bank. Nach meiner Auffassung müssen wir die Argumente aus dem Genossenschaftslager ernst nehmen, daß hier eine Wettbewerbsverzerrung entstehen kann – ich betone: kann –, wenn der Förderbereich als unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts in der neuen Landesbank verbleibt.

Die Genossenschaftsbanken müssen, wenn sie über diesen Förderteil Förderungen des Landes in Anspruch nehmen, die Daten der Kunden und ihre eigenen Zinsbedingungen an den Förderteil der Bank übermitteln. Da besteht natürlich die Gefahr, Abschottung hin oder her, daß das Wissen, das darüber in der neuen Landesbank entsteht, nicht nur abgeschottet im Förderteil bleibt, sondern auch dem Rest der Landesbank vermittelt wird und damit den Genossenschaftsbanken Konkurrenz aus dem Sparkassenlager erwächst.

Ich möchte in den nächsten Monaten darüber diskutieren – vielleicht können Sie, Herr Ministerpräsident, darauf nachher schon eine Antwort geben –, wie genau die Funktionstrennung, von der Sie gesprochen haben, und die Abschot-

(Kuhn)

tung sichergestellt werden können, so daß die Genossenschaftsbanken, die im Land tatsächlich über 50 % der Kreditabwicklung für die Betriebe leisten, keine Wettbewerbsverzerrung aus dieser Fusion erfahren.

Die Alternative muß weiter diskutiert werden – und deshalb kommt der Antrag, der jetzt auf dem Tisch liegt, zu früh –, ob, wenn dies nicht gewährleistet werden kann, ein wirklich selbständiger Förderteil gemacht wird, der dann ganz in Landeshand gehalten wird.

Die Probleme dieser Lösung sind klar, ich will sie nennen: Die Eigenkapitalausstattung der fusionierten neuen Bank wäre dann gering, und auch der Fusionszweck würde nicht so leicht erreicht werden. Es stellte sich natürlich darüber hinaus das Steuerproblem, nämlich die Frage, ob wir dann weiterhin Steuerfreiheit für die Erträge des Förderteils hätten.

Beides ist gegeneinander abzuwägen, und ich finde, man muß noch nicht so schnell einen Knopf daran machen, wie Sie das heute tun wollen. Es darf doch eines gesagt werden: Wir Grünen meinen, die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Bereichs ist zu begrüßen, aber sie darf nicht mit einer Schwächung des Genossenschaftsbereichs im Land einhergehen, sonst wäre die ganze Lösung weniger klug.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der zweite Problembereich, bei dem wir dezidiert anderer Auffassung sind als der Ministerpräsident, betrifft die Baden-Württembergische Bank. Wir meinen, daß es notwendig und sinnvoll ist, die Anteile, die das Land mit insgesamt 36 % an der BaWü-Bank hat, jetzt zu privatisieren. Die strategische Option, warum man dies in der Vergangenheit nicht getan hat, nämlich die Möglichkeit einer privatisierten Fusion, ist ja mit der „bärenstarken Lösung“, wie Sie sagen, obsolet geworden. Deswegen steht die Privatisierung nach unserer Auffassung an. 600 Millionen DM für den Landeshaushalt – wenn man Holding-Probleme berücksichtigt, vielleicht nur 400 Millionen DM – sollte man sich für besondere Aufgaben – das betone ich – im Landeshaushalt, wie für Schuldentilgung oder Zukunftsinvestitionen, nicht so ohne weiteres entgehen lassen.

Ich habe einen Verdacht, Herr Ministerpräsident, den ich auch äußern möchte: Sie haben bei der Bankenfusion und der Frage des staatlichen Einflusses, den Sie dabei sicherstellen wollen, Blut geleckt und möchten nun auch im Privatbereich mitmischen.

(Lachen des Ministerpräsidenten Teufel)

Ordnungspolitisch – das sage ich auch an die Adresse der FDP/DVP, die dies offensichtlich mitträgt – wäre das ein falsches Signal. Ich kann nicht verstehen, warum unser Land Baden-Württemberg, warum der Staat mit Privatbank spielen oder zumindest eine Privatbank am Markt stützen muß.

Es sind ja verschiedene Optionen diskutiert worden. Manchmal hat man den Eindruck, Herr Ministerpräsident, Sie wollten noch mehr als die 36 % Landesanteil an der BaWü-Bank. Dies hielte ich für die fatalste Lösung.

Die zweitschlechteste Lösung würde wahrscheinlich darin bestehen, wenn sich die Sparkassen bei der BaWü-Bank einkauften, was sie über den Landesanteil ja tun könnten.

Die beste Lösung aus unserer Sicht ist eine echte Privatisierung dieses Anteils der Landesbank.

Ich will auf die Gegenargumente eingehen. Selbstverständlich bestehen die Aussicht und die Wahrscheinlichkeit, daß der Landesanteil etwa aus Zürich, aus München oder aus Frankfurt gekauft wird. Es besteht außerdem die Wahrscheinlichkeit, daß noch ein höherer Landesanteil an der BaWü-Bank außer Landes gerät, wenn nämlich noch ein Teil über die Württembergische Versicherung verkauft wird. Die Verschachtelungsverhältnisse sind ja komplex.

Aber ich möchte fragen, Herr Ministerpräsident: Was ist denn daran so schlimm? Das Privat- und das Firmenkundengeschäft werden weiterlaufen. Außerdem – das ist das Neue – haben wir dann auch eine neue Landesbank, die den Mittelstand im Export zusätzlich begleiten und bedienen kann.

Nun wird ins Feld geführt, der neue Eigentümer unseres Landesanteils und vielleicht der ganzen BaWü-Bank werde, was die Filialen und das Personal angehe, selbstverständlich zu Rationalisierungen kommen. Es geht also um Arbeitsplätze. Aber wenn Sie sich einmal die Bilanzstruktur der BaWü-Bank genau anschauen, werden Sie, Herr Ministerpräsident, feststellen, daß diese Bank zwar ertragsstark, wie Sie gesagt haben, aber gleichzeitig extrem kostenlastig ist und im Bereich von Organisation, Verwaltung und EDV ohnehin Kosten abbauen muß, wenn sie überhaupt eine Chance haben will.

Ich möchte für meine Fraktion die Frage stellen, ob das Land jetzt wirklich alles machen muß, ob das Land auch noch auf dem Privatbankensektor zuständig ist, ob wir nicht auf eine Art Überstaatsbetreuung des Bankensektors zusteuern, auf eine Art Erwin Teufel als Stamokap in der Landesgeschichte. Ich meine, daß wir im Privatbankenbereich marktwirtschaftlichere Lösungen suchen müssen.

Ich möchte damit zum Fazit kommen, Herr Ministerpräsident. Im Grundsatz sehen wir die Bankenfusion aus den genannten Gründen als positiv an. Wir setzen ein Fragezeichen bei der Organisation des Förderinstituts, des Förderteils. Außerdem sehen wir die Frage der Baden-Württembergischen Bank offensichtlich diametral anders als die Landesregierung, getragen von CDU- und FDP/DVP-Fraktion, Herr Kollege Pfister.

Dennoch stellt sich die Frage, ob Sie für das Land Baden-Württemberg der große Fusionierer werden, wenn Sie schon nicht der große Haushaltssanierer werden. Wir sehen dies im Rundfunkbereich noch nicht so. Wer die jüngsten Entwicklungen beim Südwestrundfunk genau beobachtet hat, muß sagen, daß die neue Rundfunkanstalt die Staatsferne, die sie haben muß, noch nicht bekommen hat.

(Abg. Birk CDU: Sie müssen ja ein Haar in der Suppe finden!)

Auch geben die organisatorische Zusammensetzung der Gremien und die Frage, wie es dort zugeht, zu allem anderen Anlaß als zur Hoffnung.

(Kuhn)

Wenn ich mir die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg anschau, stelle ich fest: Ihnen ist die Fusion zwar der Form nach gelungen, aber zu einer neuen Energiepolitik hat diese Fusion nicht geführt. Die ganze Frage der ökologischen Erneuerung unserer Energiewirtschaft wird von dem neuen Institut nicht angegangen. Wir sind bei den neuen Technologien, zum Beispiel bei der Solartechnik, nach wie vor hintendran. Wir nützen nicht einmal die Möglichkeiten, die es rechtlich gibt, etwa indem wir für Investitionen in eine neue Energiepolitik einen Aufschlag von 3 % auf die Tarife ermöglichen.

Ich will damit folgendes sagen, Herr Ministerpräsident: Fusionen haben immer Formen und Inhalte. Zwischen beiden vermitteln oft die handelnden Personen und die Aufsichtsorgane. Die Fusion in der Energiewirtschaft hat keinen Aufbruch in eine neue Energiepolitik gebracht, und der Rundfunk muß sich seine Staatsferne in Baden-Württemberg erst wieder neu erkämpfen.

Ich möchte im Namen meiner Fraktion wünschen, daß bei der neuen Landesbank Form und Inhalt zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sowie des Mittelstands rasch zusammenkommen, auch mit den richtigen Personalentscheidungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Die neue Landesbank ist ein großer Wurf, ein großer Wurf von Erwin Teufel und ein großer Wurf für ganz Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion trägt diese neue Landesbank mit, und wir zollen allen Respekt und danken allen, die die Hauptverantwortung dafür tragen, daß dieser Wurf heute zur Beratung ansteht und am 1. Januar 1999 Realität werden kann.

Unser erster Dank gilt dem Ministerpräsidenten. Er hat auf einem Geschäftsfeld, bei dem es in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehr Rückschläge als Verbesserungen gegeben hat, mit guter Moderation und mit klarer Zielführung ein Konzept erarbeitet, welches überzeugend ist, welches den Landtag überzeugen muß, welches die anderen Träger überzeugen kann und welches den Markt in den nächsten Jahren überzeugend prägen wird.

In den Dank schließen wir den Herrn Finanzminister ein. In seinen Funktionen in den Aufsichtsgremien der Landesgirokasse und vor allem der L-Bank trägt er ebenfalls zentrale Verantwortung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und dem Walter Döring!)

Wir bekunden Respekt Dr. Döring,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

der in der Mitverantwortung für die L-Bank seine Handschrift ebenfalls hier eingebracht hat.

Wir sagen ausdrücklich Dank den beiden Sparkassenpräsidenten, Herrn Schmidt vom Badischen Sparkassen- und Giroverband und unserem Kollegen Heinrich Haasis; denn ich meine, es ist für die Sparkassen mindestens ein genauso weitreichender Schritt und eine genauso mutige Veränderung wie für das Land. Ich bewundere diesen Mut und sage ausdrücklich Dank dafür.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Hofer und Pfister FDP/DVP)

Der Bankenstandort Baden-Württemberg stand und steht vor einer Wegscheide. Wer den Bankenstandort Frankfurt, den Bankenstandort München, den Bankenstandort Zürich und die Veränderungen an diesen Orten mit Einwirkungen auf Europa und auf Baden-Württemberg sieht, dem wird klar: Wer jetzt nicht handelt, gibt einen leistungsfähigen überregionalen Bankenstandort Baden-Württemberg auf. Wir haben gehandelt; Baden-Württemberg – Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, das ganze Land – meldet sich in der europäischen Bankenliga mit einem großen Wurf zurück.

Baden-Württemberg war kein geborener Bankenstandort. Wir haben in den zwanziger und dreißiger Jahren die Entwicklung, die in Frankfurt abging, verpaßt. Baden-Württemberg hat in den letzten Jahrzehnten zwar kleine Fusionen hinbekommen – ich nenne die kleine Fusion der Badischen Kommunalen Landesbank mit der Württembergischen Kommunalen Landesbank, ich nenne die kleine Fusion der Landessparkasse und der Girokasse von Stuttgart –, aber klar war gewesen: Wir hatten keine Bank, die die kritische Betriebsgröße, um eine überregionale universale Bank zu sein, überschritten hätte. Wir waren nicht konkurrenzfähig gegenüber der neuen Bank, die durch die Fusion in München entstanden ist, wir waren nicht konkurrenzfähig gegenüber den drei Geschäftsbanken in Frankfurt. Wir waren nicht konkurrenzfähig gegenüber der neuen Bank und den anderen Banken am Bankenplatz Zürich, und wir waren auch im Bereich der öffentlich-rechtlichen Banken in der überregionalen Konzentration in die Defensive geraten.

Das Gute an dieser Bankenfusion ist, daß keine der drei Banken einen Sanierungsfall darstellt, sondern daß gesunde, in ihren Geschäftsfeldern leistungsfähige Banken auf dem Weg zu einer überregionalen Zentral- und Universalbank sind.

Wer die Kosten im Bankenbereich sieht, der kommt zu dem Ergebnis: Weiterbildung von Personal, Informationstechnik und EDV sind Kostenstrukturen, die eine Betriebsgröße und eine Leistungsfähigkeit, wie sie in der neuen Bank zum Ausdruck kommen, benötigen. Die neue Bank hat eine Betriebsgröße, die in die Zukunft reicht.

Meine Damen und Herren, es liegt in der Tat nahe, daß mit dieser Bank die Interessen des Landes, die Interessen der öffentlichen Hände, die Interessen der Sparkassen, die Interessen der Kommunen und der Landkreise sowie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg auf einen richtigen Nenner gebracht worden sind. Jeder bringt etwas ein, jeder bekommt eine Chance der Entwicklung, aber jeder gibt auch etwas von dem auf, was ihm in der Vergangenheit lieb geworden war.

(Oettinger)

Ich bin ausgesprochen dankbar, daß Fragen wie die der Bewertung und der künftigen Anteile, der künftigen Personalführung und der Vorstandsgremien nicht im Mittelpunkt der Bankenneuordnung gestanden haben. Ich setze darauf, daß wir in aller Gelassenheit in den nächsten Wochen die weitere Vorarbeit leisten werden, damit im Herbst dieses Jahres im Gemeinderat der Stadt Stuttgart, in der Verbandsversammlung der Sparkassen von Baden, in der Verbandsversammlung der Sparkassen von Württemberg und im Landtag von Baden-Württemberg durch Errichtungsgesetz die vier entscheidenden Beschlüsse, die notwendig sind, damit die Bank am 1. Januar nächsten Jahres starten kann, die notwendige Mehrheit bekommen werden.

Diese Bank trägt die Handschrift ihrer Eigentümer. Bei dieser Bank haben die Eigentümer entscheidende Funktionen wahrgenommen, und ich setze darauf, daß die Eigentümer – die Sparkassen in Baden, die Sparkassen in Württemberg, die Stadt Stuttgart und vor allem das Land Baden-Württemberg – jetzt und künftig in zentraler Verantwortung bleiben und daß dabei die Interessen der Eigentümer weiter im Mittelpunkt stehen werden.

Wir wollen dafür Sorge tragen, daß der Förderbereich zu keiner Wettbewerbsverzerrung führt, daß der Förderbereich in Neutralität geführt werden kann.

Lieber Herr Kollege Kuhn, wer die Entwicklung der L-Bank in den letzten Jahrzehnten betrachtet, der wird sich auch von den Volksbanken, den Raiffeisenbanken und den Genossenschaftsbanken bestätigen lassen, daß im Bereich der Förderanstalt keine Wettbewerbsverschiebung in die L-Bank zu gewärtigen war, eher im Gegenteil. Die Volksbanken sind von allen Banken in Baden-Württemberg der größte Partner der L-Bank.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt aber der Hauptkonkurrent hinein!)

Wenn dort, Kollege Kuhn, die Trennung in der Rechtsform tatsächlich wirtschaftlich möglich war und die unselbständige Anstalt kein Hindernis war, dann richte ich die Frage an Sie: Sollten wir nicht mit genau derselben Rechtskonstruktion in der neuen öffentlich-rechtlichen Landesbank in die Zukunft gehen: eine Anstalt und darunter eine unselbständige Anstalt in Form des Förderteils, aber eine einzige Bank, ein Eigenkapital und damit ein Marktwert, der weit über Baden-Württemberg hinausführen kann?

Ein Zweites will ich ansprechen. Das Interesse Baden-Württembergs, das Interesse der Landespolitik macht sich nicht allein an unseren trägerschaftlichen Anteilen fest. Landespolitik ist mehr als Fiskalpolitik, und deswegen tragen wir auch Verantwortung für die Finanzunternehmen, die Banken, Versicherungen und Bausparkassen jenseits der öffentlichen Hand, die in Baden-Württemberg angesiedelt sind.

Die Baden-Württembergische Bank AG sei als erste, wenn auch kleinere genannt. Die Württembergische Versicherung sei als weit größerer Versicherungs- und Finanzdienstleister als zweite genannt; die Bausparkassen im genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Bereich seien als drittes Stichwort genannt. Ich glaube, daß wir allen Grund haben, mit den anderen Eigentümern dort, wo wir Miteigentümer sind, und mit den Alleineigentümern dort,

wo wir nur Partner sind, wo wir Standortinteressent sind, Standortinteressen zu wahren haben, in den nächsten Wochen und Monaten parallel zur geglückten Fusion der öffentlichen Banken zu beweisen, daß für uns Bankarbeitsplätze, Bankenwertschöpfung, Bankeneinnahmen und eigenständige Bankendienstleistungen am Standort Baden-Württemberg in allen Geschäftsbereichen auch privatwirtschaftlich von hoher Bedeutung, von Landesinteresse sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. List CDU: Sehr richtig! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: 36 %!)

Wenn dem so ist, Kollege Kuhn, dann will ich gerade auch im Vorfeld von Haushaltsberatungen sagen: Im Augenblick halte ich an der zentralen Verantwortung des Landes und den Anteilen, die sich an unseren Banken in der künftigen Bank ergeben werden, fest. Vieles spricht dafür, daß das Land in den nächsten Jahren eine zentrale Verantwortung für die Zentralbank und Universalbank wahrnehmen soll.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rate auch davon ab, die BW-Bank jetzt schnell zu verhöckern. Die BW-Bank braucht unsere Fürsorge mehr denn je.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha, so stellen Sie sich den Kapitalismus vor!)

Die BW-Bank – Kollege Kuhn, gemacht, gemacht! – ist neben der neuen Bank kleiner als zuvor. Das heißt, sie hat in Baden-Württemberg parallel mehr Unterstützung durch uns, weil wir die Großbank geschaffen haben, verdient.

Ich frage weiter: Wer soll denn 36 % der BW-Bank-Aktien kaufen? Glauben Sie im Ernst, daß dies Emma Müller und Albert Meier tun? Dies wird doch keine Bank der kleinen Aktionäre, sondern in dem europäischen Bankenwettbewerb sind die Banken aus München und andere in Europa ganz heiß darauf, eine gut eingeführte Adresse in Baden-Württemberg zu bekommen, um die Marktdurchdringung Baden-Württembergs zu unseren Lasten, zu Lasten der Sparkassen, der Volks- und Geschäftsbanken nachhaltig zu erhöhen.

Deswegen würde ich gerne ohne Eifer, nicht verbunden mit der Fusion der öffentlich-rechtlichen Banken,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist klar!)

in den nächsten Monaten und Jahren prüfen, wohin der Weg der Bausparkassen in Schwäbisch Hall, in Leonberg und in Ludwigsburg im Interesse dieser Bausparkassen und für Baden-Württemberg führen kann, würde ich gerne ohne Eifer prüfen, wohin der Weg der BW-Bank als einer baden-württembergischen Bank, die unseren Namen trägt, die ihren Sitz in Stuttgart, Heilbronn und Karlsruhe hat, die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg aufgebaut hat und die ihre Wertschöpfung halten und ausbauen soll, in Partnerschaft mit der neuen Landesbank und dem Land Baden-Württemberg führen soll.

Deswegen, Kollege Kuhn – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Abg. Oettinger CDU: Gerne, ja.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Oettinger, ich möchte an dieser Stelle gleich zwischenfragen: Glauben Sie, daß Sie tatsächlich den europäischen Wettbewerb im Privatbankenbereich – ich wiederhole: im Privatbankenbereich – und die Konzentrationsprozesse, die da gegenwärtig laufen, durch eine Landesbeteiligung eines Bundeslands wie Baden-Württemberg an einer Privatbank aufhalten können? Das war die erste Frage.

Und die zweite Frage ist: Welche ordnungspolitische Vorstellung steht dabei eigentlich dahinter?

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Kuhn, zunächst einmal müssen wir, glaube ich, gemeinsam festhalten, daß eine gute Eigentümerpolitik eine abgestimmte Eigentümerpolitik ist. Die anderen Eigentümer bei der BW-Bank AG sind wichtige Adressen, wichtige gewerbliche Betriebe,

(Abg. List CDU: So ist es!)

wichtige Finanzanleger in Baden-Württemberg und um Baden-Württemberg herum. Ich will im Landtag von Baden-Württemberg keinen Schnellschuß, der die anderen Partner brüskiert.

Zweitens stelle ich fest, daß die L-Bank einen Anteil an der BW-Bank in die neue Landesbank einbringt. Ich setze darauf, daß die Vorstände der BW-Bank und der neuen Landesbank und die Eigentümer, die zum Teil gemeinsame Eigentümer sind, prüfen, wo Kooperation und Arbeitsteilung und damit Mehrwert für Landesbank und Baden-Württembergische Bank möglich werden.

Und drittens: Ich will in keinem Fall, daß die Baden-Württembergische Bank eine Filiale der Vereins- und Hypo-Bank oder eine Filiale der Deutschen, der Dresdner oder der Commerzbank wird.

(Beifall bei der CDU)

Dem hat sich alles unterzuordnen. Deswegen sind, glaube ich, schnelle Verkaufslösungen, egal in welcher Form, nicht in Sicht. Ich sitze trotzdem nicht dogmatisch auf allen Aktienpaketen.

Lassen Sie mich schließen: Erwin Teufel ist ein fairer Ausgleich von unterschiedlichen und eine Bündelung von gemeinsamen Interessen gelungen. Stadt Stuttgart, Sparkassen in Baden, Sparkassen in Württemberg und das Land Baden-Württemberg haben eine historische Chance genutzt. Zweimal ließ sich die Bankenneuordnung nicht erreichen. In den achtziger Jahren ist sie am Verwaltungsrat der Landesgirokasse und an anderen Gremien gescheitert. In der großen Koalition hatten die Sozialdemokraten ein anderes, mit dem heutigen Konzept nicht zu vereinbaren-

des Konzept. Ich setze darauf, daß Sozialdemokraten heute erkennen, daß das heutige Konzept in die Zukunft weist, und daß die Sozialdemokraten im Landtag – genauso wie die SPD im Gemeinderat von Stuttgart – diesem Errichtungsgesetz zustimmen und heute durch ihre Zustimmung zu der Entschließung zeigen, daß eine breite Koalition aller Parteien im Landtag hinter dem Konzept von Erwin Teufel steht.

(Beifall bei der CDU)

Dann bin ich sicher, daß der Standort für hohe technologische Dienstleistungen, daß der Standort für gewerbliche Produktion, die weltweit führend ist, auch im Bankenbereich ein führender Dienstleistungsstandort mit Zukunft für die nächste Generation, mit Wertschöpfung für uns und im Interesse aller Baden-Württemberger werden kann.

Wir sagen Dank und sagen schon jetzt Unterstützung bei der weiteren Beratung und Zustimmung zum Gesetz im Herbst zu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bis jetzt war es ja eine richtige Feierstunde.

(Abg. Rückert CDU: Ist auch richtig! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wir haben auch Grund zum Feiern! – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie dürfen mitfeiern, Herr Maurer! – Unruhe)

Ich habe mich gefragt, ob wir bereits das zehnjährige Bestehen dieser Bank oder etwas Ähnliches feiern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie dürfen mitfeiern!)

Das ist eine etwas unschwäbische und unbadische Verhaltensweise, die versucht, die Zeugung mehr als die tatsächliche Geburt zu feiern. Deswegen rate ich in dieser Debatte zu etwas mehr Nüchternheit, als ich sie bisher gespürt habe.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Da stimmt der Oettinger zu!)

Beginnen wir einmal – damit Sie auf Ihre Kosten kommen, lieber Herr Kollege List; wir könnten uns darüber doch wirklich ganz entspannt und sachkritisch unterhalten – mit dem

(Abg. Dr. Repnik CDU: Wir schon!)

– wir auch! –, was daran positiv sein könnte. Positiv ist, glaube ich, daß jede Bewegung in dieser Frage und jeder Versuch einer Lösung besser ist als die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustands, bei dem es nämlich nichts gibt. Das will ich ausdrücklich sagen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch schon einmal etwas! Das ist schon einmal gut!)

(Maurer)

Das will ich ausdrücklich sagen, bevor Sie sich zu sehr freuen, Herr Kollege Pfister. Ich persönlich finde es auch positiv, daß bei dieser Gelegenheit die völlige Bedeutungslosigkeit der FDP/DVP in der Landespolitik unterstrichen worden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Republikaner)

Das ist auch positiv.

(Zurufe der Abg. Dr. Glück FDP/DVP und Birzele SPD)

Wissen Sie, das, was der Kollege Oettinger an Ihre Adresse gesagt hat, war ja wirklich hart über der Grenze der Real-
satiire.

Aber damit fangen dann die wirklichen Fragestellungen, Herr Ministerpräsident, auch an.

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist am besten, man wirft zuerst einmal – wie wir das damals in der großen Koalition auch getan haben – einen Blick auf die Frage: Wo liegen denn die realen Schwächen des Standortes Baden-Württemberg bei den Finanzdienstleistungen?

Offenkundig ist es ja so, daß Baden-Württemberg das Problem hat – und darauf haben wir ja seit Jahren hingewiesen –, daß es bei Finanzdienstleistungen sehr weit gegenüber anderen deutschen Ländern zurückhängt, insbesondere gegenüber Bayern und Hessen, auch gegenüber Hamburg, möglicherweise auch bald gegenüber Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Die Schwäche Baden-Württembergs, Herr Ministerpräsident, lieber Kollege Oettinger,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Liegt in der Opposition!)

lag noch nie in einer Schwäche des öffentlich-rechtlichen Sektors. Das haben Sie übrigens auch indirekt selbst eingeräumt. Sie haben das umgekehrt ausgedrückt, indem Sie von der historischen Stärke des öffentlich-rechtlichen Sektors geredet haben. Die Schwäche Baden-Württembergs als Platz für Finanzdienstleistungen lag und liegt im Bereich des privatrechtlich verfaßten Bankensektors. Es müßte eigentlich das erste Ziel der Landespolitik sein, diese Schwäche zu beheben.

Die erste Fragestellung ist, ob das, was Sie vorschlagen, dazu einen Beitrag leistet. Ich kann – es tut mir leid – das nicht erkennen.

Ich muß schon auf die Position zurückkommen, die wir mit guten Gründen in der Zeit der gemeinsamen Regierung mit Ihnen vertreten haben und die an Ihrem Widerstand gescheitert ist. Es wäre – und ich sage das deutlich – nach wie vor eine überlegene Lösung gewesen, die SüdwestLB und die L-Bank zu einem starken öffentlich-rechtlichen Spitzeninstitut zusammenzuführen und die Schwäche Baden-Württembergs auf dem Feld der privatrechtlich verfaßten Finanzdienstleistungen anzugehen, indem man tatsächlich die Landesgirokasse in eine privatrechtliche Organisationsform gebracht und mit der Baden-Württembergischen Bank verbunden hätte. Das ist unverändert richtig. Das ist nämlich die richtige Antwort auf die richtige Diagnose.

Wenn Sie das nicht glauben, so werfen Sie in der Tat doch einen Blick auf Bayern. Das neue Institut – wenn es denn nun tatsächlich geboren werden sollte – wird knapp bilanzstärker sein als die Bayerische Landesbank. Aber die Bedrohung oder die Konkurrenzproblematik, die von Bayern ausgeht, geht ja nicht von der Bayerischen Landesbank aus, sondern von der privatrechtlichen Stärke des Zusammenschlusses von Hypo- und Vereinsbank, von den Strukturen in Frankfurt. Und darauf – tut mir leid – ist Ihre Lösung überhaupt keine Antwort.

(Beifall bei der SPD – Abg. Sieber CDU: O Gott, o Gott!)

Im Gegenteil – und da war auch der letzte Teil der „Feierstunde“ verräterisch –, es bleibt sogar noch ein Problem zurück. Während in dem, was wir für richtig halten, die Baden-Württembergische Bank eine vernünftige Zukunft gefunden hätte und den Nukleus mit hätte bilden können für eine Stärkung der privaten Finanzdienstleistungen in Baden-Württemberg, bleibt sie jetzt sozusagen als Relikt zurück.

In der Tat stellt sich dann die spannende Frage: Was wird denn damit? Was wird mit einer Größenordnung, die natürlich aus eigener Kraft in die Zukunft hinein nicht bestandsfähig sein kann? Daran knüpfen sich dann die Debatten, die ich gerade im ersten Teil der „Feierstunde“ erlebt habe. Auch da hinterlassen Sie ein ungelöstes Problem. Das heißt, Sie schaffen es im Grunde genommen mit der Entscheidung, die Sie treffen wollen.

Dann wird Sie überraschen, Herr Ministerpräsident, daß ich zum ersten Mal zu der Auffassung gekommen bin, daß Sie eine Gemeinsamkeit mit Nina Ruge haben. Das ist wirklich überraschend. Es gibt aber tatsächlich eine solche Gemeinsamkeit. Frau Ruge beendet ihre Sendungen immer mit dem Satz: „Alles wird gut.“

(Heiterkeit bei der SPD)

So hört sich das schon die ganze Zeit an: Alles wird gut, alle Standorte werden selbstverständlich gestärkt – Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim –, alles wird gestärkt, es gibt jede Menge Wettbewerb, aber niemand ist von dem Wettbewerb betroffen,

(Heiterkeit des Abg. Weimer SPD)

weder die Sparkassen noch die Genossenschaftsbanken; auch das wird alles gut; in der Bewertungsfrage gibt es überhaupt kein Problem; es wird uns da schon irgend etwas einfallen. Bislang ist das alles eine Summation von ungelösten Problemen und massiv vorgetragenen Hoffnungen.

Deshalb rate ich zu sehr viel mehr Nüchternheit in einer solchen Debatte. Ich will auf die Probleme hinweisen, die ich sehr massiv sehe.

Eine Reihe von Leuten, mit denen ich gesprochen habe, sind der festen Überzeugung, Herr Ministerpräsident, Sie hätten da jetzt einen großen Schritt in die Einstufigkeit des Sparkassen- und des öffentlich-rechtlichen Sektors gemacht, und sagen dann, das sei überzeugend. Wenn ich das richtig sehe, glaubt auch die LG-Seite oder die Stadt Stutt-

(Maurer)

gart daran, daß das so sei. In der Tat muß man die Frage stellen, was das bedeuten soll: völlige Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit mit allem Drum und Dran. Was wird denn das für ein Wettbewerb für Sparkassen, für kleinstrukturierte Sparkassen, selbst für Kreissparkassen, mit einem Institut, das gleichzeitig die beherrschende Mutter des eigenen Bereichs ist, das in alle Bilanzen und Geschäftsvorgänge Einblick hat? Damit soll man dann in den vollständigen Wettbewerb gehen. Dann sagen mir viele, das sei natürlich gewollt, es müsse in der Einstufigkeit enden.

Dann lese ich aber die Interviews des Kollegen Haasis. Da steht fett oben drüber: Die Zweistufigkeit wird bleiben. Da hätte ich gern gewußt, wie es jetzt denn eigentlich gehen soll. Soll das jetzt zur Einstufigkeit des öffentlich-rechtlichen Sektors führen, oder wird die Zweistufigkeit bleiben? Wollen Sie Wettbewerb mit dem Sparkassensystem haben, oder wollen Sie am Ende die Einstufigkeit? Das ist eine völlig ungelöste und ungeklärte Frage. Das hat man alles schön vor die Klammer gesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Das geht so nicht. Diese Fragen müssen geklärt und beantwortet werden. Sonst kann man überhaupt kein Urteil, schon gar kein feierliches, darüber sprechen, Herr Kollege Kuhn, ob das jetzt etwas Positives oder etwas weniger Positives ist.

Das ist in der Tat die Frage, wenn hier völlige Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit herrscht. Die Filialnetzfrage ist nicht so sehr bedeutend. Der tatsächliche Wettbewerb ist bedeutend. Wie sollen eigentlich die Strukturen der badischen Bezirkssparkassen in einer solchen Situation standhalten? Was soll eigentlich daraus werden? Wollen Sie die am Ende nicht halt doch eingemeinden, was dann irgendwie konsequent wäre? Was soll eigentlich im mittleren Neckarraum werden, wo wir Ihnen auch – es tut mir leid – ein besseres Modell vorzuschlagen hatten und haben? Es hätte natürlich Sinn gemacht, Herr Kollege Haasis, daß dann die Kreissparkassen in die Funktion der Regionalsparkasse hier in der Region gegangen wären, das klare zweistufige System erhalten geblieben wäre und man trotzdem eine Stärkung des privatrechtlich verfaßten Ansatzes gehabt hätte. Das war und ist das überlegene Modell. Daß Sie es nicht wollten, macht die Sache nicht schlechter. Aber das ist das überlegene Modell. Sie meinen nun, Mehrheit sei Wahrheit und Sie müßten da Ihren Kopf durchsetzen.

Ich sage Ihnen: In der Strukturfrage ist dieses Modell nicht konsequent. Wir wissen bei dem, was Sie vorschlagen, nicht, woran wir sind. Wir wissen nicht, ob Sie die Einstufigkeit oder die Zweistufigkeit wollen. Wir wissen nicht, ob Sie Wettbewerb wollen oder nicht. Das haben Sie alles offengelassen.

Auch die vollmundige Ankündigung, den Arbeitsplätzen passiere gar nichts, im Gegenteil, da werde die Situation sogar besser, ist zunächst einmal nur weiße Salbe. Ich habe in der Wirtschaft eigentlich noch nie erlebt, daß man sagt: „Es gibt gewaltige Synergieeffekte,“ – die kann es möglicherweise geben – „und gleichzeitig gibt es mehr Jobs.“ Das wäre ein völlig neuer, ein unbeschreiblicher Vorgang.

Das steht nur als Ankündigung in der Welt und ist nicht mit Fakten und auch nicht mit nachvollziehbaren Operationen unterlegt, sondern es ist eine reine Ankündigungspolitik auch in diesem Bereich. Auch da wollen wir „Butter bei die Fische“, wir wollen sehen, wie das, was hier in die Gegend gestellt wird, real begründet und dargestellt wird.

Das gilt dann, drittens, auch für die Standortfrage. Auch das ist nur eine Beschwörung: Es wird gut für Stuttgart, es wird gut für Karlsruhe und gut für Mannheim. Das ist eine Beschwörung. Zuerst muß man sehen, wie die Geschäftsfelder verteilt werden. Aber dazu sagen Sie nichts. Und es muß gesehen werden, wie sich das auf die Kommunalsteuern auswirkt. Auch dazu sagen Sie nichts. Alles ist ein völlig offenes Blumengebilde, und im Moment ist nichts konkret dahinter und nichts konkret geklärt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist jetzt keine Zeit für Feierstunden, sondern das ist eine Frage der Nüchternheit, bei der vieles erst beantwortet werden muß. Sie sagen ja, Sie hätten regelrecht die Strategie gewählt, daß Sie bewußt alle Fragen, die man normalerweise klären muß, bevor man eine solche Ehe schließt, offengehalten hätten und sozusagen nach dem Motto „Wenn wir erst ins Wasser gesprungen sind, werden wir schon irgendwie das Schwimmen lernen“ handelten. Ich weiß nicht, ob das eine überlegene Strategie ist. Wir werden das auf der Strecke sehen. Ich sage nur: Bisher ist das Ganze eine Ankündigung, eine Hoffnung und nicht die beste Lösung, sondern allenfalls die zweitbeste.

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

Die beste Lösung haben Sie aus politischen Gründen zugemacht. Es ist nicht die Antwort auf die Schwäche Baden-Württembergs bei privaten Finanzdienstleistungen, sondern eine Betonung der alten Stärken. Damit wird das Problem, das wir traditionell haben und das wir eigentlich lösen müßten, nicht gelöst. Das muß man in aller Nüchternheit so feststellen.

Deswegen schlage ich Ihnen einen anderen Weg vor. Wir wollen jetzt einmal miteinander kritisch die Fragen diskutieren und lösen, die wirklich zu lösen sind: Was ist gewollt? Einstufigkeit oder Zweistufigkeit? Wie soll sich der Wettbewerb mit dem Sparkassensektor entscheiden? Ist es tatsächlich nachvollziehbar, daß die Standorte nicht geschwächt werden sollen? Ich finde die Besorgnis im badischen Landesteil dazu durchaus berechtigt. Das will ich einmal anmerken.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Da wäre die Badenfrage noch zu diskutieren!)

– Nein, Herr Kollege, nehmen Sie das doch einfach ernst. – Wenn das alles geklärt ist, lieber Kollege, können wir entscheiden, ob es etwas zu feiern gibt oder ob es nichts zu feiern gibt. Jetzt rate ich zur Nüchternheit und zur Realpolitik und zur Klärung der Fragen, die angesprochen sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Die SPD wird in diesem Jahr wenig Anlaß zum Feiern haben!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Richtig ist, daß diese neue Landesbank noch nicht in trockenen Tüchern ist. Aber im Gegensatz zum Kollegen Maurer stelle ich fest: Während die SPD-Fraktion herummäkelt, wird diese Koalition alles tun, damit diese Landesbank wirklich zum 1. Januar 1999 auch errichtet werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin davon überzeugt: Wenn dies so sein wird – und die Zeichen sind günstig –, wird die neue Landesbank für Baden-Württemberg ein Glücksfall und im übrigen ein weiterer Beleg für das beharrliche und erfolgreiche Bemühen dieser Landesregierung sein, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auch strukturell zu stärken, und es wird damit die richtige, aber auch dringend notwendige Antwort für eine Bankenlandschaft gegeben, die sich um uns herum rasant verändert und Lösungen erfordert.

CDU und FDP/DVP haben nach der Energiefusion und der Rundfunkfusion in gerade einmal 20 Monaten ihre Gestaltungskraft unter Beweis gestellt und auch günstige Ausgangsvoraussetzungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg geschaffen. Diese Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg war eindeutig und klar bereits in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP/DVP auf die Tagesordnung gesetzt worden, um damit die Bedeutung der Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg für jeden sichtbar zu machen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Wir haben diese Koalitionsvereinbarung in Rekordzeit erfüllt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Na ja!)

Lieber Herr Kollege Maurer, Vorgängerregierungen – dazu zähle ich auch die große Koalition – haben sich reihenweise an einer Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg versucht, und sie haben alle kläglich versagt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

In der großen Koalition gab es nicht mehr als ein ineffizientes Gezänk, und in den achtziger Jahren gab es eine fruchtlose Modellbasterei. Es war notwendig, jetzt unaufgeregert, schnell, konsequent und geschlossen zu handeln.

(Lachen bei der SPD)

Dies ist geschehen, und der Erfolg hat uns recht gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, im Augenblick nicht.

(Abg. Birzele SPD: Herr Pfister, für welches Modell waren Sie in der letzten Legislaturperiode?)

– Auf Ihre Frage komme ich zurück, Herr Kollege.

(Abg. Birzele SPD: Hoffentlich!)

– Ich komme auf die Frage zurück.

Viel Zeit – das muß ich dazu auch sagen – haben wir nicht mehr gehabt. Schauen Sie sich die Entwicklung auf den Finanzmärkten in Deutschland, in Europa und weltweit an. Was stellen Sie fest? Konzentrationsprozesse, Fusionen und das Schmieden strategischer Allianzen überall, und zwar nicht nur in Hinterindien, sondern auch unmittelbar vor unserer Haustür. Denken Sie an die Bayerische Vereinsbank und an die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank. Denken Sie an die Fusion der beiden Schweizer Banken zur jetzt zweitgrößten Bank der Welt.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir auch gehört!)

Wenn man das vor Augen hat – das jetzt auch zu der Frage, die Sie gestellt haben, Herr Kollege Birzele –, ist einem klar, daß es darauf ankommt, eine Konstruktion zu finden, von der man sagen kann, daß sie international wettbewerbsfähig ist und daß sie international eine Größenordnung aufweist, die gewährleistet, daß das, was wir alle wünschen, auch tatsächlich erreicht wird, nämlich eine nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts und Dienstleistungsplatzes Baden-Württemberg.

(Abg. Birzele SPD: Öffentlich-rechtlich oder privat?)

Wenn Sie das ganz realistisch betrachten und sich diesen Hintergrund vor Augen halten, müssen Sie feststellen, daß es hierfür im Augenblick, realistisch gesehen, eine einzige Lösung gibt, nämlich die Lösung, die heute zur Debatte steht, den Zusammenschluß von L-Bank, SüdwestLB und Landesgirokasse mit einer Bilanzsumme und einer Ertragsstärke, die die Voraussetzung dafür sein werden, den Anforderungen an die neue Bank national und international genügen zu können.

Es gibt keine Alternative, wenn man will, daß Baden-Württemberg im internationalen und nationalen Bankengeschäft wieder eine Rolle spielt. Es gab vielleicht in den vergangenen Jahren andere Alternativen; über sie ist diskutiert worden.

(Abg. Weimer SPD: Aha! Warum habt ihr sie dann so niedergemacht?)

Ich sage noch einmal: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es keine Alternative zu diesem neuen Institut, zu dieser neuen Landesbank, die sich national und international bewähren muß.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Hat die FDP/DVP diese Konstruktion gewollt?)

Worin liegt nun der Nutzen der Bank für die Wirtschaft? Ganz sicher muß es darum gehen, noch mehr Hilfestellung für Existenzgründungen zu geben und damit die Vorausset-

(Pfister)

zungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ganz sicher wird es auch darum gehen, daß in Baden-Württemberg gerade für die mittelständische Wirtschaft deutlich mehr Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt werden muß, daß deutlich mehr Wagniskapital, Risikokapital und Chancenkapital bereitgestellt werden muß. Das erwarte ich von der Bank.

Ich erwarte von der Bank genauso, daß sie unsere Unternehmen im Auslandsgeschäft unterstützt. Dies gilt für kleine Unternehmen, dies gilt für mittlere Unternehmen, und dies gilt auch für große Unternehmen.

(Abg. Brechtken SPD: Für ganz große auch!)

Aber es gilt aus meiner Sicht insbesondere für mittelständische Unternehmen. Deshalb hoffe ich und wünsche ich, daß die neue Landesbank eine Bank sein wird, die die Mittelstandspolitik in Baden-Württemberg weiter voranbringen wird. Das ist für dieses Land ganz entscheidend.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Sieber CDU)

Wie gesagt: Noch ist nicht alles in trockenen Tüchern.

(Abg. Weimer SPD: Das ist wahr!)

Noch fehlt der praktische Vollzug der Landesbank. Dazu ist die Zustimmung von Gremien und Institutionen notwendig.

Nach der Rede des Kollegen Kuhn gehe ich einmal davon aus, daß es hier im Landtag von Baden-Württemberg mit Ausnahme der SPD, die sich dieser neuen Bank offensichtlich verweigert, eine große Mehrheit für diese Bank geben wird. Darüber freue ich mich.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Bei der Stadt Stuttgart – darauf wurde schon hingewiesen –, bei der die SPD dieses neue Institut überschwänglich gelobt hat, gehe ich auch davon aus, daß dort eine Mehrheit zu erreichen sein wird.

Wenn ich mir die Stellungnahmen der Präsidenten der beiden Sparkassen- und Giroverbände des Landes anschau, dann gibt es mit 75 % wohl eine hohe Hürde; das ist wohl wahr. Aber die Zeichen stehen günstig dafür, daß auch dort diese Hürde genommen wird, weil alle Partner im Land Baden-Württemberg, bei der Stadt Stuttgart und auch bei den Giroverbänden sehen, daß die Chancen für diese Bank so groß sind, daß es sich lohnt, diese Hürde tatsächlich zu überspringen.

Ich will auf Bedenken eingehen, die zu Recht geäußert worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Man muß diese Bedenken, die aufgetaucht sind, ernst nehmen. Diese Bedenken beziehen sich in der Tat in erster Linie auf die Wettbewerbsneutralität, die in dieser Lösung angesprochen ist. Daß diese Frage der Wettbewerbsneutralität nicht von ungefähr gerade von den Genossenschaftsbanken gestellt wird, ist wahr. Das ist auch nicht sensationell.

Herr Kollege Birzele, es ist ja wahr, was Sie in Ihrer Zwischenfrage angedeutet haben: Auch die FDP/DVP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren bei den verschiedenen Konstruktionen und Modellen, die diskutiert worden sind, immer darauf hingewiesen, daß diese Wettbewerbsneutralität gerade auch gegenüber dem genossenschaftlichen Bankwesen gewährleistet sein muß.

(Abg. Birzele SPD: Und Sie wollten den privaten Sektor stärken!)

Deshalb ist es wichtig und von großer Bedeutung, daß sowohl in der gemeinsamen Erklärung der baden-württembergischen Sparkassenverbände, der Vertreter des Landes und der Stadt Stuttgart als auch jetzt in der Rede des Ministerpräsidenten noch einmal deutlich formuliert worden ist:

(Abg. Weimer SPD: Was?)

Wir brauchen dringend eine klare Funktionstrennung und Abschottung des Förderbereichs. Dies soll dadurch gewährleistet werden, daß innerhalb dieses neuen Instituts eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts etabliert wird, also eine ähnliche Konstruktion, wie wir sie auch schon in der Vergangenheit hatten. Es ist wahr: Das, was in der Vergangenheit gut funktioniert hat, nämlich Wettbewerbsneutralität herzustellen, das kann auch in der Zukunft unter diesen neuen Gegebenheiten funktionieren.

Ich will einen weiteren Punkt nennen, der zu Diskussionen führen wird. Er wird auch zu Diskussionen – Herr Kollege Oettinger, Sie haben das angesprochen – zwischen den Koalitionspartnern in dieser Regierung führen. Wenn mit dieser Gründung der Landesbank Baden-Württemberg eine Neuordnung und Stärkung des Bankenplatzes zum 1. Januar 1999 kommt, dann – aber erst dann – muß auch in aller Offenheit über die verbliebenen Beteiligungen des Landes an privaten Geschäftsbanken in Baden-Württemberg gesprochen werden. Konkret heißt das: Dann muß auch über die Landesbeteiligungen an der Baden-Württembergischen Bank gesprochen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sprechen können wir! – Abg. Brechtken SPD: Was wollt ihr jetzt? Sprechen? Was ist die Antwort?)

Das ist nun überhaupt kein Aufruf dazu, daß wir einen Schnellschuß wagen sollten. Das ist überhaupt kein Aufruf dazu, daß wir übereilte Lösungen anpacken sollten. Das muß überhaupt nicht sein.

(Abg. Brechtken SPD: Was wollt ihr jetzt? – Abg. Bebbler SPD: Was soll herauskommen? – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Der Ministerpräsident hatte ja recht, als er in einem Interview mit einer Tageszeitung gesagt hat, daß sich in der nächsten Zeit, in den nächsten Monaten und Jahren in der Finanz- und der Versicherungswirtschaft insgesamt unendlich viel bewegen und neu ordnen werde.

(Abg. Brechtken SPD: Welches Ziel haben Sie, Herr Kollege? Welches Ziel? – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Seid doch nicht so ungeduldig!)

– Das sage ich Ihnen gleich.

(Pfister)

(Abg. Bebbler SPD: Wo soll es hingehen? – Abg. Weimer SPD: Quo vadis, FDP?)

Ich will für die FDP/DVP-Fraktion in aller Klarheit sagen: Es gibt – jedenfalls aus liberaler Sicht – kein originäres landespolitisches Interesse daran, Anteile an einer privaten Geschäftsbank zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Schön gesagt! – Abg. Brechtken SPD: Was heißt das jetzt?)

Vieles spricht nach dieser Neuordnung für die Errichtung eines lupenreinen Drei-Säulen-Bankenmodells, nämlich erstens eines jetzt neu geordneten öffentlich-rechtlichen Bankenwesens, daneben zweitens eines genossenschaftlichen Bankenwesens und drittens eines privaten Bankenwesens. Über die Wege, auf denen man dahin kommt, wird noch im einzelnen zu reden sein.

(Abg. Brechtken SPD: Sagen Sie einmal, wie Sie es wollen! – Abg. Birzele SPD: Auf jeden Fall sind Sie dafür, das steht heute schon fest!)

Aber daß die Liberalen am Ende dieses Wegs gern eine Privatisierung der Landesanteile an der BW-Bank sähen, das will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Aber Sie sind am Ende des Wegs auf jeden Fall dafür!)

Das ist aber im Augenblick nicht das Thema.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich sage ausdrücklich: Ich will das eine nicht mit dem anderen verknüpfen, um die Errichtung dieser Bank nicht zu gefährden.

(Abg. Weimer SPD: Aber Sie sehen den Zusammenhang trotzdem?)

Deshalb geht es zunächst einmal darum, jetzt alles zu tun, daß diese neue Bank errichtet wird und zum 1. Januar 1999 tatsächlich „ans Netz“ kann.

Ich sage noch einmal: Ich bin davon überzeugt, daß diese neue Landesbank für Baden-Württemberg neue Chancen und Möglichkeiten bringen wird. Ich bin davon überzeugt, daß das ein beträchtlicher Beitrag sein wird, um den Finanzdienstleistungsplatz, den Finanz- und Wirtschaftsplatz Baden-Württemberg insgesamt zu stärken.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wer mit Baden-Württemberg etwas Gutes vorhat, wer Baden-Württemberg voranbringen will, dem wird überhaupt nichts anderes übrigbleiben, als in dieser Situation die neue Landesbank für Baden-Württemberg zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für die Fraktion

Die Republikaner zunächst feststellen, daß wir die in der gemeinsamen Erklärung von Vertretern des Landes, der baden-württembergischen Sparkassenverbände und der Stadt Stuttgart vom 19. Januar 1998 vorgeschlagene Errichtung einer Landesbank Baden-Württemberg begrüßen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben diese Lösung bereits bei der Debatte im Jahr 1995 für den richtigen Weg gehalten und sehen mit der jetzt vorgeschlagenen Fusionslösung diesen richtigen Weg eingeschlagen.

Lassen Sie mich drei ganz grundsätzliche Vorbemerkungen machen, zunächst eine zu der Frage der Konzentrationsprozesse. Konzentrationen und Fusionen sind zum Teil unvermeidlich und auch zum Teil überfällig. Aber sie sind kein Königsweg aus den vor uns stehenden Problemen. Die Globalisierung, aber auch das Maastricht-Europa setzen zweifelsohne Zwänge. Eines der wirklich offensichtlichen Beispiele dafür ist der Bereich der Energieversorgungsunternehmen.

Dennoch muß bei solchen Fusions- und Konzentrationsprozessen stets eine sorgfältige Abwägung der Auswirkungen auf alle Betroffenen angestellt werden. Diese Abwägung – das will ich herausheben, meine Damen und Herren – muß auch den Erhalt gewachsener und wünschenswerter Strukturen ebenso wie den Erhalt von Arbeitsplätzen oder das Leistungsangebot fusionierter Einrichtungen einbeziehen.

Eine zweite Vorbemerkung: Alle Fusionsbestrebungen im Bankensektor, die mit dem jetzt zur Debatte stehenden Zusammenschluß noch nicht abgeschlossen sein müssen, sollten den Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems mit dem Sektor der privaten Geschäftsbanken, dem Genossenschaftswesen und den öffentlich-rechtlichen Sparkassen garantieren.

(Beifall des Abg. König REP)

Dies liegt nicht nur im Interesse eines sinnvollen Wettbewerbs, der sich ja weniger zwischen den Einzelbanken als vielmehr zwischen den verschiedenen Kreditinstitutionsgruppen abspielt, sondern vor allem auch im Interesse der Bürger, des Mittelstands und natürlich auch der kommunalen Körperschaften. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns mit Nachdruck für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassenstruktur mit ihrem spezifischen gesetzlichen Auftrag und der besonderen regionalen Funktion der Sparkassen aus.

(Beifall bei den Republikanern)

Eine dritte Bemerkung: Privatisierungen werden heute oft als Allheilmittel für die Sanierung notleidender öffentlicher Kassen gepriesen. Sie können das am besten an der Diskussion darüber nachvollziehen, ob das Land unbedingt Anteile an reinen Geschäftsbanken halten sollte oder nicht. Aber einmal davon abgesehen, daß gerade im Bankensektor die letzten Jahre mit dem auch hier schon diskutierten Rückzug privater Großbanken aus der Fläche deutlich sichtbar unter Beweis gestellt haben, daß der Markt eben nicht alle Probleme löst, sondern bisweilen sogar neue

(Dr. Schlierer)

schaft, halten wir es im Blick auf eine zukunftsgerichtete Strukturpolitik in unserem Land für unverzichtbar, daß das Land seine Anteile an der BW-Bank hält. Ich werde darauf nachher noch einmal speziell zurückkommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, die Diskussion über die Notwendigkeit und die Kriterien für eine neue Bankenstruktur war und ist von verschiedenen Zielsetzungen geprägt. Zum einen geht es um die Stärkung des Finanzplatzes Baden-Württemberg im Interesse unserer Wirtschaft. Zum anderen soll den Veränderungen im Bereich der Finanzdienstleistungen im Blick auf die Versorgung der Bürger Rechnung getragen werden. Außerdem sollen regionale Interessen – etwa bei der Gewährung von Krediten an Unternehmen – gesichert werden, und schließlich soll der Anschluß an neue Märkte nicht verpaßt werden.

Alle diese Ziele sind nachvollziehbar. Aber sie bergen auch Widersprüchlichkeiten in sich, die nicht ohne Auswirkungen auf die künftige Bankenstruktur bleiben werden. Ich will dazu nun auf einige Punkte speziell eingehen.

Zum einen: Die Wettbewerbsfähigkeit der neuen Landesbank Baden-Württemberg zieht als Konsequenz die Forderung nach vollständiger Geschäfts- und Niederlassungsfreiheit nach sich. Das ist nachvollziehbar. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß durch neue Filialen der Landesbank, die immerhin auf dem Netz der zweitgrößten Sparkasse des Landes aufbaut, denjenigen Sparkassen, die durch das Regionalprinzip beschränkt sind, eine ruinöse Konkurrenz entsteht. Hier genügt der Hinweis auf die Absicht des zu errichtenden Instituts, nur neue Geschäftsfelder erschließen zu wollen, nicht. Gegebenenfalls müssen nach unserer Ansicht dem neuen Bankinstitut in dieser Hinsicht Auflagen erteilt werden, wenn sich zeigen sollte, daß die Struktur unserer Sparkassen gefährdet wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bloß nicht!)

Mit der Herauslösung der Landesgirokasse aus der Sparkassenstruktur und ihrer Integration in die Landesbank entsteht nämlich ein für die Sparkassenverbände unerwünschter Sogeffekt, dem rechtzeitig begegnet werden muß. Es mag durchaus im Interesse der jeweiligen Gewährträger liegen, wenn einzelne größere Sparkassen nun dem Beispiel der LG zu folgen versuchen. Ich erinnere nur an das Beispiel Mannheim. Keinesfalls darf es jedoch zu einer Ausdünnung der Sparkassenstruktur kommen, bei der dann die kleineren Institute übrigbleiben und der Bestand der Sparkassenorganisation gefährdet wäre.

Die Beteiligung der SüdwestLB an der Landesbank Baden-Württemberg ist sicherlich sinnvoll und wünschenswert. Ich will in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, daß sich die beiden an der SüdwestLB beteiligten Sparkassen- und Giroverbände selbst überlegen und selbst entscheiden sollten, wie sie ihre künftige Kooperation im Blick auf die Beteiligung an der neuen Bank gestalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wir wehren uns gegen jeden Versuch, hier eine Zwangsfusion herbeizuführen. Ich habe bisweilen den Eindruck, Herr Ministerpräsident, als ob Sie diese Möglichkeit nicht ganz aus Ihrem Repertoire verbannt hätten. Immerhin scheint ja der Druck auf die beiden Sparkassen- und Giroverbände recht hoch zu sein. Wir werden einer Zwangsvereinigung über eine Novellierung des Sparkassengesetzes entschieden entgegentreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, das Ziel, im Rahmen der Bankfusion eine starke Privatbank für die Unternehmensfinanzierung zu schaffen, wurde sicherlich nicht erreicht. Ich glaube aber nicht, daß dies das einzige Kriterium sein kann, wenn wir hier über die Bankfusion sprechen. Insofern gehen die Überlegungen der SPD gezielt am Thema vorbei.

Auch erscheint uns im Blick auf die neuen Geschäftsfelder, die die Landesbank Baden-Württemberg nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten erschließen soll, die gegenwärtige Zusammensetzung noch keineswegs der Idealzustand zu sein. Gerade für die Börseneinführung oder für Emissionen, Herr Ministerpräsident, wäre die verstärkte oder auch – man kann ja einmal frei darüber nachdenken – strukturell weiter gehende Einbeziehung der BW-Bank sehr sinnvoll.

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern)

Denn hier müßten die vorhandenen Erfahrungen und das Know-how, die Kenntnisse, einbezogen werden.

Selbst wenn das bei dieser Fusion insbesondere im Hinblick auf die Kompatibilitätsprobleme zwischen öffentlich-rechtlichen Instituten und privatwirtschaftlicher Struktur der BW-Bank nicht möglich war, müssen jedoch Optionen für die Zukunft offengehalten werden. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, den Anteil des Landes an der BW-Bank zu halten und tendenziell eher auszubauen, anstatt ihn zu versilbern. Eine Trennung des Landes von seinem Anteil wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt kontraproduktiv

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern)

und würde dem Land jede Möglichkeit nehmen, im Blick auf künftige Strukturentwicklungen seinen Einfluß geltend zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, angesichts der sich abzeichnenden Arbeitsplatzstrukturentwicklung im Bankgewerbe muß darauf geachtet werden, daß die Fusion nicht zu einem zusätzlichen Abbau von Arbeitsplätzen führt. Sofern tatsächlich neue Geschäftsfelder erschlossen werden, besteht die Hoffnung, daß in diesen so viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, daß der bankinterne Strukturwandel und die Synergieeffekte weitestgehend kompensiert werden.

Allerdings muß, meine ich, darauf geachtet werden, daß wir es uns nicht leisten können, eine Fusion ins Werk zu setzen, die den sich so oder so schon abzeichnenden Arbeitsplatzumschichtungseffekt im Bankenbereich noch verstärkt.

(Dr. Schlierer)

Wichtig ist, meine Damen und Herren, daß der Förderanteil der L-Bank auch künftig wettbewerbsneutral bleibt. Wir begrüßen daher die Absicht der beteiligten Institute, den Förderbereich künftig – wie schon bei der Landeskreditbank bisher – als unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts zu führen.

Aber, Herr Ministerpräsident, trotzdem darf die Frage gestellt werden, wie die beschworene Abschottung dann de facto sichergestellt wird, wie die Wettbewerbsneutralität gesichert wird; denn es ist noch lange nicht gesagt, daß die bisherige Regelung bei den bisherigen Größenverhältnissen und der entsprechenden Eingliederung in die Landeskreditbank nachher auch problemlos auf die neue Bank übertragen werden kann.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich noch auf einen Aspekt eingehen, der mir vor allem im Blick auf die unserer Ansicht nach unverzichtbare Sparkassenstruktur bei uns im Land wichtig erscheint. Die neue Bankenstruktur spiegelt letztlich auch einen unvermeidbaren Anpassungsprozeß an das Maastricht-Europa wider.

Da in diesen Fusionsprozeß nunmehr auch die Sparkassen involviert sind, deren historisch gewachsene Struktur und besondere Aufgabenstellung einer besonderen Beachtung bedürfen, dürfen wir den Blick nicht vor folgender Gefährdung dieser Struktur verschließen: Mit der Einführung des Euro wird die künftige Europäische Zentralbank nämlich nicht mehr wie bisher etwa die Bundesbank auf eine Diskont- und Lombardpolitik zurückgreifen können. Für die Sparkassen wird dies dazu führen, daß sie künftig Wechsel, die sie bislang zum jeweiligen Diskont- oder Lombardsatz an die Bundesbank verkaufen konnten, künftig wieder zurückkaufen müssen. Das hat zur Folge, daß die Sparkassen anders als bisher ständig am Geldmarkt aktiv sein müssen, was sie unserer Ansicht nach aber faktisch gar nicht können.

Sie werden damit in der Folge zunehmend in Abhängigkeit von größeren Instituten geraten und Gefahr laufen, ihre Unabhängigkeit zu verlieren oder aber ganz vom Markt zu verschwinden. Wenn sich die Sparkassen nicht mehr bei der Zentralbank rediskontieren können, werden sie in der Folge auch keine Wechsel mittelständischer Unternehmen annehmen können, was bisher ganz wesentlich für die regionale Unterstützung notwendig war.

(Zustimmung bei den Republikanern)

Damit, meine Damen und Herren, sind erhebliche Auswirkungen auf unseren Mittelstand zu befürchten.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Im Resümee kann ich dazu nur sagen: Die Euphorie über gelungene Fusionsbemühungen darf nicht davon ablenken, daß wir uns zugleich in einem Prozeß zunehmender Erosion bewährter Strukturen wie etwa unserem Sparkassenwesen befinden.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Bildung größerer Einheiten ist kein Königsweg aus diesem Problem. Vielleicht hilft diese neue Bank den Spar-

kassen bei der Lösung ihrer künftigen Probleme. Aber auch sie ist kein Garant dafür, daß wir die Sparkassenstruktur vor dem Hintergrund dieser globalen Entwicklung so erhalten können, wie wir sie jetzt alle hier unisono wertschätzen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Republikaner wird dem Entschließungsantrag Drucksache 12/2436 der Regierungsfractionen zustimmen. Wir hoffen, daß dieses neue Bankinstitut insbesondere jetzt bei der konkreten Ausgestaltung – und sicherlich auch im Blick auf die personelle Besetzung – weiterhin einen positiven Weg nimmt und damit die wirtschaftliche Struktur in unserem Land gestärkt wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern auf einige Diskussionsbeiträge zu meiner Regierungserklärung eingehen. Dabei kann ich an die Adresse des Herrn Kollegen Oettinger und an die Adresse des Herrn Kollegen Pfister nur Dank sagen für die Zustimmung. Ich sehe die Argumente genauso. Auf den Punkt der Baden-Württembergischen Bank werde ich noch zu sprechen kommen.

Mit allen anderen Punkten, auch mit den vom Herrn Kollegen Pfister angesprochenen, bin ich einverstanden. Über weite Passagen bedeutete ja auch die Rede des Herrn Kollegen Dr. Schlierer Zustimmung; auf die Fragen, die er aufgeworfen hat, möchte ich nachher in der Debatte gern noch eingehen. Ich werde mich also verständlicherweise schwerpunktmäßig mit möglichen Einwänden beschäftigen, mit den Beiträgen der Kollegen Kuhn und Maurer.

Herr Kollege Kuhn, Sie haben zunächst einmal die Vereinbarungen begrüßt. Ich glaube, Sie können nach allem, was Sie in den letzten Jahren zur Bankenneuordnung in Baden-Württemberg geäußert haben, ja auch nichts anderes tun. Dies ist im Grunde genommen die Lösung, die Sie selbst die ganze Zeit über gefordert haben.

Ihre erste Bemerkung war dann, daß der öffentlich-rechtliche Auftrag der neuen Bank möglicherweise neu definiert werden müsse. Ich glaube, das Problem liegt nicht im juristischen Bereich – sonst könnten wir es mit dem Errichtungsgesetz lösen –, sondern das Problem liegt im faktischen Bereich. Es liegt meiner Meinung nach nicht im juristischen Bereich, denn die Sparkassen sind zu Universalbanken geworden. Erst recht sind die Südwestdeutsche Landesbank, auch die Landeskreditbank und erst recht die Landesgirokasse zu Universalbanken geworden. Sie sind juristisch durch das Sparkassengesetz nicht mehr behindert gewesen.

Fraglich ist die faktische Wettbewerbsfähigkeit – national, international – im europäischen Bereich. Dafür ist einfach eine kritische Größe notwendig, um alle die Aufgaben im Investmentbankinggeschäft, um die Aufgaben in der Begleitung unserer mittelständischen Unternehmen, die weltweit im Wettbewerb stehen und auch mit beachtlichem Erfolg im Exportgeschäft tätig sind, zu erledigen. Dafür ist

(Ministerpräsident Teufel)

die Fusion in erster Linie gedacht. Ich habe diese Aufgaben nicht nur in der Regierungserklärung umschrieben, sondern sie stehen so auch in der Vereinbarung.

Sie haben weiter den Punkt Risikokapital angesprochen. Ich halte die Existenzgründungsförderung und auch die Förderung von Risikokapital für einen zentralen Punkt. Ich spreche lieber von „Beteiligungskapital“ oder auch von „Chancenkapital“.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg zusammen mit der bayerischen Staatsregierung eine Bundesratsinitiative ergriffen hat, die zum Ziel hat, die Bereitstellung von Risikokapital künftig steuerlich durch Abschreibungsmöglichkeiten zu fördern.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/
DVP)

Wir haben erfreulicherweise Kapital in unserem Land, und wir haben Nachfrage, aber wir müssen Angebot und Nachfrage in diesem Bereich zusammenführen.

Es ist nicht einzusehen, daß es bis vor einem halben Jahr die Möglichkeit gab, Abschreibungen für Werften, Schiffsbeteiligungen bzw. Schiffsbauten – nicht nur solche, die in Rostock, sondern auch solche, die in Hongkong oder in Südkorea realisiert worden sind – vorzunehmen, aber nicht für die Bereitstellung von Risikokapital für mittelständische Unternehmen unseres Landes oder für Existenzgründungen. Hier sind wir im Vergleich etwa zu den Vereinigten Staaten noch ein Entwicklungsland. Deswegen wird diese neue Bank mit Sicherheit auch auf diesem Gebiet noch mehr als die seitherigen Banken leisten können. Darauf muß ein absoluter Schwerpunkt liegen.

Kollege Kuhn, Sie sprachen dann die Fusion der beiden Sparkassen- und Giroverbände an. Dieser Punkt ist auch von Herrn Schlierer angesprochen worden. Deswegen ganz klar meine Position: Ich habe die Verhandlungen mit den beiden Sparkassen- und Giroverbänden über eine freiwillige Fusion begonnen, bevor ich die Verhandlungen über die Bankenneuordnung begonnen habe. Ich gebe selbstverständlich eine Zeit für eine freiwillige Lösung, die mir entschieden lieber ist. Aber – um das ganz deutlich zu sagen – wenn eine freiwillige Lösung nicht zustande kommt, sind der Landtag und die Landesregierung gefordert, denn im Bereich unserer Verantwortung bedeuten gesetzliche Lösungen ja keine Zwangslösungen – diesen Schuh ziehe ich mir überhaupt nicht an –, sondern sie sind Teil der Erfüllung unseres Gestaltungsauftrags.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir zu der Überzeugung kommen, daß eine Struktur im Land überholt und für die Zukunft nicht mehr tragfähig ist und dies in unsere Zuständigkeit fällt, dann müssen wir auch zu einer Anpassung und zu einer Regelung bereit sein. Das wissen die Beteiligten.

Ich denke, wenn jetzt die sehr viel schwierigere Aufgabe gelöst ist, nämlich die Bankfusion, bei der wir die beiden Sparkassen- und Giroverbände in überzeugender Weise, trotz großer Probleme, die wir aus früheren Verhandlungen

kennen, auf unserer Seite gesehen haben, dann wird die andere auch noch gelöst werden. Große Wasser reißen kleine Wasser mit – das ist eine alte Lebenserfahrung. Ich bin deshalb zuversichtlich, daß uns auch diese Fusion gelingen wird.

Nun zur zentralen Frage. Der Förderbereich, den mehrere Kollegen angesprochen haben, stellt wirklich einen zentralen Punkt dar. Wir hatten den großen Vorteil, daß diese Bankenneuordnung einschließlich des Teilproblems „Abschottung des Förderbereichs“ schon ein paarmal ausführlich diskutiert worden ist, nicht nur intern, sondern auch öffentlich und in diesem Haus. Auf diese Diskussionen und auf die Lösungsansätze der früheren Jahre konnten wir zurückgreifen. Es ist sicher nicht einfach, aber es ist ohne weiteres möglich, eine Abschottung der beiden Bereiche vorzunehmen. Das muß auch geschehen, und darauf werde ich mit gleicher Intensität achten, wie das von verschiedenen Kollegen hier gefordert worden ist.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Wir wollen nicht einen Sektor stärken und einen anderen schwächen. Der genossenschaftliche Bereich ist in unserem Land stark, und ich möchte auf gar keinen Fall durch irgendeine politische Maßnahme, durch die Haltung des Landes den genossenschaftlichen Sektor in unserem Land schwächen. Selbstverständlich muß die Abschottung auch gegenüber den Privatbanken erfolgen. Es ist nicht nur der genossenschaftliche Sektor, der daran ein Interesse hat. Das ist möglich. Das gibt es auch in anderen Ländern. Es gibt solche Modelle unter anderem in Nordrhein-Westfalen oder in Berlin. Auch wir haben ja bisher eine Abschottung vorgenommen. Der genossenschaftliche Sektor hat sich so stark entwickelt, obwohl beispielsweise das Fördergeschäft bei einer vom Land dominierten Bank gewesen ist, bei der Landeskreditbank.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es kommt eine neue Qualität dazu, nicht nur eine neue Quantität. Deswegen ist das ein ganz entscheidender Punkt. Gehen Sie davon aus, daß wir dafür eine saubere Lösung vorlegen werden, eine Lösung, die sich in anderen Ländern schon bewährt hat.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dann ist das Thema Baden-Württembergische Bank angesprochen worden – übrigens kontrovers und von verschiedenen Kollegen. Ich möchte zunächst einmal sagen, daß es nicht nur ein großer Vorteil war, sondern – davon bin ich bis zum heutigen Tag überzeugt – Voraussetzung für das Gelingen des dritten Anlaufs der Bankfusion gewesen ist, daß sie vertraulich blieb bis zum letzten Tag – eine zwingende Voraussetzung. Ich habe gerade in den letzten Tagen wieder Informationen über Störpotentiale erhalten, die es sonst wie in früheren Fällen gegeben hätte, und wir hätten wieder vergebens verhandelt.

(Abg. Brechtken SPD: Döring!)

Wenn ich das jetzt einmal übertragen darf: Dort, wo Institute am Markt sind und jeden Tag im Wettbewerb stehen, haben diese Institute, ihre Führungen und alle ihre Mitar-

(Ministerpräsident Teufel)

beiterinnen und Mitarbeiter, einen Anspruch darauf, daß sie nicht öffentlich ins Gerede kommen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Darauf habe ich auch immer ganz besonders geachtet, und darauf sollte eigentlich ein Parlament in besonderem Maße auch bei einer Privatbank achten. Ich empfehle deshalb eine große Zurückhaltung bei diesem Thema. Ich kann niemanden hindern; jeder hat selber in der Hand, was er sagt. Aber ich empfehle eine große Zurückhaltung bei diesem Thema.

Ich sage Ihnen, nur damit Sie es wissen: Die Baden-Württembergische Bank ist mit der jetzigen Lösung völlig einverstanden; aber sie hat einen einzigen Wunsch: daß das Land nicht seine Anteile verkauft. Das können Sie selber rückfragen. Ich finde, ein bißchen sollte man auch Rücksicht nehmen auf die Geschäftsleitung einer Bank, deren Schicksal uns nicht gleichgültig ist, einer Bank, die eine erste Adresse in diesem Land im Privatkundengeschäft und im Firmenkundengeschäft und in der Vermögensberatung ist, einer Bank, die eine gute Ertragssituation hat, einer Bank, die wirklich die nennenswerte Geschäftsbank, freie Bank, Aktiengesellschaft in unserem Land ist.

Wenn gefragt wird, warum wir Anteile halten wollen, oder gar nach der Ordnungspolitik der Landesregierung gefragt wird, dann sage ich zunächst einmal: Mein Interesse ist nicht vorrangig, von seiten des Landes an einer Privatbank beteiligt zu sein, aber mein Interesse ist – und ich meine, das müßte das Interesse des ganzen Hauses sein –, daß eine so wichtige Privatbank mit Hauptsitz in Baden-Württemberg nicht zu einer Filiale einer Bank wird, die ihren Hauptsitz in einem anderen Land hat. Das ist unser Interesse.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, daß ich das jetzt nicht im Detail zu begründen brauche. Denn wir haben alle in den letzten fünf, zehn Jahren erlebt, wie es mit Filialen und mit Hauptsitzen ist. Was ich dazu sage, gilt nicht nur für die Baden-Württembergische Bank, sondern das gleiche Interesse habe ich an den Bausparkassen. Baden-Württemberg ist das Land mit den meisten Bausparkassen und muß auch deren Interessen wahrnehmen.

Und ich sage auch für die wenigen Versicherungen, die ihren Hauptsitz in Baden-Württemberg haben: Ich möchte nicht, daß sie zu Filialen werden. Was in den letzten Jahren mit Filialen im Versicherungsbereich geschehen ist, können Sie studieren. Dazu gibt es genügend Vorgänge.

Meine Damen und Herren, viele wären am Geschäft interessiert, am Namen und an den Kunden interessiert, aber sie sind nicht an der Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg interessiert. Das muß aber das vorrangige Interesse der Regierung und des Parlaments sein. Das ist mein Interesse beim Thema Baden-Württembergische Bank.

Ich wiederhole, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe: Wir werden die Selbständigkeit dieses Instituts achten. Wir werden nicht auf die Geschäftspolitik dieser Bank

Einfluß nehmen. Wir werden in dem Umfang weiter kooperieren, wie das bisher der Fall ist und wie es die Geschäftsleitung der Baden-Württembergischen Bank will.

Herr Kollege Maurer, ich freue mich natürlich, daß Sie heute einmal eine Stellungnahme abgegeben haben, daß es mir mit meiner Regierungserklärung immerhin gelungen ist, Sie aus der Versenkung zu diesem Thema herauszuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD)

Bisher haben Sie nur andere mit Stellungnahmen von Ihnen vorgeschickt. Zu diesem Thema habe ich von Ihnen bisher nichts öffentlich gehört

(Widerspruch bei der SPD)

– wenigstens öffentlich nicht; ich habe sehr wohl gehört, welche Fäden Sie in den letzten Tagen zu ziehen versucht haben.

Also: endlich eine Stellungnahme.

In der Tat, das war eine ausschließlich rückwärts gerichtete Stellungnahme, eine ausschließlich rückwärts gerichtete Stellungnahme

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

zu einem Zeitpunkt, in dem wir zukunftsfähige Lösungen für das Land Baden-Württemberg finden müssen.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt einmal zur Sache!)

Ich habe es Ihnen ersparen wollen, auf die letzte Legislaturperiode zu sprechen zu kommen. Ich habe deswegen dieses Thema in meiner Regierungserklärung nicht angesprochen. Aber wenn Sie diese Diskussion wünschen, bei der Sie nicht besonders gut aussehen, können Sie die natürlich gern haben.

„Die Bedrohung geht von Bayern aus“, hat Herr Maurer wörtlich gesagt. Die Bedrohung geht doch von den Privatbanken aus, und deswegen kommt es ausschließlich auf den privaten Bankensektor in Baden-Württemberg an, und es ist nebensächlich, was im öffentlich-rechtlichen zustande kommt oder geschieht.

(Abg. Brechtken SPD: Das hat er nicht gesagt!)

– Der letzte Halbsatz stammt von mir.

(Lachen bei der SPD)

Das haben Sie aber dem Sinn nach gesagt! Sie haben im ersten Teil gesagt, es komme ausschließlich auf die Privatbanken an.

Dann sagen Sie, das wäre die Lösung gewesen – die haben im übrigen nicht Sie erfunden; das möchte ich schon sagen; Sie haben sich dies zu eigen gemacht, diese Lösung ist aber wo ganz anders konzipiert worden; das wäre also die Lösung gewesen –:

(Abg. Maurer SPD: Ist sie immer noch!)

(Ministerpräsident Teufel)

Landesgirokasse und Baden-Württembergische Bank fusionieren. Dann hätte auch das Land Baden-Württemberg seine große, wettbewerbsfähige Privatbank gehabt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß in Deutschland ein sparkassenfreier Raum entstanden wäre, hier in Stuttgart,

(Abg. Brechtken SPD: Stimmt doch gar nicht!)

daß die große Frage ist, ob dies überhaupt rechtlich möglich gewesen wäre, daß diese Lösung nie im Landtag von Baden-Württemberg mehrheitsfähig war, auch nicht durch Addition von Fraktionen. Diese Lösung ist im Landtag von Baden-Württemberg nicht mehrheitsfähig gewesen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist richtig!)

Dies wäre eine Lösung gewesen, die ausschließlich bezogen auf ein Institut positiv gewesen wäre, aber nicht positiv für das ganze Land, nicht gemeinwohlverträglich für Baden-Württemberg.

(Abg. Sieber CDU: Das stimmt!)

Das wäre keine Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg gewesen.

Jetzt fragen Sie, was die neue Landesbank, die wir in Baden-Württemberg bilden, die immerhin eine Bilanzsumme von 430 Milliarden DM hat, denn schon sei. Die Bayerische Landesbank sei unwesentlich kleiner, und die neue bayerische Bank sei erheblich größer. Eine solche Argumentation muß ja wohl die Gegenfrage provozieren: Was wäre denn bei einer Fusion der Baden-Württembergischen Bank und der Landesgirokasse geworden? Wäre diese dann gegenüber der großen bayerischen Bank konkurrenzfähig gewesen?

Die Baden-Württembergische Bank hat eine Bilanzsumme von 30 Milliarden DM, die Landesgirokasse hat derzeit eine Bilanzsumme von 39 Milliarden DM – das macht zusammen 69 Milliarden DM –, und die fusionierte Bayerische Vereinsbank und die Bayerische Hypo haben eine Bilanzsumme von 743 Milliarden DM. Es wäre also bei Ihrer Lösung ein Verhältnis von 1 : 10 entstanden. Das wäre dann die Konkurrenz im Privatbankensektor gewesen.

Ich kann nur sagen: Die optimale Lösung, die alles zusammenbringt, die sparkassenverträgliche Lösung, die Gemeinwohllösung auf das ganze Land Baden-Württemberg bezogen, war die alte Viererlösung und ist die jetzige Dreierlösung, die zehn Jahre lang diskutiert worden ist, die in diesem Haus immer mehrheitsfähig war, aber andernorts gescheitert ist und die jetzt erfreulicherweise zustande kommt. Das ist ein wettbewerbsfähiges Institut.

Nun haben Sie gesagt, Nüchternheit sei gefragt. Ich möchte einmal fragen, ob ich vorhin nicht eine ausgesprochen sachliche und nüchterne Regierungserklärung abgegeben habe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann haben Sie bemerkt, ich hätte gesagt, alles werde gut, der Standort Baden-Württemberg sei in bester Ordnung. In

der Tat, der Standort Baden-Württemberg ist besser als sein Ruf. Er wird derzeit nur von einigen wenigen schlechtgeredet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Dies geschieht weitgehend aus durchsichtigem Eigeninteresse. Das halte ich Ihnen vor, Herr Maurer.

(Abg. Brechtken SPD: MV!)

Wenn Sie wissen wollen, wo diese Sätze stehen, dann sage ich Ihnen: Sie stehen in einer Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion vom 18. April 1997, Landtagsdrucksache 12/1347, von Herrn Maurer unterschrieben. Ich darf es Ihnen noch einmal vorlesen:

... ist ... der Standort Baden-Württemberg besser als sein Ruf. Er wird derzeit nur von einigen schlechtgeredet. Dies geschieht weitgehend aus durchsichtigem Eigeninteresse, ...

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich kann das nur im Wortlaut unterschreiben.

Dann haben Sie gefragt: Wie wird denn das mit dem Wettbewerb? Das können Sie beispielsweise da studieren, wo die Landesgirokasse Filialen hat, aus dem „gleichen Stall“ kommend wie die Kreissparkassen. Da können Sie studieren, wie das mit dem Wettbewerb wird.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch ein Unterschied!)

Oder Sie können in Berlin oder in Niedersachsen studieren, wie das mit dem Wettbewerb wird. Überall dort haben Sie öffentlich-rechtliche Institute und Muttergesellschaften von Sparkassen, die im Wettbewerb mit den Sparkassen stehen. Gleichwohl ist dies ein Thema. Aber ich möchte einmal wissen, was in diesem Haus heute gesagt worden wäre, wenn ich mit einer Lösung gekommen wäre, die die neue Bank einbetonierte, an die kurze Leine genommen und Wettbewerbsbeschränkungen für sie festgelegt hätte.

(Abg. Drexler SPD: Das sagt doch niemand!)

Dann hätte man mir gesagt, nirgendwo sei der Wettbewerb national, europäisch und international stärker als im Bankensektor, und ich verkaufte etwas als eine große und optimale Zukunftslösung für Baden-Württemberg, obwohl die Bank nicht einmal Geschäftsfreiheit habe.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen war für mich das Thema Geschäftsfreiheit wirklich vor der Klammer, *conditio sine qua non*. Ich hätte ohne Geschäftsfreiheit für die neue Bank nicht abgeschlossen.

Aber auf die Geschäftstätigkeit dieser Bank haben doch die Vertreter des Landes, die Vertreter der Sparkassen und die Vertreter der Landeshauptstadt Stuttgart präzisen Einfluß. Ich möchte einmal von dem, der die Bankenneuordnungen der letzten Jahre verfolgt hat, wissen, welche Bank heute

(Ministerpräsident Teufel)

noch flächendeckend neue Filialen gründet. Das ist doch ein Kostenfaktor allerersten Ranges.

(Abg. Brechtken SPD: Es geht doch nicht um Filialen!)

Die neue Bank wäre ja töricht, wenn sie ihre erste Aufgabe darin sähe, jetzt in den Mittelstädten und Kleinstädten Baden-Württembergs Filialen zu gründen und in einen Wettbewerb mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu treten. Das wird sie mit Sicherheit nicht tun. Ihre Stärke liegt auf einem anderen Feld. Sie wird in andere Bundesländer gehen. Es werden sich nicht mehr nur bayerische Banken in Baden-Württemberg niederlassen, sondern es werden sich zum ersten Mal baden-württembergische Banken auch in Bayern niederlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die neue Bank wird sich in Berlin, in Frankfurt, in Düsseldorf und in europäischen Metropolen niederlassen und überall dort, wo unsere mittelständische Wirtschaft im Exportgeschäft tätig ist. Sie wird weltweit unsere Wirtschaft begleiten. Da wird sie doch ihre Ziele sehen, und sie wird ihre Ziele in der Vermögensberatung und im Privatkundengeschäft sehen

(Abg. Drexler SPD: Da, wo die Sparkassen reinwollen!)

– ja –, und sie wird ihre Aufgabe in der Sparkassenzentralbank sehen und im übrigen auch in der Landeshauptstadt Stuttgart die Sparkassenfunktion wahrnehmen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nur im Welt-
raum nicht!)

Zu den Arbeitsplätzen: Natürlich verstehe ich, daß danach gefragt wird. Das ist doch eine Sorge, mit der wir uns auch beschäftigt haben. Natürlich kann niemand Zukunftsgarantien abgeben und etwa prognostizieren, wie sich die moderne Informations- und Kommunikationstechnik in der Branche der Sparkassen auswirken wird.

Uns kam es darauf an, zu sagen, daß dies eine andere Fusion ist als die in der Schweiz. Die beiden Schweizer Banken sind an jedem Ort der Schweiz und in jedem Wohngebiet doppelt vertreten. Deswegen dreht sich die Hauptdiskussion in der Schweiz um den Verlust von 8 000 Arbeitsplätzen, der dort durch die Fusion prognostiziert wird.

In Bayern sieht es ganz ähnlich aus, weil selbstverständlich die Hypo- und die Vereinsbank an jedem Ort in Bayern und in jedem Wohnbezirk in München doppelt vertreten sind und künftig nicht mehr doppelt vertreten sein werden. Die Landeskreditbank hat aber überhaupt nicht nennenswert Filialen in unserem Land. Die SüdwestLB hat gar keine Filialen. Nur die Landesgirokasse bringt Filialen mit. Die Situation ist also nicht so, daß die drei Banken an Standorten dreifach vertreten sind, jetzt die große Rationalisierung beginnt und es große Synergieeffekte gibt. Deswegen ist es in dieser Hinsicht ein Aliud gegenüber den beiden anderen Fusionen.

Aber es stellt sich natürlich trotzdem die Frage, was mit den Arbeitsplätzen wird. Wir haben ein kardinales Interes-

se daran, daß keine Zentralisierung stattfindet, sondern daß die bisherigen Standorte in der Substanz ihre Arbeitsplätze behalten und, wenn es je zu einem Abbau kommen sollte, dann nicht einseitig an Standorten abgebaut wird, sondern die jetzige Relation und damit auch die jetzige Zerlegung und der jetzige Steueranteil anteilmäßig an den bisherigen Standorten bleiben.

Unsere Hoffnung ist aber – das sagen mir, ich habe es zitiert, auch die Vorstandsvorsitzenden –, daß durch neue Geschäftsfelder neue Arbeitsplätze entstehen und dadurch möglicherweise das ausgeglichen werden kann, was durch Synergieeffekte im Bereich der Verwaltung, durch die EDV usw. verlorengeht. Die Aussage ist: Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen und keine Zentralisierung des Personals geben, sondern das Bekenntnis zu den drei Standorten ist ein echtes Bekenntnis. Es wird mit Sicherheit nicht flächendeckend ein Netz von Filialen geben.

Herr Kollege Schlierer, Sie hatten vor allem das Anliegen, daß die Struktur der Sparkassen erhalten bleibt. Das ist auch meine Meinung. Wofür habe ich in der letzten Legislaturperiode den Kopf hingehalten? Die damals diskutierte Lösung wäre für unsere Sparkassen schädlich gewesen.

Im übrigen: Einer der ersten Bankfachleute in unserem Land, heute in diesem Bereich tätig, aber damals noch nicht im Land, hat das Projekt, das Sie so rühmen, Herr Maurer, nachträglich auf die kürzeste Formel gebracht, die ich zitieren möchte. Er hat gesagt: „Es kann nie gutgehen, wenn es einen Gewinner gibt und sonst lauter Verlierer.“ Das wäre die Fusion zwischen der Landesgirokasse und der Baden-Württembergischen Bank gewesen, wenn sie überhaupt zustande gekommen wäre. Ein Gewinner und sonst lauter Verlierer!

(Zuruf von der SPD: Wieso denn?)

Wir aber, das Parlament und die Regierung, sind in diesem Land dafür verantwortlich, daß es nicht Gewinner im Einzelfall und sonst lauter Verlierer gibt. Wir müssen das ganze Land und die drei bewährten Säulen im Bankdienstleistungsbereich – die Privatbanken, die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen – sehen.

Zur Sparkassenstruktur möchte ich sagen: Ich meine, daß auch die Bezirkssparkassenstruktur Zukunft hat. Ich möchte also mit der Fusion der beiden Sparkassen- und Giroverbände in gar keiner Weise das Bezirkssparkassensystem tangieren.

(Abg. Drexler SPD: Das wird aber tangiert!)

Wenn sich völlig freiwillig da oder dort, wie in der Vergangenheit geschehen, die eine oder andere Bezirkssparkasse mit einer Nachbarsparkasse zusammenschließt, dann ist das ihre Entscheidung. Ich werde das nicht befördern oder gar durch Gesetzgebung herbeiführen wollen.

Das heißt, es kann auch in dem einen Sparkassen- und Giroverband problemlos zwei Sparkassensysteme geben, das Kreissparkassensystem und das Bezirkssparkassensystem. Durch die neue Landesbank wird das Bezirkssparkassensystem schon gar nicht tangiert.

(Ministerpräsident Teufel)

Wir hatten doch bisher schon Wettbewerb; das muß man, glaube ich, sehen. Die Sparkassen werden also in keiner Weise durch die neue Bank negativ tangiert werden. Im Gegenteil, sie haben ein noch stärkeres Zentralinstitut, das sie in all den Geschäften subsidiär unterstützt, in denen die Stärke und die Größe einer Sparkasse im Wettbewerb nicht zureichend sind.

Im übrigen wundere ich mich, daß jetzt die Diskussion aufkommt, ob ich den Sparkassen schaden wolle. Bisher hat man hier im Landtag an diesem Pult immer gesagt, ich würde zu sehr auf die Landräte und auf die Sparkassen hören. Heute höre ich, daß ich den Sparkassen eher zuviel zugemutet habe.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU – Abg. Dr. Repnik CDU: Wie man es macht, ist es nicht recht!)

Die Zentralbank sei jetzt viel stärker, und dadurch entstehe eine Gefahr im Wettbewerb. Ich kann nur fragen: Sind die Kreissparkassen in Bayern weniger stark? Die Landesbank in Bayern war bisher doppelt so stark wie die Landesbank in Baden-Württemberg. Sind die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen weniger leistungsfähig? Die Bilanzsumme der WestLB war bisher um ein Vielfaches höher als die der Zentralbank in Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Aber doch nicht im ersten Geschäft vor Ort!)

Ich bin im übrigen davon überzeugt – das sage ich auch ganz bewußt zum Thema der Baden-Württembergischen Bank –, daß der Satz stimmt: Nicht die Großen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen.

(Abg. Behringer CDU: Sehr gut!)

Deswegen glaube ich auch, daß die Baden-Württembergische Bank Zukunft hat – wir werden dazu beitragen – und daß sie selbständige Geschäftsbank im Land bleiben wird. Auch die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken werden Zukunft haben, aber alle im Verbund mit einem leistungsfähigen Mutterinstitut, das für sie die Geschäfte erledigt, die sie selber nicht erledigen können, weil ihre Größe nicht ausreicht.

Abschließend: Ich bedanke mich bei allen, die zu der Vereinbarung beigetragen haben. Alle sind über viele Schatten gesprungen und haben um des Erfolgs willen und um einer leistungsfähigen Landesbank Baden-Württemberg willen Positionen geräumt, die sie früher für wichtig gehalten haben. Ich danke allen, die das an diesem Pult unterstützt haben oder durch ihre Stimmabgabe für die getroffene Vereinbarung im Landtag unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Ministerpräsident, das, was Sie gesagt haben, und auch das, was Sie nicht gesagt haben, verdienen noch eine kurze Erwiderung. Zum ersten ist die Diskussion nicht rückwärts gewandt, sondern vorwärts ge-

wandt. Ich konfrontiere Sie mit der Feststellung, daß Sie sehr wohl die Möglichkeit einer anderen Lösung gehabt hätten und weiter hätten. Sie haben sich da, finde ich, selber verraten. Sie haben nämlich als Haupteinwand gegen die von uns vorgeschlagene Lösung vorgebracht, sie wäre nicht mehrheitsfähig.

Damit haben Sie sich aber selbst gemeint. Sie sind Vorsitzender der CDU. Ich sage Ihnen ganz offen – das können wir auch unter uns klären –: Unsere Lösung ist allein daran gescheitert oder scheitert allein daran, daß Sie sie nicht wollen. Deswegen ist sie nicht mehrheitsfähig. Was soll denn das für ein Argument sein?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch auch nicht sinnvoll!)

Es ist doch kein Argument in der Sache, wenn Sie sagen: Ich will das nicht, damit ist es nicht mehrheitsfähig, und damit geht es nicht. Das ist ja die Quintessenz Ihrer Aussage.

Im übrigen sollten Sie darauf verzichten, immer anderen Leuten etwas in den Mund zu legen, was sie nicht gesagt haben. Ich sage Ihnen aber eines gerne noch einmal. Ich habe gesagt: Die Schwäche Baden-Württembergs bei den Finanzdienstleistungen liegt im privatrechtlich verfaßten Sektor. Das müßten Sie widerlegen, wenn Sie anderer Auffassung sind.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Anderer Auffassung können Sie aber gar nicht sein; denn das ist die Realität.

(Minister Mayer-Vorfelder: Das ist doch geschichtlich gewachsen!)

Dann habe ich gesagt, Baden-Württemberg habe im öffentlich-rechtlichen Sektor nie eine Schwäche gehabt. Wenn Sie den öffentlich-rechtlichen Sektor jetzt zusammenfassen, dann erzielen Sie bestenfalls das Ergebnis, daß Sie etwas, was schon stark ist, vielleicht stärker machen. Ich habe da meine Bedenken. Das eigentliche Problem lösen Sie aber natürlich nicht.

Und dann widersprechen Sie sich in einer Rede sogar selber. Wenn wir sagen, es hätte Sinn gemacht und es würde nach wie vor Sinn machen, LG und Baden-Württembergische Bank in einer privatrechtlich verfaßten Organisationsform – das sagt ja nichts über Beteiligungen aus – zusammenzuführen und damit eine Strategie in den Privatsektor hinein zu verfolgen, dann kommen Sie mir zuerst mit Bilanzsummen, und fünf Minuten später sagen Sie, es komme überhaupt nicht auf Bilanzsummen an, weil die Schnelleren die Langsameren fressen würden. Sie müssen sich schon einmal entscheiden, welche Argumentation Sie hier eigentlich führen wollen.

Realität ist, daß aufgrund der Wachstumsdynamik und der Rentabilitätssituation der LG und auch der Baden-Württembergischen Bank eine Fusion dieser beiden Banken natürlich zu einem Unternehmen geführt hätte, das sich sehr schnell hätte entwickeln können und das damit eine Antwort auf die Schwäche im Privatsektor gewesen wäre.

(Maurer)

Dann behaupten Sie, das wäre für die Sparkassenlandschaft furchtbar gewesen. Ich sage Ihnen: Bei den Kreissparkassen werden noch einige Herren ins Grübeln kommen, was besser ist: ein Modell, bei dem das mit der LG endlich einmal klar geordnet gewesen wäre und bei dem die Kreissparkassen in der Tat im zweistufigen Sparkassensystem in die Rolle der LG als Sparkasse, auch mit neuen Organisationsmöglichkeiten, eingerückt wären, oder das Modell, das Sie jetzt bringen. Sie bringen nämlich ein Modell – das muß man schon einmal auf den Punkt bringen –, bei dem es eine große Bank mit einem Filialnetz gibt. Diese Bank ist ein Spitzeninstitut, zum Beispiel für diese Kreissparkassenstruktur, und ist deren eigene Konkurrenz.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Vor Ort!)

Sie reden da auch an mir vorbei. Die Frage, ob irgendwo in Mochenwangen eine Filiale eröffnet wird, ist doch völlig uninteressant. Sie haben das selbst gesagt. Sie haben gesagt, die neue Bank solle sich in der Vermögensberatung und im Privatkundengeschäft entfalten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Was glauben Sie denn, womit die Sparkassen im Moment Geld verdienen? Womit?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Vor allem im mittleren Neckarraum!)

Das heißt, es ist natürlich eine direkte Konkurrenz, die da aufgezogen wird.

Dann habe ich eine offene Frage an Sie gestellt, die Sie nicht beantwortet haben. Ich habe Sie nämlich gefragt, wohin das eigentlich im Ergebnis führen soll. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet. Wollen Sie im Ergebnis ein einstufiges Modell, wie das hier hinter vorgehaltener Hand kolportiert wird? Ich sage nicht, daß ich das brillant fände. Ich sage nur: Das liegt eigentlich in der Konsequenz der Entscheidung, die Sie mit diesem vollen Wettbewerb in diesen Sektoren, auch im Privatkundengeschäft, treffen. Oder wollen Sie das nicht?

Sie drücken sich behend um die Beantwortung dieser Frage, ob das jetzt eigentlich der Einstieg in das einstufige System sein soll oder nicht, nach dem Motto, das werde sich schon irgendwie klären. Das ist aber nicht in Ordnung. Bevor über eine solche Frage entschieden wird, muß die Geschäftsgrundlage klar sein. Deswegen müssen Sie die Frage beantworten, wohin die Reise in diesem Bereich eigentlich gehen soll. Alles andere ist Larifari. Sie können sagen, diese Bezirkssparkassen sollten noch 100 Jahre leben. Das mag Ihre persönliche Überzeugung sein. Es ist aber eine Frage der Wettbewerbssituation. Die Vorstellung, daß man mit dem eigenen Konzern um dieselben Privatkunden und um dieselben Industriekunden in Wettbewerb tritt und das dann auf die Dauer durchhalten soll, ist eine ziemlich abenteuerliche Vorstellung. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchten wir, daß geklärt ist, was das unternehmenspolitische Ziel ist und wohin die Reise gehen soll.

Im übrigen ist es, Herr Ministerpräsident, überhaupt nicht ausgemacht – das wissen Sie doch auch –, daß sich etwa die baden-württembergische Industrie – darum muß man dann kämpfen –, die vor allem im mittleren Neckarraum eine sehr starke Bindung beispielsweise an die LG und auch an die Baden-Württembergische Bank hat, dann automatisch Ihrer großen Staatsbank zuwenden wird. Es könnte auch anders laufen, wenn man nicht aufpaßt. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen,

(Abg. Brechtken SPD: Da steht er schon!)

aber das ist eine offene und problematische Frage. Sie entscheidet darüber, wie das mit der Standortgeschichte zwischen Baden-Württemberg und außerbaden-württembergischen Instituten tatsächlich weitergehen wird.

Dann habe ich mit Interesse gehört, daß Sie Ihre Argumentation doch schon etwas verändern. Gerade haben Sie keine Garantie mehr für die Zahl der Arbeitsplätze abgegeben, sondern gerade – das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen; ich finde das deutlich ehrlicher; das will ich Ihnen sagen – haben Sie gesagt, es werde keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

(Abg. Sieber CDU: „Fusionsbedingten“ hat er gesagt!)

– Wörtlich – wir können es im Protokoll nachlesen –: keine betriebsbedingten Kündigungen. Das ist etwas ganz anderes als eine Garantie von Arbeitsplätzen – damit das einmal klar ist.

Deswegen wünschen wir – und das offenbart Ihre Reaktion – auch da, daß Sie die Karten auf den Tisch legen, bevor tatsächlich Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Schlierer REP: So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2436. – Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, wir beantragen, diesen Antrag an den Finanzausschuß und den Innenausschuß zu überweisen.

(Abg. Sieber CDU: Wir beantragen Abstimmung, Herr Präsident!)

Präsident Straub: Herr Abg. Kuhn, zur Geschäftsordnung.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich will für meine Fraktion sagen, daß wir dem SPD-Antrag folgen. Wenn er nicht durchkommt, beantrage ich getrennte Abstimmung über den letzten Spiegelstrich in Ziffer 2, der den Förderbereich betrifft.

Präsident Straub: Ich lasse zunächst über den Antrag abstimmen, den Entschließungsantrag an den Finanzausschuß und an den Innenausschuß zu überweisen. Wer dem zu-

(Präsident Straub)

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag abstimmen. In welcher Stufung, Herr Kuhn?

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich bitte darum, getrennt nur über den letzten Spiegelstrich der Ziffer 2 abzustimmen.

Präsident Straub: Ich lasse also abstimmen über die Ziffer 1 und die Ziffer 2 ohne den letzten Spiegelstrich. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich lasse jetzt über den letzten Spiegelstrich der Ziffer 2 abstimmen: „die Wettbewerbsneutralität“ usw. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diesem Teil des Antrags ist mehrheitlich zugestimmt.

Für eine Erklärung zur Abstimmung hat sich Herr Abg. Brechtken gemeldet. Bitte schön.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gegen den heute vorgelegten Entschließungsantrag gestimmt, weil Sie, obwohl wir ausdrücklich erklärt haben – das hat der Fraktionsvorsitzende klargemacht –, daß wir bereit sind, konstruktiv an diesem Prozeß mitzuwirken,

(Unruhe bei der CDU)

heute eine Abstimmung durchführen, obwohl wesentliche Fragen nicht geklärt sind.

(Abg. Haasis CDU: Über einen Entschließungsantrag!)

Erstens: Es ist nicht geklärt das Verhältnis des fusionierten Instituts zu den Kreissparkassen in der Frage, welche dynamischen Möglichkeiten das Institut hat. Anders ausgedrückt: Welche Wettbewerbsbegrenzungen wird das künftige Institut im Hinblick auf die Fläche draußen bekommen? Dies ist für die Entwicklung der Bank eine zentrale Frage.

(Abg. Haasis CDU: Das steht doch drin!)

Zweitens: Die Anteilsfrage ist noch nicht geklärt. Wir wollen sie geklärt haben im Hinblick auf folgende Fragen: Wer hat das Sagen in diesem Institut? Wo liegen künftig die Schwerpunkte? Wer bestimmt über die Geschäftspolitik? Dies sind entscheidende Fragen.

Der Förderbereich ist mehrfach angesprochen worden. Die hierzu aufgeworfenen Fragen sind nicht geklärt. Es genügt mir nicht, Herr Ministerpräsident, daß man sagt: Wir werden unser Augenmerk darauf richten, wir werden versuchen, das zu klären. Nein, bevor ich im Landtag eine Abstimmung durchführe, will ich diese Fragen konkret geklärt haben, und dann kann ich darüber entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist die Frage nach dem Bankbeitrag offen, der für uns im Hinblick auf die Finanzsituation entscheidend ist, Herr

Finanzminister, weil über diesen Bankbeitrag wesentliche Investitionen des Landes gesichert sind.

Letzter Punkt – ich sage auch das mit aller Vorsicht –: Die Frage des privatrechtlichen Bankensektors ist nicht geklärt. Mir liegen noch keine Vorstellungen und präzisen Angaben vor. Deshalb bin ich übrigens gegen den Anteilsverkauf. Da stimme ich Ihnen zu. Aber ich will Antworten bezüglich des privaten Bankensektors haben, bevor ich über das gesamte Maßnahmenpaket entscheide.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

– Nein. – Deshalb, meine Damen und Herren: Mir ist die Absicht klar. Sie haben heute versucht, eine parteipolitische Auseinandersetzung an das Ende zu setzen. Wir waren und sind nach wie vor bereit, über die Einzelheiten konstruktiv in einen Diskussionsprozeß einzutreten. Aber wir sind nicht bereit, uns an einem Prozeß zu beteiligen, bei dem man am Anfang das Parlament zu einer Abstimmung zwingt, ohne die Einzelheiten zu klären. Wir machen dieses Spiel nicht mit.

Ich sage Ihnen eines – das sage ich dem Kollegen Oettinger –: Herr Kollege Oettinger, es hätte diesem Haus gut angestanden, an einer sachlichen, fachlichen Frage ein Beispiel zu geben, in einen offenen Dialog einzutreten,

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

die Dinge zu gewichten und zu werten und dann zu entscheiden. Sie sind heute einen anderen Weg gegangen. Wir bedauern dies. Dies hat der Bankenfusionsfrage nicht gut getan.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Punkt 1 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Die Sitzung wird um 13.30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.25 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13.31 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1998 und 1999

Wir kommen zunächst zu **Buchstabe a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2402

Berichterstatter: Abg. Moser

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei nach Fraktionsstärke gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb dieser Gesamtrededzeit sind – und das gilt auch für die folgenden Einzelpläne – sowohl die allgemeinen Ausführungen zum Einzelplan, zu den Kapiteln und Titeln zu machen als auch Änderungs- und Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

Der Herr Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Oettinger.

(Im hinteren Bereich des Plenarsaals klingelt ein Mobilfunkgerät. – Allgemeine Heiterkeit)

– Solche Geräte haben auch einen Knopf zum Ausstellen.

Herr Oettinger, Sie haben das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Melodie von „Auf in den Kampf“ aus dem Mobilfunkgerät des SWR treten wir in die Haushaltsberatungen ein.

Lassen Sie mich eingangs zu Beginn des Arbeitsjahres 1998 und in Vorbereitung einer Haushaltsarbeit für zwei Jahre für die CDU-Fraktion sagen: Wir bieten Ihnen trotz des Wahljahres hier im Parlament ein ganz normales Arbeitsjahr an.

Ich sehe nachgerade hier in Baden-Württemberg in der länger dauernden Wahlperiode eine Chance, aus dem Jahr 1998 kein reines Wahlkampfjahr im Parlament, sondern ein Arbeitsjahr für den Standort Baden-Württemberg zu machen. An uns soll es jedenfalls nicht liegen.

Baden-Württemberg steht in einem harten Konkurrenzkampf, mitten in einem Standortwettbewerb.

Baden-Württemberg als ein exportorientiertes Land ist in den letzten Jahren gewerblich-industriell in besonderem Maß von der globalen Veränderung in der Weltwirtschaft betroffen gewesen.

Deswegen hat Baden-Württemberg in den Jahren 1994, 1995 und 1996 in einigen Branchen eine stärkere Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze und auch einen stärkeren Abschwung miterlebt.

Um so mehr muß sich alles, was Parlament und Regierung in diesem Land beraten und entscheiden, an folgenden Fragen messen lassen: Welche Zukunftschancen geben wir unserer Bevölkerung und der nächsten Generation? Welche Chancen haben die, die in 10 oder 20 Jahren hier Arbeit suchen, Verantwortung tragen und auf dem aufbauen sollen, was wir heute entscheiden? Wir brauchen eine gerechte Chancen- und Lastenverteilung.

Meines Erachtens läßt sich nicht bestreiten, daß Baden-Württemberg über eine handlungsfähige, stabile, kompetente und konsequente Landespolitik verfügt. Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird von zwei Parteien im Landtag getragen. Wir haben ein hohes Maß an Ge-

meinsamkeit, wir machen weit mehr als Tagesgeschäft, wir setzen die Koalitionsvereinbarung in konsequenten Schritten um, und der Ministerpräsident erkennt im Standortwettbewerb deutscher Länder und europäischer Regionen eine Chance und Aufgabe und baut das Haus Baden-Württemberg erfolgreich Baustein für Baustein auf, um zu erreichen, daß Baden-Württemberg im Wettbewerb vorn bleiben wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Beifall nötig, Freunde!)

Meine Damen und Herren, wer die Wirtschaft unseres Landes betrachtet, Kollege Kuhn, wer in die Betriebe, die großen und die kleinen, blickt, der wird erkennen, daß sich in den letzten Jahren eine Runderneuerung der Wirtschaft Baden-Württembergs vollzogen hat, daß unsere Betriebe mit ihren Produkten, ihren Produktionsformen, ihren Kosten, ihren Weltmarktchancen gestärkt aus dem Standortwettbewerb hervorgehen. Es ist Aufgabe der Politik, in dem Standortwettbewerb ebenfalls durch Runderneuerung von Verwaltung, von Parlamentsarbeit, von Politikentscheidungen, von Infrastruktur einen Beitrag dafür zu leisten, daß Baden-Württemberg fit in den künftigen Standortwettbewerb geht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Eine Hauptbetrachtung verdient dabei der Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich zuallererst Chancen und Verdrängung von Gesellschaft wider. Auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt spiegeln sich die Perspektiven für die junge Generation wider.

Das Statistische Bundesamt hat dieser Tage interessante Zahlen vorgelegt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt wieder die Länderliste!)

Hinsichtlich der Beschäftigung für Arbeit und Ausbildung hatten wir am deutschen Standort im letzten Jahr eine besorgniserregende Entwicklung zu verzeichnen. Bundesweit ging die Beschäftigung in der absoluten Zahl um 1,3 % zurück. Bei diesem Rückgang der Beschäftigung am Standort Deutschland um 1,3 % klammere ich die Sondersituation in Ostdeutschland ganz bewußt aus: Der Rückgang der Beschäftigung betrug im Land Berlin 3,6 % und im Freistaat Sachsen 3,5 %, während er in den westdeutschen, in den alten Ländern im Schnitt 1,0 % betrug.

Das heißt, die Zahl der Jungen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, nimmt zu. Die Zahl derer, die nach Deutschland kommen, die Zuwanderung, nimmt zu. Die Bevölkerungszahl steigt; die Beschäftigung sinkt erstmals um 1 % ab.

Es bietet keinen Trost, zeigt aber Perspektiven auf, daß sich der Rückgang bei uns in Baden-Württemberg nur auf 0,3 % belief, während der Beschäftigungsrückgang in Nordrhein-Westfalen 0,8 % betrug, in Niedersachsen 0,8 %, in Schleswig-Holstein 0,7 % und in Westdeutschland insgesamt 1,0 %. Bayern liegt schlechter als wir; Baden-Württemberg weist den geringsten Rückgang von Beschäftigung auf.

(Oettinger)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und Hessen?)

– Kollege Kuhn, Hessen liegt mit 0,5 % Rückgang etwas schlechter, trotz oder gerade wegen der Fraktion Grüne.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Eines aber bleibt in jedem Fall festzuhalten. In Westdeutschland sind die Chancen, Arbeit zu bekommen, bei steigender Nachfrage um 1 % gesunken. In Baden-Württemberg sind zwei Drittel dieses Beschäftigungsrückgangs vermieden worden; bei uns ist die Beschäftigung nur um 0,3 % zurückgegangen.

Ein weiteres Faktum verdient eine gründliche Beachtung. Baden-Württemberg wächst und wächst, gemessen an der Zahl der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 1983 hatte Baden-Württemberg gerade einmal 9,2 Millionen Einwohner; heute sind es 10,4 Millionen. Baden-Württembergs Bevölkerungszahl ist innerhalb von 14 Jahren um 1,2 Millionen Menschen gewachsen, und Baden-Württemberg hat in diesen 14 Jahren 400 000 zusätzliche, neue Arbeitsplätze bekommen. Allerdings, ich gestehe zu: Von den 1,2 Millionen Menschen haben 600 000 Personen Arbeit nachgefragt. Das heißt, wir müssen erkennen, daß in der Zuwanderung und nicht allein im Standortfaktor ein Problem unseres Arbeitsmarktes liegt.

(Hört, hört! bei den Republikanern – Abg. Krisch REP: Interessant!)

Wir haben nicht in dem Maß, in dem mehr Menschen Arbeit nachfragen, mehr Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung aufgebaut. Ich sage das deswegen, weil die Zahl von 400 000 Arbeitslosen in Baden-Württemberg – absolut und für sich allein – zuwenig ist, um Wirtschaftspolitik, um Beschäftigungspolitik, um Strukturpolitik bemessen zu können. Baden-Württemberg ist in der Beschäftigung auf dem Weg nach oben. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt sich. Es gibt keine generelle Verlagerung. Es lohnt sich, differenziert den Standort dort, wo er stark ist, stark zu halten und stark von ihm zu reden, und ihn dort, wo er noch Schwächen hat, stark zu machen. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dann die regionale Betrachtung: Baden-Württemberg regional. In Nordwürttemberg, im Regierungsbezirk Stuttgart, ist die Zahl der Beschäftigten in den letzten acht Jahren gleichgeblieben: 1,48 Millionen. In Karlsruhe hat sie leicht zugenommen von 930 000 auf 950 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. In Freiburg ist sie von 670 000 auf 695 000 gestiegen und in Tübingen von 570 000 auf 585 000. Dies nenne ich gleiche Chancen für ganz Baden-Württemberg.

Wir halten den Ballungsraum stark. Wir machen einen Bankenplatz mit Schwerpunkt Stuttgart, einen Rundfunkplatz mit Schwerpunkt Stuttgart, einen Platz der Technologie Stuttgart in der Region. Wir schaffen parallel neue Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze in den anderen Regierungsbezirken: in Nordbaden

(Abg. Dr. Repnik CDU: In Karlsruhe!)

mit Karlsruhe und Mannheim, in Südbaden mit Freiburg und in Südwürttemberg mit Singen. Wir zeigen damit, daß in Baden-Württemberg Beschäftigung und Zukunft in gleicher Weise in allen Regionen für die Bevölkerung entstehen können.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wer von Zukunftschancen redet, kommt automatisch auf das große Feld der Bildungspolitik. Schule, Wissenschaft, Forschung und Hochschule sind dafür die einzelnen Titelgruppen eines Haushalts. Nun behaupte ich nicht, daß Baden-Württemberg das gelobte Land wäre. Natürlich haben wir einen Wunschkatalog von sinnvollen Vorschlägen, was noch ergänzbar wäre – ohne Frage. Eine Schulklasse mit 20 Kindern ist besser als eine mit 30. Wenn die Universitätsbibliotheken weniger bekommen als im letzten Jahr, aber mehr bekommen als in anderen Ländern, dann wäre auch bei uns mehr zu wünschen, aber wir stehen im Ländervergleich hervorragend da.

(Abg. Capezzuto SPD: Nicht schon wieder! Immer das gleiche!)

In Niedersachsen streicht der Ministerpräsident – – Das ist die Wahrheit, auch wenn sie unangenehm ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Wir sind doch in Baden-Württemberg! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU: Nur durch Wiederholungen lernst du!)

In Niedersachsen steigt die Zahl der Schulkinder und sinkt die Zahl der Lehrer. In Baden-Württemberg steigt die Zahl der Schulkinder, aber es steigt auch parallel – zwar nicht in dem Maß wie gewünscht, aber immerhin – die Zahl der Lehrer um 1 600 nominal. Mit diesem Doppelhaushalt beweisen wir, daß wir Wort halten. Zweimal 400 neue Lehrer sind in Baden-Württemberg für eine gute Unterrichtsversorgung im Haushalt der Landesregierung vorgesehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir reden nur von Baden-Württemberg: Wissenschaft und Forschung sind uns in Baden-Württemberg 6 Milliarden DM wert. Kein anderes Land Deutschlands, keine andere europäische Region gibt in einer bewußten Schwerpunktsetzung für Wissenschaft, Technologie und Forschung so viel aus wie wir. Wir sind gerne bereit, die Vorschläge der Hochschulstrukturkommission zu Umbau und Umschichtung ergebnisoffen mit Ihnen zu beraten; aber wir lassen nicht zu, daß die Hochschullandschaft Baden-Württembergs schlechtmacht wird. Wenn es in anderen Ländern Deutschlands nicht stimmt – in Baden-Württemberg ist der Schwerpunkt allemal für Bildung, Schule und Hochschule richtig gesetzt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Standortwettbewerb heißt, daß man sich mit anderen Standorten vergleichen muß. Wir haben in wichtigen Geschäftsfeldern, in wichtigen Unternehmensstrukturen dieses Land Baden-Württemberg auf einen Nenner gebracht und es zukunfts- und konkurrenzfähig gemacht.

(Oettinger)

Ich nenne die Rundfunkneuordnung. Kollege Kuhn, wir reden gerne einmal über die Frage der Ausrichtung von Programmen und Personal in dieser neuen Anstalt. Wir scheuen diesen Konflikt überhaupt nicht und lesen Ihre Interviews mit Interesse,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Mit gebremstem Interesse!)

teilen aber nicht Ihre Haltung. Trotzdem nehmen wir Sie als aufrechtes Rundfunkratsmitglied ernst, ernster als manchen anderen; dies gestehe ich Ihnen zu. Aber ich will deutlich machen: Im Wettbewerb der ARD,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Da muß er ein bißchen objektiver werden!)

im Wettbewerb Multimedia, im Wettbewerb Fernsehen und Hörfunk wollen wir erreichen, daß die Wertschöpfung in Baden-Württemberg steigt und aus unseren Gebühren mehr Programm, besseres Programm und mehr Baden-Württemberg-Programm, produziert in Baden-Baden, Stuttgart, Freiburg und an anderen Standorten, möglich bleibt. Ich setze darauf, daß der Ministerpräsident mit der Rundfunkfusion die Medienlandschaft Baden-Württembergs gestärkt und fit in das nächste Jahrhundert führen kann.

Energie: Platz 4 erreicht. EnBW ist geglückt, die Fusion im dritten Anlauf ein Erfolg. Wir bauen darauf, daß Baden-Württemberg ein zentraler Standort für Energiewirtschaft, für Energiepolitik und für Arbeitsplätze und Steuern aus Energie auch in Zukunft bleibt und damit Baden-Württemberg aufrückt zu Bayern, aufrückt zum Ruhrgebiet, aufrückt zu Hannover, sich absetzt von Rheinland-Pfalz, Berlin und Hamburg, absetzt von 13 anderen Ländern in Deutschland und den Standortwettbewerb um Energiewertschöpfung gemeinsam mit Bayern und wenigen anderen gegen viele andere gewinnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Einen letzten Satz zur Bankenfusion. Im Ernst: Sozialdemokraten seilen sich wieder einmal ab,

(Lachen bei der SPD)

wenn es um Verantwortung geht, wenn es darum geht, zu sagen, es sei zwar nicht alles richtig, aber en gros stimme die Richtung. Ich habe Respekt vor Kuhn; ich habe Respekt davor, daß in diesem Landtag vier Fraktionen nicht pauschal nein sagen und nur eine njet sagt, weil ihr stinkt, daß Erfolg in Baden-Württemberg noch möglich ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Am Anfang stand der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten in der Landeshauptstadt, der sagte: Bravo, in Ordnung, wir ziehen mit. Maurer war einen Tag abgetaucht, Puchta und Brechtken waren vorsichtig dafür, beeindruckt von der eindeutigen Lage,

(Abg. Bebbler SPD: Realitätsverlust!)

den Kommentaren und der guten Konstruktion. Seitdem sucht Maurer und suchen andere nach Wegen, wie sie sich ausfädeln, ausklinken können, alles in der Hoffnung, daß das Vorhaben vielleicht doch noch ein Scherbenhaufen wird. Wir werden Ihnen den Gefallen nicht tun. Sie sind kraftloser, als Sie glauben. Aber eines sage ich: Mit einer Politik in den Kreistagen von Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und Göppingen, egal, wo im Land, Teile dieses Landes gegeneinander auszuspielen, Karlsruhe gegen Stuttgart, ländlicher Raum gegen Großstadt, Privatwirtschaft gegen öffentlich-rechtliche Banken, werden Sie mit Sicherheit keinen Blumentopf für sich ernten. Ich bin sicher, Ihr Weg führt, wenn Sie so weitermachen, weiter bergab.

(Abg. Seimetz CDU: 18 %! – Gegenruf des Abg. Sieber CDU: 13 %!)

Meine Damen und Herren, ein entscheidender Faktor von Landespolitik heißt Infrastruktur. Erwin Teufel, die CDU-FDP/DVP-Landesregierung und der Herr Wirtschaftsminister ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, daß Baden-Württemberg eine leistungsfähige Infrastruktur bekommt: Flughafen, ein weiteres Terminal, Söllingen parallel, die Messe. Wir sind von der Messe überzeugt. Wir glauben, daß die Wirtschaft Baden-Württembergs ein Schaufenster für Europa und die Welt braucht. Wer heute liest: „Messe München ausgebucht“, ein überragender Erfolg, bevor die Messe überhaupt loslegen kann, muß zu der Überzeugung kommen: Was München kann, sollten wir uns in Stuttgart auch zutrauen. Ich fordere uns auf: Nehmen wir die Christdemokraten im Kreistag Esslingen und im Gemeinderat Leinfelden-Echterdingen an der Hand und bemühen uns auf unserer Seite um Zustimmung; versuchen Sie es bitte mit Ihren Sozialdemokraten im Gemeinderat ebenso.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stuttgart 21, der Umbau des Bahnhofs in Mannheim, die ICE-Trasse nach Ulm, Augsburg und München, der Straßenbau mit Bundes- und Landesmitteln, im Rahmen der Möglichkeiten ein Schwerpunkt geblieben, die Durchsetzung von Trassen für Schiene und Straßen insgesamt: Baden-Württemberg hat – ich darf dies selbstkritisch sagen –, wenn überhaupt, dann am ehesten im Bereich Infrastruktur Verkehr Nachholbedarf. Wir sind durch die deutsche Einheit in eine Randlage geraten. Um so mehr müssen wir alles tun, daß Baden-Württemberg keinen Standortnachteil durch Erreichbarkeit mit Flugzeug, Auto, Lkw und Schiene bekommt. Ich habe den festen Eindruck, daß der Umwelt- und Verkehrsminister, der Wirtschaftsminister und der Regierungschef alles tun, um zu erreichen, daß Baden-Württemberg von Bonn viel abholt, und aus dem Geld, das wir einholen, in Baden-Württemberg einiges machen, und darüber hinaus die Kraft behalten, Standortentscheidungen nötigenfalls auch gegen Sankt Florian vor Ort durchzusetzen.

Jetzt werden Sie sagen: Alles recht und schön; aber die Haushaltspolitik ist aus dem Ruder gelaufen. Da werden Sie nachher ansetzen und sagen: Was jetzt hier abläuft, ist keine seriöse Finanzpolitik mehr.

Meine Damen und Herren, natürlich wäre es schöner gewesen, wir hätten einen Rechnungsabschluß 1997 mit einem

(Oettinger)

Plus vorlegen können. Natürlich hätten auch wir gern 5 % statt 3 % mehr Steuereinnahmen in den nächsten Jahren in der Prognose in den Haushalt eingebaut. Das Wirtschaftswachstum liegt in den nächsten Jahren, wenn es gutgeht, bei 4,6 %, wenn die Asien-Delle kommt, bei 4,2 %.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist halt der Unterschied zwischen Clinton und Teufel! – Gegenruf des Abg. Dr. Repnik CDU: Oje, ganz daneben! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Schlechtes Bild!)

Wenn dann alle erkennen, Kollege Kuhn, daß das Steuerwachstum vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt ist, dann sind doch 3 % ein realerer Wert als der, den alle vor zwei Jahren – alle Länder und auch wir – in der mittelfristigen Planung mit 5 % und mehr als Steuerwachstumsrate eingestellt haben. Die 5 % wurden von Ihnen von der SPD und von Ihnen von den Republikanern vor zwei Jahren nicht kritisiert. Die 5 % haben wir alle gemeinsam zur Kenntnis genommen. Die mittelfristige Finanzplanung der großen Koalition hat im Jahr 1996 noch 5 % enthalten, und Herr Kuhn hat als erster vorsichtig gesagt: Menschenskind, wir sollten herunter auf 2 %. Zugestanden, aber, Kollege Kuhn, die jetzigen Haushaltsberatungen sind die ersten, bei denen wir den Vorschlag machen, der auch parlamentarisch mehrheitsfähig ist, von 5 % Wachstum der Steuern in den nächsten Jahren mit oder ohne Steuerreform auf 3 % herunterzugehen. Daran richtet sich alles aus. Wer nur noch 3 % unterstellt, hat in einem Landeshaushalt nicht die Möglichkeit, die Ausgaben so umzusteuern, daß die Schulden nicht auch höher werden müssen.

Jetzt darf ich Ihnen einmal ein Vergleichsbeispiel sagen. Ein einziges, Herr Kollege, sei mir erlaubt. Information der Landesregierung Düsseldorf vom 28. Januar: Kreditaufnahme fällt höher aus als geplant. Soweit stimmt die Überschrift mit unseren Verhältnissen überein. Aber die Zahlen haben eine andere Dimension. Nordrhein-Westfalen ist größer als Baden-Württemberg. Es hat etwa 17,5 Millionen Einwohner. Deswegen hätte das Land auch das Recht, anteilig – wir haben 10,4 Millionen Einwohner, Nordrhein-Westfalen hat 17,5 Millionen Einwohner – mehr neue Schulden zu machen als wir, damit die Rechnung und die Sparpolitik stimmen. Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 1996 ein Verschuldungsergebnis – Schuldaufnahme netto neu – von 5,9 Millionen DM gehabt.

(Zurufe: Milliarden! – Abg. Dr. Puchta SPD: Gehen Sie einmal beim Finanzminister in die Lehre! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Nordrhein-Westfalen hat also ein Ergebnis von 5,9 Milliarden DM gehabt. Der Haushaltsansatz 1997 betrug noch 7,0 Milliarden DM. Beim Rechnungsabschluß waren es 9,4 Milliarden DM. Nordrhein-Westfalen hat im letzten Jahr 9,4 Millionen DM neue Schulden gemacht.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Zurufe: Milliarden!)

Natürlich sind unsere 2,6 Milliarden DM kein überragender Wert. Aber ich glaube, daß bei diesem Thema, daß sich Länder nicht von Einnahmen abkoppeln können, der Ländervergleich die richtige Betrachtungsweise ist. Und im

Ländervergleich bemüht sich Baden-Württemberg mehr um strukturelles Sparen als jedes andere Land, und im Ländervergleich fällt unser Ergebnis im Ist und in der Perspektive allemal solide aus.

Aber in unserem Haushalt sind auch einige wirksame und schmerzhaft strukturelle Einsparungen drin. Baden-Württemberg legt ein drittes Stelleneinsparungsprogramm auf. In Baden-Württemberg wird mit Stellenabbau mehr als in jedem anderen Bundesland Ernst gemacht: 3 000 Stellen in den Jahren 1993 bis 1996, 4 200 laufen derzeit, und weitere 2 320 kommen hinzu. Wir bauen in den nächsten Jahren real mehr als 3 000 Stellen ab. Dies bringt eine strukturelle Umkehr, eine Entlastung bei den Personalausgaben und damit eine mittelfristige Entlastung der Haushaltsplanung mit sich. Baden-Württemberg hat 42 % Personalkosten, Hessen 47 %. Ihr Musterland Hessen hat 5 Prozentpunkte mehr beim Faktor Personal.

Dann haben wir – FDP/DVP und CDU – einen Schwerpunkt gesetzt. Wir haben bei den Haushaltsberatungen ganz bewußt nicht primär beim Bürger gestrichen, nicht primär Programme, die draußen wirksam sind, gekürzt, sondern haben primär beim Staat und bei uns gespart: Sächliche Verwaltungsausgaben um 10 % runter in diesem Jahr und um 12 % im nächsten Jahr. Dienstreisen werden nicht mehr immer vom Staat finanziert. Bei der Personalentwicklung geht die Zahl der Stellen um 3 000 nach unten. Wir haben den staatlichen Hochbau und damit den Behördenbau für unsere Staatsdiener in diesem Jahr um 80 Millionen DM und im nächsten Jahr um 120 Millionen DM gekürzt.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Wir haben 100 Behördenstandorte abgebaut. Deswegen gebe ich offen zu: Der Tanker Baden-Württemberg, die Haushaltsentwicklung führt im Augenblick zu einem etwas höheren Bedarf an neuen Schulden, aber die Struktur und die Richtung stimmen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage für die CDU-Fraktion abschließend: Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2000 und im Jahr 2001 pauschale Einsparvorgaben, die noch nicht konkretisiert worden sind. Deswegen werden wir in den nächsten Tagen über die Sparvorschläge beraten, die jetzt spruchreif sind, auf dem Tisch liegen und verabschiedet werden können. Wir werden einen Haushalt verabschieden, der sich im Ländervergleich messen lassen kann und der gemeinsam mit Bayern den besten Platz einnimmt. Und nach der Haushaltsverabschiedung werden wir nacharbeiten

(Abg. Brinkmann SPD: Dann brauchen wir heute gar nicht abzustimmen!)

und frühzeitig dafür sorgen, daß durch weitere Einsparpotentiale und -vorschläge die pauschalen Vorgaben erreicht werden und damit diese mittelfristige Finanzplanung real möglich werden kann.

Ich danke dem Finanzminister und der Landesregierung insgesamt. Wir haben eine vertrauensvolle und im Grunde genommen in der Richtung einhellige Beratung in der Ko-

(Oettinger)

alition gehabt. FDP/DVP und CDU haben an einem Strang gezogen. Ich bin sicher, daß der Standort Baden-Württemberg Chancen und Lasten zwischen dieser und der nächsten Generation halbwegs fair verteilt, die Chancen die Lasten deutlich überwiegen und am Standort Baden-Württemberg Bildung, Ausbildung und Arbeit gegenüber anderen Regionen im Wettbewerb allemal mithalten können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oettinger, ich hatte eigentlich vor, Sie wegen besonderer Umstände heute netter zu behandeln, aber das fällt mir schwer, denn das, was Sie gesagt haben, war zum Teil nicht von dieser Welt.

Wir führen diese Haushaltsberatungen, lieber Kollege Oettinger, in Tagen, in denen in Deutschland und in Baden-Württemberg die Arbeitslosigkeit auf ein ungekanntes Rekordniveau steigt, in denen die Realeinkommen nach wie vor stagnieren, ja zurückgehen, in denen Familien mit Kindern ein zunehmendes Armutsrisiko haben. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß sich diese große Mehrheit von Menschen von Ihren Statistiken und Ländervergleichen ernähren kann,

(Beifall bei der SPD)

sondern Sie müssen mit dem, was Sie hier sagen, schon der Realität gerecht werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Sie führen die Bundesregierung seit vielen Jahren. Es fällt mir schon auf, daß Sie bei Ihren Vergleichen die Bundesregierung nie heranziehen,

(Abg. Haas CDU: Das ist ja kein Wunderland!)

was im Hinblick auf Fragen der Investitionsquoten und der Verschuldung hochinteressant wäre. Was sich dieser Tage vollzieht, daß die einzige Antwort der von Ihnen geführten Bundesregierung auf einen wahrscheinlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 5 Millionen Menschen – auf 5 Millionen Menschen! – ein Appell an die Kommunen ist, ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

Das machen Sie ungeachtet der Geschichte Ihrer Partei, denn Ihr damaliger Oppositionsführer hat dem sozialdemokratischen Kanzler Anfang der achtziger Jahre bei 1 Million Arbeitslosen zugerufen, er sei der Kanzler der Arbeitslosigkeit. Und jetzt: 5 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik und Rekordniveau in Baden-Württemberg! Wir sollten die Debatte schon so führen, daß sie der realen Lage in diesem Land und der dramatischen Entwicklung entspricht.

Jeder, der die Vorstellung hat, daß man diese Vorzeichen aufgrund des baden-württembergischen Landeshaushalts und der Landespolitik umkehren könnte, überhebt sich.

Vielmehr sind grundlegende Kurskorrekturen in der Politik des Bundes erforderlich, und ich bin zuversichtlich, daß es dazu nach der Bundestagswahl kommen wird.

Nur müssen wir uns im Land daran messen, welchen Beitrag wir in dieser Situation eigentlich leisten. Ich denke, das ist der Maßstab, der an diese Haushaltsberatungen anzulegen ist.

Sie haben über die junge Generation und ihre Zukunftschancen gesprochen. Ich denke, wir sind uns zumindest verbal darüber einig, daß eine der entscheidenden Fragen für die Zukunftschancen der Generation, die jetzt in diesem Land geboren wird, die Frage ist, ob wir ihr eine Schuldenlast hinterlassen, die sie noch bewältigen kann, oder ob wir ihr mit der Schuldenlast die Zukunft verbauen.

(Abg. Haas CDU: Ganz genau!)

Dabei aber gilt die Verantwortung jedes Landesparlaments, jeder Landesregierung, jedes Bundesparlaments und jeder Bundesregierung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Da aber sprechen die Zahlen eine sehr eindeutige Sprache; Sie legen ja so großen Wert auf Zahlen. Ich sage Ihnen, Sie sollten sich nicht primär in Ländervergleichen üben, sondern Sie sollten auch die Entwicklungen in Baden-Württemberg in Ihre Vergleiche einbeziehen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD: Sei doch einmal still, Haas!)

Wir haben uns die Mühe gemacht, das einmal zusammenzustellen.

(Abg. Haas CDU: Was der macht, ist Heuchelei!)

Es gab die Zeit Ihrer Alleinregierung von 1987 bis 1991. Die damalige mittelfristige Finanzplanung gab ein Anwachsen der Nettokreditaufnahme um 5 Milliarden 540 Millionen DM vor. Herausgekommen sind in der Zeit Ihrer Alleinregierung 10 Milliarden 461 Millionen DM.

(Abg. Weimer SPD: Hoppla!)

Es ist immer interessant, Ihre mittelfristige Finanzplanung mit den realen Ergebnissen zu vergleichen. In der Zeit Ihrer Alleinregierung kam es also statt zu 5 Milliarden DM real zu 10 Milliarden DM.

Dann kommt die Zeit der großen Koalition. Vorgabe in der mittelfristigen Finanzplanung: 8 Milliarden 800 Millionen DM, Ist: 8 Milliarden DM. Das war der einzige Zeitraum, in dem die Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung für die Nettoneuverschuldung unterschritten wurden, Herr Kollege Oettinger.

Jetzt zur Realität seit 1995. Vorgabe für 1996 und 1997: 3,3 Milliarden DM, Ist: 5,2 Milliarden DM. Nehmen wir den Rest nach den einschneidenden Politikänderungen hinzu, die Sie zum Schaden des Landes vorgenommen haben. Ursprüngliche Vorgabe für 1996 bis 2001: 6,8 Milliarden DM, reale Neuverschuldung jetzt: 13,8 Milliarden DM.

(Buh-Rufe von der SPD)

(Maurer)

Das Ergebnis ist: Man kann Sie gar nicht allein regieren lassen, schon gar nicht mit der schwächlichen FDP/DVP. Sonst kommt es jedesmal zu einer zusätzlichen Neuverschuldung und zu einer Belastung der künftigen Generationen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Warum stellen Sie dann Erhöhungsanträge?)

Schulden erhöhen, das ist der einfache Weg; sparen, das ist der schwierige Weg. Wir entscheiden uns für den schwierigen Weg, weil es der richtige Weg ist.

(Abg. Haas CDU: Was sollen dann die Erhöhungsanträge? – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Weil der Haas so lange Ohren hat!)

Das ist ein wörtliches Zitat aus der Regierungserklärung von Erwin Teufel am 19. Juni 1996 im Landtag. Statt diesen Weg zu beschreiten, haben der Ministerpräsident und die Regierung nun über die sogenannte Nachschiebeliste zum Doppelhaushalt und über die neue mittelfristige Finanzplanung innerhalb einer einzigen Legislaturperiode zusätzliche Schulden von 7 Milliarden DM aufgetürmt, wenn man die von der großen Koalition nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen mit einbezieht.

Es führt kein Weg daran vorbei: Die unter dem Druck der SPD 1992 bis 1996 erreichte Haushaltskonsolidierung ist zunichte gemacht. Das ist das Fazit dessen, was Sie uns hier vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Bezeichnend ist auch die Art und Weise, wie wir das von Vertagung zu Vertagung kennengelernt haben und wie wir scheinbar über den Schuldenkurs unterrichtet worden sind: Wenn man Sie ertappt hat und wenn man Sie journalistisch darauf hingewiesen hat, welche zusätzliche Neuverschuldung sich wieder ergeben hat, haben Sie das zugegeben, weil Sie es aufgrund von Fakten und Indizien nicht mehr leugnen konnten.

Das Ganze ist dann noch merkwürdig verquast mit komischen Ausgabeprogrammen. Ich erinnere mich an die tollen Schauspiele hier zum Thema „Erwin 2“, Herr Kollege Pfister. Das war ein wirres Wahlbeglückungsprogramm in Höhe von 1 Milliarde DM. Gleichzeitig – man muß sich das einmal vorstellen – hat man dann die Nettoneuverschuldung auch um 1 Milliarde DM erhöht. Das ist auch eine Art, Wahlkampfversprechen einzuhalten; das muß man deutlich machen. Das ist die Linie, die wir hier leider festzustellen haben.

Wir können Sie auch nicht von Ihrer Mitverantwortung an dem, was Politik dieser amtierenden Bundesregierung ist, befreien. Ihr Erinnerungsvermögen sollte nicht so schnell schwinden. Sie haben hier in diesem Landtag die Abschaffung der privaten Vermögensteuer gefeiert. Ich rechne das vorsichtig: Allein dieser von Ihnen gefeierte Akt hat uns einen jährlichen Einnahmeausfall von 600 Millionen DM pro Jahr beschert.

(Abg. Oettinger CDU: Stimmt doch gar nicht! Das wurde doch kompensiert! Erbschaftsteuer! – Gegenrufe der Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen und Weimer SPD: Wo denn?)

Ich weiß nicht, ob Sie das heute noch feiern. Aber damals haben Sie es hier in diesem Landtag gefeiert. Sie haben es sogar geschafft, die Politik in Bonn, die den Ruin der öffentlichen Haushalte in den Ländern und auch in Baden-Württemberg bewirkt, auch noch zu begrüßen und hier mit Mehrheit zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Das ist die Realität der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie kommen nicht an der Frage vorbei – ich sage Ihnen das immer wieder, denn da hilft ja nur Wiederholung –: Was hätten Sie denn gemacht, wenn Ihre Steuerpläne, die Sie auch hier im Landtag von Baden-Württemberg gefeiert haben – vielleicht haben Sie sogar vor, sie auch beim Bundestagswahlkampf noch einmal zu feiern; davor kann ich Sie aber nur warnen –, realisiert worden wären und wenn Sie diese Einnahmeausfälle von nochmals jährlich 1,5 Milliarden DM zu verdrücken gehabt hätten? Hätten Sie die Schulden in der mittelfristigen Finanzplanung dann halt noch einmal um 1,5 Milliarden DM pro Jahr erhöht?

(Abg. Weimer SPD: Der MV wollte eine Zwischenfinanzierung mit Krediten!)

Nein, ich sage Ihnen: Statt jetzt Krokodilstränen über Steuerausfälle zu vergießen, die jeweils auf von Ihnen gemachte Politikvorschläge für Änderungen des Steuersystems zurückgehen, sollte sich diese Landesregierung bei der Sozialdemokratie dafür bedanken, daß wir wenigstens die schlimmsten Dinge für den Landeshaushalt wegblockiert haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Repnik CDU: Jetzt konkret! Ihre Vorschläge! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

Ich verwende dieses Wort ganz bewußt. Herr Kollege, Sie waren zum Schluß in der Person Ihres Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg ja sogar auf einem Weg der Einsicht. Wir wollen doch die Realität nicht verschweigen. Ich sage Ihnen: Wenn es nicht zu einer Konsolidierung der Staatseinnahmen kommt, wenn nicht eine Änderung dieser unsinnigen Sonderabschreibungstatbestände, die auch Herr Schäuble aufgelistet hat und über die wir uns ohne die unselige FDP in 24 Stunden geeinigt hätten, kommt,

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

dann können Sie jede Haushaltskonsolidierungslinie in Baden-Württemberg in die Zukunft hinein vergessen. Das ist der Knackpunkt, über den wir hier reden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sehe mit großer Sorge, wie sich die Dinge jetzt entwickeln. Der Ministerpräsident von Hessen – Herr Teufel, Sie wissen das – hat einen letzten Versuch unternommen, Sie und auch Herrn Stoiber für eine gemeinsame Initiative zum Schließen der schlimmsten Sonderabschreibungstatbestände in unserem Steuersystem zu gewinnen. Dabei geht es um die extremsten Verwerfungen, bei weitem nicht um das, was Herr Schäuble selbst für richtig gehalten hat, son-

(Maurer)

dern nur um eine Größenordnung von 10 Milliarden DM, wenigstens um die allerschlimmsten Dinge. Ich höre, die CDU-geführten Regierungen seien nicht geneigt, auf diesen hessischen Vorschlag einzugehen, und ich halte dies für ein riesiges Problem.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Weimer SPD: Das ist ja unmöglich!)

Ich sage Ihnen voraus, was passieren wird:

(Abg. Capezzuto SPD: Blockierer!)

Natürlich wird eine neue Bundesregierung diese Dinge in Ordnung bringen. Aber von der Gesetzgebung, vom Kasernensturz über die Gesetzgebung bis zur Wirksamkeit, etwa in den Länderhaushalten, werden zwei bis drei Jahre vergehen. Ich weiß nicht, wie wir das dann stemmen werden. Ich mache Ihnen nachher Vorschläge – Sie kennen das –, wie wir wenigstens den laufenden Doppelhaushalt in einer vernünftigen Form fahren können. Aber wenn das alles jetzt wieder vertagt wird, wenn Sie alle sich nur in Ihre Wahlkampfstrategie einklinken, wenn Sie diese Vorschläge von Hessen nicht aufgreifen, wenn Sie nicht – dazu stellen wir einen Antrag, in dem wir das detailliert darstellen – die schlimmsten Sonderabschreibungstatbestände beseitigen, dann kommen wir in schwerstes Wasser. Kommen Sie dann nicht daher und sagen, Sie hätten das nicht gewußt und wir hätten Ihnen das nicht rechtzeitig gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir haben eine doppelte Aufgabe, und ich gebe gerne zu, daß sie extrem schwierig ist. Auf der einen Seite geht es darum, den unsäglichen Weg in ein massives Anwachsen der Nettoneuverschuldung zu vermeiden. Auf der anderen Seite geht es darum, angesichts der Massenarbeitslosigkeit, die wir haben, wenigstens eine Investitionsquote zu halten, die ein Stückchen Gegenwehr gegen das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen verrät.

Leider ist auch davon nichts zu sehen. Ich habe schon bei den letzten Beratungen zu diesem Thema hier im Landtag dargelegt, daß Sie – und jetzt muß ich auch den Ländervergleich bemühen – in der Investitionsquote leider hinter andere Bundesländer deutlich zurückfallen. Die Art und Weise, wie Sie den Haushalt mit Ihrer Nachschiebeliste gestaltet haben, bedeutet, daß die Investitionsquote in der Realität noch unter 10 % sinkt. Das heißt, wir fallen noch weiter zurück. Das Land verhält sich absolut kontraproduktiv zu der Situation, die wir haben. Es macht eine Investitionspolitik, die keine Gegenwehr zur Massenarbeitslosigkeit bedeutet, sondern das Problem noch verschärft. Gleichzeitig fahren Sie die Schulden nach oben. Das heißt, Ihr Kurs ist völlig daneben angesichts der tatsächlichen Haushaltsausgangslage.

(Beifall bei der SPD)

Nun müssen wir uns eben selber helfen, weil wir ja noch keine neue Bundesregierung haben

(Abg. Dr. Repnik CDU: Darauf werden Sie auch noch lange warten müssen!)

und weil die notwendige Abschaffung von Sonderabschreibungstatbeständen nicht zustande kommt. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten – das muß man in dieser Einfachheit und Klarheit beschreiben –: Entweder trennen wir uns von Landesbeteiligungen, verbinden das mit Umschichtungen und Sparmaßnahmen und schaffen es dann, die mittelfristige Finanzplanung einzuhalten und die Investitionsquote auf einem einigermaßen erträglichen Niveau zu halten – das ist unser Vorschlag –, oder wir gehen Ihren Weg, und der heißt: zusätzliche Neuverschuldung, Nullinvestition.

Für Ihre hehren Worte über die Bildung kann sich kein Mensch etwas kaufen, wenn ihnen keine Taten folgen, wenn 1 900 junge Leute noch nicht einmal ihr Referendariat antreten können, wenn Sie natürlich hinter Ihren Wahlversprechungen für die Schulen zurückhängen. Was sollen wir uns für die allgemeine Beschwörung, wie wichtig die Bildung ist, denn kaufen? Ohne Taten ist das alles leeres Gerede.

(Beifall bei der SPD)

Sie fahren einen Landeshaushalt, bei dem Sie die Wohnungspolitik des Landes wirklich in ihr Gegenteil verkehren. In einer Situation, in der gerade Familien mit Kindern, Herr Kollege Oettinger, nach wie vor dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, den sie über die freien Marktstrukturen nicht kriegen können, in einer Situation riesiger Arbeitslosigkeit im Bausektor, in der das Handwerk in großen Schwierigkeiten ist – wir können uns ja nicht bloß an den Gott sei Dank wieder besseren Zahlen des Maschinenbaus und der Automobilindustrie hochziehen –, fahren Sie den Wohnungsbau des Landes gegen Null und gegen die Wand mit allen Arbeitsmarktauswirkungen und Auswirkungen auf Familien, die das hat. Das ist nicht verantwortlich. Es ist nicht nur nicht gerecht, es ist auch wirtschaftspolitisch unsinnig. Man muß es deswegen korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man es wie Sie zum ideologischen Credo macht, daß Landesbeteiligungen in dieser Situation nicht abgegeben und nicht neu geordnet werden sollen, zum Beispiel bei der Energie oder beim Flughafen – da könnten Sie weiß Gott dem nordrhein-westfälischen Beispiel folgen –, dann führt das genau an den Punkt, an dem Sie jetzt angekommen sind: Tatenlosigkeit plus Schuldenmachen plus Aufrechterhaltung der Ungerechtigkeit gegenüber Familien, Arbeitsplatzsuchenden und den Städten und Gemeinden.

Das ist die Grundauseinandersetzung, die wir hier zu führen haben. Ich führe sie nur mit Ihnen; mit der FDP/DVP lohnt es sich nicht mehr sich auseinanderzusetzen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie sind bedeutungslos. Wenn ich mir die Mühe machen würde, Ihre ordnungspolitischen Reden zum Thema Neuordnung der Landesbeteiligungen nur zu verlesen, die Ankündigungen Ihres Wirtschaftsministers – Sie sind bedeutungslos. Fusionieren Sie mit der CDU. Machen Sie eine Betriebsgruppe der CDU im Wirtschaftsministerium. Das reicht völlig aus.

(Maurer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich berufe mich bei dieser Linie – das wird Sie überraschen – ausdrücklich auf frühere Zitate des Herrn Finanzministers. Der Herr Finanzminister hat in einer Debatte über den LEG-Verkauf einmal gesagt, äußersten Charme gewinne er der Vorstellung ab, den Erlös aus dem Verkauf der LEG in eine Senkung der Schulden zu reinvestieren. Wunderbar! Jetzt nehme ich Sie beim Wort, jetzt ist die Stunde des Charmes gekommen. Ich sage Ihnen: Lassen Sie uns das machen, trennen Sie sich von Landesbeteiligungen, und vermeiden Sie damit die exorbitante zusätzliche Schuldenaufnahme, die Sie vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht hat der Herr Finanzminister ja auch resigniert. Manchmal kann man diesen Eindruck haben.

(Abg. Haas CDU: So wie Sie!)

Ich stimme mit vielem, was er alltags zum besten gibt, nicht überein. Ich habe aber immer gedacht, wenigstens bei der Frage der Haushaltskonsolidierung, des Nicht-anwachsens der Staatsschulden sei er auf dem richtigen Weg. Auch da scheint er abgekommen zu sein. Das ist ein großes Problem für dieses Land. Das Land Baden-Württemberg muß sich an seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten messen. Eine seiner Möglichkeiten bestünde darin, mit anderen Ländern dafür zu sorgen, daß die Staatsfinanzen konsolidiert werden und die unsinnigen Sonderabschreibungstatbestände verschwinden, sich mit anderen Ländern einzuklinken und dafür zu sorgen, daß die Bundesregierung eine andere Politik macht, und die eigenen Hausaufgaben zu lösen. Das heißt, daß man, solange man die Möglichkeit hat, auch mit eigenen Mitteln gegenzusteuern, sie auch tatsächlich nutzt. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst, ehe ich zur allgemeinen Politik des Ministerpräsidenten komme, etwas zum Haushalt, der ja auch ein Kernstück dessen ausmacht, und zur mittelfristigen Finanzplanung sagen.

Wenn wir in die alte mittelfristige Finanzplanung hineinschauen und sie mit den Ist-Zahlen vergleichen, stellen wir fest, daß sich – damals stark beginnend – seit dem Jahr 1995 eine erhebliche Lücke zwischen den Annahmen über die Neuverschuldung und dem, was tatsächlich herauskommt, auftut.

1995 waren 2,1 Milliarden DM angesetzt, ein Ist von 2,8 Milliarden DM kam heraus. 1996 waren es 1,7 Milliarden DM, das Ist betrug 3,2 Milliarden DM. 1997 waren 1,6 Milliarden DM angesetzt, und wir werden, wenn wir den Kassenabschluß dann anschauen, auf über 3 Milliarden DM kommen. Für 1998 sah die mittelfristige Finanzplanung eine Neuverschuldung von 1,3 Milliarden DM vor, jetzt ist das auf 2,33 Milliarden DM korrigiert worden.

1999 wollten Sie mit 1 Milliarde DM weiterkommen, auf 1,8 Milliarden DM lief es hinaus. Für das Jahr 2000 schließlich waren 250 Millionen DM angesetzt, und 2,2 Milliarden DM Nettoneuverschuldung werden es nach der neuen mittelfristigen Finanzplanung wohl sein.

Ich will damit eine einfache Botschaft aussprechen: Der Konsolidierungsbluff, mit dem Sie, Herr Ministerpräsident und Herr Oettinger, noch 1995 und 1996 – und zwar gleichgültig, ob in der großen Koalition oder nicht – und 1997 vor die Mikrofone getreten sind, ist im Zahlenwerk der mittelfristigen Finanzplanung und des Haushalts wie eine Seifenblase zerplatzt. Das einzige, was man voller Anerkennung sagen kann, ist, daß Sie es geschafft haben, diesen Bluff so lange, nämlich bis zur Jahreswende 1997/98, durch die politische Öffentlichkeit zu ziehen. Nun jedenfalls ist dieser Bluff geplatzt.

Die Hauptursache dafür besteht in einer völligen Fehleinschätzung der Perspektiven der Steuereinnahmen in diesem unserem Bundesland. Sie haben die Steuereinnahmen über die Jahre – entgegen unseren Warnungen, Herr Oettinger – systematisch und anscheinend mit Vergnügen und in einem Akt extremer Bundestreue falsch eingeschätzt und haben mit falschen Zahlen in den Haushaltsplanungen operiert, und zwar nicht wegen Fehleinschätzungen der Konjunktur, sondern wegen Fehleinschätzungen der Struktur der Steuereinnahmen, die sich nämlich systematisch auch vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts entkoppelt haben. Und da haben Sie tätig mitgeholfen. Das ist nicht wie ein Naturgesetz, wie eine Naturkatastrophe über uns gekommen, sondern Sie haben in Bonn durch Steuersenkungen systematisch den Boden dessen bereitet, was wir jetzt hier im Haushalt in Zahlen klar und deutlich lesen können.

Die Abschaffung der Vermögensteuer, Herr Oettinger, ist natürlich rein rechnerisch, auf dem Papier, vollständig kompensiert. Aber ich muß sagen, im Jahr 1997 ist das überhaupt nicht kompensiert worden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat man aber gewußt!
– Abg. Oettinger CDU: Das war absehbar!)

Es ist ein Akt grober Fahrlässigkeit, daß Sie in Bonn einer Kompensation zustimmen und noch gar nicht wissen, ob Sie im Land die Vermögensteueränderung verwaltungsmäßig überhaupt organisieren und umsetzen können. Dies war grob fahrlässig, und die Milliarde dafür fehlt uns im Landeshaushalt für das Jahr 1997.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube übrigens, daß wir beim Haushaltsplan 1998 noch auf dem Prinzip Hoffnung und nicht, Herr Ministerpräsident, auf dem Prinzip Vorsicht segeln. Was die Erbschaftsteuereinnahmen des Landes angeht, werden wir das am Ende des Jahres 1998 sehen.

Die FDP hat sich vor einem Jahr gefallen, in Form des Herrn Westerwelle mit einem Plakat vor die Öffentlichkeit zu treten, auf dem – ich meinte damals, das sei ein schlimmes Plakat – stand: „Steuerland ist abgebrannt“, meine Damen und Herren. Gemeint war dieses Plakat von der FDP so, daß wir an den hohen Steuern kaputtgehen. Tatsächlich gehen wir aber jetzt an den Steuersenkungen, Sonderab-

(Kuhn)

schreibungen und an der Abschaffung der Vermögensteuer kaputt, die die FDP und die CDU/CSU in Bonn zu verantworten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Steuerland ist abgebrannt! Steuerland, Herr Pfister, ist abgebrannt; das ist die Realität, die Sie sehen müssen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Können wir sofort ändern! Aber nicht mit Steuererhöhungen! Ihr wollt doch Steuererhöhungen!)

Da hilft keine Ideologie. Herr Pfister, wir brauchen eine Stabilisierung der Einnahmen. Ich sage wie mein Vorredner: Alle Konsolidierungsbemühungen beim Einsparen – die notwendig sind; das betone ich; es gibt nicht die Alternative Sparen oder Einnahmeerhöhungen, sondern beides muß man tun –, alles Einsparen, Herr Ministerpräsident, wird den Haushalt nicht mehr konsolidieren, wenn wir nicht die Einnahmeseite auf Bundesebene wie auf Landesebene in den Griff bekommen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Richtig!)

Deswegen sage ich: Wir müssen tatsächlich die Vermögensteuer neu und verfassungskonform einführen. Dies geht, wenn der Spitzensteuersatz sinkt, unter dem Grundsatz der hälftigen Teilung.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Aber nur dann!)

– Dann tun wir dies.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Und woran lag es?)

– Ja, wer von der FDP will denn die Vermögensteuer wieder einführen? Friedrich-Wilhelm Kiel, du isolierst dich in deiner eigenen Partei mit dieser Position! Aber ganz dicke!

(Heiterkeit)

Zweitens brauchen wir eine Einkommensteuerreform. Jetzt geht es wieder an die FDP. Da diskutieren wir nicht mehr über 50 Milliarden DM Nettoentlastung, sondern langfristig vielleicht über eine aufkommensneutrale Steuerreform. Ich meine aber, kurzfristig, in einer ersten Stufe, müssen wir tatsächlich die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden stabilisieren, und das heißt eben nicht, Steuergeschenke zurückzugeben oder die Steuerreform aufkommensneutral zu fahren.

Wenn der Finanzminister – Herr Ministerpräsident, dazu hätte ich nachher gern ein Wort von Ihnen gehört – in einer Art resignativen, aber realistischen Formulierung hier hergeht und sagt, wenn das so weitergehe, dann bräuchten wir entweder einen Währungsschnitt oder – das hat er noch dazugesagt; das ist aber nicht so rezipiert worden – eine Lastenverteilung, hat er zumindest mit letzterem recht.

(Beifall des Abg. Dr. Puchta SPD)

Ich will eines sagen: In der Bundesrepublik kurze Zeit vor der Einführung des Euro als Finanzminister vom Währungsschnitt zu reden ist angesichts der Vorbehalte und Ängste gegenüber dem Euro, die es in der Bevölkerung gibt, geradezu politisch fahrlässig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Deuschle und Abg. Käs REP: Die Wahrheit!)

Das ganze Geld, das beim Döring im Haushalt für Euro-Reklame vorgesehen ist, können Sie nach einer solchen Äußerung eines noch dazu populären Finanzministers einsparen. Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, was hier für ein Schaden angerichtet worden ist.

(Zurufe der Abg. Deuschle REP und Haas CDU)

Ich meine, wir müssen in Bonn weitere Schritte zur Senkung der Lohnnebenkosten gehen. Der Schäuble-Vorschlag, der als Ziel nicht nur einen Ausgleich der Rentenbeitragserhöhung, sondern auch die Senkung des Beitrags zum Ziel hatte, ist von der baden-württembergischen CDU unbeantwortet.

Ich meine, daß mit der Bundestagswahl auch das Thema ansteht, daß, wie auch immer man Ökosteuern konzipieren will, hier eine Möglichkeit besteht, zur Senkung der Lohnnebenkosten zu kommen und einen sinnvollen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Denn eines, Herr Ministerpräsident, muß man schon sagen: Das Hauptproblem, auch für die öffentlichen Finanzen des Landes, des Bundes und der Gemeinden, ist diese massiv hohe Arbeitslosigkeit. Sie tun manchmal so, als wäre der Sozialstaat zu teuer, gerade die Herrschaften von der FDP. Ich sage Ihnen: Die Arbeitslosigkeit ist zu teuer und ruiniert dieses Land, weil niemand 5 Millionen Arbeitslose bezahlen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen einmal die Zahlen sagen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat errechnet, daß ein Arbeitsloser im Durchschnitt Kosten von 3 200 DM im Monat verursacht, entweder über die direkten Transferleistungen oder über die fehlenden Steuereinnahmen und Sozialbeiträge, die für die Sozialversicherungen fehlen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Eher und!)

Wenn Sie diese Kosten einmal hochrechnen, dann kommen Sie für das Jahr 1997 auf einen Betrag von 180 Milliarden DM. Das heißt im Klartext: Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik werden durch diese eklatant hohe Arbeitslosigkeit in die Knie gezwungen.

Deshalb sage ich, an die Landespolitik gerichtet: Die Maßnahmen, die im Haushalt strukturell zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angegangen werden, sind deutlich zu gering. Sowohl bei der direkten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als auch bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und mit dem Einstieg in eine Stiftung Weiterbildung haben wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trotz Einsparungen in diesem Haushalt zusätzlich investieren wollen, denn das gesamte strukturelle Problem des Arbeitsmarktes kennzeichnet natürlich auch ein Ausbildungs- und Weiterbildungsproblem in unserem Lande.

Hier war Fehlanzeige bei der CDU und der FDP/DVP zu vermelden. Sie sagen zwar, es sei richtig, daß eine Stiftung Weiterbildung gebraucht werde, aber Sie setzen dies mit dem, was Sie im Haushalt vorgelegt haben, nicht um.

(Zuruf von der SPD: Er hat recht!)

(Kuhn)

Ich meine, daß wir im Land gut daran täten, wenn wir auch einmal darauf achteten, in welchen Bereichen Arbeitsplätze denn nicht realisiert werden. Ich habe festgestellt, daß in den letzten Monaten in Baden-Württemberg in der Forschung erneut viel passiert ist, Herr Oettinger, zum Beispiel bei modernen Energietechnologien wie der Photovoltaik in Stuttgart-Vaihingen. Dort gerät eine Technik in die Massenproduktion, aber es fehlen Investoren zur Produktion im Land.

Herr Teufel, ich werde das so lange sagen, bis es sich geändert hat: Sie lassen Zukunftstechniken am Land vorbeimarschieren. In Nordrhein-Westfalen wird investiert, in Bayern wird investiert, weil die Verantwortlichen in dieser Frage dort nicht ganz so dogmatisch sind und der Konzern Siemens auch dafür sorgt, aber in Baden-Württemberg wird nur geforscht, und die Ergebnisse im Hinblick auf die neuen Energietechniken werden nicht in Arbeitsplätze umgesetzt.

Jetzt will ich etwas an die Adresse des Herrn Wirtschaftsministers, der schon wieder nicht da ist, sagen.

(Abg. Moser SPD: Der investiert gerade!)

Wenn es nicht gelingt, daß in Baden-Württemberg, in Stuttgart-Vaihingen oder wo auch immer, jetzt in eine Fabrik zur Produktion von Photovoltaik eingestiegen wird, dann ist das ein eklatantes Politikversagen, das die FDP/DVP mit ihrem Kurs und der Ministerpräsident mit seinem Kurs allein zu verantworten haben.

Wir brauchen die neuen Arbeitsplätze in unserem Land, und hier gibt es Möglichkeiten, die wir angehen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Moser SPD: Die sind sich mit der Kultusministerin noch nicht einig, wie man Photovoltaik schreibt!)

Ich möchte ganz deutlich sagen: Wer öffentliche Haushalte sanieren will, der muß aktiv auf allen Ebenen gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen. Ich wünsche den Arbeitslosenprotesten in der Bundesrepublik, in unserem Land, die in dieser Woche wahrscheinlich beginnen werden, wirklich den besten Erfolg – ich sage das ganz deutlich –, denn es ist längst an der Zeit, daß die fast 5 Millionen Menschen, die keine Arbeit haben, laut geben und der Politik deutlich machen, daß es so nicht weitergeht. Diese Bewegung hat jedenfalls unsere Unterstützung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie einmal ganz nüchtern anschauen, welchen Lobbydruck die noch 130 000 Bergleute in der Bundesrepublik auf die Politik erzeugen, welchen Lobbydruck die nicht mehr ganz 800 000 Menschen, die vom bäuerlichen Erwerb abhängig sind, in der Bundesrepublik erzeugen, dann muß man sich schon die Frage stellen: Wie gering war eigentlich in der Vergangenheit der Druck, den fast 5 Millionen Menschen, die keine Arbeit haben, erzeugen? Ich hoffe, daß sich dies insgesamt ändert, denn die in Bonn müssen ja aufwachen. Sie müssen mehr machen als diese schnellgestrickten Programme, die der Kanzler gestern in einer Art vorauseilender Angst verabschiedet hat. Das sind

doch Peanuts im Vergleich zu dem, was wir tun müssen, wenn wir wirklich etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen wollen.

Die Antwort Teufels hier im Lande ist: Die Leute sollen länger arbeiten, keine Fortschritte bei der Altersteilzeit, keine wirklichen Fortschritte bei Teilzeitarbeitsplätzen im Einstellungsbereich, also auch bei Maßnahmen, mit deren Hilfe man Arbeit sinnvoll teilen und damit etwas gegen die Arbeitslosigkeit leisten kann.

Ich möchte für meine Fraktion, was den Haushalt und die Beratungen im Finanzausschuß angeht, sagen: Wir haben versucht, den Dreiklang „Haushaltskonsolidierung ist gleich Einnahmen-Sichern, Haushaltskonsolidierung ist gleich Sparen – und zwar im Haushalt wie strukturell –, und Haushaltskonsolidierung ist Investieren in neue Felder“ durchzuhalten.

Ich kann nur sagen: Wir sparen mehr als die Landesregierung, 300 Millionen DM mehr in den beiden Jahren, obwohl wir Einsparungen bei den Gemeinden, wo Einsparungen jetzt wegen der Investitionen am schlimmsten sind, nicht mitmachen und obwohl wir die Einsparungen im Umweltbereich, die Sie machen, auch investitionswidrig Einsparungen zum Beispiel in der Altlastensanierung, nicht mitmachen. Trotzdem sparen wir als Opposition 300 Millionen DM mehr. Davon hätten Sie sich – mit Verlaub, Herr Oettinger – eine Scheibe abschneiden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und was wichtig ist: Wir sparen zum Beispiel auch bei der Landwirtschaft – da zieht die CDU ja eine Art wahlkampfbedingten Tabubereich um den Haushalt auf –, weil wir ganz klar sagen: In der Landwirtschaft ist noch Luft drin, es sei denn bei den Maßnahmen, die wir bis zu einer Ökologisierung unserer Landwirtschaft mittragen. Bei den anderen Maßnahmen kann man wirklich einsparen. Das wollen Sie nicht tun. Damit betreiben Sie nicht mehr Sparpolitik, sondern reine Lobbypolitik.

Die Zukunft des ländlichen Raumes liegt nach unserer Auffassung, Herr Oettinger, sowieso darin, daß wir Ökologie und Ökonomie im ländlichen Raum zusammenbringen. Deswegen natürlich keine Streichung bei den Extensivierungsprogrammen, beim MEKA, bei der SchALVO, beim Bergbauernprogramm, aber sehr wohl bei Investitionsmaßnahmen. Ich finde es einen absoluten Irrwitz, wenn das Leitbild der Landwirtschaftsministerin für die weitere Entwicklung der baden-württembergischen Landwirtschaft sozusagen im Melkroboter liegt, der mindestens 250 000 DM kostet und den sich nur ein ganz kleiner Teil unserer Betriebe nach der Parole „Investieren, auch wenn es auf Kredit ist“ überhaupt noch leisten kann.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Wenn sie dazu noch altverdiente Bürgermeister in Versammlungen anpflaumt, dann mögen Sie dies werten, Herr Ministerpräsident. Ich halte dies jedenfalls für peinlich.

Wo Sie meines Erachtens in diesem Haushalt versagt haben, ist beim Thema „Einschneidende Reformen im Ver-

(Kuhn)

waltungsbereich“. Ich will da einmal ein paar Fragen stellen, die Sie beantworten mögen:

Wo sind eigentlich die Perspektiven für die Weiterentwicklung der Region? Wie soll es denn jetzt in der Region Stuttgart weitergehen? Bleibt es genauso? Bekommt die Region mehr Kompetenzen? Was passiert mit den Landkreisen der Region? Schauen wir noch lange zu, wie die Landkreise in der Region jetzt wieder den regionalen Erfolg konterkarieren? Was sind die genauen Perspektiven für Region, Landkreise, Regierungspräsidien und andere Verwaltungen in Baden-Württemberg?

Warum zögern Sie so bei der Reform der Polizeiverwaltung? Ein Minimum dessen ist umgesetzt, was Sie teuer durch Mummert + Partner haben begutachten lassen. Hängen Sie wirklich so extrem an den Landespolizeidirektionen, daß Sie da keine Reform machen können? Wie sieht es mit der Straßenbauverwaltung aus? Warum gehen Sie nicht her und reformieren die Schulverwaltung? Sie sollten endlich einmal hergehen und aus den Schulämtern und Oberschulämtern regionale Schulämter machen, um zu einer schlankeren Schulverwaltung zu kommen.

Ich sage Ihnen eine ganz einfache Antwort – ich habe mir das lange genug angeschaut –: Überall dort, wo zu viele Posten an Schwarze vergeben sind, ist Schluß mit der Reform unserer Verwaltung. Das ist die ganz einfache Antwort. An diese Posten wollen Sie nicht herangehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Widerspruch des Abg. Oettinger CDU)

– Selbstverständlich, Herr Oettinger.

(Abg. Seimetz CDU: Da lacht der Herr Kuhn selber!)

Wir können einmal öffentlich die Parteibücher derer durchgehen, die auf den entsprechenden Posten sitzen. Dann merken Sie, was langjährige Alleinregierung oder Koalitionsregierung der CDU im Land auch bedeuten kann.

Hier – übrigens auch bei den Ministeriumszuschnitten, Herr Teufel – hätte ich mir ein offensiveres Gestalten der Landespolitik gewünscht, vielleicht mit der Energie, wie Sie es im Bankenbereich ja getan haben.

Ich will noch einmal für meine Fraktion deutlich machen: Es gibt keine Alternative zum Sanieren der Einnahmen und auch keine zum Sparen. Wer da eine Alternative im Sinne von Investitionsquote macht, hat meines Erachtens die Dramatik der notwendigen Konsolidierungsprozesse nicht begriffen. Wir brauchen in der Finanzpolitik so etwas wie einen Generationenvertrag, Herr Oettinger, und der heißt ganz einfach: Wir dürfen das Geld unserer Kinder nicht ausgeben.

Jetzt will ich noch ein Wort zu Ihnen sagen, Herr Maurer. Ich will mich zurückhalten, weil ich mit vielem einverstanden war, was Sie gesagt haben.

(Abg. Maurer SPD: Wir machen ein bißchen viel Schulden dafür!)

Aber die Vorstellung, es wäre irgendein Problem gelöst, wenn wir jetzt die Energieunternehmen verkauften, 2 Milliarden DM dafür einsetzten, was Sie beantragt haben, und dann würde die Neuverschuldung schöner aussehen, ist einfach unsinnig,

(Abg. Maurer SPD: Sie machen lieber Schulden!)

und zwar aus folgendem Grund: Sie mißachten die Notwendigkeit, strukturelle Fragen der Energiewirtschaft in Baden-Württemberg auch zu sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht nicht nur um das schnelle Geld, sondern auch um die Zukunft der Energiewirtschaft. Ich will diese Differenz betonen, damit das klar ist.

(Zurufe von der SPD)

Bei der BaWü-Bank habe ich heute früh dargestellt, daß es gerade aus unserer Sicht keine strukturelle Notwendigkeit für eine Landesbeteiligung an einer Privatbank gibt. Wir sagen doch im Industriebereich auch nicht, wenn die Engländer etwas aufkaufen wollen: „Da gehen wir als Land mit hinein, damit sie dies nicht tun können.“ Also irgendwie muß man ordnungspolitisch doch auch hin und wieder einmal an die Marktwirtschaft erinnern dürfen, Herr Kollege Maurer, auch wenn es schwerfällt.

(Zurufe von der CDU: Niedersachsen! – Niedersachsen ist gut!)

– Ja, Niedersachsen, halten Sie das für erfolgreich? Dann sagen Sie es doch.

Ich möchte zum Abschluß noch einige wenige – zu einem Teil auch persönliche – Bemerkungen zum Regierungsstil machen. Man kann ja inzwischen eine Art ewiges Gesetz dieser Legislaturperiode formulieren, und da waren Sie bis auf zwei Ausnahmen relativ erfolgreich, Herr Ministerpräsident. Dieses Gesetz heißt: Je weniger der Wirtschaftsminister Döring im Spiel ist, um so mehr klappt's. Wenn ich nur die Bankenfusion anschau, wird dies ganz deutlich. Ich will deutlich sagen, daß es bei der Messe nicht geklappt hat; darüber bin ich nicht so traurig, weil Sie unsere Position kennen.

Ich will auch deutlich sagen, daß es allmählich an der Zeit ist, die Frage neuer Techniken, insbesondere Energietechniken, stärker in der Staatskanzlei mitzudenken und nicht dem Wirtschaftsminister, der da streicht, allein zu überlassen. Wer eine Regierung, ein Kabinett und eine Koalition über die Bühne bringen kann, weil der Koalitionspartner so schwach ist wie die FDP/DVP, der kann sich zwar kurzfristig freuen, Herr Ministerpräsident, er hat aber natürlich langfristig eine Zeitbombe im Kabinett, und ich hoffe, daß diese zumindest in der nächsten Zeit nicht explodieren muß.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

(Zuruf von der SPD: Besserverdiener!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wahr ist an der Rede des Herrn Abg. Kuhn,

(Zuruf von der SPD: Daß sie lang war!)

daß seit 1995 die Haushalte im Lande Baden-Württemberg in der Tat völlig neue Rahmendaten ausweisen. Herr Kollege Maurer, ich bin es nicht anders von Ihnen gewöhnt,

(Lachen bei der SPD)

als daß Sie sich mit unglaublicher und mit unübertroffener Arroganz hier hinstellen und Zensuren an den politischen Gegner verteilen. Ich bin es nicht anders von Ihnen gewöhnt.

(Zuruf von der SPD: Analyse!)

Was ich Ihnen aber nicht durchlasse und was ich Ihnen zum fünften Mal an dieser Stelle sage: Sie müssen endlich kapieren, daß wir eine Verstetigung bei den Steuereinnahmen brauchen, und dann endlich aufhören, eine Steuerpolitik in Bonn zu blockieren, die genau dieses Ziel hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Lieber Herr Maurer, jetzt passen Sie einmal gut auf. Ich verlange von Ihnen nur eines: Ich verlange von Ihnen, daß Sie das tun, was in mindestens fünf europäischen Staaten in der Vergangenheit schon getan worden ist, und zwar in Österreich, in Holland, in sozialdemokratisch regierten Ländern, in England, in Skandinavien. Dort ist nichts anderes getan worden, als die Belastung der Steuerzahler, und zwar von oben nach unten, abzubauen mit dem Ergebnis, daß die Steuereinnahmen nicht etwa zurückgegangen wären, sondern umgekehrt: Die Steuereinnahmen haben sich erhöht, und das sollten Sie endlich kapieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Hätten Sie dies kapiert, Herr Maurer, und hätten Sie nicht durch Ihre unselige SPD in Bonn diese Steuerpolitik blockiert, dann wären wir in der Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg auch ein Stück weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ihre Schuld, Herr Maurer!

Im übrigen wird alle Kritik, die Sie hier an der Finanzpolitik des Landes und an der Landespolitik insgesamt geübert haben, alle Kritik und alles Wortgeklingel, das Sie, Herr Kollege Kuhn, abgelaßen haben, nicht darüber hinwegtäuschen können, daß auch in diesem Land Baden-Württemberg in den vergangenen Monaten und Jahren ein erheblicher Konsolidierungsfortschritt in der Finanzpolitik erreicht worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will Ihnen einmal sagen: Allein 1998/99 6,4 Milliarden DM Steuermindereinnahmen, aber von diesen 6,4 Milliarden DM Steuermindereinnahmen sind 4,6 Milliarden DM eingespart worden. Ich möchte einmal eine Regierung sehen, ich möchte einmal die SPD oder auch die Grünen sehen, die diese Leistung real tatsächlich geschafft hät-

ten. Diese Regierung und diese Koalitionsfraktionen müssen mit Sicherheit nicht in Sack und Asche gehen. Wir können trotz aller Schwierigkeiten auf diese Politik stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn die Opposition – Herr Kuhn, Herr Maurer und wie sie alle heißen – von Mutlosigkeit spricht, wenn sie davon spricht, daß diese Regierung kraftlos sei, wenn sie sogar davon spricht, daß hier Dammbrüche zu beklagen seien, kann ich Ihnen nur sagen: Wer Rettungseinsätze gegen Dammbrüche fahren will, der soll bitte nach Schleswig-Holstein, ins Saarland und nach Niedersachsen fahren. Dort hat er ein breites Betätigungsfeld, aber nicht in Baden-Württemberg.

(Sehr richtig! und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wahlpropaganda!)

Lassen Sie den Theaterdonner weg. Ganz cool bleiben, ganz ruhig bleiben, Herr Kuhn. Valium nehmen.

(Heiterkeit und große Unruhe)

Lassen Sie den Theaterdonner weg. Wenn Sie diesen Theaterdonner weglassen, dann bleiben im wesentlichen zwei Vorwürfe übrig. Mit denen will ich mich jetzt sehr konkret auseinandersetzen.

Der eine Vorwurf, der etwa von der Opposition kommt, lautet, daß in diesem Haushalt zuwenig gespart worden sei, daß zuwenig konsolidiert worden sei. Der andere zentrale Vorwurf, der zum Beispiel vom Deutschen Gewerkschaftsbund kommt, lautet, daß in diesem Haushalt zuviel gespart worden sei. Mit beiden Vorwürfen muß man sich auseinandersetzen. Das will ich auch tun. Aber diese Vorwürfe sind natürlich nur dann realistisch und ernsthaft zu werten, wenn auch wirklich Haushaltsalternativen gebracht werden.

Jetzt will ich einmal anschauen, wie diese Alternativen aussehen. Herr Kollege Kuhn, Sie sind stolz darauf, ein Einsparvolumen von 690 Millionen DM präsentieren zu können; Stichwort: Nachschiebeliste. Tatsache ist, daß von den 690 Millionen DM 200 Millionen DM zunächst einmal Einnahmeerhöhungen sind, also keine Einsparungen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Tatsache ist, daß Sie rund 270 Millionen DM eigentlich von den Koalitionsvorschlägen übernommen haben. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Es bleiben also 220 Millionen DM übrig.

Jetzt will ich Ihnen sagen, wie Sie die gedeckt haben. Sie schlagen erstens weitere Personaleinsparungen in der Größenordnung von 120 Millionen DM vor. Ich werde Ihnen nachher Punkt für Punkt beweisen, daß Sie mit diesem Vorschlag nichts anderes als eine Luftnummer in die Welt gesetzt haben, völlig außerhalb jeglicher Diskussion. Ich werde Ihnen das nachher noch beweisen. Wenn Sie jetzt sogar noch in diesem Zusammenhang vorschlagen, Urlaub statt Weihnachtsgeld zu gewähren, kann ich Ihnen sagen: Unsere Lehrer sollten nicht mehr als bisher in Urlaub ge-

(Pfister)

hen, unsere Polizisten sollten nicht mehr als bisher in den Urlaub gehen, sondern unsere Lehrer und Polizisten sollten da sein, wo wir sie tatsächlich brauchen, sollten sich aber nicht im Urlaub befinden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe)

Dann schlagen Sie wieder einmal vor, Herr Kollege Kuhn, die Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart um weitere 50 Millionen DM zu kürzen. Sie wissen, wir haben diese Schuldendiensthilfe jetzt zweimal gekürzt. Wenn Sie diese weiter kürzen, bedeutet dies umgerechnet, daß die Gebühren in Stuttgart eben doppelt so hoch sind wie in Frankfurt oder in München. Das ist ein „exzellenter grüner Beitrag“ für den Standort Baden-Württemberg! Das kann ich dazu nur sagen.

(Zurufe)

Dann wollen Sie 45 Millionen DM beim Straßenbau streichen. Das heißt, Sie nehmen noch mehr Gefahrenstellen in Kauf, und zwar nicht nur für Autofahrer, sondern selbstverständlich auch für Radfahrer und Fußgänger.

(Zurufe und Unruhe)

Sie wollen in Baden-Württemberg noch weniger Ortsumgehungen bauen. Das ist ein „exzellenter grüner Beitrag“ für mehr Verkehrssicherheit, aber mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD:
Sie machen mehr Schulden! – Unruhe)

– Ich liste nur einmal diese phantastischen Einsparvorschläge der Grünen auf, die ja, wenn man sie richtig anschaut, zusammenfallen wie ein Kartenhaus. Das ist eine Witznummer und eine Luftnummer, Herr Kollege Kuhn, die Sie hier abgeliefert haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Wenn Sie alle diese Vorschläge anschauen, bleiben drei Komponenten Ihrer Einsparpolitik und Ihrer Konsolidierungspolitik übrig.

Erste Komponente: Sie erhöhen die Einnahmen. Das ist immer die einfachste Lösung. Es ist die einfachste Lösung, mit fremdem Geld umzugehen.

Zweite Komponente: Sie produzieren Luftnummern. Das habe ich Ihnen bereits gesagt.

Und die dritte Komponente: Ihre grünen Ideologien, die Sie hier in Sachen Verkehrspolitik und in Sachen Wirtschaftspolitik ablassen, sind ein unsinniger Beitrag für das Land Baden-Württemberg, den diese Regierung und diese FDP/DVP-Fraktion mit Sicherheit nicht mitmachen werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

damit das klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der SPD sieht das ein bißchen anders aus.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das sind doch alles Phrasen, werde einmal konkret!)

Bei der SPD geht es nach folgendem Motto: Die Bühne wird dunkel, Uli Maurer erscheint als David Copperfield und präsentiert dem staunenden Publikum die neue Nummer

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

„Haushalt ohne zusätzliche Neuverschuldung“.

(Abg. Moser SPD: Und du bist die Claudia Schiffer? Oder was? – Große Heiterkeit)

– Danke für die Blumen. – Die neue Artistiknummer, die hier dargeboten wird, wird nach dem Konzept der SPD

(Abg. Drexler SPD: Jetzt würde ich abtreten!)

nach einem einfachen Schema produziert: indem man einfach hergeht und schlicht und einfach Landesvermögen in Milliardenhöhe verscherbelt. Ich sage ganz bewußt „verscherbelt“. Lieber Herr Kuhn, da sind wir wieder nahe beieinander.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Brechtken SPD:
Wollt ihr jetzt privatisieren oder nicht?)

Da sind wir nahe beieinander. Die FDP/DVP, meine Herren, braucht keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Privatisierung. Das wissen Sie. Wir brauchen keinen Nachhilfeunterricht,

(Lachen bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der
FDP/DVP)

und zwar sowohl aus ordnungspolitischer als auch aus finanzpolitischer Sicht.

(Abg. Brechtken SPD: Was habt ihr denn bisher gebracht?)

Aber, meine Damen und Herren, wir haben den Ehrgeiz, mit unserer Privatisierungspolitik nicht nur die schnelle Mark zu machen, sondern wir wollen gleichzeitig auch noch einen Mehrwert für Baden-Württemberg erreichen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

das heißt, zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche Dienstleistungen schaffen. Das bedeutet beispielsweise in der Energiepolitik, Energiesicherheit zu schaffen. Das sind Dinge, die zur Privatisierung hinzukommen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Wo macht ihr denn das? –
Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie aufmerksam nicht nur die Koalitionsvereinbarung – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Sekunde.

(Unruhe)

Darf ich den Satz noch zu Ende bringen?

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es geht auf die 5 % zu!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn Sie die Koalitionsvereinbarung aufmerksam gelesen haben und auch die Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Thema EnBW-Privatisierung gelesen haben, werden Sie feststellen, daß es nicht um die Frage des Ob der Privatisierung geht, sondern ausschließlich um die Frage des Wie.

(Abg. Moser SPD: Die will er auch verkaufen! – Abg. Drexler SPD: Des Wann! 2010!)

– Und auch des Wann; das ist richtig.

(Abg. Drexler SPD: Eben! 2010!)

Das heißt, ich bleibe dabei: Es geht nicht so, wie Sie das machen, Herr Kollege Maurer, indem Sie die schnelle Mark machen und dann einfach im Haushalt versenken, sondern es geht darum, daß zu einer Privatisierung auch ein Mehrwert für das Land Baden-Württemberg kommen muß. Und für diese Politik ist die FDP/DVP in diesem Land zu haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, es liegen Wortmeldungen für zwei Zwischenfragen vor, und zwar des Abg. Maurer und des Abg. Dr. Puchta.

Abg. Pfister FDP/DVP: Gerne. – Ja, bitte, Herr Maurer.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Gerangel bei der SPD, wer reden will!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Maurer, Sie haben das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Kollege Pfister, darf ich Sie mit einem Zitat von Herrn Wirtschaftsminister Döring aus einem Interview im August des vergangenen Jahres konfrontieren:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Ohne bindende, zielorientierte Vereinbarung von Privatisierungen in den Jahren 1998 und 1999 gibt es von seiten der FDP keine Zustimmung zu einem Haushalt.

(Heiterkeit)

Ich darf Sie fragen, ob wir mit der Ablehnung dieses Haushalts durch Ihre Fraktion rechnen dürfen.

(Abg. Deuschle REP: Enthaltung! – Abg. Moser SPD: Das ist doch eine Umfallerfrage! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Bitte, Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Lieber Herr Kollege Maurer, Sie wissen, daß ich seit mindestens einem Jahr zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion und übrigens auch ausdrücklich mit dem Herrn Wirtschaftsminister

(Abg. Moser SPD: Mit dem Ministerpräsidenten reden Sie nicht?)

durch das Land gehe und sage: Einsparungen allein werden diesen Haushalt nicht mehr retten – insofern sind wir uns einig –, sondern zu diesen Einsparbemühungen müssen in der Zukunft Strukturveränderungen unserer Haushalte hinzukommen. Ein wesentliches Element einer solchen Strukturveränderung besteht in der Modernisierung der Verwaltung.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Und jetzt zu dem Zitat!)

Wenn Sie aber diese Modernisierung der Verwaltung wollen, wenn Sie also zum Beispiel mehr IuK-Technik in der Verwaltung einführen wollen, wenn Sie also wollen, daß auf diese – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Was wollen Sie?)

– Ich komme noch zu der Frage.

Wenn Sie wollen, daß mehr Personal eingespart werden soll, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als hierfür zunächst Mittel – ich nenne das einen Modernisierungsfonds – zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Drexler SPD: Hervorragend! Und jetzt die Frage! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie die Frage nicht verstanden?)

– Augenblick! – Diese Mittel werden Sie aus dem normalen Haushalt nicht aufbringen können. Deshalb war es notwendig, einen solchen Modernisierungsfonds einzurichten, und dies ist in diesem Haushalt zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg geschehen. Die Mittel hierfür sind nicht etwa wie Ihre Privatisierungsmittel, Herr Kollege, fiktive Privatisierungsmittel,

(Abg. Drexler SPD: Soll er die Frage noch einmal vorlesen?)

sondern echte Mittel, die in den Haushalt eingestellt sind und die sich im Augenblick aus Erlösen der Gebäudebrandversicherung, aus Erlösen bei der Genossenschaftsbank und aus Erlösen bei der Privatisierung einer Rheumaklinik speisen. 100 Millionen DM!

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt die Frage! – Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt die Antwort auf die Frage!)

– Die Frage ist beantwortet:

(Lachen bei der SPD)

Indem wir zunächst 100 Millionen DM für den Modernisierungsfonds zur Verfügung gestellt haben.

(Zurufe von der SPD)

Wenn im Laufe der Zeit weitere Privatisierungserlöse kommen, wird es durchaus möglich sein, die Mittel aufzustocken.

(Abg. Drexler SPD: Das war doch nicht die Frage!)

(Pfister)

Es kann aber auch dazu kommen, daß die Mittel durch weitere Privatisierungen abgelöst werden müssen.

Herr Kollege Maurer, zwischen Ihnen und uns besteht ein großer Unterschied: Sie reden von einer fiktiven Privatisierung, und wir haben es geschafft, daß zum ersten Mal konkrete Mittel in Höhe von 100 Millionen DM aus Privatisierungserlösen in einen Modernisierungsfonds in den Haushalt eingestellt sind. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Nur wenn es gelingt, im Personalbereich zu weiteren Einsparungen zu kommen, haben wir die Chance einer mittelfristigen Konsolidierung unseres Haushalts. Herr Kollege Kuhn, wenn Sie sich die Personalabbaupolitik ansehen, werden Sie feststellen, daß wir über die Fluktuation fast alles abschöpfen, was überhaupt abzuschöpfen ist.

Wenn man beim Personalabbau noch mehr machen will – deshalb spreche ich bei Ihnen von Luftnummern –, könnte man dies nur dadurch tun, daß auf einen Einstellungskorridor völlig verzichtet wird. Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Fraktion möchte aber, daß wenigstens die Besten eines Jahrgangs die Chance haben, in der öffentlichen Verwaltung tätig zu sein. Deshalb wollen wir nicht alles über die Fluktuation abschöpfen, sondern wir wollen, daß auch in der Zukunft noch ein gewisser Einstellungskorridor vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein zweiter Punkt: Wir werden in diesem Haushalt – darüber habe ich gesprochen – zum ersten Mal einen Modernisierungsfonds mit den Möglichkeiten weiterer Einsparungen etatisieren,

(Unruhe)

und wir werden zum dritten die dezentrale Budgetverantwortung im Haushalt fortsetzen und ausweiten. Das müssen Sie alles zusammennehmen.

Der Kollege Kuhn hat gesagt, daß er in diesem Haushalt zuwenig Strukturelemente sehe.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Ich sage Ihnen aber: Erstens haben wir am Ende dieser Legislaturperiode zum ersten Mal

(Abg. Dr. Puchta SPD: Sie haben mehr neue Schulden denn je!)

eine reale Einsparung von Personal, einen realen Personalabbau. Zweitens haben wir zum ersten Mal eine Verwaltungsmodernisierung durch die Einführung eines Modernisierungsfonds, und drittens haben wir eine konsequente Weiterführung der dezentralen Budgetverantwortung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dies alles zusammennehmen, sind dies drei große Brocken auf der Habenseite dieser Regierung. Das sind Beispiele dafür, daß Haushaltskonsolidierung in erster Linie Sparen, aber auch Gestalten und strukturelles Umgestalten bedeutet. Genau dies werden wir mit den drei Maßnahmen, die zum ersten Mal in der

Geschichte des Landes Baden-Württemberg im Haushalt verankert sind, erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Diese Regierung – ich sage das noch einmal – hat in 20 Monaten mehr erreicht als das, wovon die Sozialdemokraten in ihrer Regierungszeit nur träumen konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Alpträume!)

Wer hat davon gesprochen, daß unsere Hochschulhaushalte globalisiert werden müssen? Sozialdemokraten. Wer hat das umgesetzt? Freidemokraten. Punkt eins.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ihr seid klasse; ihr seid die Größten!)

Wer hat davon gesprochen, daß die Hochschulmedizin dringend reformiert werden muß? Sozialdemokraten. Wer hat das in 20 Monaten umgesetzt? Diese Koalition.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer hat davon gesprochen, daß die Universitäten mehr Planungssicherheit bräuchten, damit die Reformpolitik durchgesetzt wird? Sozialdemokraten haben davon gesprochen. Wer hat das in 20 Monaten durchgesetzt? Diese Koalition.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Wer hat von Unterrichtsversorgung gesprochen? Wer hat dazu beigetragen, daß dieses Land Baden-Württemberg in der Unterrichtsversorgung nicht nur einen UEFA-Cup-Platz hat, sondern mit dem, was wir in der Unterrichtsversorgung gemacht haben, deutscher Meister ist?

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht in der Klassenstärke!)

Sie haben davon gesprochen. Wir haben das umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe – Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, keine Zwischenfragen jetzt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Warum macht ihr immer das, was die sagen? Können Sie das einmal hier erklären?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Wintruff, Herr Abg. Pfister läßt keine Zwischenfrage zu.

Abg. Pfister FDP/DVP: Wer hat davon gesprochen, daß die Lehrstellenbilanz in Baden-Württemberg ausgeglichen sein soll?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ihr müßt mit der SPD fusionieren!)

(Pfister)

Wer hat davon gesprochen? Sie jammern und klagen über Lehrstellenmangel, und dieser Wirtschaftsminister hat Initiativen gestartet mit dem Ergebnis, daß wir in Baden-Württemberg eine ausgeglichene Lehrstellenbilanz haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist falsch! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das hat man gestern im „Mannheimer Morgen“ nachlesen können! – Unruhe)

Sie haben zu Recht gefordert, daß neue Akzente in der Wirtschaftsförderungspolitik gesetzt werden müssen, Stichwort: CI-Programm. Sie haben das gefordert. Dieser Wirtschaftsminister hat das umgesetzt. Das sage ich, damit das auch klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der hat es zuerst abgeschafft! Jetzt wird es langsam peinlich!)

Von den Fusionen habe ich bereits gesprochen. Ich sage es noch einmal: Sie haben jahrelang von einer Bankenfusion geredet. Wir haben sie in Rekordzeit umgesetzt.

(Abg. Capezuto SPD: Keine einzige Idee! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben jahrelang von einer Rundfunkfusion geredet. Wir haben sie umgesetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben jahrelang von einer Fusion der Energieunternehmen geredet. Wir haben sie umgesetzt. Das heißt, meine Damen und Herren: Sozialdemokraten schwätzen, und diese Regierung handelt und gestaltet.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drexler SPD und Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen melden sich zu Zwischenfragen. – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ernst! Herr Kollege Pfister! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Deshalb kann ich nur sagen: Wer es mit Baden-Württemberg gut meint, wer will, daß neben dem Sparen in der Zukunft auch das Gestalten unserer Haushalte steht, wer will, daß unser Land fitgemacht wird für die Zukunft . . .

(Glocke des Präsidenten – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, Ihre Redezeit ist schon seit längerem zu Ende. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Pfister FDP/DVP: . . . – ich komme zum Ende –, wer will, daß neue Voraussetzungen für mehr Investitionen und für dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden, und wer will, daß der Haushalt dauerhaft konsolidiert wird,

(Abg. Drexler SPD: Nicht ablesen! Frei reden! Frei bleiben! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe noch eine Frage!)

dem bleibt nichts anderes übrig, als mit der CDU, mit der FDP/DVP und mit dieser Regierung das Land Baden-Württemberg auf einem guten Weg in die Zukunft zu begleiten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ihr macht das, was die sagen, oder? – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, Sie haben sich bereits gesetzt. Erlauben Sie mir dennoch die Frage, ob Sie noch Nachfragen zulassen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Ich wollte mich beim Kollegen Pfister noch bedanken, daß er das sozialdemokratische Wahlprogramm permanent umsetzt! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Nachdem Sie selbst es nicht geschafft haben! – Heiterkeit – Unruhe)

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Abg. Dr. Schlierer das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem uns der Kollege Pfister hier einen Hauch von Wahlkampf vermittelt hat und nun mit einem ganzen Kopfschmuck fremder Federn stolz Platz genommen hat, stelle ich trotzdem fest, Herr Pfister: Sie sind natürlich die Antwort auf die Frage vorhin schuldig geblieben. Aber wahrscheinlich konnten Sie sie auch gar nicht beantworten.

(Abg. Krisch REP: Die konnte er nicht beantworten!)

Ich will nun zu dem Thema zurückkommen, das uns hier beschäftigt, nämlich zum Einzelplan 02, meine Damen und Herren, in dem es heißt, daß die Situation des Landes eng mit der Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts verknüpft sei.

Legt man den Zustand der Haushaltssituation für die Jahre 1998 und 1999 zugrunde, dann kann es um die Situation des Landes Baden-Württemberg, aber auch Deutschlands insgesamt nicht allzuges bestellt sein. Der Finanzminister äußerte bereits die Befürchtung – das ist schon vorhin erwähnt worden –, daß es angesichts der ständig steigenden Schulden und der jährlichen Neuverschuldung in Milliardenhöhe zu einem „Währungsschnitt“ kommen könnte. Ich gebe ihm recht. Vielleicht hilft ja auch der Euro noch nach. Dieser Währungsschnitt steht tatsächlich am Horizont. Sollte es dazu kommen, dann wird das der Endpunkt einer Politik sein, die in unverantwortlicher Art und Weise die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes überstrapaziert hat. Herr Finanzminister, dann ist Ihnen beizupflichten, daß wir „unsere Zukunft vervespern“ – um Sie noch einmal zu zitieren –, wenn wir so weitermachen wie bisher. Insofern dokumentiert dieser Haushaltsentwurf, daß sich unser Land auf einer abschüssigen Bahn befindet.

Gelingt es uns nicht, diese Entwicklung wieder ins Lot zu bringen, droht uns nicht nur eine Schuldenlawine, sondern auch eine Erosion des sozialen Netzes. Ich will deswegen heute ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu den Per-

(Dr. Schlierer)

spektiven und den politischen Handlungsspielräumen vor diesem Hintergrund machen.

Lassen Sie mich aber eines noch vorweg bemerken. Die Einzelmaßnahmen, über die hier gesprochen wurde, bleiben vor diesem Hintergrund Stückwerk. Man kann sich vorstellen, daß wir letzten Endes ein Hase-und-Igel-Spiel veranstalten, wenn wir versuchen, einzelne Löcher zu stopfen, einzelne Probleme mit Teilantworten anzugehen, während die Gesamtsituation so weiterläuft wie gerade angesprochen.

Da nützt keine Zukunftsoffensive – übrigens auch kein Modernisierungsfonds, Herr Kollege Pfister. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, und das wissen Sie ganz genau. Sie haben auch keine echten Vorschläge im Sinne einer wirklichen Strukturveränderung gemacht. Wie wollen Sie denn von diesen harten Kosten herunterkommen, die auch in den nächsten Jahren im Landeshaushalt unverrückbar die Ecksteine und Markierungspunkte ausmachen? Glauben Sie doch bitte nicht, daß Sie mit Ihren Privatisierungsdiskussionen ernsthafte Problemlösungen anbieten können. Sie können die Dinge nur einmal versilbern, dann sind sie weg. Aber die Strukturprobleme behalten Sie und stehen dann in absehbarer Zeit wieder vor exakt demselben Problem, ohne dann allerdings noch etwas zu haben, was Sie verkaufen können.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zeigt inzwischen ein sehr widersprüchliches Bild. Während im Exportsektor ein Wachstum zu verzeichnen ist, konstatieren wir auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verschärfung der Situation. Die Landesregierung muß angesichts ständig steigender Arbeitslosenzahlen feststellen, daß eine kurzfristige Besserung der Situation nicht in Sicht sei. Wir werden uns wohl alle darauf einzustellen haben, daß in Zukunft noch höhere Arbeitslosenzahlen, und zwar steigend, zu verzeichnen sein werden.

Noch etwas muß uns beunruhigen: Die Steuereinnahmen bleiben immer weiter hinter den Erwartungen zurück. Deswegen kann ich mich auch nicht damit zufriedengeben, wenn als große Errungenschaft verkündet wird, man veranschlage das Wachstum nur noch mit 3 %.

Konjunktureller Aufschwung führt nicht mehr automatisch zu mehr Steuereinnahmen. Die Folge: Sowohl der Bundeshaushalt als auch die Länderhaushalte geraten mehr und mehr in eine Spirale von Sparmaßnahmen und Neuverschuldung, ohne daß ein Ende dieser Entwicklung absehbar wäre. Sparmaßnahmen sind überhaupt nur eine kurzfristige Antwort auf die gegenwärtige Krise. Mit einer Politik des vorausschauenden Handelns haben sie eigentlich nichts mehr zu tun.

Wir müssen uns daher die Frage stellen, was die grundlegenden Ursachen dieser Entwicklung sind, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen: Können die Ursachen nicht zweifelsfrei ermittelt werden, muß mit einer weiteren Erosion der Steuerbasis gerechnet werden, die bis zur Handlungsunfähigkeit der Landesregierung führen kann. Im

Mittelfristigen Finanzplan des Finanzministers ist völlig richtig zu lesen:

Die stark ansteigenden Zinsaufwendungen engen den finanziellen Gestaltungsfreiraum, den eine aktiv gestaltende Politik braucht, zunehmend ein.

Und diese Entwicklung wird weiter voranschreiten.

Im übrigen, Herr Finanzminister, haben Sie das sehr nett formuliert. Ich darf aus der „Schwäbischen Zeitung“ vom 30. Januar dieses Jahres zitieren:

Die mittelfristige Finanzplanung ist eigentlich nur eine Programmorschau mit möglichen Änderungen.

In der Tat. Wir nähern uns zusehends einer Art Würfelspiel, wenn ich das richtig interpretiere.

Ein zweiter Punkt: Die Spirale aus Neuverschuldung und Sparmaßnahmen kann nicht unendlich auf Kosten der nächsten Generation weitergedreht werden. Genaugenommen begleitet uns das Phänomen steigender Arbeitslosigkeit, der Steuermindereinnahmen und der sich daraus ergebenden Haushaltsprobleme seit dem konjunkturellen Abschwung, der in den Jahren 1992 und 1993 eingesetzt hat.

Ich hebe noch einmal die aktuellen Zahlen hervor. Die Neuverschuldung beläuft sich auf 1,8 Milliarden DM, die Einsparungen betragen 1,14 Milliarden DM. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf stellen wir also einen Deckungsbedarf von 3 Milliarden DM fest, der fast ausschließlich auf Steuermindereinnahmen zurückzuführen ist. Die Kreditaufnahme mußte infolgedessen auf 4,1 Milliarden DM erhöht werden.

Worauf ist das zurückzuführen? Ich glaube nicht, daß wir das allein mit den sogenannten Steuerschlupflöchern beantworten können. Im übrigen will ich mir dazu noch eine Anmerkung erlauben: Der Kollege Maurer hat vorhin eine nette Formulierung gefunden, wonach manche wohl nicht von dieser Welt seien. Ich glaube, da hat er sich selbst gemeint. Ich will das im Rückgriff auf die vorherige Diskussion zur Bankenfusion deutlich machen.

Ich nehme zur Kenntnis, daß die Gemeinderatsfraktion der SPD in Stuttgart die erwarteten Mehrausschüttungen – etwa 30 Millionen DM –, die auf die Stadt Stuttgart im Fall dieser Fusion zukommen, bereits für irgendwelche Projekte verplant. Gleichzeitig stellt sich der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion hier hin und bekämpft dieses Programm.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Noch schizophrener kann man es eigentlich nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Krisch REP: SPD!)

Von dieser Welt sind Leute, die so handeln, sicherlich nicht.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag, nun die Steuerschlupflöcher zu schließen – so, wie es etwa Herr Eichel ins Gespräch gebracht hat –, erlöst uns nicht von dem Problem. Denn das ist nichts anderes als eine De-facto-Steuer-

(Dr. Schlierer)

erhöhung. Die Tarife bleiben, und im übrigen wird auch nicht die Bemessungsgrundlage verändert. Deswegen ist das keine Lösung.

Wir müssen uns vielmehr Gedanken darüber machen, wo die eigentlichen Ansatzpunkte liegen. Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion auch im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Perspektiven in der Vergangenheit doch etwas oberflächlich geführt wurde. Die Unternehmen in Baden-Württemberg und anderswo in Deutschland sehen sich in den letzten Jahren durch die zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten und die anhaltende Aufwertung der D-Mark einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt. Beides – das rasche, aber voraussehbare Umkippen dieses Vereinigungsscheinbooms in die Rezession und der strukturelle Anpassungsbedarf, für den die Globalisierung und ihre Folgen verantwortlich gemacht werden – hat die Unternehmen nachhaltig verunsichert.

Die Diskussionen über die Ursachen dieser Entwicklung kreisen im wesentlichen immer um drei Erklärungsmuster.

Erstens: Die hohen inländischen Kosten machten es den Unternehmen zunehmend schwerer, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Sie kennen das: die Diskussion um das hohe Lohnniveau, kurze Arbeits- und Maschinenlaufzeiten, unflexible Arbeitsmärkte, Überbürokratisierung und überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung.

Das zweite Argument: Deutschland habe als Investitionsstandort deutlich an Attraktivität verloren, wesentlich mehr Investitionen würden von Deutschen im Ausland als von Ausländern in Deutschland getätigt, und vor allem der EU-Binnenmarkt und die Marktöffnung in Osteuropa seien für viele Unternehmer ein Anreiz, Fertigungsstätten zu verlagern.

Der dritte Punkt: Westdeutschland falle bei Herstellung und Export von Spitzentechnologie zunehmend zurück; nicht zuletzt wegen bürokratischer Hemmnisse und einer unzureichenden Risikobereitschaft der Unternehmen und Banken drohe ein Abstieg in die technologische Zweitklassigkeit.

Das hat die „Zukunftskommission Wirtschaft 2000“ der Landesregierung einmal mit der Metapher umschrieben, wonach der untere Mühlstein, nämlich die Niedriglohnländer, drohe, Schicht für Schicht für klassischen deutschen Produktionen wegzureiben, und der obere Mühlstein die Hochtechnologiebranchen seien.

Meine Damen und Herren, diese Thesen und auch diese Metaphern halten einer genauen Überprüfung nicht stand. Viele dieser Argumente sind richtig, aber sie reichen nicht aus, um die Misere zu erklären, die heute einmal mehr Gegenstand unserer Überlegungen im Blick auf die Haushaltssanierung ist. Wir müssen nämlich auch feststellen, daß die Reallohnsteigerungen seit den achtziger Jahren deutlich hinter den erwirtschafteten Produktivitätszuwächsen zurückgeblieben sind. Infolgedessen sank die bereinigte Lohnquote bis Anfang der neunziger Jahre unter den Stand in den sechziger und siebziger Jahren. Dies, meine Damen und Herren, ermöglichte uns eine im internationalen Vergleich deutlich niedrigere Inflationsrate.

All das muß in der Standortdebatte und auch bei der Frage: „Was muß in diesem Land getan werden, damit die Haushaltssituation, insbesondere die Einnahmeseite, konsolidiert wird?“ berücksichtigt werden.

Ich kann nur feststellen, daß unsere Wirtschaft keineswegs – so, wie es bisher behauptet wurde – ausschließlich aufgrund der erwähnten Standortfaktoren ihre Probleme hat. Es sind andere Probleme, die hinzukommen und die fast immer ausgespart werden.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir schon einen Hinweis. Es ist schon überraschend, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU jetzt auch zu der Einsicht gelangt, daß das Problem der Zuwanderung unseren Arbeitsmarkt belastet. Ich kann mich noch gut entsinnen, daß unser entsprechender Hinweis noch vor Jahren als Ausweis ausländischer Gesinnung gebrandmarkt wurde. Es dauert offensichtlich bei einigen Leuten einige Zeit, bis sie die reale Situation auch real wahrnehmen können.

Im übrigen will ich in diesem Zusammenhang nur erwähnen, daß sich das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung weigert, eine Studie herauszugeben, die sich für das Jahr 1995 mit diesen Arbeitsmarktproblemen auseinandergesetzt hat. In dieser Studie heißt es klipp und klar, daß der deutsche Arbeitsmarkt in den letzten Jahren durch die Zuwanderung einfach überlastet worden ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist ein Faktum, das aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Hierin liegt ein Stück Scheinheiligkeit der Politik der CDU, die das genau weiß, es aber nicht beim Namen nennt und jeden, der das anspricht, sofort mit einem Gesinnungsmakel behaftet.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, so können Sie keine verantwortungsvolle Politik betreiben.

(Beifall bei den Republikanern)

Im übrigen: Fragen Sie doch, wenn Herr Jagoda morgen seine Statistik veröffentlicht, einmal, wo eigentlich die Zahlen für die nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden bleiben. Das ist ein Begriff, den kaum jemand kennt, und ein Teil dieser Statistik, der ständig ausgeblendet wird, weil er ebenfalls nicht in ein bestimmtes politisches Weltbild paßt.

Meine Damen und Herren, wir werden nicht umhinkommen, in der Zukunft sehr einschneidende Maßnahmen ins Auge zu fassen. Dazu gehört nicht nur die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, sondern dazu gehören wichtige Besitzstände, die bisher als unantastbar galten. Wir brauchen die Senkung der Steuern, wir brauchen eine Anpassung von Löhnen und Sozialleistungen, wir werden um ein Abmildern von Umweltstandards nicht herumkommen, und wir werden die weitere ungewollte Zuwanderung auf unseren Arbeitsmarkt konsequent unterbinden müssen.

Deutschland bedarf deswegen keiner größeren wirtschaftspolitischen oder unternehmerischen Anstrengungen zur Standortpflege, sondern einschneidender Maßnahmen, um diese Beschäftigungskrise in den Griff zu bekommen.

(Dr. Schlierer)

Dann, meine Damen und Herren, sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die Haushalte der öffentlichen Hand zu sanieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Allerdings sind das keine populären Maßnahmen. Sie sind noch weniger populär, wenn man kurz vor Wahlen steht. Aber, meine Damen und Herren, es sind Konsequenzen einer Politik der offenen Grenzen, die in der Vergangenheit von den Landesregierungen getragen wurde, und wer einmal A sagt, der muß später auch B sagen.

Wir werden, wenn wir uns diesen Einsichten verschließen, weder bei uns noch sonstwo in Zukunft einen soliden Haushalt verabschieden können. Solide heißt für mich, daß man – so, wie beispielsweise die USA in diesen Tagen – tatsächlich eine Haushaltsbilanz hat, in der es möglich wäre, die Nettoneuverschuldung wie bei uns zuletzt im Jahr 1969 real zurückzufahren.

Meine Damen und Herren, anderenfalls werden wir in absehbarer Zeit als nächsten Diskussionspunkt die Anhebung von Steuern erleben, wobei das ja genaugenommen auch in dieser sogenannten Steuerreform bereits der Fall ist. Wir werden dann die Folge haben, daß weitere Arbeitsplätze verlorengehen, und ich gehe davon aus, daß es dann tatsächlich zu dem kommt, was ich eingangs schon erwähnt habe, nämlich irgendwann zu einem Währungsschnitt, der, wenn er nicht durch den Euro verursacht wird, durch eine solche Politik in unserem Land bedingt wird.

Wenn ich das zusammenfasse, kann ich nur feststellen: Es mag viele einzelne Punkte geben, Herr Pfister, bei denen man eine tolle Bilanz aufstellen kann, insbesondere wenn es Ihnen, wie Sie dargestellt haben, andere vorgedacht haben und Sie dann offensichtlich nur noch den Vollzug bewerkstelligt haben. Aber das alles reicht nicht aus. Wenn die Grundlagen nicht geschaffen sind, dann werden alle anderen Maßnahmen nur Stückwerk bleiben.

Deswegen werden wir, wenn Sie es so nehmen, einen gewissen Paradigmenwandel hier in der Diskussion erleben müssen. Es genügt nicht mehr, sich mit anderen Bundesländern zu vergleichen. Diese alte Show ist ausgereizt. Das ist völlig uninteressant. Entscheidend ist etwas ganz anderes, daß wir nämlich in die Grundlagen hineingehen und die ganz einschneidenden Maßnahmen jetzt auch als Politiker ansprechen, weil Sie sonst niemals die notwendige Akzeptanz erreichen, die man braucht, um solche Maßnahmen nachher auch durchzuziehen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der Ankündigungen der letzten Tage und der heutigen Debatte muß ich schon sagen: Ich habe den Eindruck, daß die Opposition in den letzten Tagen ihr Pulver wirklich schon verschossen hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich will versuchen, auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt mit ihrer Politik insbesondere zwei Schwerpunkte.

Erstens: Mit wichtigen Strukturreformen machen wir unser Land fit für die Zukunft.

Zweitens: Wir stärken mit unserer Politik den wichtigsten Produktionsfaktor der Zukunft, nämlich das Wissen und damit die Zukunftschancen der Menschen.

Zum Schwerpunkt Strukturreformen kann ich unmittelbar an die Debatte von heute vormittag anknüpfen. Mit der Gründung der Energie Baden-Württemberg AG sind wir auf den Wettbewerb im zukünftig liberalisierten Energiemarkt in Europa vorbereitet. Jetzt ist in Baden-Württemberg das viertgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland entstanden.

Mit der Schaffung des Südwestrundfunks geben wir ein bundesweites Signal für effizientere Strukturen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Wir schaffen damit mehr Landesidentität, wir verstärken das Gewicht unseres Landes in der ARD. Es ist die zweitgrößte ARD-Anstalt entstanden.

Die Bankenfusion ist ein Meilenstein auf dem Weg unseres Landes zu noch stärkerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Auch im Bankensektor wird Baden-Württemberg mit seiner neuen Landesbank in der Spitzengruppe vertreten sein.

Wir werden auch in anderen Bereichen daran arbeiten, daß Baden-Württemberg weiter zusammenwächst. Ich nenne als nächste Projekte die Landeswohlfahrtsverbände, die Sparkassenverbände, die Landesversicherungsanstalten. 46 Jahre nach Gründung unseres Landes ist die Zeit mehr als reif dafür, daß wir uns endlich voll und ganz dazu bekennen: Wir bleiben Badener, wir bleiben Schwaben, wir bleiben Kurpfälzer, und wir bleiben Franken, aber wir sind ein Land, und wir gehören zusammen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wettstein SPD: Aber die Zentrale ist jeweils Stuttgart!)

Das wollen wir auch nach außen mit Fusionen dokumentieren, allerdings nicht als Selbstzweck, sondern um wettbewerbsfähigere Strukturen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, mit einer Vielzahl von Leitprojekten arbeiten wir daran, daß Baden-Württemberg zum „Modell deutscher Möglichkeiten“, wie es Theodor Heuss einmal formuliert hat, auch im 21. Jahrhundert wird.

„Stuttgart 21“ – in der Landeshauptstadt wird das modernste Zentrum aller deutschen Großstädte entstehen,

(Abg. Moser SPD: Was?)

mit Tausenden von neuen Arbeitsplätzen, mit einem modernen ICE-Bahnhof, mit einer Verbesserung des Nahverkehrs für 60 % der Landesfläche.

„Mannheim 21“ – Mannheim ist der zweitgrößte deutsche Verkehrsknoten, und zwar in allen Bereichen. „Mannheim 21“ wird „Stuttgart 21“ überholen – nicht, weil in Stuttgart irgend etwas stagniert, sondern weil die topographische Si-

(Ministerpräsident Teufel)

tuation in Mannheim für die Neugestaltung sehr viel günstiger ist als in Stuttgart.

(Abg. Wettstein SPD: Was kosten „Stuttgart 21“ und „Mannheim 21“? Was gibt das Land dazu?)

– Ich denke, wir wollen beides realisieren, zum Nutzen dieser beiden Städte und mit Zustimmung ihrer Oberbürgermeister und Gemeinderäte.

Wir wollen die neue Messe auf den Fildern. Die Verwirklichung dieses Vorhabens ist für die wirtschaftliche Anziehungskraft unseres Landes von größter Dringlichkeit. Kein Messestandort in Deutschland kann das bieten, was mit der neuen Messe auf den Fildern Realität würde, nämlich die unmittelbare fußläufige Verbindung einer Messe mit dem Flughafen, die unmittelbare fußläufige Verbindung einer Messe mit einem ICE-Bahnhof und den Anschluß an ein Autobahnnetz.

Diese Chance für den Standort Baden-Württemberg und Tausende neuer Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Dienstleistungsbereichen dürfen wir uns nicht entgehen lassen.

Ich nenne hier auch die Landesinitiative „Baden-Württemberg media“ mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen DM. Das ist bereits eine Initialzündung für die Zukunftschancen unseres Landes im Bereich der neuen Medien.

Derzeit entsteht in Ludwigsburg mit dem neuen Film- und Medienzentrum eines der modernsten Medienproduktionszentren in Deutschland. Das im letzten Herbst eingeweihte Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe wird dem Medienland Baden-Württemberg zusätzliche Impulse geben.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir arbeiten aktiv an der Verwaltungsreform, und ich kann nur darüber staunen, daß das in diesem Haus angemahnt worden ist und das, was die Landesregierung macht, so wenig gewürdigt wird: Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie des Controlling, dezentrale Budgetverantwortung, Einführung von Globalhaushalten an den Universitäten, Zusammenlegung von Behörden und Aufhebung von Sonderbehörden. 100 Sonderbehörden sind im ersten Jahr dieser Legislaturperiode aufgelöst worden. Wir sind dabei, bei den Regierungspräsidien bis zu 30 % Personal einzusparen. Eine ganze Reihe von Mittelinstanzen haben wir zusammengelegt. Ich nenne nur die Oberfinanzdirektionen und die Forstdirektionen. Wir wollen, daß die Verwaltung in Baden-Württemberg zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit vollem Bürgerservice wird.

Ich nenne das Leitprojekt „Existenzgründungsoffensive“ aus dem Haushalt der Zukunftsoffensive „Junge Generation“. 100 Millionen DM gibt das Land dafür aus. Meine Damen und Herren, 1996 gab es – ich habe die Zahl für ganz unwahrscheinlich gehalten und habe mich deswegen selber an den Präsidenten des Statistischen Landesamts gewandt, um zu recherchieren, ob sie stimmt – 86 000 Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg. Es tut sich etwas in diesem Land. Ohne neue Unternehmer gibt es kei-

ne neuen Arbeitsplätze. Aber es gibt auch keine neuen Arbeitsplätze ohne Innovationen, ohne neue Erfindungen, ohne neue Patente.

Damit bin ich beim zweiten Schwerpunkt der Politik dieser Landesregierung. Wir setzen auf den Produktionsfaktor Wissen, und wir setzen deshalb einen absoluten Schwerpunkt im Bereich der Bildung. Bildungsausgaben sind strategische Ausgaben zur Zukunftssicherung unseres Landes. Sie können den Haushalt darauf abklopfen: Das sind nicht nur Aussagen in Sonntagsreden, sondern das war Leitlinie für beide Fraktionen und für die Landesregierung bei der Aufstellung dieses Haushalts.

Mit der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ geben wir ein Beispiel für andere Länder. Wir trennen uns von Landeseigentum aber nur, wenn mit dem Erlös in die Zukunft investiert wird.

Ich habe jetzt zehn Versammlungen in Niedersachsen hinter mir. Die niedersächsische Landesregierung hat für 1,6 Milliarden DM Vermögen verkauft und in einem Jahr in den Haushalt eingesetzt. Es ist weg. Strukturell ist überhaupt nichts verbessert worden. Im nächsten Jahr steht man vor genau den gleichen Problemen. Meine Damen und Herren, diese Koalition verhindert, daß die SPD in Baden-Württemberg das gleiche machen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Veräußerung von Landeseigentum, wie es die SPD vorschlägt, um kurzfristig die Verschuldung zu senken und ansonsten Programme hochzufahren, deren Finanzierung spätestens nach zwei Jahren nicht mehr gewährleistet wäre, das wäre der falsche Weg. Wir investieren in die Zukunftschancen der jungen Generation. Wenn man darüber mit den Bürgern in Baden-Württemberg oder mit Bürgern anderer Länder spricht, dann ist es erstaunlich, welche Anerkennung wir finden. Bei uns werden neue Studiengänge an Fachhochschulen und Berufsakademien eingerichtet.

Ich war in Niedersachsen, sagte ich gerade. Dort wurde jeden Abend in der Diskussion erwähnt, daß es in Niedersachsen 18 % Unterrichtsausfall gibt. In Niedersachsen sind in den neunziger Jahren 90 000 Kinder mehr in die Schule gekommen. Die niedersächsische Regierung hat in der gleichen Zeit 3 000 Lehrerstellen abgebaut. In Baden-Württemberg sind mehr Kinder in die Schule gekommen. Wir haben in der gleichen Zeit 3 000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen – nicht weil wir finanziell – –

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Sie haben nicht eine einzige Lehrstelle in dieser Legislaturperiode geschaffen!)

– Es ist gut, daß Sie aufwachen. – Jeder SPD-Abgeordnete, der Kinder hat, kann froh sein, daß er seine Kinder in baden-württembergische Schulen schicken kann und sie nicht in niedersächsische Schulen schicken muß. Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zukunftsoffensive „Junge Generation“, Lehrstuhlerneuerungsprogramm: Welches Land gibt 100 Millionen DM aus, um die bundesweit besten Köpfe für die eigenen Hochschulen zu gewinnen?

(Ministerpräsident Teufel)

Verbundforschungsprogramm: Jeder bekommt in Japan gesagt: Ihr seid besser in der Grundlagenforschung, wir sind besser in der Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und in neue Produktionsverfahren. – Das ist wahr. Wir ziehen die Konsequenz und bringen Forschung und mittelständische Wirtschaft stärker zusammen, nicht nur mit unseren Technologietransferzentren, sondern auch mit einem Verbundforschungsprogramm von 100 Millionen DM.

Projekt „Virtuelle Hochschule“, Klinikbauprogramm, Vernetzung der Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg. Vom Fraktionsvorsitzenden der CDU ist hier gesagt worden: Kein Land der Bundesrepublik gibt mehr als Baden-Württemberg für die Forschung aus. Ich will Ihnen einmal die Zahlen der anderen Bundesländer sagen: 1,7 % des Bruttosozialprodukts gibt Niedersachsen für die Forschung aus, 1,9 % gibt Nordrhein-Westfalen für die Forschung aus, 2,9 % gibt Bayern für die Forschung aus, Baden-Württemberg 3,9 %. Kein Land gibt europaweit für die Forschung mehr aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen auf unsere Universitäten und Hochschulen, auf Planungssicherheit; der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP hat das zu Recht ausgeführt. Alle Rektoren – das sagen mir die baden-württembergischen Rektoren – beneiden heute schon die Universitäten Baden-Württembergs um den Vertrag, den wir geschlossen haben, der ihnen Planungssicherheit gibt. Wir führen in unserem Land eine Hochschulreform durch, und wenn Sie uns im Vermittlungsausschuß nicht daran hindern, dann werden uns, auch gestützt durch ein Hochschulrahmengesetz des Bundes, weitere Reformschritte möglich sein. Ein ganzes Dutzend bereits vollzogener Reformmaßnahmen im Hochschulbereich könnte ich hier nennen.

Bundespräsident Herzog hat in seiner Rede zur Bildungspolitik im November weitreichende Reformen auch im Hochschulbereich gefordert. Wir können in fast allen Bereichen Vollzug melden und feststellen: In den allermeisten Punkten sind wir anderen Bundesländern um Jahre voraus. Baden-Württemberg ist das Bildungsland Nummer eins in Deutschland.

Das gilt auch für unsere Schulen. Wir schaffen zusätzliche Lehrstellen; wir haben die Mittel dafür bereitgestellt, daß es keinen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg gibt. Wir schaffen das achtjährige Gymnasium als Wahlmöglichkeit. Wenn Tony Blair, den Sie sonst verehren, wenn Sie auch seine Politik leider nicht nachvollziehen, sagt, daß bis zum Jahr 2002 alle britischen Schulen an das Netz angeschlossen sein werden, dann sage ich: Wir in Baden-Württemberg werden das zwei bis drei Jahre früher erreichen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt setzt Schwerpunkte. Im Entwurf des Doppelhaushalts 1998/99 sind die Bereiche, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes entscheidend sind, von Kürzungen weitgehend ausgenommen. Es handelt sich um folgende Kernbereiche der Landespolitik: Sozialbereich, Familie und Jugend, Landeserziehungs-

geld, Kindergartenzuschüsse, Forschung, Bildung, Wissenschaft. Das ist eine ganz bewußte Entscheidung, denn hier wird über die Zukunft der jungen Generation in unserem Land entschieden.

Nun sagen Sie, Herr Kollege Kuhn, in der Landwirtschaft sei noch Luft drin. Meine Damen und Herren, es gibt einen Berufszweig, der um sage und schreibe 40 % in seinen Einkommen gegenüber allen anderen Berufsgruppen zurückliegt, das ist die Landwirtschaft. Wer eine flächendeckende Landwirtschaft durch bäuerliche Familienbetriebe in diesem Land auch in Zukunft will, der muß den Bauern mehr vergüten

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Als der Verwaltung!)

als die Kosten für die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln; der muß ihre Leistung für den Schutz der Böden, für die Pflege der Landschaft, für den Schutz des Grundwassers durch flächenbezogene Förderung, die nicht produktionssteigernd wirkt, auch vergüten. Das sind nicht Subventionen, sondern das ist eine Gegenleistung für erbrachte Leistung,

(Beifall bei der CDU)

die für ein dichtbesiedeltes Industrieland so wichtig ist wie die Produktion von Nahrungsmitteln; denn die könnte man notfalls auch importieren.

Damit nehmen wir unsere Landwirtschaft exakt in die Pflicht, wie Sie vorhin formuliert haben: Es gibt diese flächenbezogene Förderung, wie Sie sehr wohl wissen, nicht ohne entsprechende Gegenleistung, ohne Zurückhaltung im Düngen; nehmen Sie alle Spezialitäten baden-württembergischer regionaler Agrarpolitik. Die EU ermöglicht diesen Weg auch in Zukunft und geht ihn im Augenblick selbst: flächenbezogene Förderung statt Intervention und Lagerhaltung. Wir sind in Baden-Württemberg unter Landwirtschaftsminister Weiser und Landwirtschaftsministerin Staiblin wirklich Pionierwege, auch für andere, in der Landwirtschaft gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es wirklich schäbig, daß Sie nur deswegen, Herr Kollege Kuhn, weil Sie keine Stimmen von Bauern bekommen, weil die ein bißchen weiter denken und weil die in einer anderen Situation sind als Ihre Klientel, die in der Regel zweimal A 13, gleich A 26, bekommt, nichts übrig haben für die Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Kuhn, ich finde es auch schäbig, daß Sie die FDP/DVP gegen die CDU in dieser Koalition ausspielen wollen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist mir schon gelungen!)

Es ist wahr, was Herr Kollege Pfister hier gesagt hat: Dieser Koalitionspartner hat uns in eineinhalb Jahren weit mehr Reformen ermöglicht als die SPD in vier Jahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Das ist nachprüfbar. Dieser Koalitionspartner unterscheidet sich fundamental in zwei Punkten vom früheren Koalitionspartner.

Erstens: Es handelt sich nicht um Ideologen, sondern um pragmatisch denkende Leute. Mit Menschen, die pragmatisch denken und gleiche Ziele verfolgen, findet man auch Kompromisse, und zwar nicht nur Formelkompromisse wie in einer großen Koalition, sondern weiterführende Lösungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben Monat für Monat neue Reformen vorgelegt und machen dieses Land fit für die Zukunft.

Es gibt einen zweiten Grund. Den will ich Ihnen auch einmal nennen. Wenn sich Ihr Vormann, Herr Spöri, mit dem ich genauso vernünftig zusammengearbeitet habe wie mit Herrn Döring, im Kabinett auf etwas festgelegt hatte, waren wir überhaupt nicht sicher, ob er es in der Fraktion gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden Maurer durchsetzen konnte. Das ist heute fundamental anders. Wenn die FDP/DVP-Minister im Kabinett etwas zusagen, steht auch die FDP/DVP-Fraktion geschlossen dahinter, weil sie nicht in zwei Hälften auseinanderfällt wie die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

– Ach was! Das weiß doch jeder. Was ich seit Jahren sage –

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD)

– Oje. Demonstrieren Sie nur Geschlossenheit. Täglich schließe ich Herrn Maurer in mein Morgengebet ein und hoffe, daß er uns lange erhalten bleibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Blasphemie!)

Ich kann nur sagen: Ich hoffe, daß er uns lange erhalten bleibt. Ich habe von den zwei Parteien –

(Zurufe)

Lieber Herr Maurer, was ich sage, ist ja wohlmeinend. Vernichtendere Urteile haben Ihre Parteifreunde über Sie gesprochen, beispielsweise, indem Herr Schäfer auf dem Parteitag zu Ihnen sagte – ich zitiere die „Frankfurter Rundschau“ –: „Lieber Uli, du leidest unter Wirklichkeitsverlust.“

(Heiterkeit bei der CDU)

Das möchte ich auch sagen, wenn ich die heutige Debatte anhöre.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wer ist Schäfer?)

Ich habe aber etwas anderes, etwas sehr Reales sagen wollen, nämlich daß die SPD seit Jahren aus zwei Parteien besteht: aus einer Hälfte, mit der man selbstverständlich auch zu Kompromissen kommen kann, und aus einer anderen Hälfte, die nach dem alten APO-Grundsatz handelt: „Wenn die Wirklichkeit nicht mit meiner Meinung übereinstimmt,

um so schlimmer für die Wirklichkeit.“ Das ist der Unterschied zur heutigen Koalition. Deswegen kommen wir weiter.

Natürlich, zwei Reformpunkte sind auch aus der Zeit der großen Koalition übriggeblieben: eine Spielbank in Stuttgart und eine fünfjährige Legislaturperiode. Das zweite ist besser als das erste.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe)

– Wer austellt, muß auch einstecken können.

Meine Damen und Herren, zur wirtschaftlichen Situation. Heute morgen habe ich vor der Plenarsitzung ein Gespräch mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammern in unserem Land gehabt. Präsident Stihl sagte als Sprecher der Kammern: „Wir haben in Baden-Württemberg nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern wir haben auch eine Wende auf dem Arbeitsmarkt.“

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: In welche Richtung?)

– Ich habe gerade zitiert. Ich denke, Sie sollten sich freuen und nicht in hämisches Gelächter ausbrechen, wenn wir endlich eine Wende auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Da müßte es Ihnen ernst sein.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg hat im gleichen Gespräch gesagt:

(Abg. Moser SPD: Bloß ist der nicht mehr lange Präsident! Den hat die CDU gestürzt!)

„Unser Problem ist im Augenblick, wieder Facharbeiter zu bekommen. Wir bekommen nicht genügend Facharbeiter.“ Und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg spricht für das Jahr 1998 von einer Erwartung von 30 000 bis 40 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Und das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg schreibt in einer Pressemitteilung vom 26. Januar, also vor wenigen Tagen:

Werden die Jahreszahlen für 1997 denen auf Bundesebene gegenübergestellt, zeigt sich, daß die Erholung in Baden-Württemberg schon begonnen hat.

Wir haben stärkere Einbrüche als andere gehabt, weil die Kernbranchen unseres Landes vom Strukturwandel besonders betroffen waren: der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, Tausende von Zulieferbetrieben, die Elektrotechnik. Aber jetzt, wo es in diesen Branchen wieder aufwärts geht, haben wir ein weit stärkeres Wachstum als der Bundesdurchschnitt. Wir hatten 2,6 %, und wir werden in diesem Jahr nach allen Prognosen 3 % oder gar 3,2 % erreichen. Wir haben längst noch nicht alle Probleme gemeistert. Aber die wirtschaftlichen Erwartungen für 1998 sprechen eine klare Sprache. Baden-Württemberg ist wieder voll da.

(Lachen bei der SPD – Gegenruf des Abg. Haas CDU – Unruhe)

– Vergleichen Sie es mal.

(Anhaltende Unruhe)

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, betrachten Sie einmal unsere Haushaltssituation, und berücksichtigen Sie alle Ausgleichssysteme, die es auf Bundesebene gibt, und was wir dort zahlen. Wir haben ja eine Totalnivellierung. Wir haben ja nichts mehr davon, daß wir steuerstärker als andere Länder sind. Das muß man auch einmal berücksichtigen. Man erweckt dauernd den Eindruck: „Die sind reicher, deswegen können die sich manches leisten, was sich andere Länder nicht leisten können.“ Das ist doch gar nicht wahr. Wir haben eine Totalnivellierung. Wir haben einen Ausgleich von 99,5 %. Länder, die Empfängerländer der Ausgleichsleistungen sind, stehen besser da als das Land Baden-Württemberg, das Zahlerland ist.

(Abg. Moser SPD: Dann klagen Sie doch endlich einmal! – Gegenruf des Abg. Haas CDU)

Nun greift mich der saarländische Ministerpräsident in der letzten Woche frontal an – ich zitiere aus den „Stuttgarter Nachrichten“ –:

Lafontaine nannte deren Erklärungen

– gemeint sind Teufel und Stoiber –

am Montag „eine Frechheit und Dreistigkeit“.

Es heißt weiter:

Zudem müßten sich alle, die das geltende Recht über eine Verfassungsklage aushebeln wollten, klar darüber sein, „daß damit der Aufbau Ost unmöglich gemacht würde“. Ein solches Ergebnis wäre nach Worten Lafontaines

(Abg. Sieber CDU: Der von uns ausgehalten wird!)

„eine Katastrophe für die neuen Länder“.

Meine Damen und Herren, wenn es eine „Dreistigkeit und eine Frechheit“ gibt, dann von einem Ministerpräsidenten, der die Ostländer wie eine Monstranz vor sich herträgt und verschweigt, daß sein Land das größte Empfängerland im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ist, und zwar vor jedem neuen Land Ost.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der in Deutschland praktizierte Finanzausgleich wirkt geradezu absurd. Jüngsten Datums haben zwei Wissenschaftler diese Frage untersucht, und zwar nicht in unserem Auftrag. Sie kommen zu folgendem interessanten Ergebnis. Sie haben die Frage untersucht, was einer Landeskasse bleibt, wenn ein Land 1 Million DM mehr an Lohnsteuer einnimmt. Nordrhein-Westfalen bleiben dann 138 000 DM, und anderen Ländern bleibt noch weniger. Aber das Budget des Saarlands würde bei 1 Million DM mehr Lohnsteuer um 68 000 DM schrumpfen.

Meine Damen und Herren, was ist das für ein absurdes System, das Leistung bestraft, das total nivelliert

(Abg. Moser SPD: Dann klagt doch endlich!)

und das überhaupt keinen Anreiz für eigene Anstrengungen bietet!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Müde, müde!)

Ich kann deshalb nur sagen: Wir werden in den nächsten Wochen verhandeln, und wenn wir, was leider zu erwarten ist, weil diejenigen, die die Hand aufhalten, gegenüber denen, die im Länderfinanzausgleich bezahlen, in der Mehrheit sind, nicht zu einer Einigung kommen, werden wir im zweiten Quartal dieses Jahres eine Klage beim Bundesverfassungsgericht

(Abg. Moser SPD: Also! Endlich!)

einreichen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und des Abg. Moser SPD)

Die Haushaltssituation und die Verschuldung sind angesprochen worden. Es ist aber überhaupt nicht über die Ursachen gesprochen worden. Diese Ursachen sind mit Zahlen und Fakten zu belegen.

Seit der Mai-Steuerschätzung des Jahres 1991 haben wir pro Jahr, und zwar fortlaufend, 3 Milliarden DM Steuerausfälle gehabt – pro Jahr! –,

(Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

und wir haben seit dem Jahr 1991, nach der Wiedervereinigung, auf der Ausgabenseite rund 3 Milliarden DM Mehrausgaben, die das Land mit 57 % und die Städte und Gemeinden mit 47 % finanzieren. Das hat sich verändert. In dieser Zeit, darunter vier Jahre Regierung unter Beteiligung der Sozialdemokraten – das ist übrigens die größte Leistung der Sozialdemokraten in der Regierungszeit unter ihrer Beteiligung –, hat das Land Baden-Württemberg – der Finanzminister hat es in seiner Haushaltsrede vorgetragen – über 20 Milliarden DM auf der Ausgabenseite eingespart. Und da sagen Sie, dieses Land würde nicht sparen. Ich empfinde es, nachdem wir den Sparkurs in noch rigiderer Weise fortgesetzt haben, als blanken Hohn, daß man uns vorwirft, wir hätten den Konsolidierungskurs aufgegeben.

Ich möchte wirklich jeden einladen, mich einmal während einer Arbeitswoche zu begleiten. Vom Morgen bis zum Abend führe ich Gespräche mit Gruppen, die mir berechtigterweise – nicht unberechtigterweise – nachweisen, welche Auswirkungen die Sparmaßnahmen in ihrem jeweiligen Bereich haben. Wenn man immer unter dem Eindruck solcher Gespräche steht, empfindet man es als blanken Hohn, wenn einem gesagt wird: Du hast den Sparkurs aufgegeben.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Wir sind finanziell nicht besser dran als andere Länder. Um so bemerkenswerter ist es, daß sich unsere Verschuldungslage und unsere Haushaltssituation von denen anderer Länder unterscheiden. Ich möchte einmal einige Fakten nennen.

Das erste – die Einsparung von 20 Milliarden DM – habe ich gerade genannt. Dieser Kurs wurde fortgesetzt.

Das zweite: Sie kritisieren heute die Finanzpolitik des Landes. Im Jahr 1988, unbestritten einem Jahr, in dem die

(Ministerpräsident Teufel)

Steuereinnahmen voll gesprudelt sind, in dem wir keine Rezession und keine Wirtschaftskrise hatten und in dem niemand wußte, daß es zur Wiedervereinigung Deutschlands kommt, betrug die Nettokreditaufnahme in Baden-Württemberg 2 602 Millionen DM. Das war im Haushalt 1988 eine Kreditfinanzierungsquote von 6,7 %.

Zehn Jahre später, jetzt, im Jahr 1998, beträgt die Neuverschuldung 2 333 Millionen DM, und die Kreditfinanzierungsquote liegt bei 4,4 %. Ist es nicht eine beachtliche Leistung, daß es der Regierung und den sie tragenden Fraktionen möglich ist, trotz Milliardenausfällen auf der Einnahmeseite und Milliardenmehrausgaben einen Haushalt vorzulegen,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wann kommen Sie damit einmal aus?)

bei dem die Kreditfinanzierungsquote geringer ist als vor zehn Jahren, als die beiden genannten Ursachen nicht gegeben waren?

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eine Logik ist das!)

Meine Damen und Herren, jetzt zur mittelfristigen Finanzplanung. Da muß ich zunächst einmal etwas zu Herrn Kuhn sagen. Er hat in der Debatte bei der Ersten Beratung – ich werfe ihm gar nichts vor; ich habe in der Erwiderung sogar gesagt, daß ich einige seiner Aussagen für sehr vernünftig halte – hier wörtlich gesagt:

So, Herr Finanzminister, jetzt rechnen Sie das einmal vor. Auf jeden Fall wird das Steuerwachstum geringer sein als das Wirtschaftswachstum, aber Sie legen dem Haushalt Wachstumsraten von 5,0 und 6,4 % zugrunde. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Hier ist eine unseriöse Finanzplanung am Werk, . . . Deswegen rate ich, Herr Ministerpräsident: Kehren Sie einmal in Ihrer Haushaltsplanung zu vernünftigen Einnahmeerwartungen zurück, . . .

Meine Damen und Herren, genau dieses, exakt dieses haben wir getan.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist auch gut so! – Abg. Dr. Puchta SPD: Das kritisiert ja auch niemand!)

Exakt dieses aber ist in den letzten Tagen öffentlich kritisiert worden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein! – Abg. Dr. Puchta SPD: Nein, das nicht, genau das nicht!)

Was haben wir getan? Ich will dazu in aller Ruhe einige Fakten nennen. Wir haben im Jahr zwei Steuerschätzungen. Nur eine, nämlich die Mai-Steuerschätzung, enthält Einnahmeerwartungen für mehrere künftige Jahre; die zweite Steuerschätzung, die vom November, enthält nur die Erwartung für ein Jahr, nämlich das folgende Jahr.

Die mittelfristigen Finanzplanungen aller deutschen Länder basieren also auf der Mai-Steuerschätzung des letzten Jah-

res, und diese geht davon aus, daß wir im Jahr 1999 eine Steigerung um 5 %, im Jahr 2000 eine Steigerung von 5 % und im Jahr 2001 eine Steigerung von 5 % haben.

Nun haben sich diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen dazu durchgerungen – ich fand das außerordentlich mutig –, die Steigerungsrate auch um den Preis einer höheren Neuverschuldung im zweiten Jahr des Doppelhaushalts auf 3 % herunterzufahren.

Jetzt möchte ich einmal folgendes sagen. Wenn wir jetzt mit einer mittelfristigen Finanzplanung in den Landtag gekommen wären, die in den Jahren 2000 und 2001 die 5 % hätte stehenlassen, dann hätten Sie uns gesagt: „Was für eine Logik ist das! Was für eine seriöse Finanzpolitik ist das! Für 1999 gehen Sie davon aus, daß die 5 % nicht erreicht werden, und in den Jahren 2000 und 2001 gehen Sie wieder von 5 % aus.“

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich nicht!)

Meine Damen und Herren, kein anderes Land – ich betone das; ich habe recherchiert – hat seine Annahmen bis zur Stunde reduziert. Was meinen Sie, wie viele mittelfristige Finanzplanungen in anderen Ländern aussähen, wenn sie auch von 5 % auf 3 % zurückgingen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Viel Spaß! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da sind wir uns einig!)

Ist also das, was wir gemacht haben, nicht vernünftig und seriös gewesen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber nicht rechtzeitig für den Haushalt verabschiedet!)

– Aber das liegt doch schlicht an diesem Sachverhalt, der allein im Jahr 2000 rund 600 Millionen DM ausmacht.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

An diesem Sachverhalt ist doch in den letzten Tagen öffentliche Kritik aufgehängt worden mit der Bemerkung, man habe seriöse Haushaltspolitik mittelfristig aufgegeben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein! Von mir nicht! – Abg. Maurer SPD: Ach was!)

Ich betone noch einmal: Meine Recherche aus den letzten Tagen hat ergeben: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen haben ihren mittelfristigen Finanzplanungen keine neuen Daten zugrunde gelegt

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die haben sie letztes Jahr verabschiedet!)

und werden nach menschlichem Ermessen bittere Enttäuschungen erleben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Stimmt!)

Das zweite: Man hat hier in diesem Haus doch ständig die Landesregierung aufgefordert, sie solle den Kommunen das geben, was den Kommunen rechtens zustehe. Den Kommunen steht rechtens zu, daß sie uns, wenn sie im

(Ministerpräsident Teufel)

Länderfinanzausgleich eine Überzahlung von 300 Millionen DM im Jahr haben, diese Überzahlung nicht schenken, sondern daß wir sie zurückzahlen müssen.

Nun haben wir mit den Kommunen in einer schriftlichen Übereinkunft, die hier in diesem Haus gutgeheißen worden ist, vereinbart, daß wir die Beträge für 1998 und 1999 mit je 300 Millionen DM anerkennen, aber erst in drei Jahresraten à 200 Millionen DM ab dem Jahr 2000 zurückbezahlen. Ab dem Jahr 2000 zahlen wir diese 300 Millionen DM aber auch originär zurück, so daß wir ab dem Jahr 2000 im Unterschied zu 1998/99 500 Millionen DM für die Kommunen neu in der mittelfristigen Finanzplanung angesetzt haben. Das ist die zweite Veränderung der mittelfristigen Finanzplanung.

Jetzt frage ich mich: Gibt es irgendeinen Abgeordneten in diesem Haus, der meint, daß wir diese Vereinbarung mit den Kommunen, die von allen für richtig erklärt worden ist, aufgeben sollen? Falls nicht, dann akzeptieren Sie bitte einmal die 600 Millionen DM, die Sie selbst gefordert haben, und die 500 Millionen DM, die Sie für richtig gehalten haben. Dann sind Sie bei 1,1 Milliarden DM mehr in der mittelfristigen Finanzplanung. Wenn Sie das dann mit den alten Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung vergleichen, stellen Sie fest, daß wir sogar unterhalb der geplanten Verschuldungsrate liegen, weil wir nämlich auch noch Einsparungen vorgenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der Sachverhalt zur mittelfristigen Finanzplanung, wenn man die Fakten kennt. Viele wollen aber die Fakten nicht kennen, weil man dann nicht so glänzend polemisieren kann, wie das in den letzten Tagen geschehen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Bei der Verschuldung ist es doch wirklich bemerkenswert, daß in ganz Europa wirklich jeder als Musterknabe gilt, der bei der Neuverschuldung eine Höhe von maximal 3 % des Bruttosozialprodukts erreicht. Wir wissen, daß alle Länder und auch die Bundesregierung – ich erinnere an den Verkauf der Telekom-Aktien und den Bundesbank-Transfer – und erst recht andere Länder – ich nenne keine mit Namen – Verrenkungen machen, um eine punktgenaue Landung bei 3,0 % für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu erreichen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was herauskommt, wenn man den gleichen Maßstab an das Land Baden-Württemberg anlegt. Das kann man ja wohl tun; das ist seriös. Wir verschulden uns im Jahr 1998 mit 1,8 % des uns zustehenden und hier erarbeiteten Bruttosozialprodukts. Im Jahr 1999 verschulden wir uns mit 1,4 % des Bruttosozialprodukts. In der mittelfristigen Finanzplanung haben wir eine Verschuldung von 1,6 % des Bruttosozialprodukts im Jahr 2000 und von 1,5 % im Jahr 2001. Wir liegen bei der Hälfte der Werte der Maastricht-Kriterien. Und dafür muß man sich in einem Parlament an den Pranger stellen lassen! Meine Damen und Herren, gehen Sie doch in 15 oder 20 andere Länder und geben Sie dort Ratschläge, aber anerkennen Sie

die Haushaltspolitik dieser Regierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zur Sanierung. Einig sind sich alle im Haus: Bei einem Personalkostenanteil am Haushalt von 42 % – man kann auch noch auf weit höhere Prozentsätze kommen, wenn man Zuschüsse für Privatschulen oder Kindergärten hinzunimmt, die ja auch Personalkostenzuschüsse sind – muß man Personalkosten reduzieren, wenn man nicht die Investitionen auf Null fahren will, wenn man wirklich sanieren will.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Dazu will ich Ihnen folgendes sagen: Es gab einmal eine Ministerpräsidentenkonferenz in Krikkenbeck. Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz war Frau Kollegin Simonis aus Schleswig-Holstein. Die Finanzminister aus allen 16 Ländern haben an dieser Ministerpräsidentenkonferenz vor zweieinhalb Jahren teilgenommen. Die Finanzminister haben den Ministerpräsidenten einen einstimmigen Beschluß – 16 Länder – über Einsparungen in den Länderhaushalten vorgelegt, der wirklich zu strukturellen Veränderungen geführt hätte. Die Ministerpräsidenten haben dies einstimmig beschlossen und die Finanzminister mit dem Vollzug beauftragt.

Nach Krikkenbeck sind wir wieder zusammengekommen – nichts fand mehr statt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oskar hat sich geweigert!)

Es stand in der Zeitung, und Frau Simonis hat es mir unter vier Augen gesagt: „Sie wissen doch, woran es liegt.“ Das war ihr auch mehr als peinlich. Inzwischen war Herr Lafontaine zum Bundesvorsitzenden der SPD gewählt worden, und er hat einen Sonthofen-Kurs mit einer Blockade aller Reformen eingeschlagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Das ist wirklich wahr, das ist die Realität.

(Abg. Weimer SPD: Was ist „Sonthofen“?)

Der eine hat in Sonthofen eine Rede gehalten, und der andere führt genau diese Politik durch. Er geht davon aus, daß jede Reform positiv mit der Regierung heimgeht. Also darf sie bis zur Bundestagswahl keinen Erfolg haben. Das weiß doch jedes Kind.

Deswegen nimmt man hin, auch in jedem SPD-regierten Land, daß ganz konkrete Maßnahmen, über die bereits Einigung erzielt war, nicht durchgeführt werden, zwei und drei Jahre lang.

Sie stellten sich hierher und sagten vorhin, wir nähmen hin, daß es Einnahmeausfälle gibt. Nein, aber die SPD-geführten Länder werden daran gehindert, vereinbarte, in Aussicht genommene Korrekturen auf der Ausgabenseite, wirkliche strukturelle Verbesserungen vorzunehmen, weil

(Ministerpräsident Teufel)

Landesregierungen am Zügel der SPD-Baracke in Bonn geführt werden. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Weimer SPD)

Ich kann Ihnen das im einzelnen mit Daten und Fakten belegen.

Die Einsparungen läßt man also nicht zu. Aber dort, wo man im Parlament in der Opposition ist, geißelt man die jeweilige Regierung, die zugestimmt hat.

Die Blockade der Steuerreform ist vom Kollegen Pfister vorhin völlig zu Recht genannt worden. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung in Österreich hat vor fünf Jahren die Spitzensteuersätze nennenswert gesenkt. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung in den Niederlanden hat die Spitzensteuersätze ebenfalls nennenswert gesenkt. Auch eine sozialistische Regierung in Schweden hat die Spitzensteuersätze nennenswert gesenkt. Jetzt werden Erträge aus unserem Land auf legale Art und Weise ins Ausland gebracht, weil es dort günstigere Steuersätze gibt. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, diese Einnahmen im eigenen Land zu lassen, nämlich in diesem Land die gleichen Steuersätze einzuführen, die im europäischen Ausland gelten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das sehen Sozialdemokraten und Sozialisten in allen Ländern Europas ein, aber bis zur deutschen Sozialdemokratie ist das noch nicht durchgedrungen.

Meine Damen und Herren, wir lassen es nicht zu, daß alle Politiker in einen Topf geworfen werden: diejenigen, die die Steuerreform im Deutschen Bundestag beschlossen haben, mit denen, die sie im Bundestag abgelehnt haben. Ich lasse auch nicht zu, daß die baden-württembergische Landesregierung, die ihre sechs Stimmen im Bundesrat für diese Steuerreform abgegeben hat, in den gleichen Topf geworfen wird wie die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen, die im Bundesrat diese Steuerreform verhindert haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weimer SPD: Jetzt sagen Sie einmal etwas zum Schäuble!)

Wenn wir Einnahmeausfälle haben, dann deshalb, weil Erträge ins Ausland gehen, weil Sie nicht bereit sind, eine Steuerreform durchzuführen, die in anderen Ländern von sozialdemokratischen Regierungen längst durchgesetzt sind.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen ins Bewußtsein rücken, daß nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf die Nettoneuverschuldung 1998 2,3 Milliarden DM und 1999 1,8 Milliarden DM betragen wird. Ich bedaure das sehr. Aber ich bitte, diese Zahlen – deswegen habe ich sie genannt – ein paar Minuten im Kopf zu behalten: für 1998 2,3 Milliarden DM, für 1999 1,8 Milliarden DM Nettoneuverschuldung. Denn ich will jetzt einmal die Verschuldung von Ländern nennen, in denen die SPD Regierungsverantwortung trägt oder in denen die SPD und die Bündnisgrünen die Regierung stellen.

(Zuruf von der SPD)

Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Schleußer, hat vor wenigen Tagen eingeräumt – ich zitiere wörtlich –:

Schleußer räumte ein, daß im Haushaltsvollzug die Verfassungsgrenze bei den Krediten nicht eingehalten worden sei. Nach der Landesverfassung darf die Höhe der Kredite die Investitionen nicht überschreiten. Im vergangenen Jahr lag die Schuldaufnahme in Nordrhein-Westfalen bei 9,3 Milliarden DM.

Bei 9,3 Milliarden DM! Im Vergleich: 17 Millionen zu 10 Millionen Einwohner. Wir müssen uns hier prügeln lassen, während andere Länder die Verfassungsbestimmungen nicht einhalten.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Meine Damen und Herren, was ist denn das für eine Haltung? Das ist eine Haltung, die im Auge des Gegners den Splitter sucht und den Balken im eigenen Auge übersieht. Das ist SPD-Politik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zu Hessen. Dort sind die Grünen an der Regierung beteiligt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Warum nicht zu Rheinland-Pfalz?)

Die Verschuldung in Hessen steigt von 1990 bis 1999 um 60 % – in Hessen mehr Schulden als Investitionen, und damit stellt sich auch dort die Frage nach der Einhaltung der Verfassung.

Jetzt komme ich zum Saarland. Dort besteht die höchste Arbeitslosigkeit unter den westlichen Flächenländern. Aber hier macht man uns die niedrigste Arbeitslosenquote, die wir im Vergleich der Bundesländer haben, zum Vorwurf. Bayern und Baden-Württemberg stehen auf den letzten Plätzen, das Saarland und Niedersachsen dagegen auf den ersten Plätzen. Aber man ist so dreist, hier hinzustehen und uns die Arbeitslosenquote in diesem Land vorzuwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: So ein Unsinn!)

Trotz höchster Ausgleichsleistungen ist die Verschuldung im Saarland am höchsten.

Zum Haushalt in Niedersachsen – Urteil des Staatsgerichtshofs.

(Abg. Drexler SPD: Wandern Sie doch ins Saarland aus, wenn es Ihnen dort gefällt!)

Niedersachsen hat seit 1990 – so lange ist Schröder an der Regierung – soviel Schulden wie kein anderes deutsches Bundesland gemacht, nämlich 30 Milliarden DM, ein Zuwachs von 69 %. Der Staatsgerichtshof im eigenen Land sagt, der Haushalt sei verfassungswidrig, weil die Verschuldung zu hoch sei. Die höchste Verschuldung! Dafür qualifizieren sich dann die Ministerpräsidenten der beiden Länder als Kanzlerkandidaten der SPD.

(Ministerpräsident Teufel)

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Dann gehen Sie doch ins Saarland! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Beide Länder haben die höchste Arbeitslosigkeit und die höchste Verschuldung. Dann reicht es immer noch, Bundeskanzler in Deutschland zu werden, wenn es nach den Sozialdemokraten geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Dann gehen Sie doch ins Saarland! – Abg. Weimer SPD: Das ist ganz arg tiefes Niveau!)

Meine Damen und Herren, Herr von Dohnanyi, langjähriger SPD-Bürgermeister in Hamburg, hat in den letzten Wochen ein bemerkenswertes Buch über die Globalisierung geschrieben – eines der besten, das zu diesem Thema überhaupt veröffentlicht worden ist. Ich kann es nur jedem zur Lektüre empfehlen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In diesem Buch gibt er folgende Diagnose

(Zurufe von der SPD)

über die SPD, über seine Partei ab: „Wirklichkeitsverlust“. Wirklichkeitsverlust! Herr Maurer, das ist die Situation.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Heiterkeit)

Bitte betrachten Sie einmal die Wirklichkeit, und vergleichen Sie die Wirklichkeit in diesem – – Ich habe Ihren Zwischenruf zwar nicht verstanden, aber Sie können es noch besser haben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich kann auch Herrn Maurer zitieren. Ich zitiere Herrn Maurer aus der „Frankfurter Rundschau“:

Die Leute draußen meinen, die SPD habe ein Rad ab.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Das kann nicht sein!)

Meine Damen und Herren, wenn das der Eindruck der Bürger ist, habe ich dem nichts mehr hinzuzufügen.

(Abg. Maurer SPD: Fünf Jahre alt, das Zitat! – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Jedenfalls können wir die Zukunft mit Lamentieren nicht gewinnen. Wir brauchen Vertrauen in die eigenen Stärken.

Für mich ist das Fazit der heutigen Debatte: Das Land wird immer besser, die SPD wird immer schwächer.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Die Fakten sind jedenfalls so – –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Weimer: Ihr solltet einmal wieder eine OB-Wahl gewinnen!)

– Das ist wahr. Das würde ich an Ihrer Stelle auch sagen, wenn mein Stimmenanteil auf 25 % abgesackt wäre. Dann würde ich mich auch an eine OB-Wahl klammern. Das muß ich sagen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Weimer: Es wird immer schwächer!)

Die Fakten sind die: Es tut sich in Baden-Württemberg etwas, unser Land ist heute noch, was es immer war: menschlich und modern.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen. Im Gegenteil: Wir marschieren auch heute an der Spitze des Fortschritts. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben Anlaß dazu, mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Maurer erhält gemäß § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Bitte nicht! Es ist 16.00 Uhr! Es reicht! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Abg. Maurer SPD: Ist etwas mit dem Adrenalin bei euch?

Also, Herr Teufel, die „Abteilung Morgengebet“ will ich nicht quittieren, obwohl es interessant wäre, im Zitatenschatz Ihrer Parteifreunde nach Zitaten über Sie zu wühlen. Aber ich sage, ich will Ihre „Abteilung Morgengebet“ hier nicht quittieren. Denn – das sage ich Ihnen – Sie machen da einen Fehler, weil Sie mit dieser Art der Auseinandersetzung offenbaren, daß Sie ein Niveauproblem haben. Das offenbaren Sie.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat bei bestimmten Formen der Auseinandersetzung ein Niveauproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wiederhole das gern.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was haben Sie für ein Problem?)

– Oh, wissen Sie, Herr Drautz, ich greife sehr hart an, aber immer mit politischen Argumenten.

(Unruhe)

Dann ist es bei Herrn Teufel natürlich durchgehend – das haben wir auch schon gelernt – so, daß pensionierte Sozialdemokraten immer beliebt sind, amtierende hingegen nicht.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ist Frau Simonis pensioniert?)

(Maurer)

Auch damit haben wir keine Schwierigkeiten; da offenbaren Sie uns auch nichts Neues. Deswegen kehren wir jetzt am besten zum – so vorhanden – Kerngehalt Ihrer Ausführungen zurück.

Herr Teufel, eines fand ich ganz bemerkenswert: Sie haben sich ja jetzt sehr lange gerechtfertigt, was Ihre Verschuldungspolitik angeht. Ich habe schon gestaunt, daß Sie einen Vergleich mit dem Jahr 1988 gezogen haben. Meiner Erinnerung nach gab es damals eine CDU-Alleinregierung.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Meiner Erinnerung nach waren Sie Fraktionsvorsitzender.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Nun halte ich einmal fest: Erwin Teufel hat immerhin ein Geständnis abgelegt; er hat gestanden, daß zur Zeit der CDU-Alleinregierung, als er Fraktionsvorsitzender war, auch schon das Geld zum Fenster hinausgeworfen worden ist.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Das haben Sie bemerkenswerterweise gerade eingeräumt. Damit hat Herr Kollege Teufel das bestätigt, was ich heute in dieser Debatte eingangs gesagt hatte, daß es nämlich in der Tat in der Landespolitik drei Perioden gibt, Herr Ministerpräsident. Es gibt die Periode der CDU-Alleinregierung – da haben Sie über Ihre Verhältnisse gelebt und Schulden angehäuft. Es gibt die Periode, als die Sozialdemokraten hier mitregiert haben – da sind die Schulden reduziert worden und wurde die mittelfristige Finanzplanung eingehalten. Jetzt gibt es wieder eine Periode Erwin Teufel allein – da werden wieder Schulden angehäuft. Das haben Sie mit Ihrer Zahl aus dem Jahr 1988 selbst bestätigt.

Deswegen sage ich es Ihnen noch einmal: Sie können die Ländervergleiche rauf- und runterhuden, sooft Sie wollen; die Meßlatte für die baden-württembergische Politik ist die Entwicklung des Landes, und die Meßlatte für die Landesregierung sind ihre selbstgesteckten Ziele der mittelfristigen Finanzplanung. Wenn Sie Ihre eigenen Ziele zugunsten einer höheren Neuverschuldung verlassen, dann bekommen Sie dafür zu Recht schlechte Noten. Dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir kritisieren das auch mit großer Berechtigung. Sie haben das ja selbst eingeräumt – das war einer der sachlichen Teile –; ich möchte Sie zitieren. Ich bedanke mich dafür, daß Sie gesagt haben, eine herausragende Leistung der großen Koalition sei eine seriöse Finanzpolitik gewesen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Das sehe ich auch so. Wir kritisieren Sie deswegen, weil Sie diesen Kurs in Baden-Württemberg verlassen haben, kaum daß Sie allein auf der Welt waren, weil, wie gesagt, die FDP/DVP nicht zählt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Nun wollen wir einmal die Abteilung Länderfinanzausgleich miteinander durchbuchstabieren – das ist auch einmal ganz wichtig – und zunächst einmal Ihre Liebe zu Zahlen befriedigen.

Das ist ja ganz interessant. Ich habe nachgelesen, der Länderfinanzausgleich sei sogar Ihr Hit für den Bundestagswahlkampf. Ich zitiere aus dem „Südkurier“, keiner sozialismusverdächtigen Zeitung: Hessen zahlt 3,245 Milliarden DM, Nordrhein-Westfalen 3,135 Milliarden DM, Bayern 2,866 Milliarden DM, Baden-Württemberg 2,525 Milliarden DM, Hamburg 485 Millionen DM.

Ich habe Ihnen schon das letzte Mal gesagt: Sozialdemokratisch geführte Regierungen, die Sie gerade arg beschimpft haben, zahlen merkwürdigerweise in diesen Länderfinanzausgleich mehr ein als das Land Baden-Württemberg,

(Minister Mayer-Vorfelder: Sie müssen das pro Kopf rechnen!)

was ja wohl nicht Ausweis mangelnder Leistung und Wirtschaftskraft dieser Länder sein kann.

Jetzt kommen wir einmal zu den Empfängerländern, weil es da ganz spannend wird. Ganz oben in der Liste der Empfängerländer steht das Land Berlin mit 4,335 Milliarden DM, regiert von einer großen Koalition, aber der Regierende Bürgermeister gehört der CDU an. Das wollen wir nicht verschweigen. An zweiter Stelle der Empfängerländer steht Sachsen mit 1,971 Milliarden DM.

(Abg. Moser SPD: Biedenkopf!)

An dritter Stelle der Empfängerländer steht Sachsen-Anhalt, das 1,244 Milliarden DM erhält, dann folgt Thüringen mit 1,130 Milliarden DM, Brandenburg mit 1,039 Milliarden DM, dann Mecklenburg-Vorpommern mit 859 Millionen DM, dann Bremen mit 634 Millionen DM, dann Niedersachsen mit 535 Millionen DM, dann das Saarland mit 238 Millionen DM, dann Rheinland-Pfalz mit 235 Millionen DM und Schleswig-Holstein mit 16 Millionen DM.

Bemerkenswert daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine kleine Addition. Nimmt man diese vor, so ergibt sich nämlich, daß von dem Gesamtbetrag, der da nicht vornehmlich aus Baden-Württemberg, sondern aus Hessen und Nordrhein-Westfalen gezahlt wird, 10,578 Milliarden DM in die neuen Bundesländer gehen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es, ja!)

Ganze 1,676 Milliarden DM gehen in alte Bundesländer, davon 238 Millionen DM ins Saarland. Wenn man Ihnen zugehört hat – Sie haben ja bemerkenswerte demagogische Fähigkeiten –,

(Beifall bei der SPD)

hat jeder geglaubt, all das Geld gehe ins Saarland.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Realität hat Ihr Gerede aber auch nicht das geringste zu tun. Sie erzeugen bei den Menschen eine Vorstellung, die sie haarscharf an der Wahrheit vorbeiführt.

(Maurer)

(Abg. Weimer SPD: Ja, genau das ist der Punkt!
Haarscharf an der Wahrheit vorbei!)

Jetzt deklinieren wir das Beispiel einmal weiter miteinander durch. Die ewige Geschichte des Erwin Teufel und die Klage gegen den Länderfinanzausgleich. Ich glaube, sogar schon Ihr Vorgänger hat damit begonnen. Sie sind Weltmeister in der Ankündigung dieser Klage.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Er hat keinen Mut!)

Ungefähr im Zweijahresrhythmus wird die Klage angekündigt und durch Gutachten vorbereitet. Diesen Zirkus machen wir nun schon acht Jahre lang in Baden-Württemberg. Ich sage ihnen das, was die SPD seit acht Jahren sagt: Dann klagen Sie doch endlich, damit einmal Klarheit herrscht! Lieber Himmel!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir haben Sie doch weiß Gott nicht gezwungen, das Geld für Ihre Gutachter zum Fenster hinauszuschmeißen und immer wieder diese Pirouetten zu drehen. Wir könnten das vor dem Verfassungsgericht seit sechs Jahren geklärt haben.

Ich sage Ihnen nur eines, und das hat Herr Lafontaine gemeint: Bei diesem Zahlenverhältnis von 10,5 Milliarden DM Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich für die ostdeutschen Bundesländer und 1,6 Milliarden DM für die westdeutschen Bundesländer und von letzterem Betrag wie gesagt 238 Millionen DM für das Saarland wird der Erfolg dieser Klage nicht das von Ihnen gehaßte Saarland treffen und vernichten. Ein Erfolg dieser Klage wird ganz massiv die neuen Bundesländer treffen.

(Zurufe von der SPD: So ist es! – Abg. Weimer
SPD: Da kann der Biedenkopf einpacken!)

Ich empfehle Ihnen, der auch in den Jahren 1990, 1991 und 1992 viele Reden über die blühenden Landschaften gehalten hat, darüber, daß man das alles aus der Portokasse finanzieren könne,

(Abg. Weimer SPD: Oje!)

außerordentliche Zurückhaltung.

Politiker – und Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der Union –, die das Volk darüber getäuscht haben, was die deutsche Einheit wirklich kostet und bedeutet, sollten sich in solchen Debatten sehr zurückhalten.

(Beifall bei der SPD – Minister Mayer-Vorfelder:
Herr Maurer, Sie haben die Einheit gar nicht gewollt! So war das!)

– Herr Mayer-Vorfelder, Sie waren damals so trunken vor Glück – das will ich Ihnen gern attestieren –,

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja, das ist gut!)

daß Sie anschließend Ökonomie mit Romantik verwechselt haben. Das ist das Problem.

(Minister Mayer-Vorfelder: Wir haben uns gefreut,
und Sie haben sich nicht gefreut! So war das! Lesen Sie Ihre Reden von damals nach!)

Sie haben Ökonomie durch Romantik ersetzt, was diese Politik angeht. Alles, was wir aufgrund der Finanzpolitik bis heute an Problemen im Landeshaushalt von Baden-Württemberg haben, ist eine Folge Ihrer unseligen Strategie – und darauf sind Sie als Union seit Jahren versessen –,

(Minister Mayer-Vorfelder: Was für eine Strategie?)

zu meinen, man könne und müsse wirtschaftliche Entwicklung primär mit Steuererleichterungssystemen und Sonderatbeständen steuern.

(Minister Mayer-Vorfelder: Also so einen Unfug habe ich noch nie gehört!)

Das war Ihr Politikansatz, seitdem Sie das Sagen haben. Die Tatsache, daß Ihnen dann bei all diesen irren Modellen im Zuge des patriotischen Taumels niemand zu widersprechen gewagt hat, macht es nicht besser.

(Minister Mayer-Vorfelder: Aber Sie sollten sich langsam schämen, was Sie hier erzählen!)

Nur schön bei den Realitäten bleiben! Wenn Sie mit Ihrer Klage Erfolg haben, wird es nicht das Saarland treffen. Es wird die neuen Länder treffen, und es wird eine interessante Debatte in Deutschland auslösen, auch mit Ihren eigenen Parteifreunden; das will ich Ihnen vorhersagen. Mit Ihren eigenen Parteifreunden wird es eine interessante Debatte auslösen.

„Reformen werden jetzt angepackt.“ Das Wortgeklingel, das man Ihnen da aufgeschrieben hat, hat sich ja nun wirklich bedeutend angehört. Wenn man Ihnen zugehört hat, dann hat man gemeint, hier in Baden-Württemberg blühe die Bildung ungeheuer auf. Dann frage ich mich: Bin ich nicht von dieser Welt, wenn ich meine, daß die Klassengrößen immer mehr steigen?

(Abg. Scheuermann CDU: Sie haben gestern abend das Licht ausgemacht!)

Nehmen die Schülerzahlen nicht zu? Haben wir nicht einen der höchsten Klassenteiler in Deutschland, auch im Vergleich mit anderen Ländern? Habe ich das alles geträumt? Haben wir nicht zunehmende Unterrichtsausfälle trotz dieser gigantischen Erfolgsmeldungen?

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Wir müssen uns einmal darüber unterhalten, was die Realitäten sind. Die Realitäten sind, daß sich die Bildungsleistungen für die, die sie in Anspruch nehmen, verschlechtern.

(Beifall bei der SPD)

Sie verschlechtern sich: Die Klassen werden größer, die Unterrichtsausfälle nehmen zu, die Hochschulen sind glücklich, weil bei ihnen nicht noch massiver gekürzt wird und weil ihnen der Status quo garantiert wird. Aber warum das ein Wunder auf dem Gebiet von Forschung und Bildung sein soll, das bleibt Ihr Geheimnis.

Und jetzt, Herr Ministerpräsident, zum Schluß

(Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

(Maurer)

– ich spreche nicht so lange wie Sie –: Sie haben gesagt: Privatisierungserlöse nur, wenn man damit in die Zukunft investiert. Das ist auf dem Hintergrund dieser Verschuldenspolitik eine ziemlich irre Aussage. Was Sie machen, läuft im Ergebnis auf folgendes hinaus: Auf der einen Seite werden Erlöse aus dem LEG-Verkauf pro forma in die Zukunft investiert – „Erwin 2“ –, und gleichzeitig wird die Staatsverschuldung erhöht. Können Sie mir eigentlich einmal erklären, warum eine massive Erhöhung der Staatsverschuldung, wie Sie sie machen, eine Investition in die Zukunft sein soll? Oder ich drehe die Fragestellung um: Was spricht denn eigentlich dagegen, daß man erzielbare Einnahmen durch vernünftige Neuordnungen von Landesbeteiligungen dazu verwendet, die Schulden nicht ständig ansteigen zu lassen?

(Beifall bei der SPD)

Ist es eine Investition in die Zukunft, Schulden zu machen? Offensichtlich halten Sie es für eine Zukunftsinvestition, Schulden zu machen. Das ist ja Ihre Alternative. Das ist bei Ihnen eine Zukunftsinvestition. Sie könnten das Schuldenmachen ja vermeiden. Sie könnten ja Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen dazu verwenden, um einmal zwei Jahre lang keine neuen Schulden zu machen. Im Interesse des Landes müssen Sie wirklich hoffen, daß wir in Deutschland eine andere Politik bekommen als die, die Sie selber machen. Sie haben jetzt hier Ihre Steuerreform noch einmal gepriesen, aber die Frage nicht beantwortet, wo Sie die 1,5 Milliarden DM Steuerausfall pro Jahr verdrückt hätten.

Sie müssen wirklich – das empfehle ich Ihnen für Ihre Morgengebete – darauf hoffen, daß wir diesmal die Bundestagswahlen gewinnen, die Staatseinnahmen konsolidieren, die Konflikte auf uns nehmen, die da mit mächtigen Interessen verbunden sind, und Sie dann anschließend möglicherweise in die glänzende Situation geraten, über bessere Staatseinnahmen in Baden-Württemberg verfügen zu können. Das soll Ihnen dann gegönnt sein um den Preis, daß endlich die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn aufhört.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Verfassung bricht Geschäftsordnung!)

Ministerpräsident Teufel: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Maurer hat zum Länderfinanzausgleich Stellung genommen. Leider hat er nur einen einzigen Teilaspekt angesprochen: Zahlen, die doch kein Mensch bestreitet, weil sie überhaupt nicht zu bestreiten sind.

(Lachen bei der SPD – Zurufe: Sehr richtig! Was waren die anderen?)

– Also wissen Sie, bei diesem Thema kenne ich mich ein bißchen aus, ich brauche auch keinen Zettel, um da mit Fakten zu antworten. Das will ich nur sagen.

(Abg. Bebber SPD: Das ist es ja, „ein bißchen“ kennen Sie sich aus!)

– Vielleicht hören Sie zu, dann kennen Sie sich am Ende genauso gut aus. Das könnte doch ein lohnendes Ziel sein.

(Zurufe von der SPD, u. a.: „Ein bißchen“ reicht uns nicht!)

Wir haben allein drei Ausgleichssysteme beim Länderfinanzausgleich, Herr Kollege Maurer. Daneben haben wir noch ein halbes Dutzend Ausgleichssysteme. Aber Sie haben hier nur ein einziges Ausgleichssystem erwähnt, ein einziges, nämlich den unmittelbaren Länderfinanzausgleich,

(Abg. Maurer SPD: Gegen den wollen Sie nicht klagen?)

in dem 85 % der Steuerkraft ausgeglichen wird. Dann gibt es Bundesergänzungszuweisungen, mit denen 99,5 % der Steuerkraft ausgeglichen werden. Und dann gibt es noch die Sonderzuweisungen nach Bremen und zum Saarland.

Diese drei Ausgleichssysteme hat man immer, in der ganzen Nachkriegszeit, auch bei den Solidarpaktverhandlungen als eine Einheit betrachtet. Wenn Sie diese drei Ausgleichssysteme nehmen, ist es in der Tat so, daß Baden-Württemberg derzeit auf dem vierten Platz nach der eigenen Steuer- und Finanzkraft liegt und auf den 15. Platz absackt und daß Bayern vom dritten Platz auf den 16. Platz in der Stärke absackt. Genau dieses kritisieren wir.

Wir haben uns von seiten des Landes Baden-Württemberg noch nicht eine Minute dagegen gewehrt, daß wir einen Finanzausgleich an die ostdeutschen Länder zahlen müssen. Wir haben diesem Finanzausgleich zugestimmt, und ich meine, daß wir den ostdeutschen Ländern noch lange Hilfe zur Selbsthilfe leisten müssen.

Es geht überhaupt nicht um das Ob eines Länderfinanzausgleichs. Wir sind Teil der Bundesrepublik Deutschland, und wenn wir eine stärkere Steuerkraft haben, dann müssen wir auch bereit sein, Länderfinanzausgleich zu zahlen. Baden-Württemberg braucht sich diesen Schuh mangelnder Solidarität wahrlich nicht anzuziehen. Denn seit 1952, seit seiner Gründung, ist dieses Land das Hauptzahlerland im Länderfinanzausgleich. Das sind die Fakten zum unmittelbaren Länderfinanzausgleich.

Wogegen wir uns wehren, das ist diese Totalnivellierung, ja eine Übernivellierung. Die Zahlen stimmen genauso wie die Zahlen, die Sie aus einem von drei Ausgleichssystemen genannt haben,

(Abg. Maurer SPD: Sie wollen bloß gegen das Saarland klagen, oder wie?)

nämlich daß nach dem Ausgleich Bremen und das Saarland die höchsten Einnahmen pro Kopf der Bevölkerung in ihren Haushalten zur Verfügung haben. Es stimmt, daß das Saarland mehr pro Kopf der Bevölkerung bekommt, aber dennoch die höchste Verschuldung in Deutschland hat, mehr pro Kopf der Bevölkerung bekommt als jedes ostdeutsche Land einschließlich Berlin, das Sie zitiert haben.

Ich mache, um das noch einmal deutlich zu sagen, aus dem Länderfinanzausgleich überhaupt kein CDU/SPD-Problem.

(Ministerpräsident Teufel)

(Lachen bei der SPD – Abg. Maurer SPD: Das klingt jetzt aber anders!)

– Ich mache sehr wohl ein Lafontaine-Problem.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

– Seien Sie froh, wenn Sie sich mit diesem Mann nicht voll identifizieren müssen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Ich kann nur sagen, ich habe Lafontaine zitiert, der uns in der letzten Woche angegriffen hat und der uns ständig mit dem Argument Ostdeutschland angreift, obwohl wir an diesem Länderfinanzausgleichsteil überhaupt nicht rütteln, und der damit davon ablenkt, daß er der Hauptempfänger ist. – Das ist der eine Teil des Finanzausgleichs.

(Abg. Weimer SPD: Wollen Sie nur gegen Bremen und das Saarland vorgehen?)

Jetzt gibt es – das haben Sie wohlweislich verschwiegen – noch einen Umsatzsteuerausgleich, in dem wir mit über 2 Milliarden DM neben dem Betrag, den Sie genannt haben, Hauptzahler sind. Es gibt noch einen Krankenkassenstrukturausgleich West, den es vor vier Jahren noch nicht gegeben hat, den es aber seit drei Jahren gibt. In den zahlen wir 1,648 Milliarden DM hinein. Seit zwei Jahren gibt es noch einen Finanzausgleich Pflegeversicherung. Die baden-württembergischen Beitragszahler zahlen nicht nur in die Pflegeversicherung des eigenen Landes ein, sondern wir zahlen auch 594 Millionen DM Ausgleich in die Pflegekassen anderer Länder.

(Abg. Maurer SPD: Das hat auch Lafontaine gemacht!)

In dieser Woche ist ein Risikostrukturausgleich Ost geplant. In den würden wir noch einmal 300 Millionen DM einbezahlen. Aber auch da sagen wir: Wir sind bereit, diese 300 Millionen DM zu zahlen, aber wir wollen mittelfristig eine Garantie, daß wir einen auf das Land bezogenen Beitragssatz in der Krankenversicherung bekommen.

Wir wehren uns also nicht dagegen, Ausgleichsleistungen an andere Länder zu bezahlen. Wir wenden uns aber gegen Gleichmacherei und gegen Übernivellierung. Wir wehren uns dagegen, daß Bremen doppelt soviel Krankbetten hat wie das Land, das die wenigsten Krankbetten hat. Und wir wehren uns dagegen, daß dann, wenn sich jemand eine so teure Struktur leistet, das die Beitragszahler anderer Länder bezahlen müssen und nicht die Bürger des eigenen Landes.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wer beschließt denn das? – Abg. Weimer SPD: Das ist doch ein Stadtstaat!)

Wir wehren uns dagegen, daß jedes Jahr ein neues Ausgleichssystem erfunden wird. Wir Baden-Württemberger sind solidarisch, aber wir sind nicht bereit, uns ausnehmen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wer stellt denn die Bundesregierung?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Ich will wenig zur Morgengebetsfrage sagen, aber doch vielleicht einen Satz: Es ist schon komisch, daß Sie in Ihren Morgengebete Herr Maurer bemühen müssen. Aber das ist Ihr Problem.

Zum Länderfinanzausgleich: Wenn Sie die Frage der Übernivellierung ansprechen und die Verschiebung im Ranking anschauen und einmal prüfen, welches der verschiedenen Finanzausgleichssysteme im wesentlichen dafür verantwortlich ist, werden Sie feststellen, daß der entscheidende Verschiebungssprung mit den Bundesergänzungszuweisungen kommt. Ich habe Verständnis dafür, daß man dies im Ergebnis so nicht akzeptieren will und daß neu verhandelt werden muß. Aber ich will doch zwei Dinge deutlich sagen.

Bei dem Solidarpakt 1992 waren Sie es, Herr Ministerpräsident, der in diesem Haus diesen Länderfinanzausgleich, der da mit verhandelt wurde, als Erfolg der baden-württembergischen Landesregierung gegen den Bund gefeiert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Das war ganz eindeutig so. Deshalb wäre ich in dieser Beziehung ein bißchen vorsichtiger mit der Polemik.

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Wenn die SPD hier immer ruft: „Klagen Sie doch, klagen Sie doch!“, ist das etwas, was man im Schach einen „vergifteten Bauern“ oder so etwas nennt.

(Lachen bei der SPD)

– Selbstverständlich. Es ist nichts anderes.

Es ist doch ganz klar, daß Sie mit dieser Klage ein sehr, sehr hohes Risiko eingehen. Lesen Sie doch einmal das Arndt-Gutachten. Von allen Leuten, mit denen Sie über den Länderfinanzausgleich diskutieren, wird die Auffassung vertreten, daß die Übertragung des Grundsatzes der hälftigen Teilung aus dem Vermögensteuerurteil des Bundesverfassungsgerichts auf den Länderfinanzausgleich – das ist ein zentraler Punkt im Arndt-Gutachten – mehr als gegriffen und völlig willkürlich und in der Sache durch nichts zu begründen ist. Das heißt, Sie sind da extrem auf hoher See.

Meine These ist die: Je mehr Sie jetzt mit der Klage drohen, um so geringer werden die Möglichkeiten einer politischen Lösung dieses Problems. Selbstverständlich muß über den Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden – das ist doch ganz klar –, weil sich, seit er 1992 auf der Basis einer anderen Einnahmesituation der Länder und des Bundes neu geordnet worden ist, laufend Verschiebungen ergeben haben. Ich bin der Meinung, daß der Länderfinanzausgleich prinzipiell eine Regelung ist, die Sie alle fünf Jahre neu verhandeln müssen, weil Sie über fünf Jahre gar nicht die Finanzentwicklung und die Disparitäten vorausschauen können.

(Kuhn)

Deswegen kann ich nur sagen: Die ruhigen Töne können einen Verhandlungserfolg bringen. Aber wenn Sie gleichzeitig sagen: „Wir klagen“, und dann schon wahlkampfvoorbereitend das Saarland erwähnen – heute hat ja der Koch aus dem Saarland gefehlt, der sonst immer erwähnt wird –,

(Abg. Moser SPD: Richtig! Den hat er vergessen!
Er hat selber einen „Koch“! Den Pressesprecher!)

müssen Sie sich nicht wundern, daß aus Berlin und aus Saarbrücken Töne kommen, die eine Verhandlung unmöglich machen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Im übrigen könnten Sie einmal versuchen, über die Bundesregierung einen Vorstoß zu machen, daß neu verhandelt werden soll. Meines Erachtens hat der Bund die Aufgabe, gerade weil er in diese Ausgleichs- und Transfersysteme einbezogen ist, immer wieder die Moderation zwischen den Ländern zu übernehmen und eine Neuordnung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs anzustoßen, zu moderieren und herbeizuführen.

Mir gefällt nicht, daß dieses Thema, das wirklich kompliziert ist – wenn Sie Details kennen, werden Sie das bestätigen –, wahlkampfmäßig behandelt wird nach dem Muster: Mein Lafontaine gegen dein Thüringen oder was auch immer.

(Abg. Moser SPD: Die Wahl wird im Osten gewonnen! Er macht einen großen taktischen Fehler!)

Zweiter Punkt, Herr Ministerpräsident, damit das noch einmal klar ist: Ich begrüße mit meiner Fraktion ausdrücklich, daß Sie für das Jahr 1999 zu realistischeren Finanzplanungen gekommen sind, denn es ist richtig, von den 5 % auf die 3 % zu gehen. Das haben wir schon vorher gefordert. Das ist vernünftig. Ich sage Ihnen nur bei meiner Kritik, daß die Vorstellung, die Mifri-Zahlen der Neuverschuldung gingen Jahr für Jahr zurück, seit 1995 realiter nicht mehr der Wirklichkeit entspricht, weil die Einnahmeseite nicht mehr stimmt. Ich achte ja die Einsparungen, die hier im Land vollzogen worden sind, und wir haben viele – was für eine Opposition unüblich ist – dieser Einsparungen auch mitgemacht. Also nicht die Einsparungen sind das Problem, sondern das Problem ist, daß wir mit den Einnahmen nicht nachkommen und jetzt das Gefühl entsteht: Also hilft die Sparerei nichts. Das ist die eigentliche Gefahr. Man sieht ja auch bei der CDU und der FDP/DVP im Finanzausschuß, daß jetzt gesagt wird, die ganze Sparerei solle nicht mehr weitergehen, weil das nichts gebracht habe. Das ist ein Fehler, der uns von der Konsolidierung abhalten wird.

Ich weise noch darauf hin, daß die Zahlen, die jetzt in der Mifri und im Haushalt stehen, nämlich von 1997 auf 1998 ein Einnahmenwachstum von 3,4 % und von 1998 auf 1999 und für die Folgejahre von jeweils 3 %, noch immer, wenn ich die Steuerentwicklung 1997 anschau, eher auf der Seite des Prinzips Hoffnung als auf der Seite des Prinzips Vorsicht angesiedelt sind. Wir werden uns bei der Würdigung der Mai-Steuerschätzung, die dann über meh-

rere Jahre gehen wird, hier über dieses Thema sicherlich noch einmal unterhalten dürfen.

(Abg. Moser SPD: Ist das noch eine Erklärung nach § 82 Abs. 4?)

Also noch einmal: Das Problem – und dazu haben Sie nichts gesagt – ist natürlich schon auch die Einnahmeseite, denn wenn uns nicht diese Milliarden in den letzten Jahren weggebrochen wären – das muß man doch einmal deutlich sagen –, kämen wir langsam auf eine Nettoneuverschuldung von Null. Das muß man, wenn man rechnen kann, einfach einmal unterstellen. Deswegen ist es nicht in Ordnung, wenn Sie hier so tun, als würden Sie die bundespolitische Ebene und das Steuerrecht eigentlich relativ wenig tangieren und interessieren.

Meine Auffassung ist, daß wir nur weiterkommen, wenn die Einnahmeseite auf Bundes- und Länderebene verbessert wird. Herr Pfister, Ihre Obstruktionshaltung beim Wasserpfeffennig wird schon allmählich ein Problem in der Landespolitik. Wir könnten viel für die Investitionen zum Beispiel beim Hochwasserschutz tun, wenn Sie diese Haltung aufgeben würden. Wir haben uns genau erkundigt und gerechnet, was das sozial heißt, weil Sie „Einnahmeseite“ sagen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Immer den Leuten das Geld aus der Tasche ziehen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Allgemeine Deckungsmittel!)

Wenn wir die Wasserpfeffennigerhöhung auf der privaten Seite durchsetzen, machte das bei einem Vier-Personen-Haushalt in Baden-Württemberg im Jahr 20 DM aus. Dafür bekämen wir aber Hochwasserschutz. Beim nächsten Hochwasser wird hier über die FDP/DVP und ihre Obstruktionspolitik, die sie hier macht, verhandelt werden.

(Zurufe der Abg. Hofer und Drautz FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, ich will noch eine die Landwirtschaft betreffende Frage ansprechen. Machen Sie es sich nicht so einfach, daß Sie sagen, Sie hätten halt die Wähler im ländlichen Raum, und die anderen könnten gut schimpfen. Ich habe mir den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums seit Jahren sehr genau angeschaut. Ich habe mich ausdrücklich nicht gegen die Extensivierungsleistungen gewandt; denn die sind notwendig, weil wir selbstverständlich die Pflege der Natur im ländlichen Raum brauchen und dafür Ausgleichsleistungen bezahlen müssen. Aber ich wende mich gegen die Vorstellung, daß Landwirtschaftspolitik und Politik für den ländlichen Raum noch immer weiter bedeuten, daß wir gleichzeitig die Intensivierung in der Gemeinschaftsaufgabe fordern.

Deswegen finde ich den Weg, den die Landwirtschaftsministerin geht, falsch. Ihre Hauptbotschaft an die Bauern ist ja: Kauft euch den Melkroboter, und ihr kommt über die Runden. Dann könnt ihr bei der Milch konkurrieren, und ihr könnt auf dem Weltmarkt konkurrieren. Diese Art der Orientierung ist falsch.

Wenn Sie sich die Entwicklung über die Jahre anschauen, sehen Sie, daß wir trotz aller Investitionen einen immer größeren Anteil der Bauern verlieren oder daß sie in den

(Kuhn)

Nebenerwerb gehen müssen, so daß nur die ganz wenigen subventioniert werden, die noch auf dieser Schiene durchkommen.

Deswegen geht der Streit nicht um die Frage, wer etwas für den ländlichen Raum tun will, sondern geht der Streit um die Frage: Bringen bei den Bedingungen unserer Landwirtschaft – 60 % benachteiligte Gebiete in Baden-Württemberg; das können Sie beim Bergbauernprogramm sehen – die Konkurrenz und die Orientierung um die produktivste Spitze der Landwirtschaft etwas, oder wäre es nicht richtig, den Weg der baden-württembergischen Landwirtschaft auf der Extensivierungsschiene und auf der Ökologisierungsschiene zu gehen?

Für dieses Konzept steht meine Fraktion, weil wir uns ganz einfach sagen: Wenn schon Subventionen gegeben werden – ich weiß, Sie mögen das Wort „Subvention“ nur hören, wenn es um die Kohle geht; wenn es um die Landwirtschaft geht, muß man ein anderes Wort wählen –, die zum Teil notwendig sind, um den bäuerlichen Familienbetrieb zu halten – darüber streiten wir nicht –, dann mögen diese Subventionen doch bitte schön in die Ökologisierung der Landwirtschaft gegeben werden, weil dies auch den Böden, dem Wasser in unserem Land, der Natur und letztlich auch den Freizeitmöglichkeiten insgesamt nutzt. Das ist doch rationaler, als mit Melkrobotern zu „wedeln“ und die Bauern auf Versammlungen anzupflaumen, wie dies die Landwirtschaftsministerin tatsächlich tut.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich höre, Sie haben diesen Vorgang durch ein Schreiben an die Ministerin aufgenommen.

Wir konkurrieren mit Ihnen also nicht nach dem Muster: Die Grünen haben die meisten Wähler in den Städten; deswegen können sie über den ländlichen Raum reden. Vielmehr konkurrieren wir in der Frage: Was ist der beste Weg für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg?

Noch ein Letztes: Was mich an diesen Debatten am empfindlichsten stört – ich sage das ganz persönlich, Herr Ministerpräsident und alle Kollegen –, ist, daß wir immer in das Muster rutschen – der Grund dafür ist wohl das, was zwischen Herrn Maurer und Ihnen läuft –: In Baden-Württemberg ist doch eigentlich alles super, weil wir einige Zahlen aus anderen Ländern nennen können, wo es schlechter steht.

Ich muß mir das anhören und darüber nachdenken, warum in bestimmten Ländern die Verschuldung höher ist. Das ist selbstverständlich. Ich kann Ihnen auch Zahlen aus anderen rotgrün regierten Ländern vorlesen, wo es besser aussieht. Aber ganz egal, wie man dies halten will – – Zum Beispiel ist beim Wirtschaftswachstum Hessen vorn, Herr Finanzminister. Aber ganz egal, wie der Vergleich ausfällt, kommen wir in ein Schwarzweißdenken, und Sie sind nicht mehr gezwungen, mit uns über die Frage nachzudenken, was wir in Baden-Württemberg, ausgehend von den baden-württembergischen Bedingungen des Jahres 1998, besser machen können.

Ich bin nicht bereit, dauernd Diskussionen zu führen, die Ablenkungsdiskussionen sind, die die ganze Bundesrepu-

blik hinauf und herunter geführt werden, aber unser Land vernachlässigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen:
Jawohl, genau das ist es!)

Unser Job hier – dafür werden wir, Abgeordnete wie Regierung, bezahlt – ist es, darüber nachzudenken, welches der beste Weg ist, damit es im Land Baden-Württemberg besser wird. Da können wir selbstverständlich weiter sparen. Selbstverständlich können und müssen wir weiter sparen.

(Abg. Haas CDU: Aber dann bitte die Anträge weglassen!)

Wir müssen auch investieren und etwas für die Einnahmen tun. Aber Sie vergleichen immer hinauf und herunter. Wenn man sich das Zahlenwerk anschaut, könnte man fast meinen, die Ostsee interessiere Sie mehr als der Bodensee.

(Abg. Moser SPD: Nein, nein! Der Ministerpräsident hat eine Ferienwohnung am Bodensee!)

Ich will damit nicht sagen, daß wir uns nicht damit befassen müssen, was in den anderen Ländern passiert; aber ich verlange eine stärkere Konzentration auf Baden-Württemberg. Dafür sind wir da, und dafür bekommen wir Diäten und alles, was dazugehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was, bekommen Sie mehr?)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb jetzt zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2402.

Es liegen vier Entschließungsanträge und ein Änderungsantrag vor. Den Änderungsantrag werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen. Für die vier Entschließungsanträge auf den Drucksachen 12/2442-1 bis 12/2442-4 schlage ich vor, über sie vor dem Kapitel 0201 – Staatsministerium – abzustimmen. Sie betreffen auch andere Einzelpläne. – Sie sind mit diesem Verfahren einverstanden.

Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2442-1, auf. Er hat den Betreff „Reduzierung der Anzahl der Ministerien“. Wer für diesen Entschließungsantrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2442-2, auf: Urlaub statt Weihnachtsgeld.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch mehr Urlaub!)

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Dienstreisen –, Drucksache 12/2442-3, auf. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2442-4, auf, der begehrt, die Streichung der Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung zurückzunehmen. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf des Abg. König REP)

Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer für dieses Kapitel stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes beim Bund, Informationsbüro Baden-Württemberg sowie Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer für die Annahme dieses Kapitels ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2442-5. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0205 – Landeszentrale für politische Bildung – abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 2 a erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 b** auf:

Einzelplan 01: Landtag

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2401

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Frau Abg. Netzhammer, Sie wünschen das Wort nicht?

(Zurufe: Doch!)

– Als Berichterstatterin?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Als Berichterstatterin nicht!)

– Das war ein Mißverständnis zwischen uns.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 eine Gesamtrededzeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

In der Allgemeinen Aussprache zum Einzelplan 01 erteile ich Frau Abg. Netzhammer das Wort.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 01 – Landtag – gehört mit den Haushaltsplänen von Staatsministerium und Rechnungshof zu den kleinen Haushalten. Dennoch wird erst dadurch die Arbeit unseres Parlaments ermöglicht, der Rahmen für die Arbeitsmöglichkeiten von 155 Abgeordneten, fünf Fraktionsgeschäftsstellen und der Landtagsverwaltung geschaffen.

Die Abgeordneten und die Landtagsverwaltung beteiligen sich solidarisch an den Einsparungen des Staatshaushaltsplans. Bereits im Oktober 1997 faßte das Präsidium den Beschluß, eine Einsparung von jeweils 400 000 DM in beiden Haushaltsjahren zu erbringen. Die Steuerschätzung vom November 1997 machte eine weitere Kürzung von jeweils 400 000 DM pro Haushaltsjahr erforderlich. Dadurch wird der Zuschuß im Jahr 1998 auf 77,43 Millionen DM sinken.

(Veronika Netzhammer)

Bereits im letzten Jahr konnten wir uns darüber freuen, mit 7,59 DM je Einwohner mit großem Abstand das preisgünstigste Parlament in Deutschland zu sein. Diesen Betrag haben wir mit unseren Einsparungen noch einmal unterboten. Darüber hinaus haben wir mit 66 258 Einwohnern pro Abgeordnetem die zweithöchste Einwohnerzahl im Bundesvergleich nach Nordrhein-Westfalen zu betreuen.

Diese Kriterien zusammengenommen zeigen, daß die baden-württembergischen Tugenden Fleiß und Sparsamkeit auch für die Abgeordneten des Landtags in Stuttgart gelten. Im Vergleich dazu geben Empfängerländer im Länderfinanzausgleich wie das Land Niedersachsen 10,36 DM je Einwohner oder das Saarland

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder?)

22,34 DM für ihre Landtage aus. Offensichtlich können sich diese Länder teure Parlamente leisten.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat am 11. Dezember 1997 eine neue Geschäftsordnung verabschiedet. Dabei hat er dem Wunsch der kommunalen Landesverbände entsprochen, bei Gesetzentwürfen, die die Belange der kommunalen Ebene betreffen, im zuständigen Ausschuß mündlich angehört zu werden. Der Finanzausschuß hat bereits am Donnerstag vergangener Woche bei den Beratungen des Staatshaushaltsplans von der Möglichkeit der mündlichen Anhörung Gebrauch gemacht und die drei kommunalen Landesverbände zu den geplanten Änderungen des FAG angehört. Die Partnerschaft mit den Kommunen und den Verbänden ist uns ein wichtiges Anliegen.

(Abg. Moser SPD: Was kostet der Gemeinderat von Singen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zeiten knappen Geldes muß sich die Landesverwaltung verstärkt modernen Führungsmethoden und Führungsinstrumenten zuwenden. Deshalb werden wir uns in diesem Jahr intensiv mit der dezentralen Budgetierung auseinandersetzen, denn die Erfahrungen, die bei Modellversuchen und Pilotprojekten gemacht wurden, sind erfolversprechend. Eigenverantwortliches Handeln und wirtschaftliches Denken werden durch größere Ressourcenverantwortung gestärkt. Das Ergebnis sind erhöhte Wirtschaftlichkeit, bessere Aufgabenerfüllung, Einsparpotentiale und last, not least eine größere Mitarbeitermotivation.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP bringen deshalb im Rahmen des vorliegenden Staatshaushaltsplans einen Entschließungsantrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, den Einsatz der dezentralen Budgetierung über die bestehenden Modellversuche hinaus auszuweiten, Begleitinstrumente für eine Überprüfung des Haushaltsvollzugs zu schaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für eine landesweite Einführung der dezentralen Budgetverantwortung vorzubereiten.

Selbstverständlich wird von der dezentralen Budgetverantwortung auch unser parlamentarisches Budgetrecht berührt und werden sich unsere Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten verändern. Dies wissen wir. Deshalb wollen wir uns auch stärker als bisher in die Modellvorhaben und Pilotprojekte sowie in das begleitende Controlling einschalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und der Fraktionen ein herzliches Dankeschön aussprechen,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

stellvertretend Ihnen, Herr Vizepräsident Dr. Weiser und Herr Landtagsdirektor Dr. Grupp, für Ihre effiziente und immer verlässliche Arbeit, die oft unsichtbar bleibt, weil sie so geräuschlos vonstatten geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Netzhammer hat gerade zu Recht darauf hingewiesen, daß der Landtag seinen Sparbeitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet und daß wir im Ländervergleich eine Spitzenposition einnehmen, was die Kosten betrifft. Dies beruht darauf, daß wir – auch darauf haben Sie hingewiesen – die zweitgünstigste Relation bei der Zahl der Einwohner pro Abgeordnetem haben. Wenn man die Regelzahl von 120 Abgeordneten zugrunde legt, sind wir noch näher bei der Zahl von Nordrhein-Westfalen.

Wenn man also einen Ländervergleich anstellt, könnte sich der Eindruck aufdrängen, wir könnten mit der Zahl der Abgeordneten im Landtag zufrieden sein und hätten hier keinerlei Änderungsbedarf. Aber die SPD ist der Meinung, daß die Zahl der Abgeordneten, die sich gegenwärtig im Landtag befinden, zu hoch ist. Das bezieht sich nicht auf die Regelzahl von 120 Abgeordneten, sondern auf die faktische Zahl der Abgeordneten, die gegenwärtig im Landtag vertreten sind. Wenn ich an Äußerungen denke, die andere Fraktionen abgegeben haben, stelle ich fest, daß dies wohl allgemeine Meinung im Haus ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte also festhalten: Wir sind offensichtlich alle der Meinung, man sollte die Regelzahl wenigstens annähernd einhalten und keine derartigen Überschreitungen haben. Dies würde – das wäre dabei positiv anzumerken – die Berechenbarkeit auch für Verwaltungsabläufe – Sitze, Zimmer, Planung etc. – erleichtern. Insbesondere würde – ein FDP-Mitglied, Professor Hagena, hat dies kürzlich wieder gesagt – auch die Relation in der Vertretung der Regierungsbezirke durch die Ausgleichssysteme, wie wir sie gegenwärtig haben, nicht weiter gestört. Denn wir müssen festhalten, daß durch dieses System einige Regierungsbezirke im Vergleich zu den anderen überrepräsentiert sind.

In der Koalitionsvereinbarung steht die Zielsetzung, die Zahl der Abgeordneten zu verringern, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren. Es gab hierzu einen Antrag der FDP/DVP-Fraktion; er wurde auf Eis gelegt. Wenn ich nun Pressemeldungen richtig interpretiere, haben sich die Koalitionsfraktionen inzwischen darauf geeinigt, dieses Ziel in der laufenden Legislaturperiode nicht weiterzuverfolgen.

Ich halte dies für außerordentlich bedauerlich, meine Damen und Herren. Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Me-

(Birzele)

thoden und Möglichkeiten, das doch von uns allen sonst als gemeinsam erklärte Ziel, die Regelzahl von 120 Abgeordneten einzuhalten, zu erreichen – unterschiedliche Konzeptionen, die gegebenenfalls nicht nur Gesetzesänderungen, sondern vielleicht sogar auch eine Verfassungsänderung notwendig machen würden. Ich führe einmal auch die Vorschläge an, die von seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geäußert wurden. Ich meine, es würde uns allen gut anstehen, wenn wir in Wahlrechtsfragen versuchen würden – da wir ja einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben –, auch zu einem gemeinsamen Lösungsvorschlag zu kommen.

Die SPD-Fraktion schlägt deshalb den anderen Fraktionen vor, eine gemeinsame Kommission zu gründen, um einmal auszuloten, ob wir in dieser Legislaturperiode nicht doch zu einer solchen übereinstimmenden, interfraktionellen Regelung kommen können. Ich würde das sehr begrüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten bei einer solchen Haushaltsdebatte auch die Abläufe im Parlament kritisch überprüfen. Kürzlich ist die Geschäftsordnung geändert worden; darüber ist dabei schon gesprochen worden. Leider sind einige Vorschläge nicht aufgegriffen worden.

Unser gemeinsames Ziel müßte es sein, daß Große Anfragen und Fraktionsanträge möglichst zeitnah im Parlament behandelt werden. Wenn Sie jetzt einmal auf die Tagesordnung der Sitzung mit allgemeinem Beratungsstoff nach der Dritten Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans in der nächsten Woche schauen, dann stellen Sie fest, daß jedenfalls das Kriterium der Zeitnähe nicht mehr eingehalten wird. Die Aktualität mag teilweise noch gegeben sein, Herr Kollege Kuhn, aber zeitnah ist es mit Sicherheit nicht, wenn solche Initiativen mit einer derartigen Zeitverzögerung hier im Plenum behandelt werden.

Deshalb sollten wir uns auch hier mit dem Anliegen beschäftigen, die hohe Anzahl von unerledigten Großen Anfragen und Fraktionsanträgen zu reduzieren. Hierzu hatten wir bei den Beratungen zur Änderung der Geschäftsordnung Änderungsvorschläge gemacht – leider vergeblich. Aber es gibt auch Verfahrensschritte, die nötig sind und die die einzelnen Fraktionen selbst unternehmen müssen.

Deshalb plädiere ich dafür, Große Anfragen und Fraktionsanträge häufiger als bisher in öffentlichen Ausschusssitzungen zu besprechen, damit die Tagesordnung des Plenums mit der Zielsetzung, wichtige Initiativen aller Fraktionen zeitnah diskutieren zu können, entlastet wird.

Lassen Sie mich ganz kurz auf ein letztes Problem eingehen, nämlich die Redezeiten. Das wird uns bei den weiteren Beratungen der Einzelpläne noch beschäftigen. Ich nehme nur einmal die heutige Debatte einschließlich Überziehungen: Die Regierungsfaktionen hatten in der Allgemeinen Aussprache insgesamt 46 Minuten Redezeit, die Oppositionsfaktionen insgesamt 56 Minuten, und die Regierung hatte 46 Minuten Redezeit. Dies ist kein angemessenes Verhältnis. Deshalb bitte ich die Regierung, insbesondere bei diesen Haushaltsplanberatungen, die Redezeiten ungefähr denen des Parlaments anzupassen, wenn sie das Wort ergreift.

Zum Schluß möchte ich noch sehr herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für ihren Einsatz für uns Abgeordnete und die parlamentarische Arbeit danken. Ich hoffe und wünsche mir, daß Sie uns auch weiterhin so wirkungsvoll unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der vormittäglichen Diskussion um die Bankenfusion und dem traditionellen Schlagabtausch bei der Beratung des Einzelplans 02 wird es beim Landtagshaushalt, dem Einzelplan 01, traditionellerweise weniger spektakulär. Ich möchte für unsere Fraktion nur die vier wichtigsten Bemerkungen zu diesem Haushalt machen.

Erste Bemerkung: Beim Landtagshaushalt besteht ein hohes Maß an Konsens zwischen den Fraktionen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Es geht hier schließlich um die Arbeitsbedingungen des gesamten Landtags, der legislativen Gewalt in Baden-Württemberg, sowohl der Fraktionen, die die Regierung tragen, als auch der Opposition. Es verbietet sich, meine Damen und Herren, daß hierbei die parlamentarische Mehrheit Politik gegen die parlamentarische Minderheit macht. Ein Konsens ist ausdrücklich anzustreben, und dafür möchte ich den Kolleginnen und Kollegen auch danken.

Zweite Bemerkung: Auch der Landtag spart. Immer wieder wird ja in den öffentlichen Diskussionen das Vorurteil nach dem Muster, die Abgeordneten sparten immer und überall, nur nicht bei sich selbst, bemüht und transportiert. Die Abgeordneten des Landtags sowie die Landtagsfraktionen erbringen auch in diesem Haushalt wieder einen eigenen Sparbeitrag – das wurde bereits angesprochen –; im letzten Jahr haben die Abgeordneten, was die Diäten anbelangt, eine Nullrunde beschlossen. Auch dieses Jahr leisten die Landtagsfraktionen und der Landtag insgesamt einen konkreten Beitrag zur Sparpolitik: Die Ansätze sind um 400 000 DM pro Jahr konkret reduziert worden; weitere 400 000 DM sind in Form einer globalen Minderausgabe vereinbart.

Drittens: Es gibt in diesem Haushalt des Landtags eine Besonderheit. In einer ersten Stufe soll erreicht werden, daß die Computerausstattung in den Büros hier im Landtag ersetzt wird. Dies ist zwingend erforderlich. Ich kann nur sagen: Jedesmal, wenn bei uns eine neue Mitarbeiterin oder ein neuer Mitarbeiter zu arbeiten beginnt, lacht sich der oder diejenige halbtot, wenn sie die Landtagscomputer sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Christine Rudolf SPD)

Dieses Material kann jetzt wirklich endgültig als Demonstrationsobjekt ins Technikmuseum nach Mannheim geschickt werden. Ich weiß nicht genau, wie lange es bereits im Einsatz ist, aber bestimmt seit mehr als zehn oder zwölf Jahren. Die Technik hat sich wirklich um Lichtjahre weiterentwickelt.

(Jacobi)

Vierte Bemerkung: Es wird hier im Landtagshaushalt kein Geld zum Fenster hinausgeworfen, aber die Hausaufgaben – das hat auch Herr Kollege Birzele gerade angesprochen – sind noch nicht gemacht. Der Wille, das Parlament zu verkleinern, droht inzwischen angesichts von Ängsten über die Abgeordnetenzukunft in einzelnen Wahlkreisen zu versickern. Ihren Vorschlag, Herr Birzele, eine interfraktionelle Kommission einzusetzen, kann ich für unsere Fraktion nur unterstützen und begrüßen. Wir sind selbstverständlich bereit, in dieser Kommission mit dem Ziel, eine möglichst gemeinsame Lösung zu finden und das Parlament zu verkleinern, konstruktiv mitzuarbeiten. Das sollte aus unserer Sicht bereits bei der Wahl zum nächsten Landtag und nicht erst bei der zum übernächsten im Jahr 2006 erfolgen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich auch namens unserer Fraktion den Beschäftigten des Landtags herzlich Dank sagen. Sie sind unverzichtbar für die Arbeit dieses Landtags, unverzichtbar für die Arbeit der Abgeordneten. Ich möchte ausdrücklich auch dafür Dank sagen, daß von seiten der Beschäftigten der Landtagsverwaltung auch Verständnis dafür aufgebracht wird, daß in diesem Jahr – wie von mir angesprochen – ein weiteres Mal die Mittel für die Landtagsverwaltung gekürzt werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da die Modelle der dezentralen Budgetverantwortung in diesem Haushalt eine größere Rolle spielen, was Gerichte, Staatsanwaltschaften, globalisierte Haushalte an Universitäten, an Fachhochschulen und in der Landesforstverwaltung angeht, muß sich das Parlament mit diesem Thema verstärkt auseinandersetzen. Für den Landtag stellt sich dabei auch die Frage der Veränderung seiner Steuerungs- und Kontrollbefugnisse. Sie werden nicht geringer, meine Damen und Herren, aber sie werden anders und anspruchsvoller.

Für mich ist eines ganz klar: Das Parlament muß sich in dieser Frage mehr als Motor und nicht als Bremser verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Wir werden zu Vereinbarungen mit der Landesregierung kommen müssen, in welchem Umfang dezentral Budgets veranschlagt werden und inwieweit es erforderlich ist, zentrale Steuerungsreserven zurückzuhalten,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das Manuskript umdrehen!)

mit denen auf Ungewißheiten in der Entwicklung des Haushalts reagiert werden kann. Wir werden zu Vereinbarungen kommen müssen, in welchem Umfang eingesparte Personal- und Sachmittel übertragen werden können und in welchem Umfang es Effizienzrendite für das Land gibt. Wir brauchen für die budgetierten Bereiche ergebnisoffene Zielvereinbarungen und die Kontrolle ihrer Einhaltung durch ein entsprechendes Berichtswesen.

Die liberalen Grundmotive von Freiheit, Eigenverantwortung und Leistung, auf die Verwaltung angewandt, bedeuten möglichst selbständig, eigenverantwortlich arbeitende Einheiten auf der unteren Verwaltungsebene

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

und eine möglichst weitgehende Verlagerung der Zuständigkeiten nach unten.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das ist jetzt aus der Präambel des FDP-Grundsatzprogramms!)

Dezentrale Budgetverantwortung, notwendigerweise verbunden mit Kosten- und Leistungsrechnungen, Berichtswesen und Controlling, ist geeignet, die Leistungsbereitschaft, die Flexibilität, die Motivation der Verwaltungen, der Chefs sowie der Mitarbeiter zu stärken. Sie führt zu mehr Kostentransparenz, zu mehr Kostenbewußtsein und ist damit auch die Voraussetzung weiterer Konsolidierungserfolge.

Mit der Einführung dieses Instrumentariums ändert sich zugleich die Art der politischen Steuerung. Mit der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung und mit entsprechenden Produktdefinitionen werden die Ergebnisse des Verwaltungshandelns sowohl im Vergleich zu anderen wie auch im Zeitvergleich meßbar. Dies erlaubt eine Konzentration der politischen Steuerung auf ergebnisorientierte Zielvereinbarungen und die Kontrolle ihrer Einhaltung. Globalsteuerung auf der Basis politischer Prioritätensetzung drängt eine Steuerung durch Eingriffe im Einzelfall zurück.

Meine Damen und Herren, mir war es wichtig, dies so ausführlich darzustellen,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir bedanken uns!)

weil wir in diesem Jahr auch im Landtag verstärkt in den Bereich der Budgetierung einsteigen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich möchte mich natürlich ebenso wie der Kollege Jacobi bei allen Fraktionen dafür bedanken, daß wir zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen sind, möchte aber nicht versäumen, zum Antrag der Republikaner

(Abg. Deuschle REP: Ja, hoffentlich!)

nur eines zu sagen: Ihr Rechtsbewußtsein ist jenseits von Gut und Böse.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Im Finanzausschuß wollten Sie der FDP/DVP-Fraktion das Geld streichen. Jetzt haben Sie den Antrag auf die Partei umformuliert. Kümmern Sie sich doch endlich um Ihren eigenen Laden, und geben Sie in diesem Jahr Ihre Rechnungslegung auch einmal pünktlich ab!

(Zurufe)

Abschließend, Herr Präsident, möchte ich mich bei Ihnen und allen Mitarbeitern des Landtags für die geleistete Ar-

(Drautz)

beit bedanken. Ich hoffe, daß in Zukunft im Plenarsaal nicht nur der württembergische Hirsch, sondern auch wieder der badische Greifer poliert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Drautz für Baden!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die Fraktion Die Republikaner dankt den Damen und Herren der Landtagsverwaltung für ihre treuen Dienste.

Der Landtag muß in diesem Jahr Einsparungen in der Höhe von 800 000 DM erbringen. Wir halten dies gerade noch für verkraftbar und werden dem Einzelplan 01 zustimmen. Sollten im Laufe der Haushaltsnachträge noch weitere Einsparungen auf den Landtagsetat zukommen, darf dies nicht allein zu Lasten der Mitarbeiter gehen. Dann wäre die Frage zu stellen, ob die von CDU, SPD, FDP/DVP und Grünen beschlossene und zum 1. Juni 1998 wirksame Diäten-erhöhung um 2 % wirklich in die jetzige Landschaft paßt und auch vollzogen werden soll.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Verzichten Sie darauf?)

Darüber hinaus empfehlen wir dem Landtagspräsidenten, den Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Köln vom 19. November und 20. Dezember 1997 Rechnung zu tragen

(Abg. Drautz FDP/DVP: Gebt lieber eure Rechnungslegung ab!)

und die Zahlungen an die FDP/DVP aus der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien unverzüglich zu stoppen.

(Beifall des Abg. Käs REP)

Bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Auszahlungen für das Jahr 1996, um die es hier geht, müssen die bereits an die FDP/DVP ausgezahlten Gelder mit noch ausstehenden oder zu erwartenden Zahlungen des Landtags verrechnet werden. Ich verweise darauf, daß das angesprochene Verwaltungsgericht Köln nur aus formalen Gründen nicht auf die vorläufige Rückforderung der durch die jeweiligen Landtage gewährten Mittel entschieden hat.

Nachdem nun die Landtage in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Auszahlung der Wahlkampfkostenerstattung an die FDP zurückbehalten haben, fordern wir, die zu Unrecht ausbezahlten Beträge an die FDP/DVP mit den Erstattungen aus dem Jahr 1998 zu verrechnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Der dann anfallende Betrag von 458 000 DM soll nicht auf die anderen Parteien umgelegt werden, sondern soll zu Einsparzwecken hier im Landeshaushalt verwendet werden.

Nachdem 1994 bei gleichgelagertem Sachverhalt die von uns, den Republikanern, erhaltenen Beträge mit späteren Zahlungsansprüchen verrechnet wurden, muß auch im vor-

liegenden Fall im Sinne der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Chancengleichheit der politischen Parteien in gleicher Weise verfahren werden. Es darf hier keine Besserbedienung und Besserbehandlung einer Regierungsfraktion geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Der Landtag hat sich am 11. Dezember 1997 eine neue Geschäftsordnung gegeben. Ziel unserer Fraktion war eine moderne Geschäftsordnung, die zu einer größeren Effizienz der Landtagsarbeit und zu einer besseren Beteiligung der kommunalen Landesverbände führen sollte. Wir begrüßen es ausdrücklich, daß bei den jetzigen Haushaltsberatungen erstmalig eine Anhörung kommunaler Landesverbände durchgeführt wurde. Dies geht uns Republikanern aber nicht weit genug. Wir werden auch weiter auf eine Änderung des § 50 a der Geschäftsordnung in dem Sinne drängen, daß den kommunalen Landesverbänden eine Widerspruchsmöglichkeit gegen eine kommunalrelevante Gesetzesvorlage mit der Maßgabe eingeräumt wird, daß der Landtag in seiner Gesamtheit über die Einwände zu beschließen hat.

Wir erwarten auch, daß durch die von allen Fraktionen getragenen Änderungen in der Debattenstruktur die Diskussionen aktueller und spannender werden. Wir lehnen aber auch weiter öffentliche Ausschußsitzungen ab, da diese zu Fensterreden mißbraucht werden und dadurch eine effektive Ausschußarbeit verhindert wird.

Was die Verkleinerung des Landtags betrifft, wären nun die Koalitionsfraktionen eigentlich mit konkreten Vorschlägen an der Reihe. Wir Republikaner versperren uns nicht sachlichen Lösungsvorschlägen und verweisen hier auf unseren Gesetzentwurf vom Frühjahr 1996, der damals auch von FDP/DVP und Grünen mitgetragen wurde.

In der vorjährigen Haushaltsdebatte habe ich das Thema Enquetekommission „Föderalismus“ angesprochen. Dabei sollte die Kompetenzverteilung zwischen den Ländern, zwischen Bund und Ländern und mit Europa hier erörtert werden. Der Kollege Stächele von der CDU hatte freundlicherweise diesen Vorschlag aufgenommen. Wir Republikaner halten nach Abschluß der jetzigen Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ eine Enquete „Föderalismus“ für notwendig. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Landtags diesen Vorschlag aufnimmt.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2401.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2441.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag ab. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2441, ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0101 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Kapitel 0101 und damit der Haushaltsplan des Landtags ist in Zweiter Beratung einstimmig verabschiedet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 c** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2403

Berichterstatter: Abg. Kielburger

Der Berichterstatter begehrt das Wort nicht. Wir kommen damit zur Aussprache.

Für die Beratung des Einzelplans 03 hat das Präsidium eine Gesamtredezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei auch hier eine nach Fraktionsstärke gestaffelte Redezeit hinzukommt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. List das Wort.

Abg. List CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Haushalt des Innenministeriums ist eine Reihe wichtiger landespolitischer Aufgaben enthalten. Das heißt, sie sind dort abgesichert. Dazu möchte ich einige grundsätzliche Ausführungen machen.

Erstes Thema: Innere Sicherheit. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu gewährleisten, sie vor Kriminalität zu schützen, Recht und Ordnung als Grundlage menschlichen Zusammenlebens zu sehen ist eine der ganz wichtigen Aufgaben der Landespolitik. Wir nehmen die Empfindungen und Sorgen der Menschen sehr ernst, ihren verständlichen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Die notwendigen Mittel für die innere Sicherheit müssen bereitgestellt werden, das heißt zunächst natürlich für unsere Polizei, für die wir zuständig sind. Es ist ein beachtliches Ergebnis, daß in Zeiten schwieriger Finanzverhältnisse, über die wir heute ja schon viel gehört haben, die Haushaltsmittel für die Polizei weitgehend von Einsparungen ausgenommen werden konnten und wir damit beweisen, welchen Stellenwert wir der inneren Sicherheit und dem Schutz der Menschen vor Kriminalität in unserem Land geben. Diese Mittelbereitstellung bedeutet, daß unsere Strukturprogramme weitergeführt werden.

Das erste Strukturprogramm ist das Besoldungsstrukturprogramm

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Mini-Ausgabe!)

für die Polizei. Wir halten an diesem mehrjährigen Besoldungsstrukturprogramm fest, können allerdings im Blick

auf die äußerst angespannte Finanzsituation den ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen nicht einhalten, sondern müssen, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren, eine gewisse Streckung vornehmen.

Das zweite ist das Technikstrukturprogramm, womit wir in mehrjähriger Umsetzung die Ausstattung der Polizei wesentlich verbessern werden.

Das dritte schließlich ist die Fahrzeugbeschaffung, für die in diesem Doppelhaushalt doch beachtliche Mittel bereitstehen.

Zur inneren Sicherheit und zur Polizei gehört auch die Polizeireform, die wir Schritt um Schritt umsetzen werden. Die Polizeireform hat als wesentlichen Inhalt die Delegation von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf nachgeordnete Dienststellen, also eine deutliche Verschlankung in den Stäben und Direktionen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Unzureichend!)

Dadurch erreichen wir vor allem mehr Präsenz der Polizeibeamten in unseren Städten und Gemeinden und damit ein höheres Maß an Sicherheit.

Wir wollen auch die Budgetierung, die ja im Polizeibereich in den Pilotprojekten wesentliche Fortschritte gezeigt hat, Stück um Stück möglichst zeitnah flächendeckend umsetzen. Wir haben hierzu zusammen mit dem Koalitionspartner einen Entschließungsantrag eingebracht, der vorsieht, spätestens konkret im Rahmen der Nachtragsberatungen die Budgetierung in allen Polizeibereichen festzulegen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt, um hier auch zu Vereinfachungen zu kommen, aber auch um vor Ort die Verantwortlichkeit zu stärken, die Eigenverantwortung zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte zur Polizei noch einen Bereich ansprechen, der uns besonders wichtig ist. Der Innenminister hat hier in einer Vorreiterfunktion für die ganze Bundesrepublik die Frage der kommunalen Kriminalprävention aufgegriffen. Er ist ja jetzt bei der Innenministerkonferenz in seinem Bestreben sehr deutlich bestätigt worden. Ich halte es für einen ganz wichtigen Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit, vor Ort, bei den Großstädten beginnend über die Mittelstädte bis hinunter zu den kleineren Kommunen, nach dem Prinzip, Kriminalität erst gar nicht entstehen zu lassen, ein Zusammenwirken der Kräfte zu erreichen, die vor Ort maßgebend sind, um die innere Sicherheit zu erhöhen. Das ist vor allem die Polizei, das sind die Kommunalverwaltungen, die Schulen, die Kirchen und letztlich die Bürger, bei denen wir das bürgerschaftliche Element aktivieren können. Diese Idee ist nicht nur in Baden-Württemberg, wenn in Baden-Württemberg auch in besonders ausgeprägtem Maße, sondern auch in der ganzen Bundesrepublik auf fruchtbaren Boden gefallen. Ich meine, wir haben allen Anlaß, dem Minister sehr herzlich dafür zu danken, daß er diese Initiative ergriffen und sie schon zu guten Ergebnissen geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

(List)

Das zweite Thema, meine Damen und Herren, ist der Feuerschutz. Die Feuerwehr in unserem Land mit immerhin etwas mehr als 100 000 Aktiven, und zwar zwischenzeitlich auch Frauen, also Frauen und Männern, ist ein ganz maßgebliches ehrenamtliches Element in unseren Städten und Gemeinden. Ich denke, wir haben zusammen mit der Feuerwehrführung einen fairen Kompromiß zwischen den Bedürfnissen der Feuerwehr einerseits und der Finanzenge in der Aufgabenerfüllung andererseits gefunden. Wir wissen, daß die Kommunen die Aufgabe des Brandschutzes in vorbildlicher Weise wahrnehmen, und wir wissen auch, daß zwischenzeitlich die technischen Hilfeleistungen unserer Feuerwehren mehr Arbeit und mehr Aufgaben bringen als der traditionelle Brandschutz. Wir vertrauen den Feuerwehren und wollen ihnen auch für ihre Aufgabenerfüllung die notwendigen Mittel bereitstellen.

Das dritte Thema, meine Damen und Herren, betrifft die Aufnahme von Asylanten und Bürgerkriegsflüchtlingen. Ich möchte vorweg eine wichtige Bemerkung machen: Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land, und auch Baden-Württemberg ist ein ausländerfreundliches Land. Wer politisch verfolgt wird, wird bei uns Aufnahme finden. Aber die Aufnahme muß auf diesen Tatbestand beschränkt werden. Die neue Unterbringungskonzeption, die wir vor wenigen Wochen verabschiedet haben, bringt eine wesentliche Verbesserung und auch eine Kosteneinsparung. Die größte Kosteneinsparung – das muß man sagen – hat der Asylkompromiß vor wenigen Jahren gebracht. Es ist unvorstellbar, wie es sich auf den jetzigen Landeshaushalt auswirken würde, wenn dieser jahrelang vor allem von SPD und Grünen blockierte Asylkompromiß nicht geschlossen worden wäre. Wir haben in den Jahren 1993 und 1994 immerhin jeweils fast 1 Milliarde DM für diesen Bereich bezahlt. Das wäre heute nicht mehr darstellbar.

Das Land Baden-Württemberg hat auch bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien, weit mehr als alle anderen Länder getan, und die Bundesrepublik hat mehr getan als alle anderen europäischen Länder zusammen. Nun sind die Fluchtgründe weggefallen. Deshalb hat der Steuerzahler in unserem Land einen Anspruch darauf, daß diese Bürgerkriegsflüchtlinge wieder dorthin zurückgeführt werden, woher sie kommen. Ich möchte ausdrücklich namens der CDU-Fraktion dem Innenminister für seine konsequente Haltung bei der Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge danken. Ich denke, daß das, gerade wenn wir über Finanzen reden, ein außerordentlich wichtiger Aspekt ist.

Viertes Thema, meine Damen und Herren, ist die Verwaltungsreform. Wir halten die Verwaltungsreform für ein außerordentlich wichtiges Anliegen gerade in dieser Legislaturperiode.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Warum machen Sie das nicht?)

Wir haben zusammen mit dem Koalitionspartner schon beachtliche Schritte erzielen können, beispielsweise zu Behördenstandorten und der Behördenzusammenführung, bei der Reduzierung des Personals bei den Regierungspräsidien und beim Aufgabenabbau. In diesem Zusammenhang muß auch das Thema weiterer Eingliederungen von Sonderbehörden in die Regierungspräsidien noch einmal sorg-

fältig geprüft werden, aber auch die Frage, ob wir in die unteren Verwaltungsbehörden noch zusätzliche Eingliederungen vornehmen können, nachdem das zum Teil heftig umstrittene Vorhaben der Eingliederung der Wasserwirtschaftsverwaltung, der Gesundheitsverwaltung und der Veterinärverwaltung wirklich reibungslos vonstatten gegangen ist, hervorragende Synergien freigesetzt und im Land zu einem guten Ergebnis geführt hat. Dieses Ergebnis sollte uns ermuntern, die Eingliederung weiterer Sonderbehörden im unteren Verwaltungsbereich, aber auch im Bereich der Mittelbehörden ganz konkret anzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Verwaltungsreform gehört auch die weitere Delegation von Aufgaben auf untere Ebenen. Dazu gehört die Deregulierung – wir haben schon ein ganz beachtliches Bündel an Deregulierungsmaßnahmen erreicht –, und dazu gehört auch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die ja in der Lage und bereit ist, in einem fairen Finanzierungsabgleich weitere Aufgaben zu übernehmen.

Damit bin ich bei meinem letzten Thema, nämlich dem Verhältnis des Landes zu seinen Kommunen; das Innenministerium ist ja zugleich Kommunalministerium. Wir haben seit vielen Jahren eine hervorragende Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen.

(Lachen des Abg. Redling SPD – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Das stimmt doch!)

Daß jeder seine Interessen nachdrücklich wahrnimmt, liegt in der Natur der Sache.

– Herr Kollege Redling, Sie müssen einmal mit den Bürgermeister- und Oberbürgermeisterkollegen in anderen Bundesländern, etwa in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, sprechen. Sie erklären Ihnen beispielsweise: „Wenn wir die gleiche Finanzverteilung hätten, wie Sie sie in Baden-Württemberg haben, wären wir glücklich.“

(Abg. Redling SPD: Ich rede mit den Bürgermeistern im Land!)

Ich bleibe dabei: Wir nehmen die kommunale Selbstverwaltung und die Ausstattung der Kommunen sehr ernst, und wir haben Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb wollen wir auch die Eigenverantwortung der kommunalen Ebene stärken.

Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, beispielsweise bei der Deregulierung, wo wir auf Vorgaben und Reglementierungen verzichten und der kommunalen Ebene die Entscheidung überlassen. Ich bin gespannt, wie Sie reagieren, wenn wir demnächst die weitere Liberalisierung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit im Landtag beraten, und ob Sie bereit sind, da den Kommunen mehr Vertrauen entgegenzubringen als in der letzten Legislaturperiode, als Sie ja geblockt haben.

Ich denke, wir dürfen Vertrauen in die kommunale Ebene haben. Wir dürfen das Vertrauen haben, daß die gewählten Gemeinderäte, die Bürgermeister und die Oberbürgermeister ihre Aufgabe genauso verantwortungsbewußt wahrnehmen wie Gewählte auf höheren Ebenen.

(List)

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Partnerschaft mit den Kommunen und sind bereit, den Kommunen weitere Aufgaben zu übertragen und Reglementierungen zurückzunehmen, um der kommunalen Selbstverwaltung zusätzliche Substanz zu geben. Wir wissen uns in diesem Bestreben einig mit dem Innenminister unseres Landes, dem wir dafür danken, daß er das, was wir empfinden, als Intention aufnimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich meine Ausführungen zum Einzelplan 03 beginne, möchte ich allen Beschäftigten im Bereich des Innenministeriums für die geleistete Arbeit danken, auch denen, die ehrenamtlich tätig sind, zum Beispiel bei den Feuerwehren, die ihre Arbeit in einer schweren Zeit leisten und manchmal von ihren Dienstvorgesetzten und ihren obersten Dienstvorgesetzten nicht die Unterstützung bekommen, die sie eigentlich verdienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Koalitionspartner sind bereit, über die vorgesehene Stellenhebung von derzeit 35 % auf 50 % im gehobenen Dienst hinaus weitere Hebungen von Besoldungsgruppe A 8 nach A 9 vorzunehmen, um dem demographischen Aufbau besser zu entsprechen. So die Koalitionsvereinbarung zwischen FDP/DVP und CDU. Sie wollten also den Anteil im gehobenen Dienst in fünf Jahren von 35 % auf 50 % erhöhen, das heißt pro Jahr 750 Hebungen vornehmen. Der Kollege Kluck, der im Augenblick durch Abwesenheit glänzt, hat auf die Frage, ob sich das Tempo bei der Verbesserung für die Polizei verlangsamen werde, noch geantwortet: „Nein, das Tempo darf sich nicht verlangsamen; denn dadurch würde die innere Sicherheit gefährdet.“

Wie sieht die Realität aus, meine Damen und Herren von der Koalition? 1997 haben Sie 450 Hebungen vorgenommen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist doch etwas!)

1998 sind 450 Hebungen beabsichtigt, 1999 sind 450 Hebungen beabsichtigt. Das heißt, daß Sie in den drei Jahren, in denen Sie volle Verantwortung tragen und getragen haben, schon ein Defizit von 900 Stellen haben.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Eine neue Brille kaufen!)

Das heißt, Sie haben den Beamten Versprechungen gemacht und haben sie um ihren gerechten Lohn betrogen.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Umgangssprachlich sagt man dazu: ver . . . Ich will es einmal parlamentarisch sagen: Sie haben sie hinters Licht geführt. Deshalb fordere ich Sie auf: Kommen Sie doch endlich zur Vernunft. Geben Sie den Polizeibeamten entsprechend ihrer Qualifikation, entsprechend ihrem Einsatz und auch entsprechend den Anforderungen an diesen Beruf die gerechte Bewertung. Denken Sie darüber nach, ob man nicht die zweigeteilte Laufbahn auch in Baden-Württemberg einführen muß.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Kluck, Sie können dann entsprechend dafür tätig werden. Wenn Sie aber mit den Polizeibeamten weiter so verfahren wie bisher, daß Sie zum Beispiel die jährliche Sonderzuwendung, das Weihnachtsgeld, einfrieren, wenn Sie die Erhöhungen ihres Entgelts hinter die tariflichen Erhöhungen zurückfallen lassen, wenn Sie die besondere Altersgrenze bei Polizeibeamten anheben, wenn Sie – was Sie gemacht haben – deren Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 40 Stunden erhöhen, dann werden wir alle Gefahr laufen, daß die sehr hochmotivierten Beamten, denen Sie ja immer sprechblasenhaft danken, irgendwann einmal die Nase voll haben werden. Wir werden die Polizei als Wertevermittler, der sie ja heute in unserer Gesellschaft ist, dann nicht mehr haben. Dieser Teil unserer Gesellschaft wird wegbrechen, und diejenigen, die jeden Tag den Kopf für unseren Staat hinhalten, werden dann für ihre Arbeit geprügelt werden. So sollten wir und sollten vor allem Sie nicht mit den Menschen umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Technikstrukturprogramm haben Sie, Herr List, groß ausgeführt, im Haushalt 1998/99 seien je 20 Millionen DM dafür vorgesehen. Nein, Sie haben ja Änderungen nachgeschoben. Sie haben die Beträge auf 18 Millionen DM reduziert. Wenn man dies isoliert betrachtete, müßte man sagen: „Pfundskerle! 18 Millionen DM mehr für die Technik.“ Aber jede Medaille hat zwei Seiten, so auch diese hier: Den Haushalt muß man in der Entwicklung sehen. Wenn man nämlich sieht, daß Sie im Rumpfhushaltsjahr 1996 und im Jahr 1997 in diesem Bereich nichts getan haben und jetzt groß kommen und sagen: „Wir tun etwas“, dann sagt man zu solchen Leuten: Schaumschläger. Sie handeln hier, meine ich, nicht entsprechend den Anforderungen, die gerade im Bereich der Polizei erforderlich sind.

Gehen wir weiter. Die Reform der Polizeiorganisation wurde vor acht Tagen groß verkündet, Herr Minister. Ich möchte daran erinnern. Mummert + Partner haben im Gutachten vorgeschlagen: radikaler Schnitt, LPDs auflösen. Der Vorschlag aus dem Innenministerium unter Minister Birzele und der von der AG „Präsenz“ hat dann eine Verschlankung vorgesehen – also keine Auflösung –, um die Präsenz vor Ort zu erhöhen. Einige der Vorschläge, die dabei zur Präsenzsteigerung herausgekommen sind, haben Sie auch umgesetzt. Andere sind nur angekündigt worden. Sie, Herr Schäuble, haben diese jetzige Reform in einer Presseerklärung als zukunftsweisend bezeichnet. Ich bezweifle aber, daß Sie das Ganze auch richtig verstanden haben.

(Abg. Hehn CDU: Zweifeln Sie ruhig weiter! Wir machen es halt!)

Aus den allgemeinen Feststellungen, daß man, wenn man sich entscheiden will, wohin man geht, weiß, woher man kommt – Oder anders ausgedrückt: Erst wenn ich aus der Vergangenheit weiß, was ich da getan habe, kann ich mich für die Zukunft entscheiden. Herr Schäuble, Sie machen es andersherum. Sie sagen: „Ich entscheide zukünftig genau-

(Redling)

so, wie ich in der Vergangenheit entschieden habe.“ Dies kann, da sich die Welt bewegt, jedenfalls nicht richtig sein.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen:
Was bewegt sich?)

Herr Schäuble, es gibt gute Ansätze im Bereich der Polizeiorganisation. Aber Ihre groß angekündigte Reform ist höchstens ein Reförmchen. Oder, um einen anderen Vergleich zu nehmen: Ihre Reformankündigung stellt sich so klein wie die Sandelbackformen der Kinder im Sandkasten dar.

Solange wir nicht leistungsfähige Polizeidirektionen haben, also eine bestimmte Größe der Polizeidirektionen, solange nicht überall in den Polizeidirektionen die dezentrale Budgetverantwortung und -handhabung eingeführt ist, solange die Aufgaben nicht wirklich von oben nach unten delegiert werden, können Sie Ihre Organisationsreform vergessen. Das kann man nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag oder, wie ich gehört habe, auf das Jahr 1999 verschieben. Wenn man weiß, daß ein Instrument erprobt ist, daß zum Beispiel die dezentrale Budgetverwaltung in Konstanz und in Villingen-Schwenningen gut läuft, dann schiebt man das nicht noch einmal drei Jahre hinaus, sondern setzt es gleich um.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber, Herr Schäuble, ich will Sie auch ausdrücklich loben,

(Abg. Hehn CDU: Gut!)

und zwar dafür, daß Sie das, was Innenminister Birzele angefangen hat, nämlich die kommunale Kriminalprävention, fortgeführt haben. Sie haben gemerkt, daß dies ein Schlüssel ist, um die Kriminalität bei uns im Land wirksam zu bekämpfen. Machen Sie so weiter.

Man muß darüber hinaus sogar darauf drängen, daß im Bereich der Kommunen mehr Zug dahinter kommt. Die Kommunen müssen noch mehr gefördert und in die Richtung gedrängt werden, daß sie diese kommunale Kriminalprävention auch umfassend durchführen.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Sorgen bereitet mir allerdings, Herr Schäuble und meine Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, daß Sie in den Jahren 1998 und 1999 je 100 Ausbildungsstellen bei der Polizei abschaffen wollen. Wir haben beim jetzigen Einstellungsjahrgang einen Frauenanteil von 30 %. Das heißt, spätestens in zehn Jahren werden wir pro Jahrgang etwa 30 % Polizeibeamtinnen im sogenannten gebärfähigen Alter haben,

(Oh-Rufe von der CDU)

und wir hoffen ja alle, daß sie dann auch Kinder bekommen. Die Folge wird sein, daß diese Frauen für den Wechselschichtdienst ausfallen, außerdem in der Zeit des Mutterschutzes und des Familienurlaubs. Dann kriegen wir wieder Präsenzprobleme.

(Abg. Hehn CDU: Wo?)

Einerseits sagen Sie, Sie wollten die Präsenz durch die Organisationsreform stärken, andererseits nehmen Sie sehenden Auges in Kauf, daß die Präsenz verringert wird.

(Abg. List CDU: Heiratsverbot!)

– Nein. – Deshalb sind wir für mehr Ausbildung, damit wir, wenn die Frauen dann wirklich in die Familienphase gehen, Ersatz haben, damit wir die Präsenz halten können.

Unser Finanzierungsvorschlag wird für Sie keine neue Sache sein. Dem können Sie, Herr Veigel, Herr Kluck und meine Herren von der FDP/DVP, sicher zustimmen: Den Freiwilligen Polizeidienst, ein Relikt, das nicht mehr zeitgemäß ist, können wir auslaufen lassen. Das Geld, das bisher dafür eingesetzt wurde, können wir viel sinnvoller verwenden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Kluck FDP/DVP: Zu gegebener Zeit! – Abg. List CDU: Erzählt nicht zuviel vom Ehrenamt!)

Zum Stichwort „moderne Verwaltung“ oder auch „Chance in der Krise“: Damit verbinden die Menschen im Land und auch wir im Landtag große Hoffnungen, nicht nur darauf, Kosten einzusparen, sondern darauf, eine leistungsfähigere Verwaltung sowie mehr und bessere Dienstleistungen für die Menschen im Land zu bekommen.

Auf diesem Weg der Kosteneinsparung und der bürgerfreundlichen Dienstleistungen sind unsere Kommunen schon sehr weit. Auch andere Länder sind sehr weit. Aber ich habe das Gefühl, unsere Landesregierung redet und redet und verschiebt sehr viel auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Herr Schäuble, machen Sie als verantwortlicher Minister der Verwaltungsreform Dampf. Beschleunigen Sie das Tempo. Warten Sie nicht alle Versuche in extenso ab. Wenn Sie für die Menschen im Land etwas Gutes tun wollen, dann setzen Sie die Verwaltungsreform sehr bald um.

Um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die Verwaltungsreform besser umgesetzt werden kann, haben Sie das Regierungspräsidium Karlsruhe untersucht und angekündigt: „Aufgrund dieser Untersuchung werden wir ein Drittel der Stellen einsparen können.“ Wenn ich mir aber im Haushalt die Ansätze für die Regierungspräsidien anschau – 1997 220 Millionen DM, 1998 212 Millionen DM und 1999 215,5 Millionen DM –, wenn ich mir den Stellenplan dazu ansehe, stelle ich fest, daß Sie diese Ankündigung nicht umgesetzt haben. Sie haben Ankündigungen vorgenommen. Sie haben die Backen aufgeblasen und die Lippen gespitzt, das Pfeifen aber haben Sie, Herr Schäuble, vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hehn: Wollen Sie die Leute entlassen?)

– Es gibt andere Möglichkeiten.

(Zuruf: Welche?)

Herr Schäuble, Sie erinnern sich sicher noch an den Landesfeuerwehrtag im September 1997, an Ihre Versöhnungsrede gegenüber den Feuerwehrleuten. Sie wurde von

(Redling)

ihnen positiv aufgenommen. Auch ich habe gedacht: Er hat nach dem Desaster von Waiblingen die Kurve gekriegt.

(Zuruf des Abg. Veigel FDP/DVP)

Ich war froh, daß es anders war. Außerdem – es klingt mir noch in den Ohren – haben Sie den Feuerwehrleuten versprochen: 40, 20, 10, 0.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Ich bin katholisch; ich kann beichten.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Damit wollten Sie ausdrücken, daß die Abschöpfung beim Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer gedeckelt wird. Sechs Wochen später war dies alles nur noch Makulatur. Die realen Zahlen lauten: 27 Millionen DM im Jahr 1998 und 15 Millionen DM im Jahr 1999. Entweder haben Sie, Herr Schäuble, schon damals in Ulm gewußt, daß es anders kommt. Oder die andere Möglichkeit ist, daß Sie der Finanzminister oder jemand anderes so „abgewatscht“ hat, daß Sie sich nicht mehr getraut haben, zu widersprechen.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Beides wäre schlecht für den Innenminister.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Redling, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Er ist am Ende!)

Abg. Redling SPD: Danke. Herr Präsident, noch zwei Sätze zu den Flüchtlingen.

Was die Unterbringung der Flüchtlinge angeht,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

hat die Landesregierung im Oktober durch Gesetz die Aufgaben auf die Stadt- und Landkreise übertragen, allerdings ohne – hier unterscheiden wir uns, Herr List – genügende Mittelausstattung.

(Zuruf des Abg. List CDU)

– Natürlich. – Das heißt, man hat wieder eine Aufgabe vom Land auf die Kommunen, die schon jetzt stark belastet sind, übertragen.

(Zuruf des Abg. List CDU)

– Auf die kommunale Seite.

(Abg. List CDU: Nicht auf die Kommunen! Auf die untere Verwaltungsbehörde!)

– Wenn sie im Kreistag sitzen. Das wissen Sie auch. Der Kreis erhält bestimmte Zuweisungen. Die Menschen sind dennoch da, und man muß ihnen die entsprechenden Leistungen gewähren. Das heißt, es wird, wenn notwendig, aus dem normalen Kreishaushalt finanziert.

Hier zeigt sich jedenfalls symptomatisch, glaube ich, wie Sie mit den Kommunen umgehen: Aufgaben werden nach unten übertragen, allerdings ohne entsprechende Finanzausstattung.

Herr Präsident, letzter Gedanke, Thema Abstimmung. Wir stimmen mit Ihnen, Herr Schäuble, meine Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, überein, daß abgelehnte Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge unter Beachtung der Gesetze wieder zurück in die Heimat müssen. Nur: Wir halten es für unverantwortlich, wenn man zum Beispiel hört, was in Bosnien-Herzegowina abläuft, diese Menschen ohne konkrete Einzelfallprüfung abzuschieben.

(Oh-Rufe von den Republikanern)

Sie, Herr Schäuble, waren dort und müßten besser wissen, was dort eigentlich geschieht. Sie können Menschen nicht in ethnisch andere Gebiete abschieben,

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

ohne daß sie an Leib und Leben gefährdet sind.

(Zurufe von den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, Sie wollten noch zwei Sätze sprechen.

Abg. Redling SPD: Es sind zwei Sätze gewesen, allerdings zwei lange, Herr Präsident.

(Zuruf)

– Ich weiß. Aus Ihrem nationalistischen Gedankengut heraus

(Beifall des Abg. Wilhelm REP – Abg. Wilhelm REP: Jawohl!)

können Sie dazu natürlich nichts anderes sagen.

Herr Schäuble, ich hoffe auch im Hinblick auf den Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben,

(Abg. Haasis CDU: Guter Antrag! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

daß Sie auch unsere anderen Gedanken aufgreifen und später entsprechend einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde zu den drei Themen Verwaltungsreform, innere Sicherheit und Kommunalverfassung Stellung beziehen. Meine Kollegin Renate Thon wird nachher zum Ausländerbereich und zum Asylrecht Stellung beziehen.

(Abg. Wilhelm REP: Darauf freuen wir uns schon!)

Zum Thema Verwaltungsreform: Verwaltungsreform, Herr Schäuble, ist mehr als Stellenstreichen. Dies scheinen diese Landesregierung und die Koalitionsfraktionen vergessen zu haben.

(Abg. Hehn CDU: Das haben wir voriges Jahr gemacht! Wo waren Sie da? Im Urlaub?)

(Hackl)

Wie sieht denn die bisherige Bilanz aus? Es wurden viele Stellen gestrichen, es wurden Behörden geschlossen; Strukturen wurden aber nicht verändert. Das Resultat ist keine schlanke, sondern eine skelettierte Verwaltung.

(Abg. Hehn CDU und Abg. Kluck FDP/DVP: Eine was?)

– Das Resultat – Herr Kluck, hören Sie zu! – ist keine schlanke, sondern eine skelettierte Verwaltung.

Ich komme zum ersten Beispiel, den Regierungspräsidien. Anstatt die überholten Strukturen von Ministerien, Regierungspräsidien und Landkreisen anzugehen und eine Ebene zu streichen, werden bei den Regierungspräsidien 30 % der Stellen gestrichen. Daß man dort dann noch richtig arbeiten kann, ist sehr stark zu bezweifeln. Wir schlagen deshalb vor, die Kommunen zu stärken und eine starke regionale Ebene mit Parlamenten zu schaffen, und erreichen so strukturelle Einsparungen ohne Qualitätsverluste.

Zweites Beispiel, wo Strukturen nicht verändert werden: In der Straßenbauverwaltung werden Ämter zusammengelegt; dort wird aber weder eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Struktur geschaffen, noch wird die bestehende Doppelstruktur abgebaut. Für die Autobahnen sind nach wie vor die Autobahnämter und das Landesamt für Straßenwesen zuständig, für den Rest – von den Bundes- bis zu den Kreisstraßen – dagegen die Regierungspräsidien und die Straßenbauämter. Eine sehr teure Doppelstruktur wird so konserviert. Merke: Es war schon immer etwas teurer, eine reformunwillige Landesregierung zu haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Neben den Strukturen muß bei der Verwaltungsreform auch die Beschäftigungssituation berücksichtigt werden. Die Chance, mit Einstellungsteilzeit oder der Verschiebung der Antragsaltersgrenze trotz Stellenabbau zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, hat diese Landesregierung nicht genutzt. So bleibt vielen jungen Menschen der Einstieg in das Berufsleben verbaut.

Ich fordere Sie daher auf, diesen Fehler zu korrigieren und bei den diesjährigen Tarifverhandlungen im Konzert der Länder für eine vernünftige Altersteilzeitregelung einzutreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Verwaltungsreform ist mehr als das Streichen von Stellen, nämlich die Veränderung von Strukturen und die Einbeziehung der Beschäftigungssituation. Das haben Sie bisher nicht beachtet.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Zum Punkt innere Sicherheit: Wir unterstützen die Landesregierung überall dort, wo es darum geht, mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Kriminalität vorzugehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr schön!)

Doch im Gegensatz zum Innenminister ist uns dabei nicht jedes Mittel recht. Viele seiner Maßnahmen sind nur für

Schlagzeilen gut, sicherheitspolitisch aber kontraproduktiv, beispielsweise das Acht-Punkte-Programm und die Aktion „Sicherheitsnetz“. Nehmen wir den Einsatz von Bundesgrenzschutzbeamten in den Innenstädten. 70 Bundesgrenzschutzbeamte sollen jetzt in Stuttgart und Mannheim in der Innenstadt für mehr Sicherheit sorgen.

(Abg. Hehn CDU: Ist doch gut!)

Gleichzeitig muß die Landesregierung aber auf eine Anfrage von uns einräumen, daß die Bundesgrenzschutzbeamten bislang überhaupt nicht für einen solchen Dienst ausgebildet sind. Ich frage Sie, Herr Innenminister, ob Sie die Verantwortung dafür übernehmen können, wenn es in unseren Innenstädten aufgrund des nicht angepaßten Verhaltens dieser Beamten zu Zwischenfällen kommt.

(Abg. Käs REP: Das ist doch gar nicht das Problem!)

Diese Politik ist gut für die Schlagzeilen, bringt aber keinen Sicherheitsgewinn in unserem Land.

Zweites Beispiel: Im Acht-Punkte-Programm wird konsequentes Einschreiten gegen Ordnungsstörungen propagiert. Damit soll die Kriminalität im Keim erstickt werden. So will unser Innenminister Methoden aus der Gangsterhauptstadt New York

(Abg. List CDU: Ach was!)

in das Kriminalitätsmusterland Baden-Württemberg übertragen.

Wie sieht es in Baden-Württemberg in der Praxis aus? In manchen Städten hat man schon damit begonnen, diese – in meinen Augen kleinbürgerlichen – Ordnungsvorstellungen aus den fünfziger Jahren umzusetzen. In Ravensburg, meine Damen und Herren, bekommen jetzt Punker wegen Bierholens – nur wegen Bierholens! – einen Bußgeldbescheid. So weit sind wir schon gekommen.

(Lachen bei den Republikanern)

Ich frage mich allerdings, wo hier der Sicherheitsgewinn für unser Land sein soll.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das muß man sich fragen! – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: War das Rothaus-Bier?)

Dort, wo das Land auch in Zeiten knapper Kassen etwas tun könnte, bleiben die Maßnahmen dagegen halbherzig. Ich meine die Polizeireform zur Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort. Mit der jetzt vom Innenminister vorgelegten Reform werden rund 2 000 Stellen für die Präsenz gewonnen. Das ist aber nur etwa ein Drittel von dem, was bei einer konsequenten Polizeireform möglich gewesen wäre. Die Vorschläge – das wissen Sie genau – gingen viel weiter. Mit einer Zusammenlegung von Polizeidirektionen und einer weiter gehenden Zuständigkeitsverlagerung an die Basis hätte man weitere 4 000 Stellen für die Präsenz gewinnen können.

Man kann es auch auf folgende Formel bringen: Statt 4 000 zusätzliche Stellen aus einer konsequenten Organisations-

(Hackl)

reform zu gewinnen, werden 70 Bundesgrenzschützer in unseren Innenstädten eingesetzt. Ich meine, das ist kein gleichwertiger Ersatz.

Unsere Vorschläge bei den Haushaltsberatungen, die allesamt Qualitätsverbesserungen in der inneren Sicherheit zum Ziel hatten, wurden konsequent abgelehnt, zum Beispiel die Einrichtung einer Personalreserve für Polizeibeamte und -beamtinnen im Erziehungsurlaub, mehr Geld für Fortbildung und kommunale Kriminalprävention.

Herr List, Sie reden nur von kommunaler Kriminalprävention, tun aber nichts dafür, und Sie lassen die Kommunen in diesem Bereich weitgehend allein.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. List CDU: Ich glaube, Sie haben keine Ahnung! Keine Ahnung!)

Auch hat Ihnen der Mut gefehlt, sofort in diesem Jahr die notwendige flächendeckende Budgetierung einzuführen, um vor Ort über die sinnvolle Verwendung der knappen Gelder entscheiden zu können.

Meine Damen und Herren, fahrlässig ist es, wenn in Zeiten knapper Kassen die Polizei weiterhin unentgeltlich Dienstleistungen für Dritte erbringt und diese sich dadurch wirtschaftliche Vorteile sichern können. Wir fordern deshalb, daß bei kommerziellen Großveranstaltungen die Kosten für die notwendigen Polizeieinsätze von Veranstaltern erstattet werden.

(Beifall der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fordern die Einführung von Polizeigebühren bei kommerziellen Großveranstaltungen, auch wenn dies dem VfB-Präsidenten Mayer-Vorfelder nicht gefallen wird.

(Abg. List CDU: Das ist ein Dogma! Wenn Sie in der Regierung sind, können Sie das mal machen!)

Fazit: Bei der inneren Sicherheit herrscht gefährlicher Aktionismus, und dort, wo sinnvolle Veränderungen möglich wären, fehlen der Mut und die Durchsetzungsfähigkeit.

Ich komme zum Thema Kommunalverfassung. Dabei möchte ich besonders das Thema Bürgerbeteiligung ansprechen.

Jahrzehntlang war Baden-Württemberg führend im Hinblick auf die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Der Vorreiter ist inzwischen zum Nachzügler geworden, der immer mehr abgehängt wird.

Wir schlagen vor, die Bürgerbeteiligung zu verbessern, das heißt, die Themenpalette zu erweitern, Bürgerentscheide auf Kreisebene einzuführen und die Gültigkeit der Abstimmungen nicht mehr von der Anzahl der Abstimmenden abhängig zu machen. Herr List, es ist doch absurd, daß 27 % der Stimmberechtigten in Stuttgart zwar für acht Jahre einen Oberbürgermeister wählen können, daß dieselben 27 % bei einem Bürgerentscheid aber nicht über die Zukunft des Heslacher Hallenbades entscheiden können. Nur 27 % der Stimmberechtigten haben nämlich bei niedriger Wahlbeteiligung in Stuttgart den Oberbürgermeister Schu-

ster gewählt. An diesem Beispiel kann man am besten zeigen, daß die bisherigen Regelungen für den Bürgerentscheid reformbedürftig sind.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Da hat er recht!)

Der bisher vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung geht an den Problemen der Praxis vorbei, denn das Absenken des Eingangsquorums beim Bürgerbegehren, das die Landesregierung vorsieht, ist nicht der Punkt, auf den es bei der Bürgerbeteiligung ankommt. Die dafür notwendigen Unterschriften sind in der Praxis kein Problem.

Viel schwieriger dagegen ist es, das höhere Quorum bei der Abstimmung zu erreichen. Dies könnte die Landesregierung bei einem Blick in die Statistik selbst leicht feststellen. Ein Drittel der Bürgerentscheide scheiterten in den vergangenen Jahrzehnten an dieser Hürde. An dieses Problem traut sich diese Landesregierung allerdings nicht heran. Andere Länder sind da inzwischen weiter, wie etwa der Freistaat Bayern.

(Abg. List CDU: Mit welchem Ergebnis? – Abg. Hehn CDU: Der würde das gern wieder zurücknehmen!)

Vielleicht liegt die Untätigkeit dieser Landesregierung daran, daß sie Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern hat.

Das Fazit der Innenpolitik dieses Innenministers: gefährlicher Aktionismus bei der inneren Sicherheit, wenig Verwaltungsreform und Angst vor dem Bürger bei der Bürgerbeteiligung. Das ist keine überzeugende Bilanz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Einzelplan 03 – Innenministerium – muß zwangsläufig erheblichen Kürzungen unterliegen. Bei den Ausgaben sind dies für 1998 44,5 Millionen DM und für 1999 80,5 Millionen DM. Also steigende Tendenz bei der Haushaltsdisziplin und beim Zwang zum Kürzen, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns den vorliegenden Entwurf der mittelfristigen Finanzplanung bis 2001, die in den letzten Tagen sehr in der Diskussion stand, anschauen, stellen wir fest, daß sich diese Linie, ob wir wollen oder nicht, fortsetzen muß.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 03 und damit die Ausgaben reduzieren sich deutlich. Das ist unserer Ansicht nach sehr notwendig und muß von den Fraktionen der Regierungskoalition auch durchgehalten werden. Eine mittelfristige Anpassung der Ausgaben an sinkende Einnahmen erfordert, wie Herr Ministerpräsident Teufel richtig sagt, eine Politik der Vorsicht. Dies bedeutet aber auch eine Ausnutzung aller Rationalisierungsmaßnahmen und einen nachhaltigen Abbau von Aufgaben und Personal. Dazu gehört, meine Damen und Herren, sehr viel Mut.

(Veigel)

Die Konsolidierung der Haushalte muß weiterhin und immer mehr das Ziel der Finanzpolitik unserer Regierung und der Landespolitik sein und bleiben. Wenn wir heute, morgen und übermorgen den Haushalt 1998/99 des Landes beraten und dann beschließen, müssen wir immer die mittelfristige Finanzplanung im Auge behalten, damit die Nettoverschuldung nicht überdurchschnittlich steigt. Wir müssen also die Zeit nützen, Rationalisierungseffekte vorzubereiten und durchzusetzen, auch im Einzelplan 03 – Innenministerium.

Unsere Fraktion, die FDP/DVP-Fraktion, ist bereit und sagt ihre Mithilfe zu auch für unangenehme Einschnitte in liebgewordene Ansprüche an den Haushalt des Landes wie zum Beispiel Personaleinsparungen und Abbau von überkommenen Aufgaben. Konzentration auf landespolitische Schwerpunkte ist angesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zum Einzelplan 03 – Innenministerium. Hier werden die Ausgaben erheblich gekürzt. Hierzu trägt zu einem wesentlichen Teil die rückläufige Zahl der Spätaussiedler bei. Die Kürzung ist meiner Ansicht nach bei einem Rückgang der Aufnahmeanträge um jetzt 20 % auch gerechtfertigt.

(Abg. Redling SPD: Tolle Leistung der Landesregierung!)

Die Kürzungen sind dem voraussichtlichen Bedarf angepaßt und werden sich in der mittelfristigen Finanzplanung fortsetzen.

Ein wesentlicher Beitrag wird bei der Wasserschutzpolizei geleistet, wo durch gegenseitige Deckungsfähigkeit der sächlichen Verwaltungsausgaben die Bewirtschaftung erleichtert wird – ein kleines Thema einer Vereinfachung. Dies gilt auch bei der Bereitschaftspolizei. Ich habe mich gefreut, daß wir es fertiggebracht haben, beim Aufwand für Infotechnik der Polizei nur 2 Millionen DM einsparen zu müssen. Ich denke, Herr Innenminister, daß gerade hier die Modernisierung von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen fortgesetzt werden muß.

Im übrigen, lieber Herr Redling von der SPD: Da war doch ein Antrag auf Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes. Den haben wir mit einem aufnahmebereiten Ohr gehört, zunächst einmal mit dem linken. Wir sind nach wie vor der Ansicht, Herr Innenminister, daß wir den Freiwilligen Polizeidienst irgendwann einmal abschaffen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. List CDU: Irgendwann einmal! 2030!)

Jetzt sind schon die Mittel eingefroren. Der Minister hat zugesagt, auf Werbemaßnahmen für den Freiwilligen Polizeidienst zu verzichten. Herr Minister, ich bin davon überzeugt, daß Sie dieses Stillhalteabkommen, also den Verzicht auf Werbemaßnahmen für den Freiwilligen Polizeidienst, auch eingehalten haben.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die dezentrale Budgetierung bei der Polizei ist ein Thema, das heute im Laufe der Debatte

über den Einzelplan 03 das Haus bewegt hat. Ich freue mich, Herr Innenminister und meine Kollegen von der CDU-Fraktion, daß es uns gelungen ist, einen umfassenden Antrag für eine landesweite Budgetierung bei der Polizei einzubringen. Ich glaube, meine Damen und Herren, das bringt uns beim Thema dezentrale Budgetverantwortung einen ganz großen Schritt weiter.

(Beifall des Abg. Hehn CDU)

Herr Redling, Sie haben vorhin von der Motivation der Polizeibeamten gesprochen. Wenn Sie mit den Polizeibeamten draußen reden, dann merken Sie, daß die richtig heiß auf diese Selbstbudgetierung sind.

(Abg. Redling SPD: Na eben! Warum machen Sie es denn nicht gleich? Machen Sie es doch!)

Ich glaube, das ist auch ein kleiner Schritt zur Motivation,

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

nicht nur das Bezahlen von Geld, von 100 oder 150 DM im Monat.

(Abg. Redling SPD: Dann machen Sie es doch! Nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern jetzt!)

– Haben Sie unseren Antrag gelesen?

(Abg. Redling SPD: 1999!)

– Das ist nächstes Jahr. Gut Ding will Weile haben. Wir werden dieses Ding durchziehen – da können Sie sagen, was Sie wollen –, und das wird 1999 Realität werden.

(Abg. Redling SPD: Habt ihr für den Freiwilligen Polizeidienst das Geld?)

Nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Feuerwehr. Die Feuerwehr steht natürlich mal wieder im Mittelpunkt des Interesses. Gott sei Dank, Herr Innenminister, meine Damen und Herren, sind die Verteilungskämpfe für 1998 und 1999 zunächst einmal ausgestanden.

(Zuruf: Bis nach der Wahl!)

Die Abschöpfung von 40 Millionen DM im Jahr 1997 war ein einmaliger Vorgang.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wenn Sie dem Herrn Innenminister damals in Waiblingen Wortbruch vorgeworfen haben,

(Abg. Redling SPD: Nein, Ulm!)

so haben Sie damit nicht recht. Wir haben Wort gehalten und unserer Feuerwehr gegeben, was sie dringend braucht und was im Rahmen des Haushalts auch möglich war.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es, genau!)

Was im Rahmen des Haushalts möglich war. Jetzt sind es für 1998 und 1999 nur 27 Millionen DM, so daß in den beiden Jahren jeweils 88 Millionen DM zur Verfügung ste-

(Veigel)

hen. Im Gegensatz zu anderen Bereichen – ich denke hier an den Sport – hat die Feuerwehr angesichts der Haushaltslage eigentlich ganz gut abgeschnitten. Aber, liebe Feuerwehrkameraden, falls welche im Saal sein sollten

(Große Heiterkeit – Zuruf: Und -kameradinnen!)

– und -kameradinnen selbstverständlich –, ich zähle mich auch dazu, das gilt landesweit: Wir sollten uns doch überlegen, wie wir die gegenwärtigen Strukturen unserer Feuerwehren auf den Prüfstand stellen mit den Zielen Mittelleinsparung, Erhöhung der Effektivität und Selbstbudgetierung. Einige Städte in unserem Land, meine Damen und Herren, sind schon auf diesem Weg. Auch aus Kreisen des Feuerwehrverbands heißt es, daß man an neuen Modellen moderner Feuerwehrstrukturen arbeitet. Wir sollten diese Modernisierungsbestrebungen gemeinsam angehen. Ich warne aber auch hier vor Zwang und Reglementierung von oben.

Ich möchte noch kurz auf die Anträge eingehen, die von der Opposition gestellt worden sind. Einerseits muß man sie total ablehnen, andererseits sind Bereiche berührt wie zum Beispiel der Freiwillige Polizeidienst und die Kriminalitätsprävention, ein außerordentlich wichtiges Thema, Herr Kollege List hat es angesprochen. Draußen bei den Gemeinden und Städten tut sich etwas. Ich meine, Herr Kollege Redling, Herr Kollege Hackl, dazu bedarf es keiner Geldspritzen vom Land; mit diesem Thema werden die Gemeinden auch selber fertig, und sie sind mit Eifer dabei.

(Abg. Redling SPD: Der Mann hat keine Ahnung!
Es muß doch jemand machen bei der Polizei!)

Die Grünen machen sich für eine Reduzierung der Personalausgaben bei den Regierungspräsidien und für flächendeckende dezentrale Budgetierung bei der Polizei stark. Auch sind sie, wie gesagt, für die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes. Dem stehen wir Liberale natürlich etwas näher als die CDU.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Die Neoliberalen!)

Herr Minister, Sie haben eine Zwischenbilanz der Verwaltungsreform gezogen. Wir meinen, diese Verwaltungsreform und diese Personaleinsparung dürfen sich nicht nur auf die Regierungspräsidien erstrecken, sondern sie müssen natürlich auch bei den Ministerien ansetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben auch gehört von mehr Freiraum für Kommunen und Wirtschaft durch Deregulierung sowie von Einführung der dezentralen Budgetverantwortung. Deregulierung ist ein Wort, das wir schon einige Male gehört haben und das natürlich insbesondere für die Gemeinden von Bedeutung ist. Dies sollten eigentlich die Schwerpunkte in den kommenden Monaten und Jahren sein.

Die Verwaltungsreformkommission hat gut gearbeitet, Herr Minister. Dabei hat sie auch die Unterstützung der Kommunen gewonnen; das ist meiner Ansicht nach sehr wichtig. Der Kollege List hat vorhin ausgeführt, daß wir die Kommunen für die Verwaltungsreform brauchen, und die Kommunen haben uns auf diesem Sektor auch schon einiges vorgemacht.

Wir bestehen auch darauf, Herr Minister, meine Damen und Herren, daß, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Regionalverbände und die Regierungspräsidien keine Tabuzonen bleiben. Über deren Zukunft muß parlamentarisch und im Lande diskutiert werden, wobei wir meinen, daß hier der Wirtschaftsminister, der Innenminister und nicht zuletzt der Ministerpräsident gefragt und gefordert sind. Unser Fraktionsvorsitzender, Ernst Pfister, hat sich am 19. Dezember 1997 an Herrn Ministerpräsident Teufel und Herrn Wirtschaftsminister Döring mit dem Ansinnen gewandt, bis Mitte 1998 eine Bestandsaufnahme der Region Stuttgart vorzunehmen, und dabei sollen, wie in der Koalitionsvereinbarung steht, die gemachten Erfahrungen ausgewertet werden.

Als zweiten Schritt gilt es, die Regionalkonferenzen auch in anderen Landesteilen durchzuführen. Dabei sollen die Funktionen der Regionalverbände und der staatlichen Mittelbehörden auf den Prüfstand gestellt werden. Hier müssen wir natürlich zäh weiterarbeiten.

Herr Minister, es hat mir ganz besonders gut gefallen, daß Sie ausgeführt haben, wir müßten der Vorschriftenflut, die schon lange auch über die Gemeinden hereingebrochen ist, mit Frechheit begegnen. Dieser Ausspruch hat mich gefreut. Er wird bei den Gemeinden auf Beifall stoßen, denn sie stöhnen natürlich ganz besonders unter der Last der Vorschriften. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, sind gern mit Ihnen frech und ziehen voll mit.

(Heiterkeit – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen:
Was?)

Sollten wir bei der Verwaltungsreform durchgängig Erfolg haben – davon bin ich überzeugt –, wird sich unsere Haushaltssituation in einigen Jahren bestimmt anders darstellen. Also, meine Damen und Herren, frisch ans Werk, Tempo vorlegen. Unsere Unterstützung haben Sie.

Im übrigen stimmen wir dem Einzelplan 03 zu.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/
DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Käs.

Abg. Käs REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Sicht der Republikanerfraktion läßt sich der Innenhaushalt für die nächsten zwei Jahre in drei Teile scheiden: in die Polizei und die Innenverwaltung zum einen, den Verfassungsschutz zum zweiten und drittens in die Eingliederung der Rußlanddeutschen und anderer Gruppen und in den Bereich, den man mit Ausländerpolitik konkret umschreiben könnte. Je nachdem, welchen dieser Bereiche man näher betrachtet, sieht man im Vergleich zum vergangenen Jahr eine gewisse Umkehr oder ein Gegensteuern oder aber auch – das leider viel häufiger – die Fortschreibung einer gewissen Konzeptionslosigkeit, die an dieser Stelle schon öfter zu attestieren war.

Der Haushalt des Innenressorts ist im Polizeibereich nach wie vor an der Wand. Eine grundsätzliche Änderung ist auch in diesem Doppelhaushalt nicht in Sicht. Wir schauen demgegenüber auch heute noch auf einen technischen Nachholbedarf auf vielen Feldern. Überalterte Polizeifahr-

(Käs)

zeuge werden trotz der Änderungen im Haushalt noch immer viel zu schleppend ausgetauscht. Die Polizeidichte wird sich nicht spürbar erhöhen, und manches sinnvolle Programm wird gestreckt, damit wenigstens das Nötigste finanziert werden kann, und andere Programme werden gerade deshalb hektisch umgesetzt. Denken Sie nur an die große Deregulierungsrunde mit ihren teilweise gefährlichen Auswirkungen, die jetzt sichtbar werden.

Ich will nicht verhehlen, meine Damen und Herren, daß es im Haushaltsentwurf gerade im Polizeibereich Ansätze gibt, die die Hoffnung erlauben, es gebe im Innenministerium eine Erkenntnis, wie man die Polizei technisch, personell und nicht zuletzt auch motivationsmäßig auf ein höheres Niveau bringen könnte. Aber alle diese Ansätze, soweit sie überhaupt umgesetzt werden, werden aus der Substanz finanziert. Das heißt, man finanziert sie um den Preis einer – nicht selten schmerzhaften – Einschränkung an anderer Stelle. Es gilt Auto statt Essensgeldzuschuß, es gilt bessere Passivbewaffnung statt Kleidergeldzuschuß. Im übrigen gilt Erhalt vor Ausbau.

Der Sicherheitsetat, Herr Minister, ist ausgemolken. Was durch Umschichtungen gewonnen werden konnte, ist ausgeschöpft. Ein Weitergehen in diese Richtung wird zu selbstverzehrenden Mechanismen führen, die die Leistungsfähigkeit der Polizei beschneiden, während die Moral schon heute belastet ist. Denken Sie zum Beispiel nur an den gestrichenen Kleidergeldzuschuß.

Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Polizei kann deshalb nach Überzeugung der Republikanerfraktion nicht mehr weiter aus einem stagnierenden Sicherheitshaushalt finanziert werden. Spätestens die zu erwartenden Nachtragshaushalte werden zulegen müssen, und was man jetzt versäumt, wird in einem Jahr oder in zwei Jahren sehr viel teurer nachgeholt werden müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist deshalb nicht genug, wenn der Sicherheitshaushalt nur von den Streichungsrunden anderer Haushalte verschont bleibt. Er müßte vielmehr schon heute aufgestockt werden, doch davor schreckt man zurück, sind doch auch im Land die Maastrichter Verschuldungskriterien zum unverrückbaren Dogma erhoben, dem sich anscheinend auch der Anspruch des Bürgers auf Sicherheit unterordnen soll. Das ist eine Fehlentwicklung, wie wir meinen.

(Beifall bei den Republikanern)

Daß das grundsätzliche Problem im Innenministerium durchaus erkannt ist, sieht man manchmal auch an den Versuchen, die Auswirkungen zu kaschieren. So hat man treffsicher erkannt, daß die Polizeidichte im Land den Anforderungen an das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Bürger und den modernen Erfordernissen der Bekämpfung der offenen Alltags- und Einstiegsriminalität nicht mehr entspricht. Doch statt diesem Problem durch eine spürbare personelle Verstärkung der Landespolizei entgegenzutreten, übernimmt man ein Konzept des Bundesinnenministeriums, Beamte aus dem Bereich des Bundes, also des Bundesgrenzschutzes, verstärkt für Aufgaben einzusetzen, die

eigentlich von der Landespolizei zu erfüllen sind. Dies spart vordergründig für eine kurze Zeit zwar Kosten, wirft aber eine Fülle neuer Probleme auf.

Für uns Republikaner steht dabei nicht die Aufweichung der rechtlichen Landeszuständigkeit im Polizeibereich im Vordergrund, sondern wir kritisieren die dahinterstehende Grundhaltung. Tatsächlich kann die uniformierte Bundespolizei auf Dauer eben keine Lösung unserer strukturellen Defizite bewirken. Jeder Grenzschutzbeamte, der in Baden-Württemberg die Aufgabe eines nicht mehr vorhandenen Landespolizeibeamten erledigt, fehlt an den Grenzen, insbesondere an der EU-Außengrenze zu Polen.

(Beifall bei den Republikanern)

Da sich dort die Verhältnisse aber angesichts einer europaweiten Talfahrt der Wirtschaft weiter verschärfen werden, ist sehr bald schon mit einer Verstärkung unserer Grenzsicherung dort zu rechnen, die natürlich zuerst auf Kosten des Einsatzes des Bundesgrenzschutzes hier weit im Hinterland gehen muß. Damit ist das Ende dieses Konzepts schon heute absehbar. Oder sollen wir vielleicht sagen, die Aktion „Flickschusterei“ sei als wahlkampfaktisches Manöver enttarnt?

(Beifall bei den Republikanern)

Es fragt sich dann aber auch, für welchen Preis hier eigentlich Wahlkampf getrieben wird. Selbstverständlich erklärt die Landesregierung laufend, die organisierte Kriminalität aufs schärfste bekämpfen zu wollen. Doch wie sieht dies gerade angesichts der soeben beschriebenen Flickschusterei tatsächlich aus? Es ist doch unbestritten, daß die OK vorwiegend ein importiertes Phänomen ist. „Importiert“ bedeutet dabei aber auch, daß an den Grenzen die beste Möglichkeit gegeben ist, diesen Import zu unterbinden. Wie verbindet sich diese Logik aber mit der gleichzeitigen Verlagerung der Grenzschützer ins Hinterland und der erklärten Politik offener Grenzen?

Man kann diese Dinge drehen und wenden, wie man will, Herr Minister, das Land wird nicht darum herumkommen, eigene, die Mannschaftsstärke der Polizei verstärkende Maßnahmen zu ergreifen und dafür auch mehr Geld auszugeben. Wer bei Ihnen in den Regierungsfractionen die Augen vor der Realität der Gewichtungen im Haushalt des Innenministeriums verschließt, kann sich tatsächlich bequem zurücklehnen und zustimmen. Wer aber sehen will, muß eigentlich nur hinschauen, wie die Realität im Widerspruch zu den Ankündigungen der Landesregierung steht. Dem maastrichtbedingten Sparzwang fällt da so manches zum Opfer – natürlich auch in den anderen Haushalten, nicht nur im Innenhaushalt. Nur bei bestimmten heiligen Kühen legt man die Axt nicht an den Stamm. Als Beispiel für solche heilige Kühe nenne ich auch heute wieder das Landesamt für Verfassungsschutz und die Aufenthaltsverlängerung der hier lebenden

(Unruhe – Zuruf von den Republikanern: Ruhe!)

und in ihrer Heimat so dringend gebrauchten Bosnier aus der Republik Srpska.

(Beifall bei den Republikanern)

(Käs)

Lassen Sie mich mit dem Verfassungsschutz beginnen.

(Anhaltende Unruhe)

Ohne Zweifel besteht ein wachsender Bedarf im Bereich der Spionageabwehr.

(Zuruf von den Republikanern: Wo bleibt die Glocke?)

Unsere alten Freunde im Westen – –

(Anhaltende große Unruhe)

Herr Präsident!

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

Abg. Käs REP: Unsere alten Freunde im Westen und vor allem unsere neuen Freunde im Osten unterlassen nichts, uns auszuspähen. Ganz sicher sogar wächst sich die Bedrohung durch den Ausländerextremismus zu einer echten Gefahr aus. Eine Landesbehörde, deren Zuständigkeit im Grunde genommen an der Landesgrenze endet, kann dagegen keinen Schutz bieten. Man muß also über neue Wege nachdenken.

Die Wirtschaft globalisiert sich und mit ihr die Spionage. Ausländer reisen fast ungehindert durch ein Europa abgebauter Grenzen und mit ihnen der Ausländerextremismus. Denken Sie zum Beispiel an die gerade aktuelle Diskussion über einen möglichen Abschiebestopp für Algerier, weil diese nicht selten in ihrer Heimat wegen terroristischer oder religiös-fundamentalistisch motivierter Straftaten gesucht werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Da ist es doch eigentlich eine Grotteske, daß nun gerade ausgerechnet wir in der Mitte Europas

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

im Gegenzug eine Provinzialisierung der Abwehr betreiben. Die eine Welt der Kriminalität, die eine Welt der Spionage bekämpft man nicht mit Regionalbehörden, meine Damen und Herren.

Uns Republikanern geht es auch mit den Anträgen in diesem Jahr nicht um eine Abschaffung des Verfassungsschutzes an sich. Es geht uns vielmehr um eine Konzentrierung der effektiven und dringend notwendigen Komponenten beim Bundesamt und um eine Einsparung jener Teile des Verfassungsschutzes, die nur dem etablierten Schutz regierender politischer Parteien dienen.

(Beifall bei den Republikanern)

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle vor dem bedrohlichen Aspekt des Verfassungsschutzes gewarnt. Damals habe ich die amtierende Landesregierung noch nicht direkt beschuldigt, den Verfassungsschutz als medial wirkende Keule zu mißbrauchen, mit der unbequeme Konkurrenten niedergehalten werden sollen.

Heute jedoch muß ich diesen Vorwurf machen. Der Verfassungsschutz bedroht mit seinen fragwürdigen und recht-

lich nicht immer ganz sauberen Ermittlungsergebnissen verstärkt politisch Andersdenkende und führt zu deren Existenzvernichtung.

(Beifall bei den Republikanern)

Polizeibeamte werden in unserem Land drangsaliert, weil sie anders denken als das Establishment, und Soldaten werden aufgrund fragwürdiger und unbewiesener Erkenntnisse dieses Amtes ohne eigenes Verschulden vor die Alternative gestellt, die Bundeswehr zu verlassen oder ihrem sogenannten politischen Unglauben öffentlich abzuschwören. Meine Damen und Herren, das erinnert mich an die katholische Inquisition aus dem Mittelalter.

(Beifall bei den Republikanern)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, an der Arbeitsfront des Verfassungsschutzes wird nicht nur das Grundgesetz bewacht; dort beginnt auch die Zerstörung des Grundgesetzes. Bitte wägen Sie genau ab, wo der Schutz unserer Freiheit endet und wo der Unrechtsstaat anfängt. Die Grenze wurde wiederholt überschritten. Halten Sie ein; denn Sie haben die Macht dazu.

(Beifall bei den Republikanern)

Lassen Sie mich schließlich noch kurz den Finanzaufwand für die noch hier lebenden Bosnier würdigen. Wenn man den Ankündigungen des Innenministeriums der letzten Jahre geglaubt hat, müßte sich inzwischen zwar nicht gerade eine Massenheimkehr von Bosniern vollzogen haben, sollte aber doch eine breite und vor allem alle Gruppen – alle Gruppen! – der hier lebenden Bosnier erfassende Rückreise eingesetzt haben.

Tatsächlich ist auch eine erfreulich große Anzahl heimgekehrt. Sie, Herr Minister, können sich dies durchaus als Erfolg auf Ihre Fahnen schreiben. Aber bitte verbreiten Sie in der Öffentlichkeit nicht weiter den Eindruck, auch die Bosnier aus der Republik Srpska würden nun bald folgen. Auch die Landesregierung weiß doch hoffentlich, daß der Vertrag von Dayton und seine fast unmögliche Durchsetzung dem entgegenstehen, mißachtet er doch fundamental den Wunsch der dortigen Bevölkerung, nach dem Nationalitätsgrundsatz zu siedeln.

Wenn Sie Dayton durchsetzen wollen, müssen Sie massiv in die Souveränitätsrechte der neuen Staaten auf dem Balkan eingreifen und die Einhaltung des dort nicht gewollten Vertrages erzwingen. Dies ist ein schwieriger und vor allem ein langwieriger Weg. Wer ihn – wie Sie – beschreitet, verlangt vom deutschen Steuerzahler auch in den nächsten Jahren die Bereitstellung von Milliardenbeträgen für eine fehlgeschlagene Politik.

(Beifall bei den Republikanern)

Er ist mitverantwortlich für den dadurch erzwungenen Sparkurs bei Familien, Schülern und Arbeitslosen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf auf folgende Geschäftslage hinweisen: Nachdem der erste Redner seine Redezeit um 3 Minuten überzogen hat,

(Stellv. Präsident Weiser)

ich aber nicht unterbrechen wollte, habe ich auch bei den anderen zusätzliche Redezeiten zugelassen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch eine Redezeit von 1 Minute

(Abg. Roland Schmid CDU: Das reicht!)

– langsam, ich bin doch noch gar nicht fertig – und 53 Sekunden, die ich um 2 Minuten verlängere.

(Heiterkeit – Abg. Sieber CDU: Sie muß nicht ausgeschöpft werden! – Abg. List CDU: Ein echter Demokrat!)

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heiner Geißler schreibt in seinem neuen Buch „Das nichtgehaltene Versprechen“ im Kapitel „Ausländer“ – ich zitiere –:

Man sollte eigentlich meinen, daß nach den Verbrechen des Dritten Reiches an Rassefremden und den Vertreibungen, die Deutsche selbst erlitten haben, der Ungeist des Fremden- und Rassenhasses für immer von deutschem Boden verbannt sei. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, und es hat auch den Anschein, als ob sich gerade bei diesem Thema die politisch Verantwortlichen – auch die Christlichen Demokraten, die Bundesregierung und die Landesregierungen – immer schwerer tun, sich in ihren Entscheidungen am christlichen Menschenbild und an ihrer Verantwortung vor Gott zu orientieren.

Meine Damen und Herren, vom christlichen Menschenbild war in der Tat bei der Entscheidung im Fall „Neshe“ nicht viel zu spüren.

(Oh-Rufe von den Republikanern)

Eine gnadenlose Politik hat das Mädchen von einer fröhlichen, selbstbewußten jungen Frau zu einem depressiven Menschenkind gemacht.

(Abg. Sieber CDU: Woher wissen Sie das?)

– Das kann man lesen; ich kann es Ihnen bringen.

Vor kurzem beschworen der Ministerpräsident und auch Sie, Herr Innenminister, sinngemäß eine Kurdeninvasion herauf. Es ging nicht darum, über die seit Jahren anhaltende Verfolgung beispielsweise der in der Türkei lebenden Kurden, über die zahlreichen zerstörten Dörfer und die dabei zu Tausenden getöteten kurdischen Menschen zu reden. Nein, es ging darum, die Flüchtlinge als Illegale und Kriminelle abzustempeln. Es ging nicht darum, in der Bundesrepublik und in Europa gemeinsam Fluchtursachen dieser Menschen zu diskutieren und endlich gemeinsam zu bekämpfen. Bekämpft wurden die Flüchtlinge. Bundesinnenminister Kanther lieferte dabei auch wunderschöne Steilvorlagen für rechtsextreme Kräfte und Ausländerfeindlichkeit in diesem Land.

(Zuruf des Abg. List CDU)

Menschen fliehen nicht nur aus der Türkei, sondern sie fliehen auch, trotz Rückübernahmeabkommen, aus Kosovo in der Republik Jugoslawien, weil sie dort keine Zukunfts-

perspektiven haben und die Menschenrechte durch willkürliche Übergriffe der serbischen Minderheit mißachtet werden. Ich frage Sie: Muß das Pulverfaß Kosovo erst explodieren? Muß es erst wieder Krieg auf dem Balkan geben, und müssen dann wieder unzählige Bürgerkriegsflüchtlinge zu uns kommen, bevor wir uns hier mit den Fluchtursachen von Menschen auseinandersetzen und uns mit einer Nachverhandlung des Rückübernahmeabkommens beschäftigen?

Ein weiteres Beispiel ist Algerien.

(Abg. Roland Schmid CDU: Sagen Sie doch einmal konkret, was Sie wollen!)

Trotz fast täglicher Berichte über brutale Massaker an Säuglingen, Kindern, Frauen und Männern in Algerien gibt es keinen bundesweiten und auch keinen landesweiten Abschiebestopp dorthin. Mit der Feststellung, die Morde an den algerischen Menschen gingen nicht vom Staat aus – was nicht immer so sicher ist –, schieben wir weiter in ein Krisengebiet ab. Ich bin gespannt darauf, was die angekündigten Einzelfallprüfungen einzelner Schicksale bringen werden.

Zum Schluß einige Worte zum neuen Vorstoß Baden-Württembergs, im Bundesrat durchzusetzen, sogenannten illegalen Flüchtlingen jegliche Unterstützung zu versagen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Erstens frage ich Sie: Welcher Flüchtling beantragt schon legal vor seiner Flucht einen Paß, um auszureisen? Und: Kann ein Mensch überhaupt illegal sein?

Zweitens: Sind Sie sich eigentlich darüber im klaren, daß diese unsägliche Initiative zahllose bosnische Flüchtlinge treffen wird, die unter die geplante Gesetzesänderung fallen werden? Wollen Sie wirklich, wie Kirchenvertreter befürchten, in vielen Fällen – ich zitiere – „Obdachlosigkeit, Unterernährung, Krankheiten und Unterversorgung von Kindern zulassen“?

(Zuruf des Abg. Schonath REP)

Zum Schluß noch einmal Heiner Geißler. Er fordert: Politik muß sich an den humanen und realistischen Botschaften des Evangeliums ausrichten.

(Zurufe der Abg. König und Rapp REP)

Ich fordere Sie auf, Herr Innenminister: Machen Sie eine solche Politik! Sie haben viele Gelegenheiten dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Moser SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, wenn wir bei der Beratung über den Einzelplan 03 auch über die gesamte Thematik, die im Innenministerium angesiedelt ist, sprechen, dann kann man voranstellen: Die Bilanz von uns allen – auch von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenmi-

(Minister Dr. Schäuble)

nisterium und der ganzen Innenverwaltung einschließlich der Polizei – kann sich wirklich sehen lassen.

Bei der inneren Sicherheit darf ich mit einer ganz großen Genugtuung feststellen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Auffassungen, die die CDU schon seit langem vertreten hat, haben sich immer mehr durchgesetzt und setzen sich immer stärker durch. Am vergangenen Montag hat die Sonderkonferenz der Innenminister in Bonn stattgefunden. Dabei ist es bei diesem neuen wichtigen Thema der Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei und der Bürgerschaft gelungen, die wesentlichen Vorstellungen von Baden-Württemberg, die wir schon im letzten Herbst in dem sogenannten Acht-Punkte-Programm entwickelt haben, zusammen mit den Innenministern der SPD – und nicht gegen sie – durchzusetzen.

(Abg. Dr. Repnik CDU zur SPD: Hört einmal zu!
– Gegenruf des Abg. Moser SPD: Um was geht es denn?)

Das ist das erste Beispiel, an dem man sieht, daß unsere Politik bei der inneren Sicherheit Erfolg hat.

Das zweite Beispiel: Im vergangenen Sommer gab es in der Denkweise der SPD eine atemberaubende Wende, und zwar mit dem legendären, berühmten, teilweise auch berüchtigten Interview, das Schröder gegeben hat. Bei diesem Interview hat er alte ideologische Phrasen der SPD über Bord geworfen und sich in wesentlichen Punkten unserer Auffassung angeschlossen. Eine andere Frage ist, ob er das aus ehrlicher Überzeugung oder vielleicht aus Populismus mit Blick auf die Niedersachsen- und die Bundestagswahl getan hat.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aus taktischen Gründen!)

Aber er hat es getan.

Seitdem ist übrigens auch das Thema der Entkriminalisierung, mit dem Sie uns in den letzten Jahren immer gelangweilt haben, vom Tisch. Es ist doch interessant, daß in all den Beiträgen, die vorhin gekommen sind, nicht einmal die Grünen noch die alten Forderungen nach Entkriminalisierung sogenannter Bagatelldelikte erhoben haben.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Thema ist vom Tisch. Auch da haben wir uns durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben im Sommer 1996 als eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen die verdachtsunabhängigen Kontrollen zusammen mit unserem Koalitionspartner FDP/DVP durchgesetzt. Ich erinnere daran, was für eine emotionale Auseinandersetzung bei der Zweiten Beratung war und wie Sie uns unterstellen wollten, jetzt halte in Baden-Württemberg der Polizeistaat Einzug. Dabei ging es nur darum, daß die Polizei vielleicht auch ohne Verdacht fragen darf: „Wer sind Sie? Wie heißen Sie?“

Inzwischen liegen die Zahlen vor. Ich habe sie kurz vor Weihnachten bekanntgegeben und darf sie Ihnen heute noch einmal mitteilen. Bei diesen Kontrollen –

(Abg. Redling SPD: Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe!)

– Verehrter Herr Redling, Sie müssen zuhören. – Bei diesen Kontrollen konnten 2 338 zur Festnahme gesuchte Straftäter und weitere 3 625 Personen aufgegriffen werden, die zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben waren.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Insgesamt 3 428 Personen wurden wegen Verdachts einer Straftat, eines Verstoßes gegen ausländerrechtliche Bestimmungen oder anderer Rechtsvorschriften festgenommen.

(Abg. Redling SPD: Vergleichszahlen!)

In 2 604 Fällen konnten illegale Betäubungsmittel, in 647 Fällen Diebesgut, in 380 Fällen gestohlene Kraftfahrzeuge, in 328 Fällen Waffen und in 925 Fällen Urkunden sichergestellt werden.

(Abg. Redling SPD: Blabla!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dies eine Erfolgsbilanz, oder ist es keine?

(Beifall bei der CDU – Abg. Redling SPD: Keine!
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

Innenminister Dr. Schäuble: Mir wäre es noch lieber, wenn Herr Redling eine Zwischenfrage stellen wollte. Wollen Sie auch eine stellen?

(Abg. Redling SPD: Die stelle ich, wenn ich will!)

Der Herr Hackl läßt mich wie immer nicht im Stich.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Herr Innenminister, können Sie bestätigen, daß die Erfolgszahlen, die Sie gerade verkündet haben, eben nicht die Ergebnisse verdachtsunabhängiger Kontrollen waren, sondern die Ergebnisse von allen verschiedenen Polizeikontrollen, die nach § 26 des Polizeigesetzes möglich sind, und daß Sie damit wieder einmal bewußt Statistikfälschung betrieben haben?

(Oh-Rufe von der CDU)

Innenminister Dr. Schäuble: Wir haben immer darauf hingewiesen, Herr Kollege Hackl, daß bei diesen Kontrollen auch Kontrollenrichtungen, die schon vor Einführung der verdachtsunabhängigen Kontrollen zulässig waren, dabei waren.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Also! Immer wieder das gleiche!)

Aber der große Anstieg dieser Erfolge ist eingetreten, nachdem das Instrument der verdachtsunabhängigen Kon-

(Minister Dr. Schäuble)

trollen im baden-württembergischen Landesrecht Platz gegriffen hat.

(Abg. Redling SPD: Sie werden nicht einmal rot!)

Ich füge hinzu, damit Sie nicht so ganz frohgemut lachen:

(Abg. Moser SPD: Lassen Sie uns doch lachen, wann wir wollen!)

Aufgrund der hervorragenden Erfahrungen von Bayern und Baden-Württemberg hat jetzt auch Niedersachsen die verdachtsunabhängigen Kontrollen eingeführt.

(Beifall bei der CDU – Demonstrativer Beifall des Abg. Moser SPD – Abg. Moser SPD: Das spricht doch gegen euch! – Weitere lebhaftere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Auch bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und beim Abhören von Gangsterwohnungen setzen wir uns durch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Sie denunzieren ja andere immer als Umfaller.

(Abg. Moser SPD: Wer? Wir denunzieren nur die FDP als Umfaller!)

Ich sage Ihnen folgendes: Am kommenden Freitag findet bei der Abstimmung im Bundesrat über das Abhören von Gangsterwohnungen der „Elchtest“ für die Sicherheitspolitik der SPD statt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Da werden wir sehen, ob Sie umfallen.

(Abg. Moser SPD: Wer, was, wo?)

Sie müssen sich auch eines entgegenhalten lassen: Viele von Ihnen, die meisten, streben nach der Bundestagswahl eine rotgrüne Koalition an.

(Abg. Moser SPD: Halten Sie Contenance, Herr Minister!)

Wenn Sie dies unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten sehen, weiß jeder – gerade auch bei diesem Beispiel –, daß das, was Schröder und andere von der SPD sagen, indem sie jetzt auch den Eindruck erwecken wollen, wie sehr ihnen die innere Sicherheit am Herzen liege,

(Abg. Moser SPD: Nehmen Sie die Stimme etwas herunter!)

der reine Versuch einer Volksverdummung ist. Denn jedem ist klar, was bei Rotgrün auf dem Gebiet der inneren Sicherheit passieren würde.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Was denn? – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Nicht soviel Unfug wie bei Ihnen!)

An wem, Herr Kollege Moser, liegt es denn, daß die Zweidrittelmehrheit im Bundesrat gefährdet ist? Man müßte

über diesen kleinen Stadtstaat Bremen mit dem wichtigen Herrn Scherf – die ganze Bundesrepublik redet ja nur noch von Herrn Scherf,

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

einem mehr oder weniger bedeutenden Bürgermeister von Bremen – über das Stimmabgabeverhalten von Bremen gar nicht diskutieren, wenn Sie mit Ihren rotgrünen Koalitionsregierungen – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, in Hessen – in der Lage wären, sich gegenüber dem kleinen grünen Partner durchzusetzen. Dann wäre es keine Frage, welches Ergebnis am Freitag erzielt würde. So käme es auch auf Bundesebene.

(Beifall bei der CDU – Abg. Moser SPD: Nach 18 Uhr verzeihen wir Ihnen alles!)

Ich komme zu dem, wo Sie mich auch gelobt haben – deshalb kann ich darauf auch nicht verzichten –, nämlich die kommunale – –

(Abg. Moser SPD: Wer hat Sie gelobt?)

– Herr Kollege Redling.

(Abg. Moser SPD: Das ist unglaublich! – Zuruf des Abg. Redling SPD)

– Aber sagen Sie es nicht weiter. Ich will ihm nicht schaden. Ich schätze ihn ja auch persönlich.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Aber in der Sache müssen wir halt streiten.

Kommunale Kriminalprävention: Wahr ist, Herr Kollege Redling – das will ich heute noch einmal ausdrücklich sagen –, daß ich x-mal betont habe: Es war richtig, daß mein Vorgänger die kommunale Kriminalprävention in Gang gebracht hat. Richtig ist auch, daß wir damit bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen, übrigens auch bei dem Papier, das ich vorhin erwähnt habe, das jetzt vom Bund zwar vorgelegt, aber doch, von Baden-Württemberg sehr stark beeinflusst, von der Innenministerkonferenz verabschiedet worden ist.

Aber ich muß auch darauf hinweisen, daß unser Ansatz bei der kommunalen Kriminalprävention schon ein anderer ist, als es bei der SPD, jedenfalls in der Vergangenheit, der Fall war. Ich bin deshalb auch froh, daß wir uns bei der Innenministerkonferenz am Montag durchgesetzt haben.

Denn uns ist es schon wichtig, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß sich gerade bei der kommunalen Kriminalprävention der Grundsatz durchsetzt, der auch die einzig wirklich wichtige Erkenntnis von New York darstellt, nämlich nicht null Toleranz. Vielmehr muß man den Anfängen wehren.

(Abg. Moser SPD: Richtig!)

Ich darf es eben nicht hinnehmen, wenn die öffentliche Ordnung gestört wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Moser SPD)

(Minister Dr. Schäuble)

Genau darauf beruht auch die kommunale Kriminalprävention. Das jedenfalls ist schon anders, als es die SPD noch vor einiger Zeit gesehen hat.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ich will Sie einmal auf eines aufmerksam machen: Wir sind bis jetzt auch das einzige Bundesland – ich bin optimistisch, daß andere Bundesländer da nachziehen werden –, bei dem beim Thema kommunale Kriminalprävention

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

ein vollständiger Schulterschuß mit den kommunalen Landesverbänden hergestellt worden und gelungen ist. Dieser Schulterschuß geht soweit, daß der Städtetag, dem man nun bestimmt nicht eine CDU-Hörigkeit unterstellen kann,

(Abg. Moser SPD: Eine unglaubliche Unterstellung!)

ausdrücklich auch so wie wir die konsequente Fortführung des Freiwilligen Polizeidienstes fordert. Das müssen Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ähnlich wie bei den verdachtsunabhängigen Kontrollen werden Sie erleben, daß auch andere Länder diesem Beispiel folgen.

Ich möchte Sie herzlich einladen: Passen Sie auf, daß Sie nicht auch bei diesem Thema zu spät kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Es ist auch positiv, daß die innere Sicherheit in der öffentlichen Diskussion und beim Interesse der Bevölkerung einen so hohen Stellenwert erreicht hat.

Ich weiß, das ist immer eine Gratwanderung, denn wenn dieses Thema die Bevölkerung so beschäftigt, wie es gegenwärtig der Fall ist, besteht auch immer die Gefahr, daß man Ratten

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

vom rechten Rand aus den Kanälen hervorkitzelt. Diese Gratwanderung müssen wir gemeinsam bestehen.

(Abg. Moser SPD: Da haben Sie recht!)

Der Vorteil einer intensiven Diskussion über die innere Sicherheit gerade auch in der Bevölkerung und in den Medien ist, daß dann in den Parlamenten – zum Beispiel auch in diesem Hohen Haus – bei den Haushaltsplanberatungen möglicherweise die entsprechenden finanziellen Mittel verstärkt für die innere Sicherheit zur Verfügung gestellt werden.

Dazu muß ich jetzt eines sagen: Das hätte ich vorhin von Ihnen, Herr Kollege Redling, anders erwartet. Herrn Hackl lasse ich jetzt einmal außen vor, der macht auch gerade ein Nickerchen.

(Heiterkeit – Lachen bei der CDU – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Unverschämtheit! – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Also, was wahr ist, muß man sagen dürfen, Herr Kollege Hackl.

(Abg. Moser SPD: Haben Sie sich das gut überlegt, was Sie jetzt sagen? – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie Respekt vor den Abgeordneten?)

– Vor Ihnen auch?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Redling, von Ihnen hätte ich vorhin doch schon etwas anderes erwartet.

Vor nicht einmal zwei Stunden haben wir im Rahmen der Diskussion über den Haushalt des Ministerpräsidenten die allgemeine politische Diskussion geführt. Wie wurde da – wie auch bei anderer Gelegenheit – von Ihnen über die wachsende Verschuldung im Land Baden-Württemberg geklagt! Wie paßt das damit zusammen, ein paar Minuten später zu sagen, man gebe viel zuwenig Geld aus? Ich finde, angesichts der finanziellen Engpässe, in denen wir uns derzeit befinden, kann es sich wirklich sehen lassen, was wir zugunsten der Ausstattung der Polizei und auch zugunsten der Verbesserung der Polizei in diesen schweren Zeiten tun:

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

40 Millionen DM für neue Kraftfahrzeuge, 18 Millionen DM für zusätzliche Technik, Umwandlung von 450 Stellen pro Jahr vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst.

(Zuruf des Abg. Redling SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mehr wäre sicherlich immer noch wünschenswert, aber es paßt doch nicht zusammen, auf der einen Seite zu beklagen, wie die Verschuldung wächst, und auf der anderen Seite zu sagen, man müsse noch viel mehr Geld ausgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man bedenkt, wie in anderen Bereichen gespart wird, dann ist es doch wirklich ein Kraftakt dieser Regierungsfractionen, daß sie unter so schweren Verhältnissen einen deutlichen Schwerpunkt für die innere Sicherheit setzen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

An diese Stelle paßt auch das Thema Organisationsreform der Polizei.

(Oje! bei der SPD)

Wissen Sie, Herr Kollege Redling, irgendwo haben Sie gar nichts verstanden.

(Minister Dr. Schäuble)

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Redling SPD: Nur irgendwo!)

Oder: Nirgendwo haben Sie etwas verstanden. Das kann man auch so herum sagen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das ist aber unfreundlich formuliert! Seien Sie einmal freundlich heute abend! – Unruhe)

Wir haben in der Zeit der großen Koalition, in der zurückliegenden Legislaturperiode – –

(Abg. Redling SPD: Da haben Sie blockiert!)

Da gab es zwar nicht wie jetzt fünf Jahre, aber vier Jahre Zeit.

(Abg. Redling SPD: Da haben Sie blockiert! Blockiert! – Abg. Seimetz CDU: Redling weiß, wie man das schreibt!)

Niemand hat erlebt, daß am Ende dieser vier Jahre eine geschlossene Konzeption für eine Neuorganisation der Polizei des Landes Baden-Württemberg vorgelegt worden wäre. Was getan worden ist, Herr Redling – –

(Zuruf des Abg. Redling SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Redling, ich darf Sie bitten, sich etwas zu beruhigen.

(Abg. Moser SPD zu Abg. Redling SPD: Laß ihn jetzt reden!)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich meine es doch gar nicht persönlich. Ich sage es nur deshalb noch einmal, damit Sie es verstehen. Was Sie getan haben – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Redling, Sie dürfen gleich eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie das wünschen.

Sie haben lediglich ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, aber mehr ist nicht getan worden. Dann haben Sie die Maximalforderungen dieses externen Gutachtens in der Öffentlichkeit vertreten. Demgegenüber ist jetzt – nicht von mir, sondern von der Polizei – alles ausgewertet worden, was in der jüngsten Vergangenheit an Erkenntnissen und Arbeiten für eine Polizeireform auch schon auf den Tisch gelegt worden ist, also die Vorarbeiten der AG „Präsenz“;

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Ihr traut euch doch bloß nicht!)

auch die Einbeziehung des Gutachtens von Mummert + Partner, soweit es irgendwie hilfreich ist, was in weiten Bereichen der Fall ist, aber auch weiter gehende Vorstellungen, die ebenfalls so stark in Abstimmung mit der praktisch tätig werdenden Polizei erarbeitet worden sind, wie es noch nie in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg der Fall war.

Das heißt, die in der letzten Woche vorgelegte Konzeption für die Neuorganisation der Polizei beruht auf einem viel

breiteren Ansatz, als es bei dem rein externen Gutachter Mummert + Partner der Fall war. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Zahlen auch erheblich besser. Da werden von Mummert + Partner irgendwelche 4 000 Stellen in den Raum gestellt. Das sind ja Milchmädchen- oder Mondrechnungen.

Vergleichen wir einfach einmal, Herr Kollege Redling, was bei einer Umsetzung der organisatorischen Verbesserungsvorschläge von Mummert + Partner an zusätzlichem Potential zur Stärkung der Präsenz und der operativen Ebene herausgekommen wäre. Das sind 1 000 Stellen,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

und nach den jetzigen Arbeiten dieser Projektgruppe und des Lenkungsausschusses handelt es sich dann um 50 % mehr, nämlich um 1 500 zusätzliche Stellen, mit denen wir künftig die Präsenz und die operative Ebene der Polizei verstärken wollen. Das sind doch ganz erhebliche und wesentliche Verbesserungen. – So, jetzt bitte.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Kollege Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Innenminister, Sie haben eben gesagt, in der großen Koalition habe das Innenministerium kein Konzept für eine Organisationsreform vorgelegt. Ich habe hier eine Presseerklärung des damaligen und auch heutigen Landespolizeipräsidenten. Darin werden ganz konkret die 1 000 Stellen als Anfang vorgeschlagen, die Sie jetzt auch gebracht haben. Das heißt, entweder Sie nehmen Ihre Behauptung zurück, es sei kein Konzept vorgelegt worden, oder ich behaupte etwas in Ihre Richtung.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, daß Zwischenfragen gestattet sind. Ich habe aber die Fragestellung vermißt, Herr Kollege Redling.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Redling SPD: Stimmt diese Presseerklärung?

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Moser SPD: Guter Präsident!)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe mich im Zusammenhang mit der Vorlage der Konzeption für die Reorganisation der Polizei intensiv auch mit der Vorgeschichte befaßt. Ich wiederhole das, was ich gesagt habe: Man hat in der vergangenen Legislaturperiode keine geschlossene Konzeption vorgelegt, sondern sich ausdrücklich auf das Gutachten von Mummert + Partner beschränkt, während wir einen viel breiteren Ansatz gewählt haben und damit aber auch zu wesentlich besseren Ergebnissen kommen.

Dann will ich noch auf eines hinweisen: In der letzten Legislaturperiode war vier Jahre Zeit, und uns ist es gelungen, bereits nach eineinhalb Jahren eine neue Konzeption vorzulegen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das war doch alles in der Schublade! – Abg. Moser SPD: Hochmut kommt vor dem Fall! – Zuruf des

(Minister Dr. Schäuble)

Abg. Drexler SPD – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben noch einmal eineinhalb Jahre verschlafen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Hackl,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mehr Niveau!)

mein alter lieber Freund – –

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Puchta SPD zu Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wird es gefährlich! Jetzt bist du in der Fraktion erledigt! – Abg. Pfister FDP/DVP: Was soll ich davon halten, Herr Minister?)

Es ist ihm verziehen; er kann nicht anders.

(Unruhe – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Unerträglich!)

Dezentrale Budgetierung, Herr Kollege Redling: Wissen Sie,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

alle Mitglieder des Innenausschusses wollen die möglichst schnelle Einführung der dezentralen Budgetierung bei der Polizei. Ich sehe da eine große Übereinstimmung. Wir müssen dann aber auch ganz offen folgendes einräumen: Wir müßten, damit es schnell geht, bereit sein, die dezentrale Budgetierung bei der Polizei ohne die vollständige Vorlage der eigentlich normalerweise zur dezentralen Budgetierung gehörenden Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Wenn wir die Kosten- und Leistungsrechnung brauchen, dann allerdings müssen wir, weil das ja eine schwierige Arbeit bei der Polizei ist, noch so lange warten, bis sie erarbeitet worden ist. Ich glaube, dazu liegt inzwischen auch ein Antrag der Regierungsfractionen vor.

Wenn wir – das will ich heute auch noch einmal für das Protokoll festhalten, damit dann im Finanzministerium darüber wirklich Klarheit besteht – die dezentrale Budgetierung auf der Basis dessen, was jetzt im Bereich der LPD Freiburg schon getan worden ist, flächenhaft einführen, dann kann es schnell geschehen. Aber das heißt im Klartext: Dann liegt noch keine vollständige Kosten- und Leistungsrechnung vor. Mit dieser Bereitschaft kann es dann wirklich losgehen, was ich persönlich auch sehr wichtig finde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich halte zur inneren Sicherheit fest: Trotz der schwierigen Probleme, die wir bei der inneren Sicherheit haben – demnächst wird man es wieder erleben, wenn ich die Polizeiliche Kriminalstatistik des Jahres 1997 der Landespresse vorstellen werde –, bin ich doch überzeugt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, daß sich unsere richtige Politik auch bundesweit durchsetzt. Unterstützen Sie uns doch dabei! Freuen Sie sich gemeinsam mit uns über unsere Erfolge! Dann werden wir den Spitzenplatz, den Baden-Württemberg bei der inneren Sicherheit ohnehin schon hat – geringste Kriminalitätsbelastung, zweithöchste Aufklärungsquote –, erhalten und ausbauen.

(Abg. Redling SPD: Bei Birzele ging die Kurve nach unten und bei Ihnen wieder nach oben!)

In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt das, was uns allen, glaube ich, am Herzen liegt – und ich sage dies nicht als Lippenbekenntnis –: Wir sollten auch sagen: Wir haben diesen Spitzenplatz wegen unserer guten Politik, aber auch wegen der hervorragenden Leistungen der Polizeibeamten erreicht. Deshalb will ich ihnen auch danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zur Verwaltungsreform: 100 Sonderbehörden sind geschlossen oder zusammengelegt worden. Bei den Regierungspräsidien stehen wir unmittelbar davor, daß die Neustrukturierung einen Personalabbau von knapp 30 % ermöglichen wird. Welche andere Behörde hat eigentlich 30 % abgebaut? Den Standardabbau haben wir auf der Basis der Vorschläge der kommunalen Landesverbände und auch des Kienbaum-Gutachtens konsequent vorangetrieben und müssen dies dann teilweise noch in Gesetzesvorhaben umgießen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich muß Sie doch dringend bitten, die unvermeidlichen Gespräche nach draußen zu verlegen.

(Zuruf von der SPD: Schäuble raus! – Abg. Drexler SPD: Er geht ja nicht mit hinaus! – Heiterkeit bei der SPD)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich meine, daß das, was in der kurzen Zeit von eineinhalb Jahren erreicht worden ist, was sich unmittelbar abzeichnet, sich wirklich sehen lassen kann. Nur: Solange wir auf einer so irrationalen Grundlage diskutieren, wie Sie es vorhin versucht haben, Herr Kollege Redling – es tut mir leid, daß ich Sie heute so oft ansprechen muß –, muß ich Ihnen entgegenhalten: Jeder weiß, und Sie wissen es auch, daß der Abbau von Stellen nicht bedeutet, daß die Leute nicht mehr da sind. Der Stellenabbau kann nur entweder, falls dies möglich ist – und da wird dann die Frage auf uns alle zukommen, ob wir dazu bereit sind –, im Rahmen von betriebsbedingten Kündigungen erfolgen oder im Rahmen der natürlichen Fluktuation mit einem sehr langen zeitlichen Vorlauf. Deshalb bedeutet Stellenabbau nicht sofort, daß auch die Personalkosten in gleicher Höhe abgesenkt werden können. Dies verbietet sich ja von der Logik her. Deshalb kommen wir mit der Diskussion, die Sie da versucht haben, Herr Kollege Redling, auf eine irrationale Ebene.

Es nützt uns – dies muß auch bei der Verwaltungsreform gesehen werden, bei all den Maßnahmen, die derzeit in der Mache sind oder angedacht werden – kurzfristig nichts, wenn die Bugwelle der abgebauten Stellen immer größer wird, aber das Personal natürlich, weil man ihm ja nicht kündigen kann, immer noch mehr oder weniger – mit Abzug der natürlichen Fluktuation – vorhanden ist. Deshalb werden wir hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch sehen müssen: Dies bedarf eines langen zeitlichen Vorlaufs.

(Minister Dr. Schäuble)

Wir machen weiter: Bündelungsfunktion bei den Regierungspräsidien, konsequente Delegation von oben nach unten, Deregulierung. Wir brauchen uns übrigens bei dem Thema Verwaltungsreform vor keinem anderen Bundesland und auch nicht vor dem Bund verstecken.

(Zuruf von der SPD: Vor dem Bund nicht!)

Ich fordere jeden auf, zu sagen, in welchem deutschen Bundesland die Verwaltungsreform stärker als in Baden-Württemberg vorangebracht worden wäre. Sie können mir gern – –

(Abg. Redling SPD: Im Saarland gibt es noch einen, der regiert! – Heiterkeit und Zurufe)

– Wissen Sie: Solange irgendwo – – Hat sich erledigt. Und der ist nicht da.

(Heiterkeit – Abg. Moser SPD: Das ist schlanke Verwaltung, was wollt ihr denn noch mehr! – Gegenruf von der CDU: Da hat nur einer noch was zu sagen!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir werden weitermachen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Auf eines mache ich aufmerksam: Wir brauchen zur Verwaltungsreform Ehrlichkeit. Dazu gehört zum Beispiel, ganz klar zu sagen: Personalkostenabbau ist dann auch mit Personalabbau verbunden, auch mit Schließen von Behörden. Da hört es meistens bei den örtlichen Abgeordneten, egal welcher Fraktion, auch bei den Bürgermeistern mit dem Spaß auf. Wer wie Sie immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken – –

(Abg. Redling SPD: Wer ist „Sie“?)

– Sie persönlich, alle von der SPD, die Grünen erst recht, erwecken immer wieder den Eindruck, als müsse der öffentliche Dienst die Probleme des Arbeitsmarkts lösen.

(Zuruf von der SPD: Der Pfister!)

Mit dieser Haltung, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie keine Verwaltungsreform und keinen Personalabbau betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört auch Mut dazu, sonst werden Sie nicht deregulieren und Vorschriften abbauen können, weil wir spätestens bei den Interessen der Arbeitskreise und der Ressorts fast bei jeder Vorschrift, deren Abschaffung oder jedenfalls Beschränkung wir vorschlagen, auf erbitterten Widerstand stoßen. Deshalb brauchen Sie auch Mut, und wir brauchen auch Vertrauen, insbesondere im Verhältnis zur kommunalen Seite.

(Abg. Redling SPD: Ihre langjährige Kollegin Schavan, die soll drankommen!)

Wir sollten klar sagen: Bürgermeister und Gemeinderäte sind auch vom Volk gewählt und ihrer Bevölkerung verantwortlich. Deshalb können wir darauf vertrauen, daß sie ihre Aufgaben gut erledigen werden. Wir müssen ihnen

nicht alles über Standards und Vorschriften bis in kleinste vorgeben. Dazu gehört aber auch Vertrauen seitens des Landes, der Bürokratie und der kommunalen Seite. Auch dies gehört irgendwie zur Ehrlichkeit.

(Abg. Redling SPD: Sehr gut! Stichwort Idiotenstandard! – Weiterer Zuruf von der SPD: Warum die Landräte nicht? Die Landräte auch noch!)

Ein letzter Bereich: Ausländerpolitik. Die Erfolge sind oft genannt worden. Wir haben im letzten Jahr die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge zurückführen können. Dabei haben wir auch Glück gehabt. Wir haben – das wird ja immer zusammen in einen Topf geworfen – die meisten Kosovo-Albaner, 1 500, abgeschoben – trotz der Schwierigkeiten, die uns der Staat Jugoslawien macht. Wir haben fast 13 000 abgelehnte Asylbewerber durch Abschiebung oder kontrollierte Ausreise zurückgeführt, so daß wir zum ersten Mal seit Jahren eine Trendwende erreicht haben, indem jetzt auch der Bestand an Asylbewerbern zurückgegangen ist, weil der Zugang nicht so groß war wie der Abgang an abgelehnten Asylbewerbern.

Wir haben auch fast 3 000 Straftäter ausgewiesen. Auch dies ist etwas, glaube ich, das jeder unterstützen muß: daß derjenige, der sich gegen unsere Strafrechtsordnung stellt, Deutschland verlassen muß.

(Abg. Redling SPD: Da haben Sie unsere Unterstützung!)

Dies kann sich sehen lassen.

Dies ist übrigens auch mit erheblichen finanziellen Entlastungen verbunden. Wenn man sieht, wie die Sachausgaben für die Asylbewerberunterbringung zum Beispiel von 775 Millionen DM im Jahr 1994 auf jetzt, im Jahr 1997, noch 392 Millionen DM zurückgegangen sind, dann war es auch unter diesem Gesichtspunkt unverantwortlich, daß Sie sich so lange einer Grundgesetzänderung zur Beseitigung des Asylmißbrauchs widersetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Rückgang bei den Bürgerkriegsflüchtlingen wirkt sich auch kostenmäßig aus.

Ganz wichtig auch: Wenn die Stadt- und Landkreise als Sozialhilfeträger immer die Sozialhilfeausgaben für die abgelehnten, aber immer noch in Deutschland vorhandenen Asylbewerber beklagen, dann ist deren Rückführung natürlich auch vor allem eine Entlastung der Sozialhilfeträger. Auch dies muß einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt muß man einfach festhalten, und das kann man auch anhand unseres Haushaltsplans nachlesen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Innenministerium gehört zu den Ressorts, wie auch das Finanzministerium bestätigt, die strukturell am stärksten eine Entlastung für den Gesamthaushalt erbracht haben und erbringen. Trotzdem unterstützen wir mit Recht die innere Sicherheit als Schwerpunktthema finanziell noch stärker als bisher. Das kann sich wirklich sehen lassen.

(Minister Dr. Schäuble)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will die Probleme bei dem ganzen Flüchtlingsthema nicht verschweigen. Srpska ist angesprochen worden. Im Augenblick sieht es gar nicht so pessimistisch aus. Nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten Dodik gibt es innerhalb kurzer Zeit sehr viele positive Anzeichen. Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn die gegenwärtige Sachlage so bleibt, es verantworten können, konsequent und mit der notwendigen Behutsamkeit jetzt auch an die Rückführung der Flüchtlinge, die aus der Srpska stammen, heranzugehen. Wir werden dies bei gleichbleibender Sachlage auch ab Frühjahr dieses Jahres beginnen.

Bei den Kosovo-Albanern ist mir klar, wie die Situation in Jugoslawien ist. Hier muß es gelingen – aber da ist der Landeseinfluß leider Gottes relativ beschränkt –, daß der jugoslawische Staat stärker die Möglichkeit zur freiwilligen Rückkehr dieser Menschen unterstützt, was bislang, wie alle wissen, nicht so der Fall ist.

Die Kurden sind auch ein Problem. Allerdings wissen Sie, daß wir diejenigen, die aus dem Irak da sind, derzeit von einer Rückführung jedenfalls im wesentlichen ausnehmen. Bei denen aus der Türkei sieht es natürlich anders aus.

(Abg. Moser SPD: Algerier auch?)

– Bei Algeriern, um dies noch mit einem Satz zu sagen, Herr Kollege Moser, mache ich mir keine Illusionen über die Situation in Algerien. Nur eines muß man ganz lapidar sagen: Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn Deutschland als einziger Staat Europas einen generellen Abschiebestopp für Algerier eingeführt hätte.

(Abg. Moser SPD: Da haben Sie recht!)

Wir hätten dann nicht das Problem der 800 Algerier, die jetzt da sind – das ist angesichts dieser Gesamtzahl nicht das Problem –, aber es wäre natürlich eine Einladung für Zigtausende gewesen, nach Deutschland zu kommen. Deshalb ist diese Möglichkeit versperrt. Übrigens nebenbei bemerkt, auch einmal an die Adresse von Grünen, Herr Kollege Hackl: Es gibt ja rotgrüne Landesregierungen, etwa in Nordrhein-Westfalen oder Hessen. Jede Landesregierung hätte die Möglichkeit, einen sechsmonatigen Abschiebestopp zu verhängen. Glücklicherweise hat dies keine einzige rotgrüne Landesregierung getan. Aber auch das gehört zur Ehrlichkeit.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen:
Quatsch! Schleswig-Holstein hat es gemacht!)

– Schleswig-Holstein hat sich vorbehalten, darüber noch einmal im Kabinett zu beraten. Das hat es aber bisher auch nicht getan. Keine einzige rotgrüne Landesregierung. Es wäre auch ein verhängnisvoller Weg gewesen.

Ich will, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle auch einmal einfach ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ausländerbehörden sagen, etwa in den Bezirksstellen. Sie haben einen unglaublich schweren und undankbaren Job. Diesen Leuten gehört auch einmal ein Dankeschön gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie nehmen Aufgaben wahr, die, wenn man ehrlich ist, von uns im Raum keiner gern selber erfüllen würde.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Wir machen auch viel!)

In diesen Dank darf ich alle diejenigen einbeziehen, die uns hier bei unserer Arbeit unterstützen, den Innenausschuß, die Regierungsfractionen, aber ganz besonders natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium. Ein besonderes Dankeschön gilt dem Haushaltsreferenten, Herrn Haid, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Sisyphusarbeit, die sie in den letzten Wochen geleistet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren! In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2403. Soweit Änderungsanträge vorliegen, werde ich diese bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen. – Sie stimmen diesem Verfahren zu.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Abg. Moser SPD: Hammelsprung! – Anhaltende Unruhe – Abg. Moser SPD: Weitermachen, Herr Präsident, es wird nicht angezweifelt!)

Ich möchte ein Mindestmaß an Ruhe während der Abstimmungen, und ich werde sie gegebenenfalls unterbrechen, wenn man glaubt, man müsse auch während der Abstimmungen die Unterhaltungen fortsetzen. Sie haben es selber in der Hand, wie zügig die Abstimmung abläuft.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0302 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer dem Kapitel 0303 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig beschlossen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf die

Kapitel 0304 bis 0307

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Diese Kapitel sind bei Gegenstimmen und bei Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung (ZKD)

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

Wer dem Kapitel 0310 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Dieses Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

und dazu eine ganze Reihe von Anträgen, und zwar zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2443-1. Dieser Antrag begehrt eine Änderung des Polizeigesetzes. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2443-2, auf. Er betrifft das Besoldungsstrukturprogramm der Polizei. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2443-3 Abschnitt I, auf; er betrifft die Bildung eines Stellenpools. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich – –

(Unruhe – Zurufe: Stimmenthaltungen!)

– Ich habe nicht gesagt, daß der Antrag einstimmig beschlossen wurde, sondern ich habe festgestellt, daß er mehrheitlich abgelehnt wurde. Unabhängig davon, wer sich der Stimme enthält,

(Große Unruhe)

war dies eine mehrheitliche Entscheidung. Ich stelle das ausdrücklich fest.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD – Mehreinnahmen durch die Erhebung von Polizeikosten bei kommerziellen Großveranstaltungen –, Drucksache 12/2443-6, auf. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD – Mehrarbeitsvergütungen bei der Polizei –, Drucksache 12/2443-7, auf. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2443-8, auf. Er betrifft das Auslaufen des Freiwilligen Polizeidienstes. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2443-10, zur Beschlußempfehlung des Finanzausschusses auf. Es geht darum, die personellen, organisatorischen und hauswirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß für die Polizei im nächsten Nachtrag die dezentrale Budgetierung eingeführt werden kann, und um einige andere Dinge. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Zurufe: Einstimmig!)

– Meine Damen und Herren, ich muß ausdrücklich feststellen: Einige Abgeordnete der Republikaner haben sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt.

(Widerspruch – Unruhe)

Gehen Sie davon aus, daß ich von hier oben die beste Übersicht habe.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP)

Herr Käs, im Gegensatz zu Ihnen – Sie dürfen ruhig Ihr weises Haupt schütteln – übersehe ich die Fraktion der Re-

(Stellv. Präsident Weiser)

publikaner, die Sie, da Sie nach vorn schauen, wirklich nicht übersehen.

(Heiterkeit – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir stimmen nach der Abstimmung über die Änderungsanträge über das Kapitel 0314 – Landespolizei – ab. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Abg. Haasis CDU: Es war akustisch nicht zu verstehen, worüber abgestimmt wird!)

– Ich habe ja vorhin gesagt, man soll in der Abstimmung wenigstens einigermaßen Ruhe bewahren. Ich habe das Kapitel 0314 – Landespolizei – aufgerufen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0315

Wasserschutzpolizei

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Drucksache 12/2443-3 Abschnitt II. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2443-9, zur Bereitschaftspolizei auf. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen damit über das Kapitel 0316 – Bereitschaftspolizei – ab. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Sieber CDU: Das Kapitel ist angenommen!)

– Entschuldigung. Das Kapitel ist angenommen. Es handelt sich um das Kapitel 0316 – Bereitschaftspolizei.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Landes-Polizeischule

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0318 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

und dazu den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2443-5. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Zurufe von den Republikanern: Alle!)

Wer stimmt dagegen? – Ich stelle fest: Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0319 – Landesamt für Verfassungsschutz – auf der Grundlage der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2403, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0319 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Landesbeschaffungsstelle für die Polizei

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2443-4. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0320 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das Kapitel ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei –

Wer dem Kapitel 0321 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0321 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Eingliederung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei Gegenstimmen ist das Kapitel mehrheitlich beschlossen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Flüchtlingsaufnahme

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Haasis CDU: Was? Sind die gegen Flüchtlingsaufnahme?)

Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Zweite Beratung des Einzelplans 03 abgeschlossen.

(Beifall der Abg. Haasis und Wieser CDU)

Ich rufe **Punkt 2 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2404

Berichtersteller: Abg. Dr. Puchta

Wünscht der Herr Berichtersteller das Wort?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Rededzeitzuschlag.

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich bitte darum, Gespräche nach draußen zu verlagern. Es ist für den Redner geradezu eine Zumutung, welche Geräuschkulisse hier besteht.

Abg. Rau CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Draußen ist Laternenfest,

(Abg. Rech CDU: Da gehen wir hin!)

anberaumt von einer Aktion, die unter Anleitung der GEW steht. Noch vor einem Jahr konnte man mit ihr vernünftig und realistisch über künftige Schritte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung reden. Heute hat sie sich in die alten Mauslöcher verkrochen, mit den alten Sprüchen vom bildungspolitischen Notstand und standespolitischen Forderungskatalogen. Schade drum.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das gibt aber keinen freundlichen Kommentar in der GEW-Zeitung! Das weiß ich heute schon!)

Diejenigen, die sich heute einreihen, berufen sich gerne auf die Rede des Bundespräsidenten vom 5. November letzten Jahres. Er hat damals eine vielbeachtete Rede zum Thema Bildungspolitik gehalten und damit in Erinnerung gerufen, daß wir heute auch in seiner Tradition Bildungspolitik in Baden-Württemberg gestalten.

Schauen Sie ruhig auf dieses Land, Herr Bundespräsident. Hier können Sie vieles von dem, was Sie einfordern, in der Entwicklung sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sehr richtig!)

Tabus sollen nach seinem Willen gebrochen werden. Er zählt dazu die Tatsache, daß unterschiedliche Begabungen am besten in einem differenzierten Schulwesen gefördert werden. Wir haben nie davon abgelassen und ersparen uns heute die bitteren Bilanzen von 25 Jahren Gesamtschule.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Praktische und theoretische Begabungen sind gleichwertig. Wie recht er hat. Unser berufliches Bildungswesen ist hochdifferenziert, und eine duale Ausbildung ist immer noch die beste Versicherung gegen Perspektivlosigkeit.

Es gibt keine Bildung ohne Anstrengung. Ja, wer den Leistungsanspruch in der Schule aufgibt, bringt die jungen Menschen um entscheidende Anregungen und Herausforderungen. Was mußten wir nicht alles durchstehen an Diskussionen über „repressive Notengebung“ und anderes mehr.

(Abg. Wieser CDU: Nach dem Lustprinzip wollten sie unterrichten!)

Bildungsinhalte müssen nicht bürokratisch einheitlich geregelt werden. – Stimmt, daher die konsequente Umsetzung der inneren Schulreform, in der beispielsweise im fächerübergreifenden Unterricht Inhalte mit großer Gestaltungsfreiheit angegangen werden können. Freiarbeit hat sich zu einer arbeitsaufwendigen, aber höchst kreativen Methode entwickelt. Sie kommt ohne größere Freiheit bei den Inhalten gar nicht aus.

Mehr Wettbewerb der Bildungseinrichtungen. – Die Privatschulen sind in unserem Land ein blühender Zweig des Bildungsbaumes. Sie finden großen Zuspruch bei den Eltern. Welch Wunder, dort lassen sich offensichtlich Arbeitsbedingungen ertragen, die unsere Protestgruppen im öffentlichen Schulwesen nicht anders denn als Katastrophe bezeichnen würden.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

So relativiert sich vieles, je nach Betrachtungsweise.

Konsequenter Ausbau des bilingualen Unterrichts. – Da spricht mir der Bundespräsident aus dem Herzen. Deshalb wird jetzt gehandelt. Die Weichen werden gestellt, damit

(Rau)

wir in wenigen Jahren mit dem systematischen Aufbau eines bilingualen Angebots starten können. Dazu nachher mehr.

Verkürzung der Ausbildungszeiten. – Aber was für ein Theater derer, die sich auf die Rede des Bundespräsidenten berufen, wenn es darum geht, die gymnasiale Schulzeit auf acht Jahre zu verkürzen, und was für ein Besitzstandsdenken von Gewerkschaftsvertretern in den Berufsbildungsausschüssen, wenn es darum geht, Lehrzeiten und Inhalte für leistungsschwächere Schüler anzupassen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen und Brechtken SPD)

In der Bildungspolitik des Landes gibt es keinen Reformstau, um auch dieses von Roman Herzog populär gemachte Schlagwort aufzugreifen. Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen des Hauses wollen bildungspolitisch gestalten. Sie nutzen jeden sich auftuenden finanziellen Gestaltungsfreiraum, und sie bekennen sich zu einer Bildungspolitik, die mehr im Auge hat als Schulverwaltung und Lehrerbefähigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Es ist mir klar, daß man im trüben Funzellicht der Laternen nicht erkennen kann, was wir an bildungspolitischen Leistungen vorlegen können. Deshalb will ich den Scheinwerfer gern auf einige Punkte richten.

Ich nenne das Thema „Schulanfang auf neuen Wegen“. Ich gestehe gern ein, daß ich mir die Fortsetzung dieses Themas mit der Ausarbeitung einer Konzeption für die ganze Halbtagschule vorstellen kann.

Ich nenne das Thema „Langfristige Einstellungsprognose und die Gestaltung entsprechender Ausbildungskapazitäten“. Wir haben dafür im letzten Jahr die Grundlagen gelegt.

Ich nenne das Thema „Profilbildung in den Gymnasien“, dessen Entwicklung weit fortgeschritten ist und die Gymnasien fit für die Zukunft macht.

Ich nenne das Thema „Multimediaausstattung und -ausbildung“. Ich komme darauf noch zurück.

Zum Thema „Reform der Schulverwaltung“ liegt ein Antrag der Grünen vor. Das ist uns etwas zu voreilig. Wir werden ihn nachher ablehnen, weil wir eine Reihe von Fragen zu klären haben und nicht vor inhaltlichen Klärungen Beschlüsse haben wollen.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Ich nenne das Thema „Innere Schulreform, stärkere Eigenverantwortung für Unterrichtsstile und -inhalte“.

Ich nenne ferner das Thema „Achtjähriges Gymnasium“.

Zu zwei Themen will ich etwas längere Ausführungen machen.

Das Kultusministerium wird uns in Kürze die neue Konzeption für die Lehrerausbildung an Grund- und Hauptschulen vorlegen. Sie manifestiert sich in der Prüfungsordnung für Grund- und Hauptschullehrer. Dort wird – nach vielen Besprechungen sind wir an diesen Punkt gekommen – ein Ausbildungsangebot in Fremdsprachen enthalten sein, das die Lehrbefähigung zum mehrsprachigen Unterrichten beinhaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Damit wird ein Meilenstein in der Sprachenpolitik dieses Landes gesetzt. Wir werden in fünf Jahren die Lehrerinnen und Lehrer haben, die wir brauchen, um in diesem Land einen bilingualen Unterricht anbieten zu können. Das ist eine ganz entscheidende Neuerung, die in diesem Frühjahr kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich nenne einen weiteren Punkt, den wir noch in diesem Jahr, nach vorangegangenen Erprobungen an einigen Standorten, umsetzen müssen. Wir stellen fest, daß wir insbesondere für die leistungsschwächeren Schüler der Hauptschule nicht genügend Ausbildungsstellen finden. Dort, wo die Grenze zwischen dem allgemeinbildenden und dem berufsbildenden Schulwesen nicht eng gezogen wird, sondern wo Modelle des gleitenden Übergangs zusammen mit starken Praxisteilen in Betrieben eingerichtet wurden, haben wir bei der Vermittlung von Schülerinnen und Schülern in Lehrstellen hervorragende Ergebnisse – 100 %, besser geht es nicht. Wir werden in diesem Jahr die Gleitphase vom allgemeinbildenden in das berufliche Schulwesen entscheidend ausbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD)

Wir waren – auch das gehört zu einer Bilanz – zu unangenehmen Entscheidungen gezwungen, die, wie ich finde, nicht auf Dauer Bestand haben dürfen. Ich gestehe ein, daß ich die Einführung eines Numerus clausus für Referendare nicht für ein Reformwerk halte

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– danke –, weil wir unsere Ausbildungspflicht auf diese Art und Weise nur aufschieben, aber die Verpflichtungen, die damit verbunden sind, nicht loswerden. Wir wollen sie auch nicht loswerden. Wir müssen wieder an dieses Thema herangehen. Wenn wir eine Verkürzung der Ausbildungszeiten wollen, sollten wir in der Lage sein, sie dort, wo wir es organisatorisch durchführen müssen, auch nicht zu verlängern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Sehr wahr!)

– Natürlich; das zeigt doch, daß wir auch zu Selbstkritik fähig sind

(Abg. Zeller SPD: Im Gegensatz zu Ihnen!)

(Rau)

und wissen, was verbesserungsfähig ist. Das lernen wir alles. Ich weiß, Sie hängen mit Ihrem Kopf draußen bei den Laternen, aber das ist ein trübes Funzellicht.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Sieber
CDU)

Ich will aber bei dem Thema Numerus clausus für Referendare eines sagen: Sie dürfen in diesem Zusammenhang auch zur Kenntnis nehmen, daß wir die Mittel für die Referendarausbildung innerhalb weniger Jahre von 50 Millionen DM jährlich auf 200 Millionen DM jährlich hochgehoben haben. Es ist bedauerlich, daß diese 200 Millionen DM jetzt nicht ausreichen. Aber, wie gesagt, da müssen wir noch einmal darangehen.

Das nächste Thema, das mir auch einige Probleme macht, ist die Tatsache, daß wir in der Privatschulförderung, wenn wir das Verfahren analog zum Verfahren im öffentlichen Bildungswesen weiterführen, irgendwann an den Punkt kommen, an dem wir die Privatschulen nicht mehr so bedienen können, wie es die Privatschulen brauchen und wie wir es müssen, um diesen vernünftigen Bereich des Bildungswesens aufrechtzuerhalten.

(Abg. Rech CDU: Das wäre aber schade!)

Bis jetzt – und darüber habe ich mit den Spitzenvertretern der Privatschulverbände gesprochen – können sie sich an diesem Verfahren beteiligen, sich damit einverstanden erklären. Ich sage nur: Wir müssen die Grenzen der Belastbarkeit hier kennen.

Daß Bildungspolitik in Länderhoheit gestaltet wird, ist für die Kinder dieses Landes ein Glück.

(Abg. Rech CDU: Ein Glücksfall!)

Ich wünsche den Kindern anderer Länder, daß ihre Eltern bei den Landtagswahlen dieses Jahres dafür sorgen, daß auch in diesen Ländern christdemokratische Kultuspolitiker in die Verantwortung kommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rech CDU: Sonst
kommen die ja alle zu uns!)

Dies ist nicht ganz selbstlos, weil ich mir auch eine Veränderung der Position der Kultusministerkonferenz in manchen Punkten wünsche.

(Abg. König REP: Rechtschreibreform! – Gegen-
ruf des Abg. Rech CDU: Ruhe!)

Insbesondere wäre von dort ein kräftiger Impuls in Sachen Reform der gymnasialen Oberstufe hilfreich; leider wird da von den SPD-Ländern noch entscheidend blockiert. Ein weiterer Impuls wäre ein permanenter Leistungsvergleich der Schulsysteme; wir brauchen uns davor nicht zu fürchten. Ich denke, daß wir in Zukunft noch ganz andere Instrumente entwickeln müssen, um deutlich zu machen, wo die Leistungsstärken, aber auch die -schwächen unseres Bildungssystems liegen könnten.

(Abg. Wintruff SPD: Aber ein Thema haben Sie
noch vergessen!)

– Ich bin ja noch nicht fertig, Herr Kollege Wintruff.

(Abg. Wintruff SPD: Sollen wir Ihnen sagen, welches Thema das ist?)

– Nein, das interessiert mich nicht. Ich höre Ihnen nachher zu, wenn Sie etwas zu sagen haben. Nicht nötig.

(Abg. Wintruff SPD: Schuluniform! – Unruhe –
Glocke des Präsidenten)

Wir bekennen uns zum Leistungsgedanken an der Schule, und wir scheuen keinen Vergleich. Ein leistungsfähiges Bildungswesen mit dem Ziel, leistungsfähige Schüler auszubilden, muß unser Ziel sein. Was aber sollen Schüler heute leisten können? Sie müssen die Kulturtechniken beherrschen, sie sollen belastbar sein, sie sollen eine persönliche Entwicklung, die sie zur Akzeptanz grundlegender Werte führt, durchlaufen, sie sollen fähig sein zu Kooperation und Führung.

Das Schulwesen soll sie an den Beruf heranzuführen; das hätte man vor zehn Jahren, als die Idealisten, die das für unsittlich hielten, noch unterwegs waren, auch nicht ungestraft sagen können. Heute halte ich das für die zentrale Aufgabe des Bildungswesens. Wir müssen natürlich auch die Techniken und Strategien der Informationsbeschaffung und -bewertung mit in den Mittelpunkt der Erziehungsarbeit stellen. In vernetzten Systemen geht es mehr und mehr darum, zu wissen, an welchen Stellen man ad hoc verfügbares Wissen abrufen kann.

Die Kultivierung der Informationstechnologien ist der erste Schritt zur Entstehung einer Wissensgesellschaft, in der Informationen ausgewählt, bewertet, in Beziehung gesetzt und gewichtet werden, so daß von den neuen informationstechnischen Möglichkeiten ein bewußter und lebenserleichternder, sozial nicht zerstörerischer Gebrauch gemacht wird.

So steht es in der Studie „Humankapital und Wissen“ der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg. Dem ist in der Zielsetzung nichts hinzuzufügen.

Ich bin froh, daß wir aus verschiedensten Quellen Programme gespeist haben, die die multimediale Ausrüstung unserer Schulen, vor allem der beruflichen, nicht nur einen Schritt, sondern einen großen Sprung voranbringen. Diesen Sprung müssen natürlich nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer mitmachen,

(Abg. Rech CDU: Das ist das Problem!)

und sie sollten dabei einen gewissen Vorsprung haben, damit nicht die Schüler den Lehrern die neue Technologie erläutern, sondern umgekehrt.

(Abg. Rech CDU: Das ist das Problem!)

Deshalb müssen wir in der Lehrerbildung und -fortbildung dieses Thema zum Gegenstand der Beschäftigung machen. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich nicht allein staatliche Stellen, sondern auch private Softwareanbieter. Ich bin froh, daß Baden-Württemberg in diesen Tagen einmal mehr Schauplatz aller Innovationen auf diesem Gebiet ist, und zwar auf der LEARNTEC in Karlsruhe. Dort wird es im kommenden Jahr eine Spezialmesse zur multimedialen Schulsoftware geben. Wir sollten das von uns aus auch inhaltlich begleiten.

(Rau)

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf eine Grundtatsache hinweisen, die im trüben Laternenlicht möglicherweise untergeht. Kinder verpassen ihre Zukunftschancen nicht durch vereinzelt Unterrichtsausfall, sondern durch Erziehungsschwäche in den Familien. Es gibt Entwicklungseinbrüche aus Gründen der Familienbiographie, durch äußere Einflüsse, deren Auswirkungen Schule nur bedingt begleiten kann.

Wenn Schüler den gelegentlichen Ausfall einer Stunde beklagen, dann stimmt etwas nicht. Dann sind sie Bildungseinflüssen unterworfen, die nicht ihrem jugendlichen Freiheitsdrang, sondern eher dem Besitzstandsdenken und dem Zukunftspessimismus ihrer Eltern entsprechen. Wenn bei mir Schule ausgefallen ist, dann habe ich mich darüber gefreut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Das tut weh! Es geht doch nicht um eine oder zwei Stunden! – Abg. Zeller SPD: Also möglichst viel Unterrichtsausfall? – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, den Redner nicht ständig zu unterbrechen.

Abg. Rau CDU: Man sollte einfach die Kirche im Dorf lassen und sagen: Wenn Unterricht ausfällt, dann ist das nicht das Ende von Schule. Ob Sie das jetzt ein bißchen –

Ich denke noch gern daran, Frau Rudolf, wie Sie hier versucht haben, die Liste der Mitglieder dieses Hohen Hauses vorzulesen. Da habe ich auch gedacht: Schulausfall!

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ja, genau! – Abg. Zeller SPD: Das ist jetzt eine Unverschämtheit!)

– Ja, dann soll sie sich eben zurückhalten.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch unter jedem Niveau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn die jetzt eingesetzte Protestenergie in Erziehungsenergie umgesetzt wird, dann wird der Schule und ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag bestmögliche Unterstützung gewährt.

(Zurufe)

Wir tun das unter den gegebenen Bedingungen Mögliche für die jungen Menschen und ihre Bildungseinrichtungen, aber wir sehen auch die außerordentlich schwierige Haushaltssituation, die keine Reserven mehr ermöglicht, aber dafür um so dringender Vorrangaufgaben definieren muß.

In Wort und Tat hat die Regierung Teufel dabei ihren Schwerpunkt in der Bildungspolitik gesetzt. Neben der hart umkämpften Finanzausstattung hat der Ministerpräsident unserer Bildungspolitik noch etwas ganz Unbezahlbare besorgt – die beste Kultusministerin der ganzen Republik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Zu dieser späten Stunde noch so ein Highlight! – Abg. Wintruff SPD: Sie kennen die

anderen doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das ist ja das Problem! – Weitere Zurufe)

Der Vorrang der Bildungspolitik zeigt sich am besten darin, daß wir vor den Haushaltsbeschlüssen ein Konzept zur Unterrichtsversorgung erarbeitet und beschlossen haben, das unserer Verantwortung gerecht wird, die Unterrichtsarbeit sicherstellt, für eine Verjüngung der Kollegien sorgt und die zweifellos entstehenden Lasten erträglich und gerecht verteilt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Durchschnittsalter 50!)

Wer es realistisch sieht, zieht bei der Umsetzung mit.

Durch den Klassenausgleich werden Klassen größer, aber der Klassenteiler kann gehalten werden. Durch die Zusage zur Wiederbesetzung freierwerdender Stellen wird der Generationenwechsel beschleunigt. Mit der Einführung der Vorgriffstunde wird Sicherheit über die Arbeitszeit und Gelegenheit zu solidarischem Handeln geboten. Unsere Zusage, Teilzeitarbeit, die im Zusammenhang mit der Vorgriffstunde eingegangen wird, durch Neueinstellungen auszugleichen, kann bis zu 2 000 Junglehrerinnen und Junglehrer zusätzlich in die Schule bringen.

Ich fordere alle betroffenen Lehrerinnen und Lehrer dringend auf, diesen Weg mitzugehen. Sie erhalten durch den dafür vorgesehenen Verwaltungsakt Rechtssicherheit über ihre Ansprüche und über den Beitrag, den sie zur Neueinstellung von jungen Kolleginnen und Kollegen geleistet haben.

Wir schaffen in dieser Legislaturperiode 1 600 neue Stellen und bauen dafür Stellen in anderen Bereichen der Landesverwaltung ab. Dieses Gesamtpaket sorgt dafür, daß am Ende dieser Legislaturperiode,

(Abg. Wintruff SPD: Noch haben wir sie nicht!)

wenn die Lehrerinnen und Lehrer bei der Vorgriffstunde mitziehen, 12 000 bis 13 000 junge Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst des Landes gelangen. Das ist eine hervorragende Bilanz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Da können wir mal nach Niedersachsen schauen!)

– Ich komme gerade darauf zu sprechen. Niedersachsen bläht den Verwaltungsapparat auf und baut mehrere tausend Lehrerstellen ab. Wir investieren Privatisierungserlöse in zusätzliche Bildungseinrichtungen und ihre Ausstattung – 500 Millionen DM für das Sonderprogramm Schulhausbau, 50 Millionen DM Multimediaausstattung –, und Niedersachsen kauft Preussag.

Ich weiß, daß die Blutzufuhr, die wir dem baden-württembergischen Lehrkörper zukommen lassen, nicht dazu führt, daß dieser vor lauter Kraft nicht mehr laufen kann. Aber ich glaube, daß die CDU-Fraktion, diese Landesregierung, die verantwortlichen Bildungspolitiker in diesem Land die Ressourcen so einsetzen, daß wir guten Gewissens sagen können: Wir haben gemeinsam mit den Verantwortlichen im Kultusministerium, denen wir für hervorragende Zu-

(Rau)

sammenarbeit danken, das menschenmögliche getan, um den Kindern ein humanes und vielfältig förderndes Schulwesen anbieten zu können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Zeller.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Zeller, deine Rede wird schwer! Mein lieber Mann!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rau, wenn ich das, was Sie gerade gesagt haben, jetzt mit gleicher Münze heimzahlen würde, müßte ich feststellen: Sie haben nicht nur viel, sondern sehr viel Unterricht versäumt.

(Abg. Maurer SPD: Die Kleinen darf man nicht schlagen!)

Wir sollten aber zur sachlichen Auseinandersetzung zurückkehren.

Bei seiner Amtseinführung, meine Damen und Herren, sagte Bill Clinton: „Die Brücke ins 21. Jahrhundert ruht vor allem auf einem Pfeiler: den Bildungschancen.“ Mit einem Milliardenprogramm macht der amerikanische Präsident nun den Ausbau des Bildungswesens zu einem Schwerpunkt seiner zweiten Amtsperiode. Bundespräsident Roman Herzog hat einen Aufbruch in der Bildungspolitik gefordert. Bildung müsse wieder zu einem Megathema werden, sagte Herzog.

Rhetorisch – das haben wir eben gehört – schließt sich die deutsche Politik mittlerweile diesen Einsichten der beiden Präsidenten an, aber eben nur rhetorisch. Denn die sicher notwendige Debatte über die Zukunft unseres Bildungssystems ist bislang leider nicht in wirkliche Veränderungen gemündet. Den vielen schöngeistigen Worten sind noch keine durchgreifenden Taten gefolgt.

Dieser entscheidende Mangel läßt sich auch am vorliegenden Kultusetat der CDU-FDP/DVP-Regierung festmachen. Sein Zuschnitt zeigt – wie übrigens schon 1997 –, daß die Landesregierung der Bildungspolitik eben nicht den Stellenwert zumißt, der angesichts grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen notwendig wäre und angesichts der steigenden Schülerzahlen unabdingbar ist.

Die jüngste Studie der Bildungsforscher Klaus Klemm und Rainer Block kommt zum Ergebnis, daß sich Bildung auf jeden Fall lohnt, also in der Tat eine Zukunftsinvestition ist. Die beiden Bildungsforscher sehen für das nächste Jahrzehnt sogar einen Mangel an qualifizierten Kräften und Facharbeitern voraus. Es ist also wissenschaftlich abgesichert, daß Bildung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern hilft, wobei wir Bildung umfassender verstehen und sie nicht nur auf eine Berufsvorbereitung reduzieren.

Zur Debatte steht hier im Landtag, aber auch in der Gesellschaft der Stellenwert von Bildung. Bildung und Ausbildung sind kein Luxus für eine Wissenselite, sondern eine

öffentliche Aufgabe, die Chancengleichheit und Zukunftschancen für alle zu sichern hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rau, daß Zukunftschancen für die zukünftige Generation wichtig sind, haben auch Eltern, Lehrerverbände, Schülerinnen und Schüler erkannt, und deswegen gab es in den letzten Wochen die Proteste. Wir haben bei Podiumsdiskussionen diskutiert. Es gab Demonstrationen bis hin zu der Lichterkette um den Landtag, die Sie hier etwas lächerlich gemacht haben. Wir alle in diesem Haus sollten eigentlich froh sein, daß Bildung wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rau CDU: Aber nicht mit Panik, mit Panikmache geschürt!)

Ich danke daher von dieser Stelle aus den Eltern, den Lehrern, den Schülern für ihr Engagement,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil sie hautnah vor Ort stehen, weil sie wissen, wie Reden und Handeln dieser Landesregierung in Sachen Bildungspolitik auseinanderklaffen.

(Abg. Rau CDU: Wenn sie Ihnen auf den Leim gehen!)

Fakt ist, meine Damen und Herren: Immer häufiger fällt der Unterricht aus – es geht hier nicht nur um eine Stunde, die da einmal ausfällt –, und dies nicht nur im sogenannten Ergänzungsbereich, nein, auch in den Pflichtstunden. Die Pflichtstunden können nicht mehr gehalten werden, weil Lehrer fehlen oder krank sind.

Fakt ist weiter: Stütz- und Förderkurse sind fast überall gestrichen worden. Das Angebot, das der Hauptschule als weiterführender Schulart ein Profil geben sollte, das Ergänzende Bildungsangebot, Herr Kollege Seimetz,

(Zuruf von der CDU: Haben wir doch!)

ist praktisch an vielen Schulen tot, weil keine Ressourcen eingesetzt werden können.

(Abg. Seimetz CDU: Horrorszenario!)

– Nein, das ist Realität. Sie müssen sich einmal erkundigen, statt in Ihrem eigenen Sumpf zu schmoren.

Fakt ist auch, meine Damen und Herren: Die Klassen werden immer größer, und damit werden auch die Lernbedingungen immer schlechter. Dies ist inzwischen vielerorts die traurige Realität an unseren Schulen. Sie fällt freilich nicht vom Himmel, sondern ist in erster Linie das Ergebnis des Wirklichkeitsverlustes, der Versäumnisse und der Fehlscheidungen dieser Regierung in der Bildungspolitik. Die Kultusministerin weiß sich in dieser Lage nur noch dadurch zu helfen, daß sie die Verhältnisse an den Schulen verharmlost und beschönigt und ansonsten in vielen Rundschreiben um Verständnis für die eingetretenen Verschlechterungen wirbt.

Auch der Kultusetat 1998/99 gehorcht in vielen Bereichen dem Motto von CDU und FDP/DVP: vor der Wahl große Töne spucken und hinterher davon nichts mehr wissen

(Zeller)

wollen. Eine Politik, die Bildung und damit auch Zukunftschancen der jungen Generation wieder abhängig macht vom Geldbeutel der Eltern, ist mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Politik ist nämlich zutiefst unchristlich und ungerecht.

Auch wir wissen, daß die angespannte Lage der öffentlichen Kassen und der öffentlichen Finanzen es nicht erlaubt, alles zu machen, was notwendig und wünschenswert ist. Aber, meine Damen und Herren, man kann auch in schwierigen Zeiten mehr tun, als nur Mangel kurzatmig zu verwalten, als überfällige Reformen mit angezogener Handbremse starten zu lassen und sich mit schlechtem Krisenmanagement durch die Engpässe hindurchzuwursteln. Dies ist der Hauptvorwurf, den wir an Ihre Adresse machen.

Die SPD-Fraktion hat zu dem Haushalt 1998/99 ein solide finanziertes Konzept vorgelegt, das Investitionen in Bildung und Ausbildung zu einem Schwerpunkt ersten Ranges macht. Wir wollen zusätzliche Mittel in Höhe von 200 Millionen DM für Bildung und Ausbildung in diesem Haushalt bereitstellen. Wir wollen 500 zusätzliche Lehrerstellen pro Jahr schaffen. Ich darf daran erinnern, daß dies die Größenordnung ist, die Sie, der Herr Ministerpräsident und die Kultusministerin, noch vor der Wahl verbindlich zugesagt haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf von der SPD: Natürlich!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Zeller SPD: Dann bitte ich die Uhr anzuhalten. Bitte.

(Abg. Maurer SPD: Abteilung „blühende Landschaften“!)

Abg. Wacker CDU: Herr Zeller, sind Sie bereit, endlich zu akzeptieren und zuzugeben, daß die SPD vor der Landtagswahl das Wahlversprechen gemacht hat, 2 000 Lehrerstellen pro Jahr zu schaffen? Das war ein Beschluß eines außerordentlichen Landesparteitags der SPD.

(Abg. Birzele SPD: Stimmt doch gar nicht! – Weitere Zurufe)

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Weisheiten haben.

(Abg. Seimetz CDU: Aus der Zeitung! – Abg. Wacker CDU: Aus dem Leitantrag der SPD, der damals auf dem Parteitag beschlossen wurde!)

– Nein.

(Abg. Wacker CDU: Parteitag!)

– Dann empfehle ich Ihnen, noch einmal das Regierungsprogramm der SPD durchzulesen. Dort haben wir bewußt keine Zahl genannt,

(Abg. Birzele SPD: So ist es!)

weil wir wußten, wie schwierig es ist, sich auf eine konkrete Zahl festzulegen. Was wir aber immer dazu gesagt haben, sollten Sie einmal genau nachlesen.

(Abg. Wacker CDU: Das war euer Beschluß!)

– Jetzt sage ich es Ihnen. Lesen Sie doch unser Regierungsprogramm noch einmal durch. In diesem Regierungsprogramm haben wir keine Festlegung getroffen. Wir haben allerdings eines gesagt, im Gegensatz zu Ihnen – –

(Abg. Seimetz CDU: Parteitag!)

– Wir sprechen vom Regierungsprogramm, darum geht es.

(Abg. Wintruff SPD: Wieser hat mir noch Vorwürfe gemacht, daß wir keine Zahl nennen!)

Sie sollten das Regierungsprogramm einfach noch einmal durchlesen.

Wir haben ein Wichtiges dazu gesagt: Wir konnten im Gegensatz zu Ihnen darauf verweisen, daß wir diejenigen in der großen Koalition waren, die die zusätzlichen Lehrerstellen durchgedrückt haben. Das ist unser Verdienst.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Da kamen uns die Tränen!)

Im Gegensatz zu Ihnen war ich bei den Verhandlungen dabei und weiß, was da ablief, welche Vorschläge von Ihrer Seite aus kamen. Es tut halt weh, hier die Wahrheit zu hören.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rau CDU: Nach dem Motto: Minderheit ist Mehrheit! – Weitere Zurufe)

Um möglichst viele junge ausgebildete, fähige Leute in die Schule zu bringen, sollen die neuen Stellen ebenso wie die Ersatzeinstellungen auf der Basis von Zweidritteldeputaten erfolgen. Damit können wir nicht nur wirksam gegen die ungünstige Altersstruktur vorgehen und auch neue Ideen, Motivation in die Schule bringen, wir leisten auch einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Beitrag, indem wir jungen Menschen eine Berufsperspektive geben und sie nicht draußen auf der Straße allein im Regen stehen lassen. Inzwischen sind es 8 000 junge Menschen.

Wir wollen des weiteren eine deutliche Erhöhung der Mittel für Hilfsunterricht und Lehraufträge. Damit können die Schulen kurzfristig sehr flexibel und unbürokratisch auf Unterrichtsausfälle infolge von Krankheit reagieren.

Schließlich wollen wir mit einer großen finanziellen Kraftanstrengung dafür sorgen, daß alle PH-Absolventen, Gymnasial- und Berufsschulanwärter wieder in das Referendariat übernommen werden können.

Mit diesen Maßnahmen bekommen wir allein 1998 über 2 000 junge Lehrerinnen und Lehrer bzw. Lehramtsanwärter in unsere Schulen. Eine solche vorausschauende Politik, meine Damen und Herren, stabilisiert die Unterrichtsversorgung, verjüngt den Lehrkörper und bekämpft die Arbeitslosigkeit.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

(Zeller)

Lassen Sie mich noch etwas zum sogenannten Vorgriffstundenmodell oder, wie wir bisher sagten, zum Arbeitszeitkonto sagen. Frau Ministerin, Sie haben hier eine große Chance vertan. Sie haben die Bereitschaft vieler Lehrerinnen und Lehrer nicht aufgegriffen, um massiv für einen Gehaltsverzicht bei gleicher Arbeitszeit zu werben. Sie haben sich von der negativen Stimmungsmache in Ihrem Haus beirren lassen. Überall, wo ich hinkomme, stelle ich fest, daß es eine große Bereitschaft gibt, Arbeitszeit abzutreten, wenn dann gewiß ist, daß dafür tatsächlich neue junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Abg. Rau CDU:
Unverschämte Unterstellungen! – Abg. König
REP: Ich möchte bloß wissen, wo der vorbeikommt! Ich kenne niemanden!)

Neben der Sicherung der Unterrichtsversorgung brauchen wir eine qualitative Weiterentwicklung an unseren Schulen, um dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen und die gestiegenen Anforderungen meistern zu können.

Wir brauchen neue Lerninhalte und Lernformen in unseren Schulen. Unsere Schulen müssen sich zu Häusern des Lernens weiterentwickeln und dabei alle am Schulleben Beteiligten einbeziehen. Wir haben hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir werden sicher noch im Laufe der nächsten Wochen und Monate darauf zu sprechen kommen. Eine so veränderte Schule, die nicht von heute auf morgen zu erreichen ist – das wissen wir –, sondern in einem Entwicklungsprozeß abläuft, stellt neue Anforderungen vor allem an die Lehrenden. Deshalb legen wir großen Wert auf eine qualitativ verbesserte Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung.

Wer der Schule mehr Entscheidungsrechte innerhalb eines gesetzlich definierten Rahmens gibt, muß auch die Schulverwaltung reformieren. Neben der eigentlichen Schulaufsicht ist künftig besonders die Beratung der Schule gefragt. Dabei gilt es auch die Schulverwaltung zu reformieren und sie effektiv zu gestalten. Durch die Schaffung von regionalen Schulämtern, die gleichzeitig auch Anlaufstelle für Beratungen und Fortbildung sein können, können wir künftig auf die Oberschulämter verzichten. Ich füge allerdings hinzu: Zu glauben, daß über die Auflösung der Oberschulämter das Lehrerproblem zu lösen sei, wie dies die Grünen suggerieren, ist schlichtweg naiv.

Lassen Sie mich, bevor meine Kollegin Christine Rudolf zur Weiterbildung Stellung nimmt, noch etwas zum Schulhausbau und zur beruflichen Bildung sagen.

Ihre Kürzung bei den Mitteln für den Schulhausbau halten wir für falsch. Der Antragstau wird wieder rasch auf gut 100 Millionen DM anwachsen. Das haben Sie, Frau Ministerin, im Finanzausschuß auch einräumen müssen. Deshalb stellen wir hier und heute den Antrag auf eine Erhöhung der Schulbaumittel, nicht zuletzt deshalb, um gegenüber den Kommunen bereits gegebene Zusagen einhalten zu können.

Meine Damen und Herren, Jugendliche dürfen nicht in eine Gesellschaft hineinwachsen, die ihnen den Eindruck ver-

mittelt, sie würden nicht gebraucht. Deshalb ist die Überwindung der Ausbildungsplatzkrise von grundlegender Bedeutung. Staat und Wirtschaft tragen dabei die Verantwortung. Die SPD hat ein Programm vorgelegt, mit dem zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert werden sollen.

Wir pochen weiter darauf, daß der Pflichtunterricht in den Berufsschulen eingehalten wird, freilich bei mehr Flexibilität für die einzelnen Berufsschulen und ihre Partner.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und möchte Sie noch mit einem Zitat konfrontieren:

Eigentlich müßten es jetzt alle begreifen und begriffen haben: Eine Gesellschaft, die ihr Bildungswesen vernachlässigt, löst sich aus dem Generationenvertrag und kommt ihren Pflichten gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht nach. Sie steht sich bald selbst im Wege, zumal dann, wenn sie neue Herausforderungen zu bewältigen hat, und läßt das Fundament labil werden, das kulturellen, sozialen und ökonomischen Fortschritt trägt.

Diese Sätze, meine Damen und Herren, hat Frau Kultusministerin Annette Schavan in einem vor kurzem erschienenen Antwortbeitrag zur bildungspolitischen Grundsatzrede des Bundespräsidenten geschrieben.

Meine Damen und Herren, ich kann jedes Wort dieses Gedankengangs sofort ohne jeden Vorbehalt unterschreiben.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Da muß ich lachen!)

Ja, das Argument wäre geradezu geeignet, den von Roman Herzog angemahnten neuen Bildungskonsens in der Bildungspolitik herbeizuführen. Das Tragische ist nur, daß man in den Grundzügen des Kultusetats von dieser richtigen Erkenntnis nur sehr wenig spürt. Der hochtrabenden intellektuellen Trockenübung der Ministerin

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Was ist das denn?)

folgen leider nur höchst unzulängliche Taten in der eigenen praktischen Politik. Das ist die fundamentale Glaubwürdigkeitslücke, die ihre Politik hinterläßt.

Meine Damen und Herren, das Gegenteil von gut ist bekanntlich gut gemeint. Gut gemeint, verehrte Frau Schavan, reicht aber nicht aus, um die Herausforderungen, vor denen unser Bildungswesen heute nicht nur in finanzieller Hinsicht steht, erfolgreich zu bewältigen.

Unser Fazit lautet: Diese Landesregierung ist weder willens noch fähig, der Bildung im Haushalt den nötigen Stellenwert einzuräumen. Der Einzelplan 04 wird deshalb nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion finden können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Wie war das mit dem Blick für die Wirklichkeit?)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bildungsexpansion in den letzten Jahrzehnten und die damit verbundenen finanziellen Investitionen haben sich für unsere Kinder und für unsere Jugendlichen sowie für unsere gesamte Gesellschaft ausgezahlt. Nie zuvor haben junge Menschen in einem Ausmaß wie heute mittlere und hohe Bildungsabschlüsse erreicht. Auch der Anteil an jungen Menschen, der einen Berufsabschluß erwirbt, ist stark angestiegen, allerdings ist er heute aufgrund des Mangels an Ausbildungsplätzen wieder rückläufig.

Erreicht wurde in den letzten Jahrzehnten auch, daß Mädchen bei den Ausbildungsabschlüssen mit den Jungen gleichgezogen haben, auch wenn sich dies nicht in gleichberechtigter Ausbildung und auch nicht in gleichberechtigter Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausgezahlt hat.

Nicht vergessen werden darf, daß es auch einen Zuwachs an Orientierungswissen im kulturellen, im sozialen und im ökologischen Bereich gab. Die in den letzten Jahrzehnten erreichte soziale Chancengleichheit gilt es heute zu erhalten, zu verteidigen, wo sie bedroht ist und ausgehöhlt wird, und weiter auszubauen.

Dennoch, meine Damen und Herren, kann es heute nicht mehr um eine weitere starke Expansion gehen. Wir stehen vor Herausforderungen in unserem Bildungswesen, die nicht allein mit quantitativen Zuwächsen an Ressourcen zu bewältigen sind.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Die Frage nach Qualität, nach Effizienz und nach Weiterentwicklung in unserem Bildungswesen muß heute im Mittelpunkt stehen. Es geht im Kern um das Ziel, die Schule neu zu denken und die dann neu gedachte Schule auch in die Praxis umzusetzen, wie es Hartmut von Hentig 1993 formulierte.

Schule, meine Damen und Herren, wird nicht miesgemacht, wird nicht schlechtgeredet, wenn wir feststellen, daß Schule heute den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht gewachsen ist. Wir haben eine immer komplexer werdende Welt, wir haben beschleunigt verlaufende gesellschaftliche, soziale, technologische und wirtschaftliche Veränderungen. Wir müssen unsere Kinder gut auf diese an sie gestellten Anforderungen vorbereiten.

Die Schule hat in den letzten Jahren viele zusätzliche Aufgaben bekommen. Ich nenne hier nur einige Stichpunkte: Nachholen der Erziehung, wo die Elternhäuser dies nicht mehr leisten können, individuelle Förderung bei zunehmender Unterschiedlichkeit von Kindern, neue Lernformen und Unterrichtsorganisationen, neue Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen, die Notwendigkeit einer stärkeren Auseinandersetzung mit Werten, Werteorientierung vermitteln für die Kinder, Integration von zugewanderten Kindern, Integration von behinderten Kindern, nicht zu vergessen die ganzheitliche Förderung der geistigen, kulturellen und künstlerischen Kreativität der Kinder und schließlich die Motivation der Kinder zu lebenslangem Lernen und zur Weiterentwicklung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die Bewältigung dieser vielen zusätzlichen Aufgaben braucht die Schule Unterstützung. Sie braucht ausreichende Rahmenbedingungen – auch ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen –, und sie braucht vor allem mehr Freiräume, mehr Selbstverantwortung und die Entwicklung eigenständiger Lösungsansätze.

Wer sich die Forderungen der „Initiative Bildung“, in der übrigens 22 Organisationen zusammengeschlossen sind, genauer anschaut, stellt fest: Es werden Ressourcen, aber es werden auch Reformen im Bildungswesen gefordert.

Auch den Eltern ist bewußt, daß eine drastische Erhöhung der Neuverschuldung nicht im Interesse der Handlungsspielräume der künftigen Generationen sein kann. Die Forderung nach Stärkung der pädagogischen, der personellen, der schulorganisatorischen und der finanziellen Selbständigkeit der Schule sowie nach mehr demokratischer Mitbestimmung ist den Initiatoren genauso wichtig wie die Forderung nach einer Umschichtung von mehr Mitteln in den Schulbereich.

Vor 20 Jahren hatte der Deutsche Bildungsrat, ein hochkarätiger Kreis von Wissenschaftlern, Pädagogen, Unternehmern, Gewerkschaftern und Kirchen, eine zündende Idee: die autonome Schule.

(Abg. Moser SPD: Oje! – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Kaum redet man von Autonomie, kriegen sie gleich einen Herzinfarkt!)

Aber für diesen Nonkonformismus bekam er bald die Quittung: 1975 wurde er aufgelöst. Seither ringt die Kultusministerkonferenz um Minimalkonsense in der deutschen Bildungslandschaft.

1975 hat sich ein vergleichbar hochkarätiges Gremium mit der Zukunft der Bildung und der Zukunft der Schule auseinandergesetzt. Die Bildungskommission in NRW machte in ihrer Denkschrift weitreichende Vorschläge für eine teilautonome Schule. Eine solche Schule entwickelt ihr eigenes Schulprogramm. Sie darf mit Stundenplänen und Lehrplänen flexibel umgehen, sie darf sich ihre Lehrkräfte selbst aussuchen, und sie darf ihre Gelder selbst bewirtschaften.

Die innere Schulreform unserer Kultusministerin Schavan und die Flexibilisierung des Unterrichts sind erste Schritte auf dem Weg dorthin. Es ist für jeden, der sich mit der Schule beschäftigt, erkennbar, daß sich auch an den Schulen viele Lehrerinnen und Lehrer auf den Weg gemacht haben, Elemente guten Unterrichts zu entwickeln. Es stimmt zwar, daß der Weg das Ziel ist; trotzdem muß man das Ziel klar benennen. Aussagen hierzu vermissen wir Grünen im Bericht des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zum Staatshaushaltsplan 1998/99.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Weshalb gibt es in Baden-Württemberg die Angst, zentrale Steuerung und zentrale Vorgaben zu reduzieren? Weshalb ist Autonomie im Hochschulbereich gut, in der Schule aber schlecht? Warum werden in der Wirtschaft Kompetenzver-

(Renate Rastätter)

lagerung nach unten und Stärkung der Verantwortung der Teams und Mitarbeiter positiv bewertet, in der Schule aber abgelehnt?

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Es geht nicht um Beliebbarkeit im Bildungswesen, und es geht vor allem auch nicht um das Herausstehlen des Staates aus der Gesamtverantwortung für Bildung und Erziehung. Der Staat muß die pädagogischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen festlegen und muß die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitstellen. Selbstverständlich muß der Staat auch die Einhaltung der Qualitätsstandards bewerten, kontrollieren und einfordern.

Das Beispiel Holland zeigt, daß Autonomie sehr wohl mit hoher Qualität von Bildung zusammenhängt. Holländische Schüler und Schülerinnen, die allesamt autonome Schulen besuchen, haben im internationalen Vergleich – TIMSS-Studie; wir haben darüber diskutiert – hervorragende mathematische und naturwissenschaftliche Ergebnisse erbracht – im Gegensatz zu den deutschen Schülern und Schülerinnen, deren Leistungen im Mittelfeld lagen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Tja!)

Nun beschließen wir heute den Haushalt für die nächsten zwei Jahre. Wir Grünen beantragen für diesen Doppelhaushalt Reformen und zusätzliche Investitionen in den Bildungshaushalt. Trotz der katastrophalen Haushaltslage haben wir unsere Schwerpunkte ganz eindeutig auf Bildung, auf Sicherung der sozialen Infrastruktur und auf ökologische Investitionen gelegt. Die zusätzlichen Mittel, die wir für die Bildung beantragen, sollen schwerpunktmäßig für die Sicherung der sozialen Chancengleichheit und für die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zur Verfügung stehen.

Erneut bringen wir den Antrag ein, den Schulen schrittweise mehr Selbständigkeit und Verantwortung zu geben und im gleichen Zug die Schulverwaltung zu reformieren. Mit der Einführung von regionalen Schulentwicklungsämtern kann eine Ebene der Schulverwaltung aufgelöst werden. Durch Aufgabenverlagerung an die Schulen sowie durch Synergieeffekte bei der Zusammenlegung können innerhalb von zwei Jahren zirka 300 Stellen in die Schulen umgeschichtet werden. Ich sehe keinen Grund, warum bei der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg durch Zusammenlegung und Bündelung von Aufgaben Ressourcen und Stellen eingespart werden können und das ausgerechnet bei der Schulverwaltung nicht der Fall sein soll, Herr Zeller.

(Abg. Zeller SPD: Weil die andere Aufgaben bekommen!)

Wir gehen davon aus, daß wir dieses Ziel auch tatsächlich erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im übrigen muß die pädagogische Beratung und Prozeßbegleitung nicht unbedingt von der Schulverwaltung durchgeführt werden, sondern kann auch von pädagogischen Seminaren oder extern geleistet werden.

(Abg. Zeller SPD: Das kostet dann aber auch Geld!)

Das letzte Jahr, meine Damen und Herren, ist durch erheblichen Ausfall im Pflichtbereich gekennzeichnet gewesen, so daß sich die Aussage, der Pflichtbereich sei gesichert, als unwahr erwiesen hat. In diesem Zusammenhang halte ich es für ein mangelndes Demokratieverständnis, wenn das Kultusministerium den Elternbeiratsvorsitzenden abkanzelt

(Abg. Moser SPD: Wen? Wen denn? – Abg. Zeller SPD: Wer war denn das, der Elternbeiratsvorsitzende?)

und sogar die Mitarbeit an dessen Elternpublikation aufkündigt,

(Abg. Wintruff SPD: Wie heißt denn der?)

weil dieser Landeselternbeiratsvorsitzende die Unterrichtsausfälle anprangert. Es ist ein Armutszeugnis, wenn man das eigene Wahlversprechen, 2 500 Lehrerstellen zu schaffen und alle Lehrerstellen wiederzubesetzen, nicht einlöst, aber dem Elternbeiratsvorsitzenden des Landes einen Maulkorb umhängen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Für das achtjährige Gymnasium allerdings, für das es weder bei den Lehrkräften noch bei den Eltern eine Akzeptanz gibt, sind Ressourcen kein Thema. Weil dieses Modell mit allen Mitteln forciert wird, werden auch ressourcenfressende Klassen mit zwölf Schülern und Schülerinnen gebildet.

(Abg. Zeller SPD: Das ist alles Ideologie!)

Eine Reform der Schulzeit, bei der durch die Verdichtung des Lernstoffs und die Beschleunigung des Unterrichts in der Unter- und Mittelstufe die soziale Auslese verschärft und die Durchlässigkeit des Bildungswesens zerstört wird, lehnen wir ab. Überfällig ist dagegen eine Reform der Inhalte und des Lernens an den Gymnasien. Dann kann auch wieder die Frage gestellt werden: Wieviel individuelle Lernzeit benötigen Schüler und Schülerinnen, um Bildungsziele zu erreichen?

Damit der Pflichtunterricht gesichert ist, haben wir den Antrag gestellt, den sogenannten Feuerwehrtopf um 7,5 Millionen DM jährlich aufzustocken. Eltern dürfen nicht gezwungen werden, ausfallenden Unterricht selbst zu organisieren und zu bezahlen, denn das gefährdet die soziale Chancengleichheit aller Kinder in unserem Bildungswesen. Gleichzeitig erhalten dadurch auch wesentlich mehr Junglehrer/-innen die Chance, durch Nebenlehrerverträge ihre Wartezeit zu überbrücken und ihre Unterrichtsfähigkeiten weiterzuentwickeln.

Mit den zusätzlichen 300 Lehrerstellen wollen wir die Unterrichtsversorgung der Kinder, die zusätzliche Förderangebote brauchen, verbessern. Schulen, die unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen arbeiten, brauchen die Möglichkeit, kleinere Klassen zu bilden, vor allem aber auch die Möglichkeit, ihre Unterrichts- und Betreuungszeit auf zuverlässige Halb- und Ganztagsangebote zu erweitern.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender und Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen)

(Renate Rastätter)

Das württembergische Modell der Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Die an den Schulen in sozialen Brennpunkten eingesetzten Sonderpädagogen nehmen wichtige Aufgaben im Rahmen der Erziehungs- und Bildungsarbeit an den Schulen wahr, zum Beispiel wichtige präventive Aufgaben, damit Kinder nicht an Sonderschulen überwiesen werden müssen. Das Land steht nach unserer Meinung deshalb in der Pflicht, sich finanziell daran zu beteiligen. Wir halten eine Drittelfinanzierung für angemessen und wollen dafür in den Landeshaushalt jährlich 3 Millionen DM einstellen.

Meine Damen und Herren, die ehrenamtliche außerschulische Hausaufgabenbetreuung für ausländische und Ausiedlerkinder ist ein Paradebeispiel für ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Durch eine Aufstockung der Mittel um jährlich 2 Millionen DM wollen wir erreichen, daß auch förderbedürftige deutsche Kinder in diese Förderung einbezogen werden können, was sich auch positiv auf die Integration der ausländischen Kinder auswirkt.

Weitere Anträge stellen wir zur Verbesserung der beruflichen Bildung für lernschwache Jugendliche und für eine Stiftung Weiterbildung, für die wir 30 Millionen DM beantragen. Nach großspurigen Ankündigungen des Ministerpräsidenten im Koalitionsvertrag liegt bis heute keine Idee zur Durchführung und keine inhaltliche Konzeption für eine solche Stiftung vor, vom Geld ganz zu schweigen. Wer aber lebenslanges Lernen proklamiert, darf die vierte Säule der Weiterbildung nicht so sträflich vernachlässigen.

Konzeptionsloses Durchwursteln kennzeichnet auch den Numerus clausus bei den Referendaren, der wider besseres Wissen in Baden-Württemberg verfügt wurde. Unser Vorschlag einer kostenneutralen Lösung, bei der alle Referendare zügig ihre Ausbildung beenden können, liegt auf dem Tisch: Urlaub statt Weihnachtsgeld für Landesbedienstete. Man braucht sich über einen solchen Vorschlag in diesem Haus nicht so zu mokieren. Gerade bei knappen Kassen sind neue Ideen gefragt, müssen auch Ideen entwickelt werden, wie wir kostenneutral oder mit wenig Geld Ziele, die wir für wichtig halten, durchsetzen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weil wir Grünen insbesondere – und das ist auch ein ganz starkes Anliegen von mir – die Weiterentwicklung der Grundschule zu einem Lern-, Lebens- und Erfahrungsraum für alle Kinder erreichen wollen, unterstützen wir die Schulversuche der Kultusministerin: „Schulanfang auf neuen Wegen“. In dieser jahrgangsübergreifenden Eingangsstufe ist mehr Zeit für eine individuelle Förderung der Kinder, für soziales Zusammensein, für einen rhythmisierten Schulvormittag, für gemeinsame Aktivitäten und für außerschulische Lernorte notwendig. Das Ziel kann diese reformierte Eingangsstufe nur dann erreichen, wenn sie zur vollen Halbtagsgrundschule von 7.30 bis 13.00 Uhr entwickelt wird. Hierbei ist die Ministerin leider auf halbem Weg stehen geblieben.

Ich komme zum Schluß. Wir haben in Baden-Württemberg einerseits die brillante Rhetorik der Kultusministerin, die Freiräume betont,

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

faktisch aber die zentrale Steuerung im Bildungswesen unangetastet läßt. Bildung hat in Baden-Württemberg nicht den Stellenwert, den sie braucht. Wir brauchen Reformen und mehr Investitionen. Meine Fraktion hat hierzu Anträge gestellt. Wir meinen, daß diesen Anträgen zugestimmt werden kann,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

und bitten im Interesse der Kinder in Baden-Württemberg um Zustimmung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst auf meine Vorrednerin eingehen. Ich kann Ihnen, Frau Rastätter, bestätigen, daß den Schulen tatsächlich neue Aufgaben zugewachsen sind. Man kann dies vielleicht ein Stück weit wiederum mit mehr Eigenständigkeit kompensieren. Dennoch brauchen wir grundsätzlich eine Grundlinie, Frau Rastätter. Wir brauchen bestimmte Qualifikationen auf gleichem Niveau. Wir müssen sehen: In diesem Fall können wir mit Autonomie an den Schulen wenig anfangen.

Sie klagen über zuwenig finanzielle Mittel. Das ist richtig. Aber Sie kennen genauso gut wie ich und wie alle in diesem Haus unsere schwierige und angespannte Haushaltssituation. Wenn ich Ihren Fraktionsvorsitzenden richtig verstanden habe, weist er ja gerade mahnend auf den Schuldenberg hin. Er hat insofern recht – darauf weist auch der Finanzminister ständig hin –, denn ein hoher Schuldenberg bedeutet für die Jugend von morgen, daß sie ihn abtragen muß. Ich halte es wirtschaftsethisch für völlig unververtretbar,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

daß wir auf Kosten künftiger Generationen leben.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

– Genau so ist es.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Moser: Warum machen Sie denn Schulden?)

– Die Schulden hätten bereits in früheren Jahren zurückgefahren werden müssen.

(Zurufe von der SPD)

– Das haben wir gemerkt. Das geht noch viel weiter zurück.

(Abg. Moser SPD: Manches Kirchendach ist finanziert worden!)

– Manches Kirchendach ist selbst finanziert worden.

Meine Damen und Herren, trotz der angespannten finanziellen Situation räumen CDU, FDP/DVP und die Landesregierung der Bildung und der Bildungspolitik hohe Priorität

(Kleinmann)

ein. Das läßt sich konkret an folgenden Zahlen und Fakten verdeutlichen: Der Anteil des Schuletats an den Gesamtausgaben des Landes ist bereits 1997 von 14,8 auf 15,3 % gestiegen und wird in den Jahren 1998 und 1999 weiter steigen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Zur strukturellen Haushaltskonsolidierung baut die Landesregierung querbeet in fast allen Bereichen Personalstellen ab – bis zum Jahr 2002 über 6 000. Bei den Lehrerstellen erfolgt demgegenüber ein Zuwachs von 400 pro Jahr, das heißt insgesamt 1 600 in dieser Legislaturperiode.

(Abg. Wintruff SPD: Vielleicht, Herr Kollege! –
Zuruf des Abg. Moser SPD)

– Herr Wintruff, beweisen Sie das Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Möglich war dies nur dadurch, daß der Kultusetat an den vor allem aufgrund der Steuerausfälle notwendigen zusätzlichen Einsparungen weit unterproportional beteiligt wurde. Die zugesagte und in den obengenannten Zahlen enthaltene Wiederbesetzung aller in den nächsten Jahren vor allem altershalber freiwerdenden Stellen wird ein weiterer Schritt zur dringend notwendigen Verjüngung des Lehrkörpers sein.

(Abg. Zeller SPD: Das stimmt doch gar nicht! Der
Altersdurchschnitt wird damit nicht verjüngt!)

Einen eindeutigeren Beleg für konkrete, auch haushaltspolitisch direkt ablesbare Prioritätensetzungen kann es kaum noch geben.

(Abg. Zeller SPD: Das trifft doch gar nicht zu!)

Herr Zeller, weitere Maßnahmen dieser Prioritätensetzung sind zum Beispiel – Sie haben es vorhin schon erwähnt – die Einführung des Vorgriffstundenmodells mit einem Gegenwert von etwa 1 300 Deputaten. Dies trägt der Entwicklung der Schülerzahlen Rechnung, bringt also in den vor uns liegenden Engpaßjahren zusätzliche Entlastung ohne dauerhafte Belastung des Haushalts.

Eine weitere Maßnahme dazu ist die Einforderung der Leistungsbereitschaft und Solidarität der Lehrerinnen und Lehrer durch Erhöhung der Lehrerarbeitszeit für wissenschaftliche Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen.

All dies reicht nicht aus, um den gravierenden Anstieg der Schülerzahlen vollständig kompensieren zu können. Herr Zeller, da haben Sie recht. Die Klassenfrequenzen werden zunehmen,

(Abg. Zeller SPD: Die haben schon zugenommen!)

allerdings innerhalb der Grenzen der bestehenden Klassenteiler. Das Festhalten an den bestehenden Klassenteilern war schon immer das Interesse und die Forderung der FDP/DVP und steht demnach auch in der Koalitionsvereinbarung.

Die Lehrerwochenstunden je Schüler werden gegenüber den Ende der achtziger Jahre erreichten Traumwerten –

zum Beispiel 1,7 an Gymnasien und 1,6 an Realschulen – weiter absinken. Allerdings werden sie noch deutlich über dem Niveau der frühen achtziger Jahre bleiben, erst recht über dem Niveau der noch weiter zurückliegenden Zeiten.

Wer sagt, daß sich die genannten Maßnahmen und Effekte durch Umschichtungen im Haushalt, durch weitere Ausgabenbegrenzungen an anderer Stelle und durch Einnahmeverbesserungen ohne zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger vermeiden ließen, schuldet für diese Behauptung einen stichhaltigen Beweis.

In der gegebenen Situation ist es leider auch unumgänglich – und das tut uns Liberalen besonders leid –, daß an den Abstrichen im Schulbereich auch die Schulen in freier Trägerschaft beteiligt werden. Allerdings darf es hierdurch nicht zu einer zusätzlichen Schlechterstellung gegenüber den staatlichen Schulen kommen, was eine weitere Absenkung des sogenannten Kostendeckungsgrades bedeuten würde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP hat dies gegenüber der Landesregierung deutlich gemacht und gemeinsam mit dem Koalitionspartner für eine entsprechende Korrektur des Haushalts gesorgt. Jedoch steht die schon seit längerer Zeit von den freien Schulen geforderte klare und deutliche Aufstellung und Diskussion der maßgeblichen Kosten nach wie vor aus und wird von uns hiermit nochmals dringend angemahnt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen erledigen die anstehenden bildungspolitischen Hausaufgaben trotz – ich wiederhole es – schwieriger Finanz- und haushaltspolitischer Rahmenbedingungen. Ich nenne hier die Novellierung des Schulgesetzes, ich nenne die Versuche zum achtjährigen Gymnasium. Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang auch noch an eine Entrümpelung der Lehrpläne für die Gymnasien denken; so zumindest haben mir das einige Oberstudiendirektoren zu verstehen gegeben, die grundsätzlich nichts gegen die Einführung eines achtjährigen „Turbogymnasiums“ haben.

(Abg. Wieser CDU: Turbo!)

Ich denke hier auch an die Modelle zur Flexibilisierung der Einschulung, und ich nenne – was vorhin freundlicherweise Herr Rau schon genannt hat – das Modellprojekt „Multimedia in der Realschule“, das, mit 900 000 DM aus der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ gespeist, einem, wie ich meine, in der bildungspolitischen Diskussion zur Zeit unter Wert gehandelten Schultyp, nämlich der Realschule, Zukunftsperspektiven sichert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg.
Wieser CDU: Sehr gut!)

Zum Thema Jugend sei lediglich auf die Jugendenquete-Kommission hingewiesen. Ich habe den Eindruck, Herr Braun, daß wir jetzt nach gewissen Anfangsschwierigkeiten zu einer sehr guten Zusammenarbeit gefunden haben. Ergebnisse und Wertungen sollten aber heute noch nicht vorweggenommen werden.

(Kleinmann)

Noch etwas zum Sport: Nachdem im Staatshaushaltsplan 1997 die bisher größte Sparaktion seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg durch eine Reduzierung des Wettmittelfonds um 25 vom Hundert auch den Sporthaushalt einschneidend getroffen hatte, wurden die für die Sportförderung veranschlagten Haushaltsmittel 1998 und 1999 im Rahmen des Möglichen wieder angehoben. Hinzu kommen innerhalb des Kommunalen Investitionsfonds – sprich: KIF – 25 Millionen DM pauschalierte Mittel für die Förderung des Baus kommunaler Sportstätten. Diese Anhebung der Fördermittel ist somit Ausdruck der wichtigen gesellschafts-, jugend- und gesundheitspolitischen Bedeutung, die sowohl die Landesregierung als auch die beiden Regierungsfractionen dem Sport beimessen.

Es freut mich, daß es trotz einer angespannten Finanzsituation gelungen ist, die Ausgaben für den Bereich Bildung für die Jahre 1998 und 1999 nicht zu senken, sondern zu erhöhen, und ich füge hinzu: Die vorgelegten Fakten, Herr Zeller, sind nicht gut gemeint, sondern sie sind gut.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. König.

(Unruhe)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich haben nicht nur die Bildungspolitik und die Bildung unserer Kinder einen hohen Stellenwert, sondern für mich hat auch der Landtag von Baden-Württemberg, nämlich dieses Hohe Haus hier, einen hohen Stellenwert. Dies gilt anscheinend aber nicht für alle Kolleginnen und Kollegen, sonst wären bei einem so wichtigen Einzelplan und bei einer so wichtigen Debatte die Reihen nicht so leer. Da mir die Anwesenheit im Landtag von Baden-Württemberg immer sehr wichtig ist, höre ich auch alle Reden, die hier gehalten werden. Aufgrund dessen bin ich jetzt etwas verwirrt.

(Unruhe)

Da werden auf der einen Seite Reden über Sparmaßnahmen gehalten, und es wird gefordert, wir dürften uns nicht weiter verschulden; wir belasteten durch weitere Verschuldung unsere Jugend, wir machten die Spielräume für die nächste Generation immer enger. Auf der anderen Seite stellen die Mitglieder derselben Fraktionen gleichzeitig Anträge auf Umsetzung von Vorhaben in Millionenhöhe, die also sehr finanzwirksam sind.

(Abg. Seimetz CDU: Da hat er recht!)

Meine Damen und Herren, entweder entscheiden wir uns dafür, eine höhere Neuverschuldung in Kauf zu nehmen, oder wir entscheiden uns für eine strikte Haushaltsführung zur Konsolidierung des Landeshaushalts, um auch in Zukunft noch Spielräume zu haben. Wenn ich mich für letzteres entscheide – das haben ich und meine Fraktion auch getan –, dann kann ich hier keine finanzrelevanten Anträge stellen, sondern muß ich sagen: Wir wollen keine weitere

Verschuldung, wir müssen bei der Lösung der Probleme mit dem Geld auskommen, das wir haben.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wieser CDU: Der Beifall ist sehr mager! – Abg. Kluck FDP/DVP: Zur Sache!)

Jetzt zur Schulpolitik.

(Abg. Wintruff SPD: Warum nicht schon gleich?)

Meine Damen und Herren, ich habe hier Unterlagen von einem Aktionsbündnis, das sich „Initiative Bildung“ nennt. Das wurde heute bereits angesprochen. Die schaffen mit Licht. Gestern haben sie es gelöscht, und heute haben sie es wieder angezündet, nämlich in der Laterne.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was, das Licht von der CDU?)

Das ist meiner Ansicht nach ein ziemlich einseitiges Bündnis, eine unselige Allianz von linken Gruppierungen.

(Abg. Zeller SPD: Wissen Sie auch, daß dazu zum Beispiel der Landeselternbeirat zählt? Ich glaube, Sie sind von allen guten Geistern verlassen! Das gibt es doch gar nicht! Jeder, der links von den Reps ist, ist bei Ihnen links!)

Zu diesem Bündnis zählen eine Juso-Hochschulgruppe, die ÖTV, die SPD, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen, die Hochschulgruppe der Grünen, und – man höre und staune – auch der Landeselternbeirat Baden-Württemberg ist dabei.

(Abg. Wintruff SPD: Auch links! – Abg. Zeller SPD: Auch links unterwandert!)

Wenn sich der Landeselternbeirat von dieser linksorientierten Aktionsgemeinschaft mobilisieren läßt, sich an den Aktivitäten zu beteiligen, zu demonstrieren und die Schule, die wir in Baden-Württemberg haben, mieszumachen, dann hat er seinen Auftrag,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wieso hat er heute eine rote Krawatte um?)

der Schulverwaltung und dem Kultusministerium beratend zur Seite zu stehen, verwirkt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Akzeptanz der Beratung dadurch verstärkt. Ich vermute das Gegenteil.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, es wäre auch für mich als Mitglied einer Oppositionsfraction ein leichtes, zu sagen, die Probleme, die wir in den Schulen durch zunehmende Schülerzahlen haben, ließen sich einfach dadurch lösen, daß wir mehr Geld und mehr Stellen bewilligen.

(Abg. Zeller SPD: Sie verstehen halt nichts davon!)

So geht es nicht. Wir müssen zuerst – deshalb habe ich auch im Schulausschuß einen entsprechenden Antrag gestellt – in der finanziellen Lage, in der wir uns befinden,

(König)

versuchen, auch im Jahr 1998 und vielleicht auch im Jahr 1999 auf zusätzliche Stellen generell zu verzichten.

Ich bin der Meinung, daß wir zuerst alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen müssen. In dieser Hinsicht sind von der Schulverwaltung und vom Kultusministerium teilweise bereits die richtigen Wege eingeschlagen worden, so durch den Klassenausgleich oder durch sogenannte Nebenlehrer oder Lehrbeauftragte an den Schulen für ausfallende Stunden und im Ergänzungsbereich sowie im Stütz- und Förderbereich. Die Mittel, um diese Lücken zu schließen, sind ebenfalls bereitgestellt worden. Die Probleme sind aber dadurch allein nicht zu bewältigen, sondern dazu bedarf es auch der Mehrarbeit der Lehrer. Das Vorgriffstundenmodell halte ich – Frau Ministerin, Sie entschuldigen – aber für etwas, was auf Pump ausgerichtet ist.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Auf was?)

– Auf Pump. – Danach soll jeder Grundschul-, Hauptschul-, Realschul- und Sonderschullehrer zwischen dem 30. und dem 49. Lebensjahr fünf Jahre lang ohne Bezahlung eine Stunde mehr unterrichten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da sind Sie schon darüber hinaus!)

Dann muß er fünf Jahre lang die gleiche Stundenzahl wie bisher, nämlich die Deputatsstundenzahl, unterrichten, und fünf Jahre später, also ab dem elften Jahr von dato an, erhält er dann eine Stunde Ermäßigung. Ich hoffe, daß er es erlebt. Aber was tun wir dann, wenn entgegen den heutigen Prognosen – denn die Prognosen waren ja auch für die heutigen Schülerzahlen vor zehn Jahren ganz anders – der wachsende Schülerberg ab dem Jahr 2005 nicht abnimmt, sondern gleichbleibt oder sogar noch steigt? Wir sind in einer weltwirtschaftlichen Lage, wo Zuwanderung immer wieder in verstärktem Maße beobachtbar ist und auch in die Bundesrepublik und insbesondere nach Baden-Württemberg erfolgt.

(Abg. Wieser CDU: Stoppt doch die Reps!)

– Herr Wieser, ich komme schon zum Thema.

(Abg. Wieser CDU: Das habe ich mir gedacht! Jedes Thema endet mit der gleichen Lösung!)

Ich bin der Meinung, daß es viel ehrlicher gewesen wäre, zu sagen: Wir haben wachsende Schülerzahlen. Diese gehen zurück auf Zuwanderung – das ist richtig – und auf die höheren Geburtenzahlen der Zugewanderten – das ist auch klar –, denn – das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern beim Statistischen Bundes- und beim Statistischen Landesamt – die Zuwachsrate der deutschen Bevölkerung verläuft negativ.

Deshalb frage ich schlicht und einfach: Wenn die Lehrer dies genauso erkennen müssen wie ich, wo bleibt der Aufschrei, wenn die Klassen immer größer werden? Wo bleibt der Aufschrei der Gewerkschaften, wo bleibt der Aufschrei der Lehrerverbände, die dann sagen?: „Wir schaffen diese Zuwächse nicht mehr; stoppt endlich die Zuwanderung.“ Wo bleibt dieser Aufschrei?

(Beifall bei den Republikanern)

Da hört man nichts. Deswegen meine ich: Wer hier schweigt, muß sich dann auch solidarisch erklären und muß sagen: „Ich bin bereit, mehr zu arbeiten, um diese Zuwächse zu bewältigen.“

(Beifall bei den Republikanern)

Ich bin auch bereit, auf Unterrichtsentschädigung, das heißt auf Lohn, zu verzichten, um vielleicht Neueinstellungen zu ermöglichen.“ Das wäre ehrlicher als dieser Stundenpump im voraus.

Noch etwas: Es wird auch nicht zu umgehen sein, daß örtlich die Klassenteiler von 31 für die Grundschulen und von 33 für die übrigen Schularten überschritten werden.

(Abg. Heiler SPD: Da sind nicht nur Ausländer dabei!)

Wenn ich sehe, daß wir heute durchschnittlich 21 bis 22 Schüler in unseren Grundschul- und Hauptschulklassen haben, dann mag es ja sein, daß irgendwo schon eine Grundschulklasse mit 30 Schülern ist. Aber wenn der Durchschnitt bei 21 bis 22 liegt, dann muß es auch Klassen mit 10 Schülern geben.

Also zum einen kurzfristige Mehrarbeit zur Überbrückung des Schülerbergs, zum zweiten auch, wenn es notwendig wird, Erhöhung des Klassenteilers.

Jetzt sage ich Ihnen folgendes: Ich habe in den Jahren 1970 bis 1974 an meiner zweiten Stelle

(Abg. Zeller SPD: Wo war die?)

in Bad Wildbad 48 Schüler in der siebten, achten, neunten Klasse der Hauptschule gehabt.

(Abg. Zeller SPD: Die armen Kinder!)

– Herr Zeller, ich nehme Sie mit zum nächsten Klassentreffen dieser Entlassschüler, denn da gehe ich jedes Jahr hin. Aus allen ist etwas geworden, aus allen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bloß aus Ihnen nicht!)

Verstehen Sie auch, warum es möglich war, daß ich mit 48 Schülern Unterricht habe halten können, bei dem unter dem Strich etwas herauskommt? Die haben alle verstanden, was ich gesagt habe. Und heute – –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bei 48 Schülern kommt man bei Ihnen wenigstens nicht so oft dran!)

– Ich bin doch bis 1993 im aktiven Schuldienst gewesen und komme heute noch in meine Schule.

Heute ist das Problem, daß wir gerade in der Verständigung schon gewaltige Schwierigkeiten haben. Wenn man größere Klassen bildet, dann müssen sie in der Tat sprachhomogen sein, will ich einmal sagen. Deswegen bin ich der Meinung: Innere Schulreform muß auch eine Zusammenfassung von Schülern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, in Sonderklassen zum Zweck einer Förderung bedeuten. Das muß möglich sein.

(Unruhe)

(König)

Das, was jetzt mit dem Einsatz von geringen Mitteln abläuft, daß nämlich Kinder, die nach Deutschland kommen und kein Wort Deutsch können, in Förderklassen ein Jahr lang die deutsche Sprache lernen – maximal können sie ein Jahr lang diese Klassen besuchen –, um dann in die Regelklassen gestopft zu werden, das hemmt den Unterrichtsablauf. Ich weiß das aus Erfahrung. Wir müssen doch soviel Mut haben, dies auch einmal zu sagen. Wir müssen an der Wurzel, nämlich in den Schulen, die Probleme lösen. Das sehe ich als innere Schulreform, nicht die autonome Schule.

Die autonome Schule löst keine Probleme. Im Gegenteil, mit der autonomen Schule brauchen wir noch mehr Personal. Wenn all die Lehrer auf „einen Haufen“ in eine Schule kommen,

(Zuruf von der SPD: Das ist etwas Kommunistisches!)

die sich Frau Rastätter zum Beispiel aussucht, oder Sie, Herr Zeller, dann kommt erst die Bildungskatastrophe. Heute haben wir keine Bildungskatastrophe, heute haben wir ein Schulsystem, das gut ist.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Aber Ihre Rede ist eine Katastrophe!)

Wir müssen in diesem gegliederten Schulsystem nur den Mut haben, dort, wo es nicht funktioniert, dieses abzustellen, statt immer nur zu lamentieren: „Bildungsnotstand, Bildungskatastrophe, gebt uns mehr Geld, gebt uns mehr Lehrer!“ Mehr Lehrer machen es nicht besser, andere Bedingungen vor Ort machen es besser.

Meine Damen und Herren, ich bin froh – deshalb auch einmal ein Lob an die Frau Ministerin –, daß Sie, Frau Ministerin, die Einschulungstermingeschichte angepackt und im Rahmen des Hamburger Abkommens mit der Flexibilisierung einen Weg gefunden haben, bei dem Eltern der Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September geboren sind, formlos ohne Gutachten eines Gesundheitsamts usw. beantragen können, daß ihr Kind in die erste Klasse aufgenommen wird.

Ich verspreche mir relativ viel von der sogenannten Eingangsstufe, in der dann entsprechend der Begabung das Lerntempo zu unterschiedlichen Ergebnissen führt, das heißt zu unterschiedlichen Verweildauern. Insofern ist das gut. Aber, Frau Ministerin, ich warne Sie heute schon vor der linken Seite dieses Hauses, die in dieser neuen Form, Einschulung auf neuen Wegen, die Möglichkeit sieht, in den Rechtsanspruch für alle Eltern, ihre behinderten Kinder in integrative Regelklassen zu schicken, einzusteigen. Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

Zum Schluß noch ein Lob an Sie, Frau Ministerin: Es war wohlthuend, Ihren Bericht, zumindest Ihr Vorwort, zu lesen.

(Heiterkeit bei der Opposition)

In diesem Vorwort kommt nur zweimal die schwachsinnige Wiederholung von „Schülerinnen und Schülern“ vor, und es gibt seitenweise Passagen, je nach Abteilung im Ministerium, in denen das auch wohlthuend zu lesen ist, aber

dann kommen wieder Passagen, da rollt es einem in der Tat die Zehennägel auf, wenn diese unsäglichen femininen Wortschöpfungen zustande kommen:

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo ist da das Haushaltsproblem?)

„Theaterlehrerinnen und Theaterlehrer“ oder – was habe ich mir noch herausgeschrieben? – „Multimediaberaterinnen und Multimediaberater“. Man hätte das gesamte Werk in manchen Bereichen um 10 % kürzen können, wenn man das alte generische Maskulinum genommen hätte. Das hätte jeder verstanden, und jeder hätte gewußt, worum es geht, und man hätte, wie gesagt, eine Menge Papier gespart.

(Zurufe)

Ich bin der Meinung: Machen Sie in Ihrer Richtung weiter. Man muß nicht immer dem Zeitgeist huldigen. Ich tue es auch nicht.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Auch im Sport und in der Weiterbildung sind die Zusagen von seiten der Regierungsfractionen und das, was wir nun im Haushalt wiederfinden, um es salopp zu sagen, eine ganze Ecke voneinander entfernt. Die Sportförderung haben wir im Schulausschuß diskutiert, und dort ist auch mehr als klargeworden, daß der Sport in den kommenden beiden Haushaltsjahren insgesamt, weil keine Haushaltsreste mehr zur Verfügung stehen, weniger Geld zur Verfügung hat, als es 1997 der Fall war. Deswegen wird die SPD-Fraktion das Kapitel 0460 ablehnen.

Lebenslanges Lernen, Bildung als Megathema, Wissensgesellschaft, vierte Säule der Bildung – alle Stichworte sind hier schon gefallen. Auch hier, ebenso wie im Sport, sind die Versprechungen und die Lyrik, die vor den Zahlen steht, am Ende weit vom Zahlenwerk entfernt. Auch dieses Jahr soll wieder in der Weiterbildung gekürzt werden. Dieses Mal ist es das Lehrer- und Lehrerinnenprogramm. Hier soll, obwohl klar ist, daß vor allem in den Volkshochschulen, aber auch bei den anderen Trägern der Weiterbildung durch das Lehrerprogramm qualitativ gute Arbeit geleistet wird, gekürzt werden, und auf der anderen Seite wird im Ministerium praktisch seit Beginn dieser Legislaturperiode überlegt und darüber diskutiert, wie man die Struktur der Weiterbildung verändern kann.

Das einzig Positive, das dabei im Moment zu bemerken ist, ist, daß offensichtlich das Drei-Säulen-Modell inzwischen begraben ist. Das ist aber auch das einzig Positive. Wenn man in der Chronologie vorangeht, gab es erst einmal die Stiftung Weiterbildung, die im Koalitionsvertrag stand, es gab die Arbeitsgruppe im Ministerium, die jetzt zu Ende getagt zu haben scheint. Jetzt soll ein Gutachten erarbeitet werden, für das wieder überhaupt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Neueste von letzter Woche ist eine Expertengruppe. Also auf der einen Seite Kürzung, obwohl immer wieder versprochen worden ist, die Kürzun-

(Christine Rudolf)

gen bei der Weiterbildung aufzuheben, und auf der anderen Seite nicht einmal in der Struktur der Förderung eine Planungssicherheit. Deswegen fordert die SPD-Fraktion auf der einen Seite in ihren Anträgen, die Kürzungen der letzten Jahre zurückzunehmen, und auf der anderen Seite, endlich dafür zu sorgen, daß die Weiterbildungseinrichtungen in Baden-Württemberg wieder ihrer Arbeit nachgehen können.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Und der Maurer fordert permanent, daß man die Schulden zurückfährt! Hören Sie her! Was soll die Arbeitsteilung? Sie reden an der Sache vorbei! Maurer redet vom Sparen!)

Sie haben genügend zu tun. Das haben wir heute mehrfach gehört. Lebenslanges Lernen geht ohne Weiterbildung nicht. Deswegen brauchen die Weiterbildungseinrichtungen sowohl die Mittel als auch die Struktur, in der sie arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich heute etwas gehandicapt bin, bin ich meinem Kollegen Kleinmann besonders dankbar dafür, daß er mir den Zahlenteil abgenommen hat.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Sie sprechen doch nicht durch die Nase, sondern Sie sprechen durch den Mund!)

Aber ein paar Anmerkungen möchte ich doch noch machen.

Unsere Lokalzeitung titelt heute „Die Bildung trägt Trauer“. Andere wollen es gar „Nacht werden lassen“ bei der Bildung und ihr „Flügel verleihen“. Da kann ich nur sagen: Gerade in diesen schwierigen Zeiten, wie wir sie im Moment haben, geht es mir darum, mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realität zu bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dabei ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Tat, daß wir unser Licht besonders im Bildungssektor leuchten lassen.

So begrüße ich durchaus das Engagement von Schülern, Eltern und Lehrern und auch der Bevölkerung für den Erhalt bzw. die Verbesserung unseres Bildungsniveaus. Die Frage ist aber schon, ob die Zielrichtung der momentanen Aktionen unserer Situation angemessen ist. Dabei sei die Anmerkung erlaubt, daß es sich dabei ähnlich wie beim Widerstand gegen die Rechtschreibreform um einen Zusammenschluß verschiedenster Gruppen mit ganz unterschiedlicher Zielrichtung handelt und daß nur einer der Lehrerverbände dabei ist. Man hat manchmal den Eindruck, daß hier das Megathema zum Meckerthema verkommt.

(Unruhe)

Man muß sagen: SPD und Grüne im Land sollten zur Kenntnis nehmen, daß die Bildungsproteste nicht bei uns entstanden sind,

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

sondern aus Hessen zu uns gekommen sind. Dort – das ist ein Zitat aus der FAZ vom 15. Oktober – fanden schon im Juli zwei Großkundgebungen statt – im Oktober weitere –, und die GEW hat im rotgrün regierten Hessen im Oktober zu einem landesweiten Streik gegen die permanente Verschlechterung der Arbeits- und Unterrichtsbedingungen an hessischen Schulen aufgerufen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Wintruff SPD: Wir brauchen die jetzt! Wir brauchen nicht Hessen! – Unruhe)

Soweit nur, um zu sehen, wohin Ihre Lösungen führen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nehmen Sie das eventuell zurück?)

– Das ist in der FAZ nachzulesen. Deswegen brauche ich das nicht zurückzunehmen.

(Unruhe)

Mir geht es aber um etwas ganz anderes. Mir geht es darum, daß wir uns bei knappen Finanzen eben nicht nur um Quantitäten, also um Lehrerzahlen und Unterrichtsstunden, kümmern müssen – das haben wir durchaus getan –, sondern daß wir vor allem auch die Qualität berücksichtigen sollten. Das gilt übrigens auch für die Anliegen der „Aktion Humane Schule“, die auch Mitglied der Initiative ist; diese sind wohl zum großen Teil ohne zusätzliche Geldausgaben zu bewältigen.

(Abg. Brinkmann SPD: Wieder Vorlesewettbewerb machen!)

Es liegt ja nicht nur an ausfallenden Stunden und zu großen Klassen, daß von immer mehr Betrieben eine fehlende Ausbildungsreife, und zwar bei Absolventen aller Schularten, beklagt wird. Das sollte uns durchaus zu denken geben.

Ich frage mich auch, wie es sich mit dem Selbstverständnis eines Berufsstands verträgt, wenn immer mehr private Institutionen in unserem Land in der Nachhilfe einen blühenden Wirtschaftszweig entdecken können. Ist das die Art von Arbeitsplätzen, die wir schaffen wollen? Warum müssen Eltern, die ihre Steuern auch für die Infrastruktur im Bildungswesen zahlen, noch für Nacharbeit löhnen? Irgend etwas stimmt da nicht an der Schule, aber es ist nicht die Zahl der Lehrer.

Die Frage, die sich da auch stellt, lautet: Wie ist denn bei der Nachhilfe die Chancengleichheit zu wahren?

Die Frage ist: Was ist zu tun? Mir ist es außerordentlich wichtig, daß in der Grundschule wirklich eine solide Basis an Elementarwissen gelegt wird

(Anhaltende Unruhe)

(Heiderose Berroth)

und Schülerinnen und Schüler vor allem das Lernen lernen. Die schnell sinkende Halbwertszeit jedes angehäuften Fachwissens erleben wir auch in diesem Haus täglich.

Soziales Lernen und Teamarbeit sowie Persönlichkeitsbildung sind weitere Stichworte zur Bildungsreform. Dazu gehört auch das Ausnutzen der Möglichkeiten der neuen Stundentafeln, was noch viel zuwenig geschieht. Pflicht und Kür kann man dabei pädagogisch richtig mischen.

Ein wichtiger Punkt in unseren Schulen wird aber sein, daß man sich nicht immer nur mit dem Fördern abgibt, sondern auch wieder mehr fordert. Man kann nicht 20 Jahre lang gefördert werden und dann plötzlich im Arbeitsmarkt ganz anderen Situationen gegenüberstehen. Das muß sich von unten herauf entwickeln. Wir müssen unseren Schülern die Möglichkeit geben, Leistung zu zeigen und dann Freude daran zu haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zur Dauer der Schulzeit. Der Kollege Rau hat es schon gesagt: Auch davon hat der Bundespräsident gesprochen. Ich denke schon, wir müssen das achtjährige Gymnasium als generelle Lösung prüfen, dann allerdings die Stundentafeln und andere Vorgaben entsprechend anpassen. Eine Frage wird auch sein, wie man mit dem dann noch geringen Abstand der Ausbildungsdauer zur Realschule und zur Werkrealschule umgeht.

Ich freue mich sehr, daß der Haushalt Investitionen für die Informations- und Kommunikationsmedienausstattung und -erziehung enthält. Wichtig ist dabei, daß ähnlich wie beim Sprachenlernen angestrebt wird, daß das Wissen um den PC und andere Medien in den normalen Lehrstoff eingebunden wird, damit dafür nicht zusätzlich wertvolle Unterrichtsstunden verbraucht werden, sondern das Wissen sozusagen en passant erworben wird.

Die über 10 000 jungen Lehrer, die noch in dieser Legislaturperiode in unsere Schulen kommen – das werden immerhin über 12 % der Lehrer sein; das sage ich allen, die sich immer über das Durchschnittsalter der Lehrer beklagen; da wird sich in den nächsten Jahren massiv etwas ändern –, werden in der Materie IuK deutlich frischen Wind mitbringen.

Eine Hausaufgabe, die wir im Bereich der neuen Medien noch zu erledigen haben, ist die angemessene Berücksichtigung der Leistung von in der Systembetreuung engagierten Lehrern, insbesondere in den beruflichen Schulen.

Meine Damen und Herren, junge Menschen zu bilden ist eine Leitungs- und Führungsaufgabe, die heute im Gegensatz zu vor etwa 100 Jahren durchaus angemessen entlohnt wird. Dafür erwarten ich und viele Bürgerinnen und Bürger einen Einsatz entsprechend der Notwendigkeit, gegebenenfalls auch einmal über den Stundenplan hinaus, wie das in vergleichbaren Stellen in der privaten Wirtschaft gang und gäbe ist.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: So ist es! Da werden auch Überstunden gemacht! – Abg. Brinkmann SPD: Keine Ahnung, die Frau!)

Ein Beispiel dafür: Auch für Lehrer ist lebenslanges Lernen notwendig, und das nicht nur in dafür freigegebenen Stunden und bei vom Kultusministerium organisierten Veranstaltungen.

(Abg. Zeller SPD: Das machen sie, Frau Kollegin! Da müssen Sie sich informieren! – Gegenruf des Abg. Haas CDU: Leider nicht alle, Herr Zeller! – Abg. Zeller SPD: Da wäre ich ein bißchen vorsichtig! – Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU – Unruhe)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich weiß, daß wir erfreulicherweise eine große Zahl überdurchschnittlich engagierter Lehrer haben.

(Abg. Zeller SPD: Es gibt sehr viele!)

Bei ihnen bedanke ich mich an dieser Stelle ganz, ganz herzlich für ihren Einsatz.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Aber es gibt eben auch diejenigen, die mit dem Klingeln aus dem Schulhaus stürmen, die an jedem letzten Schultag vor den Ferien schon den gepackten Bus auf dem Parkplatz stehen haben und gerade noch rechtzeitig zur ersten Stunde nach den Ferien wieder da sind.

(Abg. Zeller SPD: Oh, das ist doch zu plump!)

Ich hoffe deshalb, daß es, ähnlich wie es bei dem nun verliehenen Lehrpreis an den Hochschulen deutlich wurde, auch für unsere Lehrer weiterhin ein grundsätzliches Berufsziel sein muß, Schülern durch eigene Leistung ein gutes Beispiel zu bieten, das diese lebenslang zum Nachmachen ermuntert. Die Vorbildfunktion ist immer noch das effizienteste Erziehungsmittel.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt auch für Politiker! – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Ich komme zum Schluß. Wir brauchen mit Sicherheit in der Lehrerbildung einen obligatorischen Praxisbezug, was sowohl die Schulpraxis als auch ein Praktikum in der freien Wirtschaft betrifft.

Das Zweidritteldeputat, das Sie, Herr Zeller, angeführt haben, haben wir, wie Sie wissen, schon lange, weil sehr viele in Teilzeit anfangen.

Wir haben mit Sicherheit keinen Bildungsnotstand. Aber es gibt sehr wohl die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung. Ich kann Ihnen sagen: Wir vernachlässigen die Bildung nicht, sondern wir arbeiten stetig an ihrer Fortentwicklung.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das ist ja unser Hauptschwerpunkt im Land Baden-Württemberg!)

Wir haben keine hochfliegenden Träume, sondern wir sind aktiv für praxisgerechte Lösungen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Repnik CDU: Jawohl!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Moser SPD: Bravo! Endlich!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 1998/99 weist in allen großen Bereichen des Kultusetats wiederum Zuwachsraten aus.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es, jawohl!)

Reformprojekte sind angelaufen; sie werden weiterentwickelt. Weitere Reformen und Reformschritte stehen an. Die Landesregierung bestätigt trotz der heute mehrfach beschriebenen dramatischen Lage des Landeshaushalts ihre Priorität für die Bildung und die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dennoch läuft derzeit in diesem Haus der gleiche Film ab wie in allen anderen Länderparlamenten: Die Opposition bescheinigt der Regierung Bildungsabbau, Bildungsmisere und Bildungskatastrophe. Die Regierung sagt, das alles stimme nicht. Dieser Film, meine Damen und Herren, der auch in diesem Haus gezeigt wird, ist wahrlich nicht Oscarreif.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Abg. Dr. Repnik CDU: Wer ist Oskar? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Oskar ist gut!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg kann diese Art von globalem Schlechtreden zu Recht zurückweisen. In diesem Feld der Schulen und der Bildung zählt nicht Emotion,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

nicht Laternenumzug und auch nicht Bildungsnacht. Es zählen Fakten,

(Abg. Moser SPD: Und die Ratio!)

und die, meine Damen und Herren, müssen dann schon einmal auf den Tisch kommen dürfen. Sie können auch der Opposition nicht erspart bleiben. Dabei betone ich im Blick auf das, was in den letzten Tagen gewesen ist und was auch in den kommenden Tagen noch sein wird, ausdrücklich: Ich verstehe ja die Eltern. Ich verstehe, daß sie unruhig werden, wenn sie unaufhörlich von nahezu jedem in diesem Land, der ein Mikrofon findet, zu hören bekommen, daß hier eine Bildungsmisere, Bildungsabbau und eine Bildungskatastrophe bestehe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Das stimmt halt! – Zuruf des Abg. Capuzzo SPD)

Damit stehen natürlich auch die letzten Eltern unter dem Eindruck, daß ihren Kindern Bildung vorenthalten werde. Deshalb rate ich uns allen – –

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Unruhe – Abg. Birgit Kipfer SPD: Der Bundespräsident sagt das auch!)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik liegt bekanntlich in Länderhoheit. Deshalb rate ich uns allen, die wir in diesem Haus sind, diese wichtige Debatte

(Abg. Zeller SPD: Der Präsident sagt so etwas!)

– das gilt auch für den Bundespräsidenten –

(Lachen bei der SPD – Unruhe – Abg. Moser SPD: Das war einmal Ihr Vorgänger als Kultusminister! Das war der erfolgreichste Kultusminister aller Zeiten! – Weitere Zurufe von der SPD)

nicht mit globalen Textbausteinen und der Wiederkehr des Ewiggleichen zu versuchen. Alles, was ich heute gehört habe, können Sie in Verbandszeitschriften aus diesem Jahr, aus dem Beginn der neunziger Jahre, aus dem Beginn der achtziger Jahre usw. nachlesen.

(Abg. Zeller SPD: Nein, nein! So war es noch nie!)

– Da können Sie einmal jemanden dransetzen. Man kann eine schöne Dissertation schreiben, wenn man den ganzen „Krempel“ einmal durchgeht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Über so etwas machen wir keine Dissertation! – Abg. Haas CDU: Der Zeller schreibt die Dissertation! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Meine Damen und Herren, ernsthaft gesprochen: Natürlich wird in diesen ganzen Auseinandersetzungen etwas deutlich, was gilt, solange es Schule gibt: daß eine Gesellschaft jeweils mit ihrer Schule ringt und daß immer die Frage vorhanden ist, ob das, was Schule tut, zeitgemäß ist, ausreicht oder weiterentwickelt werden muß.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Moser SPD: Das ist die Gesellschaft!)

Aber Weiterentwicklung passiert noch nicht durch Reden,

(Abg. Zeller SPD: Durch Handeln!)

und Weiterentwicklung passiert auch noch nicht durch Miesreden von allem, was irgendwie auf den Weg gebracht ist.

(Zurufe der Abg. Brinkmann und Carla Bregenzer SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, die Fakten. Erstens: Der Doppelhaushalt 1998/99

(Abg. Moser SPD: Liegt hier auf dem Tisch!)

enthält 800 neue Lehrerstellen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Seit dem Beginn der neunziger Jahre gibt es ein einziges Haushaltsjahr, nämlich das Jahr 1997, in dem es keine zusätzlichen Lehrerstellen gab.

(Abg. Moser SPD: Das ist ein Doppelhaushalt!)

In jedem anderen Haushaltsjahr gab es 500 bzw. jetzt 400 neue Lehrerstellen. Jetzt kann man sagen – –

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Wintruff SPD: Die Stellen von 1996 waren noch aus der anderen Legislaturperiode! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Brinkmann SPD: Die letzten neuen Lehrerstellen hat die große Koalition geschaffen!)

– Ich spreche von der Zeit seit dem Beginn der neunziger Jahre. Es ist ja gut, wenn Sie dabei waren. Ich habe gar nichts dagegen. Ich will die Lehrerstellen. Wer sie mir bringt, ist mir egal. Jeder kann sagen, das sei zuwenig. Es ist überhaupt noch keine Intelligenzleistung, zu sagen, das sei zuwenig.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber immerhin ist das schon ganz schön viel!)

Nennen Sie ein Bundesland, das kontinuierlich über acht Jahre in sieben Jahren Lehrerstellen geschaffen hat.

(Abg. Moser SPD: Spiegeln, Spiegeln an der Wand, nenne mir ein Bundesland! – Weitere Zurufe)

Deshalb, Herr Zeller, ist es auch so – –

(Abg. Zeller SPD: Die haben auch andere Grundvoraussetzungen! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Ja, darauf komme ich jetzt; das wußte ich ja.

(Abg. Wintruff SPD: Seit Sie Kultusministerin sind, gab es noch keine einzige neue Lehrerstelle! Die gab es noch bei der Frau Schultz-Hector! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU – Oh-Rufe von der CDU – Unruhe)

– Auch das ist egal. Das ist in Ordnung.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Weil das so ist, weil in acht Jahren – –

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Capezzuto?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Capezzuto.

(Zurufe)

Abg. Capezzuto SPD: Frau Ministerin Dr. Schavan, könnten Sie noch einmal wiederholen – vielleicht habe ich das nicht ganz gehört oder nicht deutlich gehört –,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Dann komm doch nach vorn, wenn du schwer hörst! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

wie viele zusätzliche Lehrerstellen im Wahlkampf versprochen wurden

(Zuruf von der CDU: Von der SPD?)

und wie viele zusätzliche Lehrerstellen im Koalitionsvertrag vorgesehen sind?

(Abg. Moser SPD: Er redet jetzt schriftdeutsch!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Sie haben nichts überhört, weil ich gar nicht von Versprechen gesprochen habe. Ich habe vielmehr angekündigt, daß ich Fakten vortragen werde. Auf den Einwurf, daß aber in anderen Ländern die Ausgangsbedingungen andere sind und deshalb die Zahl 800 oder 1 600 plus 3 000 nicht zählt, kann aus der Dokumentation der Kultusministerkonferenz nach wie vor entnommen werden, daß – das ist die entscheidende Zahl – in der Relation Schüler je Lehrer im Vergleich aller Flächenländer Baden-Württemberg nach wie vor auf Platz eins steht.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)

Das heißt, das, was an zusätzlichen Ressourcen geschaffen worden ist, hilft auch.

Zweitens: Zum kommenden Schuljahr wird das Vorgriffstundenmodell in Kraft treten. Das bringt 1 300 Deputate. Zusammen mit den 400 sind wir bei 1 700 zusätzlichen Deputaten im nächsten Schuljahr. Das ist eine solide Grundlage für eine Stabilisierung der Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sehr gut!)

Herr Zeller, ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie nun plötzlich das Vorgriffstundenmodell madigreden.

(Abg. Zeller SPD: Mache ich doch gar nicht!)

– Doch, doch, natürlich. Sie haben erklärt,

(Abg. König REP: Daß die Chance verpaßt wurde!)

die Chance sei verpaßt, daß, statt eine Stunde mehr zu arbeiten, Lehrer diese Stunde abgeben, um aus dem, was dann entsteht, zusätzliche Stellen zu ermöglichen.

(Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Du lieber Gott!)

Dies ist exakt der Appell an die Lehrerschaft.

(Abg. Zeller SPD: Warum haben Sie das dann nicht am Anfang der Legislaturperiode gemacht?)

Es wird immer gesagt: Wer das tut, der hat einen Nachteil bei der Pension. Dieser Nachteil beziffert sich auf etwa 10 DM

(Abg. Moser SPD: Für einen Lehrer ist das viel! – Lachen bei der CDU)

– es ist „sehr viel“, ja –, wenn dieser Verzicht über einen langen Zeitraum gemacht wird. Wenn er über fünf Jahre geleistet wird, spielt es überhaupt keine Rolle.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Dieses Vorgriffstundenmodell ist in gemeinsamen Gesprächen auch mit Vertretern der Lehrerschaft – um das einmal sehr vorsichtig zu sagen – entwickelt worden. Es ist ein passendes Modell. Es ist über Monate der Verhandlungen ganz akzeptiert gewesen.

(Abg. Haas CDU: Bis daß die SPD kam!)

Jetzt aber fallen manche wieder in die alte Rolle und kramen heraus, was alles möglicherweise an diesem Modell nicht in Ordnung ist,

(Abg. Moser SPD: Zu Recht!)

das – noch einmal gesagt – über 15 Jahre erstens Korrespondenz zu tatsächlichen Schülerzahlen herstellt, zweitens für die Lehrerschaft gewährleistet, wie die Perspektive in Sachen Arbeitszeit ist.

Drittens: Die Nebenlehrermittel einschließlich des Lehrbeauftragtenprogramms sind auf 61 Millionen DM erhöht.

Viertens: Wir haben 751 zusätzliche Referendarstellen im Doppelhaushalt. Das heißt, Baden-Württemberg liegt bei 9 500 Referendarstellen. Ich habe nicht alle Vergleichszahlen herausfinden können. Aber jedenfalls hat Nordrhein-Westfalen, das immerhin 1,5mal so groß ist wie wir, die Zahl der Referendare bei 7 500 eingefroren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die haben auch mehr Schulden, Frau Kollegin!)

Es gibt kein anderes Bundesland – das hat mit unserer Hochschullandschaft zu tun – mit einer solchen Expansion von Referendarstellen.

Sie wissen – und ich habe nie einen Hehl daraus gemacht –, daß die Landesregierung von Baden-Württemberg die Zulassungsbeschränkung verhindert hat, solange es irgend möglich war. Ich habe einen Vorstoß in der Kultusministerkonferenz gemacht und gefragt: Kann man darüber nicht reden? Können wir nicht gemeinsam andere Wege finden im Sinne von Strukturveränderungen in der Lehrerbildung oder wie auch immer?

(Abg. Zeller SPD: Sie haben ja die PH-Lösung abgelehnt! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das hat doch mit der PH-Lösung nichts zu tun!)

Da bin ich müde angelächelt worden von Kollegen, die lange im Amt sind. Sie haben gesagt: Wenn Sie nur lang genug im Amt sind, werden Sie so etwas auch nicht mehr als Problem sehen.

(Abg. Moser SPD: Wer war das?)

Ich verstehe jeden abgelehnten Referendar, der wütend ist. Aber ich verstehe nicht Sozialdemokraten in diesem Hohen Hause, die jetzt so tun und öffentlich den Eindruck erwecken, als wäre Baden-Württemberg das erste Land, das den Numerus clausus einführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Wer hat das gesagt?)

Sie wissen, daß wir einen Anstieg des Anteils der Bewerber aus anderen Bundesländern auf über 20 % haben.

(Abg. Moser SPD: Das ist eine Notlüge!)

– Natürlich stimmt das. Sie wissen, daß wir mittlerweile bei über 200 Millionen DM sind.

Ich halte die Lösung für eine Übergangslösung. Wir brauchen die Strukturveränderungen in der Lehrerbildung,

(Abg. Zeller SPD: Dann lassen Sie uns das eine Jahr vorausfinanzieren, so, wie wir das machen! Dann haben wir die Lösung!)

die zugleich eine bewußtere Entscheidung für die Schule ermöglichen. Aber ich lasse hier nicht den Eindruck stehen, als sei Baden-Württemberg das Land, das bei Referendaren einspart. Das Gegenteil ist der Fall.

(Abg. Zeller SPD: Die stehen auf jeden Fall auf der Straße! Das ist das Problem! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Sie haben den Schulhausbau angesprochen. Da geht es um Streichungen von 9 Millionen DM. Das ist nicht schön; es ist auch nicht mein Herzenswunsch gewesen.

(Zuruf von der SPD: Was dann?)

Aber man muß vielleicht auch sehen – auch das können Sie sonst in Deutschland suchen –, daß ein Schulhausbauprogramm mit einem Volumen von 600 Millionen DM durchgeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Es war auch viel nachzuholen! – Abg. Dr. Puchta SPD: Sie haben einen Antragstau!)

– Anderswo ist auch viel nachzuholen.

Wir haben im Doppelhaushalt eine Medienoffensive von 50 Millionen DM. Die Schulträger legen noch 100 Millionen DM in vier Jahren dazu. Diese 150 Millionen DM in vier Jahren sind eine gute Grundlage, um in diesem Bereich voranzukommen, Grundlagen zu schaffen, die Schulen nicht nur auszustatten, sondern das zu tun, was notwendig ist: innovative Schulprojekte in diesem Bereich zu entwickeln.

Zur Lernmittelfreiheit: Sie ist nach der Verfassung gesichert. Auch da wird öffentlich so getan, als würden Leistungen abgebaut, als geize Baden-Württemberg mit Lernmitteln. Wer die Statistik des Deutschen Verbands der Schulbuchverlage oder des Instituts für Bildungsmedien in Frankfurt liest, stellt fest, daß Baden-Württemberg bis in die jüngste Zeit hinein mit großem Abstand auf Platz eins liegt. In Baden-Württemberg werden pro Jahr und Schüler rund 80 DM – wenn Sie es genau wissen wollen: 79,43 DM – ausgegeben.

(Abg. Zeller SPD: Das steht auch in der Verfassung so drin!)

In Nordrhein-Westfalen sind es 41 DM, in Hessen 38 DM und in Rheinland-Pfalz 25 DM.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das besagt noch gar nichts! – Abg. Zeller SPD: Das Saarland fehlt noch!)

Das muß man doch einmal öffentlich sagen, statt Eltern den Eindruck zu vermitteln, die Landesregierung wälze zunehmend Lasten auf sie ab. Familien sind belastet. Das wissen wir. Deshalb gibt es nach unserer Verfassung die Lernmittelfreiheit und geben wir das meiste Geld aus. Aber dann muß dies auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Siebter Punkt: Baden-Württemberg hat neben der Comburg, Donaueschingen, Calw und Ludwigsburg in Esslingen eine fünfte Lehrerfortbildungsakademie für den Bereich der beruflichen Schulen eröffnet.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Wer eröffnet denn in diesen Monaten noch eine nagelneue Lehrerfortbildungsakademie für den gesamten Bereich der beruflichen Schulen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Abg. Wieser CDU: Aber kein Wort des Lobes!)

Wir haben beim Hort und bei den Kernzeiten einen Zuwachs von 10 % mehr Gruppen, weil wir der Überzeugung sind, daß wir speziell im Grundschulbereich – Herr Rau hat das angeführt – im Blick auf die Begleitung und die Verweildauer in der Schule zu einem zuverlässigeren Angebot kommen müssen.

Wir haben trotz dieser schwierigen Geschichte dank der Vermittlung der die Regierung tragenden Fraktionen mit den Spitzenverbänden der Privatschulen eine Einigung erzielt. Das gleiche gilt für die Kirchen.

Auch im Sport, bei dem gekürzt wurde, sind die Mittelanträge im Doppelhaushalt gegenüber 1997 von 116,5 Millionen auf 131,7 Millionen DM gestiegen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber Ihr Versprechen haben Sie gebrochen! – Oh-Rufe von der CDU)

Die Ansätze für Jugend und kulturelle Angelegenheiten sind gehalten worden. Da ist nicht gekürzt worden. Es gibt insgesamt sogar leichte Erhöhungen, insgesamt um 300 000 DM.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Meine Damen und Herren, ich behaupte überhaupt nicht, daß alles, was ich mir wünschte oder was Schulen guttäte, möglich ist.

(Abg. Zeller SPD: Was notwendig ist! Darum geht es!)

Das wird über viele Jahre so bleiben. Das wissen Sie genauso gut wie wir. Deshalb sind manche Parteien der Auseinandersetzung und der Reden hier auch nur aus der Rolle, die man jeweils hat, zu begreifen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Jeweils!)

Das ist ja menschlich verständlich. Aber jeder und jede von uns weiß: Kein Politikbereich ist von den Zielkonflikten ausgenommen. Schon heute können Sie in einer großen Tageszeitung lesen, 1 600 Lehrerstellen seien bereits ein Sündenfall.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Überall lese ich, die Landesregierung mache zu viele Schulden.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Ich finde, zu politischer Kultur gehört es auch, zuzugeben, daß es einen Zielkonflikt gibt,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

und nicht in einer verunsicherten Elternschaft den Eindruck zu erwecken, als lebten wir in einer anderen Welt.

Damit komme ich zum Thema Unterrichtsversorgung. Ich habe natürlich in den letzten Tagen auch noch einmal Zahlen eingeholt.

(Abg. Zeller SPD: Das denke ich mir!)

– Ja, genau. – Wenn Sie die Bezirke durchgehen, finden Sie wie immer Unterschiede. Aber fest steht, daß sowohl im Grund- und Hauptschulbereich als auch bei den Realschulen und den Gymnasien – trotz der schwierigen Situation im Gymnasialbereich wegen der zeitversetzten Lehrereinstellung – nicht nur die Studententafel – landesweit gesehen – eingehalten werden kann, sondern es auch bei den Grund- und Hauptschulen ein zusätzliches Volumen von 5 % über den Pflichtbereich hinausgehend für den Ergänzungsbereich gibt. Im Bereich der Realschulen sind es 7 %. Sie wissen, daß der Schülerzuwachs die Gymnasien noch gar nicht richtig erreicht hat. Jeder, der Gymnasien in Baden-Württemberg kennt, weiß, was es dort alles an Ergänzungsangeboten und Arbeitsgemeinschaften gibt.

Ich sage auch nicht, es gebe keinen Unterrichtsausfall. Natürlich ist die Situation in manchen Regionen schwierig, weil es besonders viele Krankheitsfälle gibt oder weil keine Einigkeit darüber besteht, worin investiert wird. Wir alle wissen, daß Unterrichtsausfall nicht nur eine Frage der Ressourcen, sondern auch eine Frage der außerunterrichtlichen, aber pädagogisch sinnvollen Angebote ist. Doch das können wir nicht in Stuttgart regeln. Wenn in einer Schule Skifreizeiten und Schullandaufenthalte durchgeführt werden, ist klar, daß die Lehrer, die mit unterwegs sind, nicht in der Schule sind.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Auch die Lehrer, die hier mit Schulklassen herumlaufen, sind nicht in der Schule. Das beklage ich nicht.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt verharmlosen Sie!)

Das beklage ich nicht, aber ich sage – –

(Abg. Zeller SPD: Jetzt verharmlosen Sie wirklich!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

– Ich verharmlose nicht, aber ich lasse nicht unaufhörlich die These zu, man müßte nur genügend Lehrerstellen schaffen, damit das Thema Unterrichtsausfall erledigt sei. Das ist nicht so, und deshalb gehört beides zusammen.

(Abg. Zeller SPD: Darum geht es doch gar nicht!
Das ist doch gar nicht der Punkt!)

Meine Damen und Herren, manche Redner haben darauf hingewiesen, daß Bildung nicht allein eine Frage des Geldes ist. In der Bildungspolitik geht es um qualitative Entwicklung.

(Abg. Zeller SPD: Das ist richtig!)

Ich erinnere noch einmal an vergangene Zeiten. Kann mir jemand ein einziges Jahr der letzten fünfzig Jahre Bildungspolitik in Deutschland nennen – ein einziges! –, in dem die veröffentlichte Meinung des pädagogischen Milieus zu der Überzeugung gekommen wäre,

(Abg. Moser SPD: Was ist denn das wieder?)

daß die Schule jetzt in Ordnung, gut ausgestattet sei und sich so, wie sie ausgestattet ist, blendend entwickeln könne? Nennen Sie ein einziges Jahr, in dem dies gesagt worden wäre!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: 1957! – Gegenruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Ha, ha! Das ist aber aus der Luft gegriffen!)

– Das war ein gutes Jahr, weil es da dreimal soviel Schulleiterinnen gab wie heute. Insofern ist das ein Zieljahr.

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar: Die Bildungspolitik muß auch in Zukunft im Blick auf die Unterrichtsversorgung, im Blick auf die räumliche Ausstattung, im Blick auf die technische Weiterentwicklung vernünftig ausgestattet werden, aber wir brauchen genauso qualitative Entwicklungsprozesse, die primär überhaupt nichts mit Geld zu tun haben. Einige sind genannt worden.

Nehmen Sie den Bereich der beruflichen Bildung. Der Bundesdurchschnitt der Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 12 %. In Baden-Württemberg liegt er bei 8,1 %.

(Zuruf von der SPD: Viel zu hoch!)

– Ja, das sind 8,1 % zuviel. Aber es gibt Bundesländer, in denen der Anteil bei 15 bis 20 % liegt.

Das heißt, wir haben ein berufliches Bildungswesen und eine höchst effiziente Lernortkooperation von Schule und Betrieb. Das sind die Erfolgsfaktoren, unter anderem auch für das Bildungswesen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Drexler und Moser SPD)

Die flexible Einschulung und der achtjährige Bildungsgang sind genannt worden.

Meine Damen und Herren, zum achtjährigen Gymnasium: Es ist erstaunlich, wieviel Lebenskraft manche damit ver-

bringen, alles daranzusetzen, daß es möglichst doch nicht kommt. Das achtjährige Gymnasium in Deutschland wird kommen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Alles miesmachen!)

Das ist völlig klar. Irgendwann werden die Schüler es erzwingen. 52 % aller Gymnasiasten in Deutschland sind dafür, die Wahl zwischen acht und neun Jahren Gymnasium zu haben.

(Abg. Moser SPD: Da hat sie recht! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ein Schlüssel zur qualitativen Weiterentwicklung des Schulwesens ist die Lehrerbildung.

(Abg. Moser SPD: Was machen wir denn in den acht Jahren?)

Deshalb haben wir eine neue Studien- und Prüfungsordnung im Bereich der Pädagogischen Hochschulen. Wir bereiten die neue Lehrergeneration auf die Fremdsprache in der Grundschule vor, auf weiterentwickelte Geschichten im Anfangsunterricht.

(Abg. Moser SPD: Was für Geschichten?)

Wir werden ein Lehramtsstudium an der Universität mit einem Praxissemester entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Endlich muß Lehrerbildung auf Schule ausgerichtet sein und nicht auf alles mögliche andere.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Das könnte euch so passen!)

Wir haben Schülermentorensysteme ausgebaut. Wer viel in Schulen ist, erlebt viele Probleme, erlebt aber auch eine enorme Entwicklung in vielen der 4 800 Schulen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: So ist es, genau!)

Die innere Schulentwicklung geht voran, und wenn ich immer Klagen über die Gängelung, die Bürokratie und die Schulverwaltung höre, so kann ich nur sagen: Die Rückmeldungen, die ich aus Schulen bekomme, lautet: „Wir haben sehr viel mehr Freiräume bekommen.“

(Abg. Moser SPD: Wer?)

Wir tun uns vor Ort zum Teil schwer, mit den Freiräumen umzugehen, weil die Nutzung des Freiraumes voraussetzt, daß wir uns im Kollegium oder in der Schulkonferenz einig sind.“

(Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Moser SPD: Wissen Sie, wovon Sie da reden?)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

mein letzter Punkt bezieht sich auf autonome Schule und Schulverwaltung. Es sind die Niederlande angesprochen worden. Der Unterschied zwischen den Niederlanden und uns ist unter anderem,

(Abg. Moser SPD: Bißchen kleiner!)

daß dort 70 % aller Schulen Privatschulen sind.

(Zuruf von der SPD: 75 %!)

– 75 % sogar; danke schön. – Wer das Privatschulwesen bei uns kennt, der weiß auch, daß in Privatschulen von vornherein der Konsens sehr viel stärker ist und damit auch sehr viel mehr an Entscheidungen vor Ort getroffen werden, ohne daß der Anspruch der Vergleichbarkeit zwischen den Schulen hergestellt ist.

Meine Damen und Herren, ich halte es für ein hohes Gut, daß wir in Deutschland nicht nur Wert darauf legen, ein paar besonders gute Schulen zu haben, sondern in der Fläche in allen Schulen Niveau zu gewährleisten, die Vergleichbarkeit von Bildungsgängen, die Transparenz der Abschlüsse. Dazu trägt in Baden-Württemberg nicht zuletzt die Tatsache bei, daß wir zentrale Abschlußprüfungen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist ein hohes Gut.

(Abg. König REP: Das brauchen wir, jawohl!)

Schulverwaltung kann man sich in allen möglichen Organisationsformen denken. Es gibt in Deutschland alle Varianten. Es gibt das Landesschulverwaltungsamt, es gibt die regionalen Schulverwaltungsämter, und es gibt unser dreigliedriges System. Ich bin der festen Überzeugung, das Vorhandensein von einer, zwei oder drei Ebenen sagt überhaupt noch nichts über die Qualität.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Teuer kann es sein!)

Ich würde es für fatal halten, eine Art von Schulverwaltung aufzubauen, bei der ich alle Pädagogen in die Schule schicke und eine rein juristenorientierte Schulverwaltung habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Juristen haben immer viel zu sagen! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Das sind Juristen, aber kein Oberschulamtspräsident und auch kein Abteilungsleiter ist Jurist.

Wer der Meinung ist, daß Schulverwaltung verändert werden muß, der muß zunächst einmal – das werden wir in diesem Jahr tun – einen vernünftigen Prozeß der Aufgabenkritik in Gang setzen.

Ich führe keine Verwaltungsreform in meinem Bereich nach dem Motto durch: So viele Stellen fallen weg, und ihr könnt dann überlegen, was ihr mit den übrigen Stellen noch machen wollt.

Wir brauchen erstens eine Schulverwaltung, die einen Personalapparat von rund 100 000 Personen

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

mit zig Tausenden von Personalbewegungen in jedem Jahr managt.

Wir brauchen zweitens eine Schulverwaltung,

(Abg. Moser SPD: Vier, fünf PCs!)

die dem wachsenden Anspruch von pädagogischer Dienstleistung, Beratung und Begleitung gerecht wird.

Wir brauchen drittens eine Schulverwaltung, die die hoheitlichen Aufgaben im Blick auf Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Wir werden dazu auch im Schulausschuß ins Gespräch kommen können. Das ist für mich überhaupt keine Frage.

(Abg. Wieser CDU: Seien Sie doch still, Herr Moser!)

Aber die Aufgabenkritik und der Konsens darüber, was geschehen soll, gehört zu dieser Frage, bevor wir Entscheidungen über Strukturen fällen.

(Abg. Moser SPD: Lehrer zurück in die Schule! – Abg. Dr. Repnik CDU: Moser, Zeller, Wintruff zurück in die Schule!)

Meine Damen und Herren, daß dieses Ergebnis qualitativ in der Bildungspolitik und quantitativ in diesem Doppelhaushalt möglich ist, hat zu tun mit der Unterstützung, die das Kultusministerium aus beiden Regierungsfractionen bekommt. Dafür danke ich.

Die Veränderungen im Bildungswesen haben damit zu tun, daß wir engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter in Baden-Württemberg haben,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

das hat damit zu tun, daß die Schulverwaltung innovativ ist – deshalb hat ein staatliches Schulamt, nämlich das in Balingen, beim Behördenwettbewerb einen Preis bekommen –, und hat zu tun mit einem Ministerium, in dem viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in höchst schwierigen Zeiten bei wachsenden Erwartungen, die gestellt werden, bei immer mehr Arbeit, gleichzeitigem Stellenrückgang und dem Anspruch, daß wir Innovationen auf den Weg bringen, Gutes geleistet haben. Wir müssen nichts schönreden. Es muß auch keiner so tun, als hätten wir keine Probleme. Aber noch einmal: Ich rate uns allen sehr, nicht jene unsägliche Verunsicherung weiter zu betreiben, die die wirkliche Qualität unserer Schulen und die wirkliche Qualität unserer Lehrerschaft nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die

(Stellv. Präsident Birzele)

Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2404. Ich rufe die jeweiligen Anträge bei den entsprechenden Kapiteln auf.

Zunächst rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2444-1, zur Neuorganisation der Schulverwaltung auf. Dieser Entschließungsantrag betrifft auch die Kapitel 0403 und 0404. Ich werde es auch nachher so handhaben, daß die Anträge einmal für alle Kapitel, die angesprochen sind, zur Abstimmung gestellt werden.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf

Kapitel 0401
Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0402
Allgemeine Bewilligungen

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2444-6, zu Titelgruppe 91 – Zuschüsse an Schulträger zur Schaffung des erforderlichen Schulraums. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. König REP: Wir haben zugestimmt!)

Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommen sie! – Lebhaftes Unruhe)

Wer lehnt diesen Antrag ab? –

(Lebhaftes Unruhe)

Die Neinstimmen waren in der knappen Mehrheit.

(Widerspruch)

– Moment, ich muß erst noch feststellen, wer sich enthält. – Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0403
Oberschulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0404

Staatliche Schulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund- und Hauptschulen

und dazu zunächst die Änderungsanträge.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Zusätzliche Stellen für Lehrer an Grund- und Hauptschulen und an Sonderschulen –, Drucksache 12/2444-7, auf.

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag hat die in der Geschäftsordnung vorgesehene Unterstützung. Wer dem Antrag Drucksache 12/2444-7 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Fischer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben W.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe; sonst sind die Äußerungen nicht zu vernehmen, die Richtigkeit kann dann nicht unbedingt garantiert werden.

Herr Abg. Fischer, bitte, beginnen Sie.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 140 Abgeordnete beteiligt.

(Stellv. Präsident Birzele)

53 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt,
87 Abgeordnete mit Nein.

Damit ist der Antrag Drucksache 12/2444-7 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Drexler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Junginger, Kielburger, Birgit Kipfer, Kuhn, Lorenz, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Dr. Puchta, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Seltenreich, Helga Solinger, Stai-ger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Weimer, Wettstein, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Dr. Carmina Brenner, Dagenbach, Deuschle, Döpfer, Drautz, Eigenthaler, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herbricht, Herrmann, Hofer, Huchler, Käs, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, König, Krisch, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rapp, Rau, Rech, Reddemann, Dr. Repnik, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schonath, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Tölg, Traub, Troll, von Trotha, Veigel, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Wilhelm, Zeiher, Zimmermann.

*

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Vergütungen für Hilfsunterricht und Lehraufträge an den Schulen in Baden-Württemberg – Einrichtung eines Feuerwehrfonds –, Drucksache 12/2444-8, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Ersatzlehrer bei Unterrichtsausfall („Feuerwehrfonds“) –, Drucksache 12/2444-2, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über das Kapitel 0405 – Grund- und Hauptschulen – ab. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Kann ich nun die Kapitel 0406 – Sonderschulen – bis 0429 – Staatliche Berufsfachschule mit Berufsaufbauschule Furtwangen – gemeinsam aufrufen?

(Widerspruch – Abg. Zeller SPD: Nein, bis Ziffer 10, Kapitel 0415! – Abg. König REP: Herr Präsident, bis Kapitel 0408!)

Ich rufe also auf

Kapitel 0406 bis 0408

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0410

Realschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0415

Gymnasien

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Die SPD ist gegen Hauptschulen, gegen Realschulen und gegen Gymnasien! Wofür seid ihr eigentlich? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Du verstehst überhaupt nichts!)

Ich rufe auf

Kapitel 0416

Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0417

Staatliche Kollegs (Institute zur Erlangung der Hochschulreife)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0428

Staatliche Feintechschule Villingen-Schwenningen

(Stellv. Präsident Birzele)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0429

Staatliche Berufsfachschule mit Berufsaufbau-
schule Furtwangen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/2444-10,
12/2444-9 und 12/2444-3.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Erstattung von Bezügen durch Träger von Weiterbildungseinrichtungen –, Drucksache 12/2444-10. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2444-9.

(Zurufe von der CDU: Namentlich!)

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Ich beantrage, wie die Kollegen von der CDU bereits vorausgesehen haben, eine namentliche Abstimmung.

(Beifall des Abg. Dr. Repnik CDU – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie kennen die Regeln der namentlichen Abstimmung. Ich verweise auf das, was ich vorhin gesagt habe.

(Abg. Sieber CDU: Hat er die Unterstützung der Fraktion?)

Ich bitte Herrn Schriftführer Herrmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben Z.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich, Ruhe zu bewahren. Vorhin konnte teilweise nicht von allen, die die

Abstimmung aufnehmen, verstanden werden, wie Abgeordnete geantwortet haben.

Herr Abg. Herrmann, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 140 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 77 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag Drucksache 12/2444-9 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Drexler, Eigenthaler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Junginger, Käs, Kielburger, Birgit Kipfer, König, Krisch, Kuhn, Lorenz, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Dr. Puchta, Rapp, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Anemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Weimer, Wettstein, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Dr. Carmina Brenner, Döpfer, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Hofer, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reddemann, Dr. Repnik, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Tölg, Traub, Troll, von Trotha, Veigel, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Wilhelm, Zeiher, Zimmermann.

*

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Schulsozialarbeit –, Drucksache 12/2444-3. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über das Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Kann ich die Kapitel 0440 bis 0445 zusammen aufrufen?

(Zurufe: Ja! – Gegenrufe: Nein!)

– Gut. Dann rufe ich die Kapitel einzeln auf. Dann geht es schneller.

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und
Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen?
– Mehrheitlich beschlossen.

Kapitel 0442

Landesinstitut für Erziehung und Unterricht Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Kapitel 0443

Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen
beschlossen.

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Schulpädagogik

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe

Kapitel 0446

Pädagogische Fachseminare

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen – Auflösung Pädagogischer Fachseminare –,
Drucksache 12/2444-4, auf. Wer diesem Antrag zustimmen
möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!
– Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0446 zustimmen möchte, den bitte ich
um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –
Mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe nun die

Kapitel 0447 bis 0451

(Abg. Zeller SPD: Ja!)

– Sie sind damit einverstanden – auf. Wer diesen Kapiteln
zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –
Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe

Kapitel 0453

Weiterbildung

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/2444-11
und 12/2444-5 auf.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Frak-
tion der SPD – Förderung von Einrichtungen der Weiter-
bildung –, Drucksache 12/2444-11, ab. Wer zustimmen
möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!
– Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2444-5.
Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit gro-
ßer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0453 – Weiterbildung
– abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das
Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapi-
tel ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwen-
dungen für andere Religionsgemeinschaften und
sonstige kirchliche Zwecke

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist bei eini-
gen Gegenstimmen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das
Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapi-
tel ist mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlos-
sen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit sämtliche Ka-
pitel des Einzelplans 04 beschlossen. Ich komme nun zu
Abschnitt II der Beschlußempfehlung.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die
Grünen: Haben Sie über das Kapitel 0456 schon
abgestimmt? – Zuruf des Abg. König REP)

(Stellv. Präsident Birzele)

– Frau Abg. Erdrich-Sommer meint, daß über Kapitel 0456 noch nicht abgestimmt worden sei. Ich lasse deshalb jetzt über

Kapitel 0456

Evangelische Seminare und Katholische Konvikte
in Württemberg

abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Nun rufe ich Abschnitt II der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2404, auf. Der Finanzaus-

schuß empfiehlt Kenntnisnahme von drei Mitteilungen der Landesregierung. Wer der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses – Kenntnisnahme – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Haus hat einstimmig Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen um 9.30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Heimreise. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.53 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuß	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuß für Schule, Jugend und Sport	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Haußmann, Ursula Braun	Braun Haußmann, Ursula
Sozialausschuß	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Braun Weimer	Haußmann, Ursula Braun

04.02.98

Ulrich Maurer und Fraktion